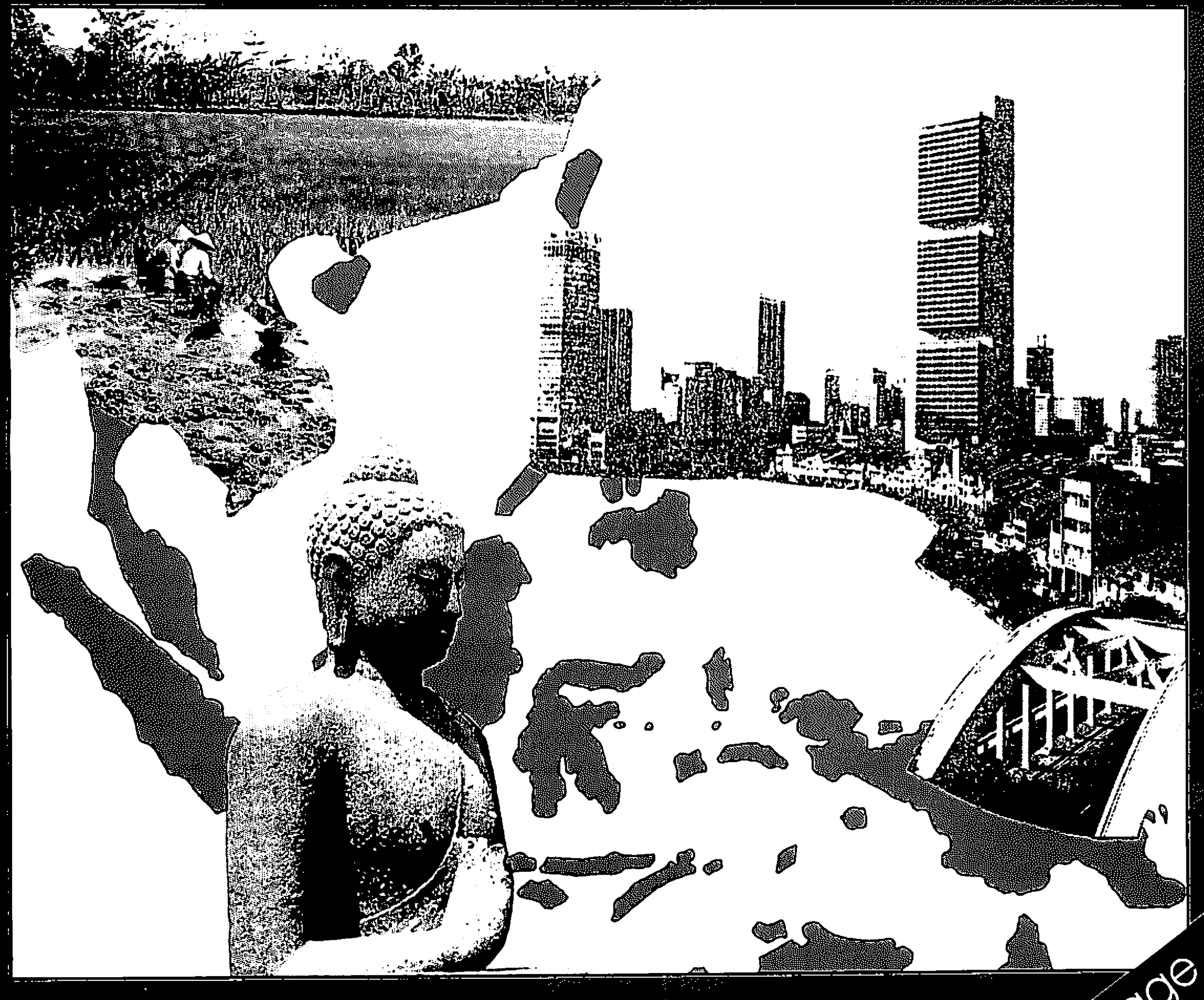
Nr. 171 Februar 1991

DM 6,00 M 3477 F

blätter des iz3w

informationszentrum dritte welt



Südostasien

4-seitige Beilage zum Golfkrieg

Dieser Ausgabe sind die vierte gemeinsame Beilage der Dritte-Welt-Zeitschriften zum Thema: 500 Jahre Kolonialismus - 500 Jahre Widerstand und eine Beilage zum Golfkrieg beigeheftet.

Impressum

Hrsg.: Aktion Dritte Welt e. V. — Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16 (Hinterhaus). D-7800 Freiburg i. Brsg., Tel.: 0761/74003, Bürozeiten: Mo., Di., Do.-Fr. 10-13 u. 15-18 Uhr

Zusammengestellt von: Isabel Armbrust, Frank Ballot, Iris Bauer, Andrea Borchers, Horst Breit, Konrad Fisch, Uwe Göde, Uwe Hartwig, Claudia Heid, Daniela Heuberger, Uwe Jungfer, Inge Kamolz, Christa Kernbichl, Barbara Kupfer, Tilman Lamperter, Georg Lutz, Mechtild Maurer, Christel Opeker, Gunhild Rauch, Gerhard Rieger, Bernd Riegraf, Nivien Saleh, Klaus Schreiner, Jörg Später, Ulrike Steckkönig, Detlev Vogel, Sigi Weber, Regine Wlassitschau, Udo Wolter

Bei Einsendung von Artikeln beachten Sie bitte folgende Angaben:
Manuskripte sollten mit der Schreibmaschine geschrieben sein, mit 2-zeiligem Abstand: 40 Anschläge und 30 Zeilen. Artikellänge: höchstens 15 Manuskript-Seiten. (ca. 18000 Zeichen)
Druck und Satz:
SOAK Hannover, Tel.: (0511) 326187

Vertrieb für Buchhandel:
prolit buchvertrieb gmbh, Siemensstraße 16, Postfach 9, 6301 Fernwald (Aunerod)
Telefon: (0641) 43071

Jahresabonnement (8 Ausgaben) im Inland: DM 48,- (für Rentner, Arbeitslose, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende 38,- DM).
Kündigung zum Jahresende (schriftlich) ermäßigtes ABO nicht über den Buchhandel erhältlich

Schweiz: SFR 50,- (bzw. 40,-)
Österreich: ÖS 385,- (bzw. 315,-)
übriges europäisches Ausland:
DM 55,- (bzw. 45,-)
Luftpostabonnements:
Afrika, Nord- und Mittelamerika, Nahost und Südasien: 71,90 (bzw. 61,90)
Südamerika, Südostasien, Fernost: 78,50 (bzw. 68,50)
Australien, Südpazifik: 85,10 (bzw. 75,10)

Einzelpreis: DM 6,-/SFR 6,-/ÖS 42,- (zuzügl. Porto)

Konten (Aktion Dritte Welt e. V.):
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 1482 39-755
Postscheckkonto Basel Nr. 40-35899.
Hypo-Bank Bregenz Nr. 10157108110

Redaktionsschluß für Nr. 172:
18.02.1991

Anzeigenschluß für Nr. 172:
(Druckfertige Vorlagen) 01.03.1991

Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, so ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Inhaltsverzeichnis

Schwerpunktheft: Nr. 172:
Neue Weltordnung und der arabische Raum

Die Redaktion der „blätter des iz3w" hat sich gleichzeitig entschlossen, den Schwerpunkt der nächsten Ausgabe (Nr. 172, Erscheinungstermin 18.3.91) der Nahostregion zu widmen. Dabei wird es um die „politische Neugestaltung der Weltordnung und ihre Auswirkungen auf die arabische Region" gehen. Voraussichtliche Einzelaspekte: Die Zukunft der OPEC, die Wahrnehmung der Krise durch die arabischen Massen, Rolle des Fundamentalismus, Länderbeispiele Syrien, Ägypten, Libanon. Manuskripte zu anderen Einzelaspekten oder Staaten der Region, bitte bis zum 18.2.91 an die
Redaktion der
„blätter des iz3w"
Postfach 5328
7800 Freiburg
Das Heft kann gegen 6,- DM Vorkasse (Scheck, bar oder in Briefmarken) bei der oben angegebenen Adresse vorbestellt werden.
Krieg ist keine Lösung
Für eine Nahostkonferenz



Sonderausgabe zum Golfkrieg

Januar 1991

blätter
des Informationszentrum Dritte Welt

Editorial

Angesichts der massiven Streitmacht, mit der die Sieger des Kalten Krieges im Nahen Osten aufmarschiert sind, stellt sich für uns heute die Frage, ob dieser zweite Golfkrieg binnen zehn Jahren nicht der Beweis ist, daß eben keine Weltzivilgesellschaft im Enstehen ist. Wir vermuten, daß mit dem blutigen Waffengang, am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts der Herrschaftsbereich neo-imperialistischer Staaten wie die USA und neuerdings auch wieder Großbritannien und Frankreich, abgesteckt werden soll. Damit hat auch der Nord-Süd Konflikt eine andere, militärische Dimension bekommen.

Gleichzeitig hat aber auch die technisierte und rationalisierte Kriegsführung eine neue Qualität erreicht. Und deswegen verlangt sie nach einer noch schärferen und noch perfekteren Zensur der Medien. Verschwiegen werden soll, daß hinter den zeitgemäßen Ausdrücken "Zerstörung" und "chirurgischer Eingriff" der Tod vieler tausend Menschen steht. Damit soll erreicht werden, daß die Brutalität und der Wahnsinn des Krieges, fernab an der "Heimatfront" nicht einmal mehr per TV wahrgenommen werden kann. Der Krieg erscheint dann als Spiel. Über den inzwischen hinlänglich bekannten US-Fernsehsender können wir heute an diesem Spiel teilnehmen. Oder wir gehen heute, wie zu allen Kriegszeiten, auf die Straße und rufen: "Kampf dem Krieg!"

Diesem 'Kampf' ist diese Sonderausgabe gewidmet, so altmodisch das klingt.

hh

Impressum

Herausgeber

Informationszentrum Dritte Welt e.V.
Kronenstraße 16HH, 7800 Freiburg
0761-74003

Lateinamerika-Nachrichten
Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61
030-6946100

Redaktion des AG 3 WL - Rundbriefes
c/o Infoladen 3.Welt
Thomasstraße 11-13, 1000 Berlin 44

Druck: Druckerei Weber, Freiburg
Auflage: 10.000



Marines, fertig zum Angriff auf den Irak

Der Krieg ohne Blut

Sage und schreibe fünf Tage nach Ausbruch des Krieges gab es für uns TV-KriegsteilnehmerInnen das erste Mal Gelegenheit, zu erschaudern. Zwei amerikanische und ein britischer Bomberpilot, die der Irak nach Abschuß ihrer Maschinen in seine Gewalt gebracht hat, wurden der Welt vorgeführt. Gebrochene Menschen, ohne jede Ähnlichkeit mit den Jungs aus den Militärwerbespots, die wir nach den erfolgreichen Lufteinsätzen der ersten Tage zu sehen bekamen.
Doch gerade die makabere Show, die Hussein hier inszenierte, gibt Anlaß zu Hoffnung. Womöglich trägt sie dazu bei, daß die Rechnung der US-Führung nicht aufgeht. Die will bekanntlich keinen zweiten Krieg "am Bildschirm verlieren" und untersagte es den KriegsberichterstatterInnen, die schwachen Nerven der US-Bevölkerung mit Schreckensbildern zu strapazieren.
Die Folgen dieser Zensur sind uns allen bekannt: Weltweit gelangte ein kastrierter Krieg auf die Bildschirme, ein Krieg ohne Blut und Verstümmelung, wie aus der Perspektive des Bomberpiloten gefilmt, der sein auf Punktgröße geschrumpftes Ziel ins Visier nimmt, einen Knopf drückt und wieder abdreht.

Nennenswerte Proteste gegen diese Art von Volksverdummung sind hierzulande am sechsten Kriegstag nicht auszumachen.
Nur bei den Frau- und Mannschaften in ARD und ZDF, die den Krieg mit ihren Sondersendungen begleiten, macht sich langsam ein gewisses Unbehagen breit. Sie beklagen immer häufiger die Mängel des Materials, das ihnen ihre KorrespondentInnen vom Ort des Geschehens ins Haus schicken.

Aber die Schuld an der verzerrten Berichterstattung über den Krieg trägt nur zum Teil die offene Zensur. Es wird auch dort, wo mehr Objektivität möglich wäre, verzerrt, beschönigt und verschwiegen - die Wirkung tiefsitzender Vorurteile und Feindbilder. So kommen in etlichen Kommentaren und Berichten die Streitkräfte der USA auch noch Tage nach Kriegsbeginn nur in der Rolle der vernünftigen, beinahe humanen Kriegspartei vor, die ihre Angriffe mit "chirurgischer" Präzision auf strategische Ziele konzentriert. Saddam Hussein hingegen trägt weiterhin die Maske des finsteren Aggressors und die Bevölkerung seines Landes, wenn sie denn überhaupt einmal in den Berichten auftaucht, wird präsentiert als ein unverbesserlicher Haufen von Fanatikern.

Wieviele Aspekte dieses Krieges im Filter der Zensur hängengeblieben sind und was an Falschinformation in die Welt gelangte, wird die Zeit ans Licht bringen. Man muß jedenfalls auf herbe Überraschungen gefasst sein.

isar

CNN-Live - Dabeisein ist alles

Die deutschen TV-Konsumenten, die die erste Kriegsnacht am Bildschirm mitverfolgten, werden sich noch gut an Bernie Shaw erinnern, an den Mann des amerikanischen Nachrichtensenders CNN, der der Auforderung seines Arbeitgebers zum Verlassen Bagdads nicht folgte und stattdessen die Welt mit seinen Impressionen vom Bombardement der irakischen Hauptstadt versorgte. Mit 46 anderen Journalisten harrte er im Rashid-Hotel in der Bagdader Innenstadt aus, nicht etwa im Luftschutzkeller, sondern im 14. Stockwerk , und beobachtete, wie sich der Himmel über Bagdad rot färbte und von einem riesigen Feuerwerk überzogen wurde. So viel "Berufsethos" bringt nicht jeder rasende Reporter auf.

Die CNN Leute haben noch andere Qualitäten. Sie besitzen Ellbogen und haben unter der Gemeinschaft der Auslandskorrespondenten in den verschiedenen Ländern meist die besten Connections , zu Staatsmännern und anderen wichtigen Leuten. Bei der Konkurrenz sind sie nicht gerade beliebt. Aber beliebt oder nicht : Die Berichte der allgegenwärtigen Frauen und Männer von CNN sind für viele andere Sendeanstalten inzwischen zu einer unverzichtbaren Informationsquelle geworden.
Dem aufmerksamen TV-Kriegsteilnehmer in der Bundesrepublik dürfte nicht entgangen sein: der Großteil der Berichte, die ARD und ZDF in ihren Sendungen verarbeiten, stammen von CNN.

CNN (Cable News Network) existiert erst seit 1980. Die 10 Jahre seines Bestehens hat Besitzer Ted Turner genutzt, um aus CNN ein weltweit führendes und inzwischen auch sehr gewinnträchtiges Nachrichtenunternehmen aufzubauen. Der Sender aus Alabama wird von 55 Mio US-Haushalten empfangen und von weiteren 7 Mio
Haushalten in insgesamt 91 anderen Ländern. 120 Nicht-amerikanische Fernsehstationen übernehmen Beiträge von CNN und in 250000 Hotelzimmern in der Welt können Reisende zu jeder beliebigen Tages- und Nachtzeit CNN-Nachrichten empfangen.
CNN schüttet seine Nachrichtensendungen mit Hilfe von fünf Satelliten über der Welt aus, zu denen auch ein sowjetischer Satellit gehört, dessen Ausstrahlungsradius über die halbe Welt reicht.

Der dressierte Weltdörfler

Was ist das Markenzeichen von CNN ? Der amerikanische Nachrichtensender ist zum einen allgegenwärtig, zum anderen sendet er ausschließlich live. Er folgt der Maxime, daß die Information oder das Bild, das den Zuschauer mit zeitlicher Verzögerung erreicht, schon nichts mehr wert ist. Der Zuschauer soll nicht mit Informationen versorgt werden, die er akkumulieren kann, sondern er soll direkt angeschlossen werden an das Welt-geschehen, an eine weltumspannende Kommunikation.
Der Medientheoretiker Marshall Mc Luhan soll einmal zum Besitzer von CNN, Ted Turner gesagt haben :"Turner, you are creating the global village".
Einen entscheidenden Schritt in diese Richtung hat "Weltdörfler" Turner dadurch getan, daß er seinem Team die Anweisung gab, künftig auf das Wort "foreign" zu verzichten. Jeder, der dieses Verbot übertritt, muß mit einer Strafe von 50 Dollar rechnen. Dieses Wortverbot ist nur Kosmetik. Ausschlaggebend ist die Ex-und Hopp-Berichterstattung von CNN. Und die ist nicht gerade geeignet, das Verständnis anderer Gesellschaften zu fördern.

Über die rasende Geschwindigkeit der Nachrichtenübermittlung und den hektischen Szenenwechsel hat sich der Franzose Paul Virilio, seines Zeichens Geschwindigkeitsforscher, Gedanken gemacht. Ihm zufolge fördert eine solche Berichterstattung durch ein Übermaß an Informationen beim Empfänger Desinformation . Vor allem zerstört sie die Fähigkeit zur Anordnung der Fakten auf der Zeitachse. Auf den Krieg bezogen heißt das: Der Zuschauer wird in so schneller Abfolge mit Informationen und Bildern versorgt, daß er 'vorher' und 'nachher' nicht mehr unterscheiden kann. Und damit Angriff nicht mehr von Verteidigung.
In diesem hektischen Bombardement mit zum Teil widersprüchlichen Informationen findet der Zuschauer nicht mehr die Gelegenheit, innezuhalten und sich eine eigene Meinung zu bilden, "sondern nur noch die Zeit, von einem Reflex zum anderen überzuwechseln".
Das Resultat dieser "Mediendressur", wie Virilio sie nennt, ist der denkunfähige Mensch ohne Geschichtsbewußtsein, der wie ein "Opiomane" dahindöst.

CNN, Feind der Diplomatie?

Kaum ein Staatsmann verzichtet heute auf die Live-Information durch CNN. Ein besonders treuer CNN-Kunde ist Bush, aber auch der saudische König Fahd, Hussein von Jordanien, Mitterand und selbst Ghaddafi empfangen oft CNN (Newsweek,18.6.90). In Krisenzeiten wird der Kreis der Empfänger noch größer.
In vielen Fällen ersetzt die Sofort-Kommunikation über den CNN-Draht sogar die aufwendigeren diplomatischen Kontakte. So hat Gorbatschow im Dezember 1989, nachdem er von der US-Invasion in Panama erfahren hatte, sofort den Maoskauer CNN-Korrespondenten zu sich in den Kreml gerufen. Dort verlas Gorbatschows Pressesprecher eine Verurteilung der Invasion vor der Kamera. Erst Stunden später ging die Note dem Botschafter zu. Auf Nachfrage antwortete Gorbatschow, er sei davon ausgegangen, daß Bush ohnehin CNN sehe (ZEIT, 21.9.90).
Die Direktkommunikation über den CNN-Kanal hat ihre Haken. Sie kann zu einer gefährlichen Aufheizung der Atmosphäre führen und den Raum nehmen, nach diplomatischen Lösungen zu suchen. "Es ist unser Ziel", so der Chefredakteur und -manager des Senders, Tom Johnson, "fair und ausgewogen alle relevanten Meinungen zu den Ereignissen des Tages zu bringen." CNN "schütze" die Zuschauer vor nichts und niemandem. Daß die UN so schnell und entschlossen auf den Überfall Kuwaits durch den Irak reagierten, über den CNN "sofort " berichtet habe, könne allerdings kein "Zufall" sein. Daß die politischen Kontrahenten über das Fernsehen miteinander redeten, daß nichts Entscheidendes hinter dem Rücken des Publikums verabredet werden könne, das habe zur Verhinderung von Krieg beigetragen, so triumphierte Johnson noch im September in der ZEIT. So sei CNN mehr "Freund als Feind" des diplomatischen Prozesses. Der Ausbruch des Krieges hat seine Aussage nun ins Gegenteil verkehrt.

dh, sw, isar

Kurze Geschichte des Konflikts bis zum Einmarsch in Kuwait

Zur Entstehung der beiden Staaten bis zu ihrer Unabhängigkeit

Kuwait: Das Gebiet des heutigen Kuwait war im 17. Jhd. Teil des osmanischen Reiches und wurde von der Provinz Basra verwaltet. Es begann damals allerdings eine von der Osmanenherrschaft relativ unabhänge Besiedelung durch Araber; sie ernannten einen "Shaij" (Scheich), um Verhandlungen mit den Türken durchzuführen. Ende des 18. Jhds. bat der Scheich von Kuwait England um Unterstützung gegen eine befürchtete Okkupation durch die Wahabiten, die sich später mit der Dynastie der Saudis zusammenschlossen. Auch in den folgenden Jahren traten die Engländer als die Garanten der Unabhängigkeit Kuwaits auf. Sie vereitelten 1899 den Versuch der Türken, die Eisenbahnlinie Berlin-Bagdad durch kuwaitisches Gebiet bis an den Golf zu verlängern.
Nach dem Ersten Weltkrieg wurde Kuwait ein autonomer Staat unter britischem Protektorat. Als 1938 das erste Öl zu fließen begann, überzeugten die "Kuwait Oil Company", bestehend aus "British Petrol" ("BP") und "Gulf Oil" (USA) den Emir, Ölbohrungen zuzulassen. Daraufhin unterzeichnete das Parlament die Ölkonzessionen. Kuwait blieb bis 1961 britisches Protektorat.

Irak: Unter den Abbasiden, die 750 von in Damaskus residierenden Ommayaden das Kalifat übernommen hatten, wurde Bagdad zur Hauptstadt des arabischen Großreichs. Drei Jahrhunderte lang war die "Stadt von tausend und einer Nacht" das kulturelle Zentrum in der Region. Dem Zerfall des arabischen Reiches folgte abwechselnd eine Herrschaft der osmanischen Türken, Mongolen, Turkomanen und Kurden. Die Region wurde im 16. Jhd. schließlich unter osmanischer Herrschaft geeinigt.
Zu Beginn des 20. Jhds. entwickelte sich ein "arabischer Widerstand", der auch im Irak sehr stark wurde und während des Ersten Weltkriegs die osmanische Herrschaft abschüttelte. Nachdem die Türken besiegt waren, gab es erste Hoffnungen auf Unabhängigkeit. Die allerdings machte England zunichte, das in Persien seine Ölinteressen zu wahren versuchte und die arabischen Gebiete nach dem Ersten Weltkriegs unter sich und Frankreich aufteilte. Syrien fiel Frankreich zu, Mesopotamien (das heutige Gebiet des Irak) England. 1920 erklärte Winston Churchill die Gründung des Königreichs Irak. Erst 1955 wurde jedoch dessen endgültige Unabhängigkeit erreicht. Ein Militärputsch im Juli 1958, angeführt von General Kassem, führte zum Sturz des Königs und zur Hinrichtung der königlichen Familie.

Erste Auseinandersetzungen zwischen Irak und Kuwait

Sofort nachdem Kuwait 1961 aus dem englischen Protektorat entlassen wurde, meldete Irak Ansprüche auf dessen Staatsgebiet an mit dem Argument, Kuwait wäre Teil der osmanischen Provinz Basra gewesen und damit ein Teil Iraks. Der irakische Premierminister Kassem erklärte Kuwait zum integralen Bestandteil des Irak und drohte mit einer gewaltsamen "Befreiung" des Gebiets. Zunächst wurden britische und saudi-arabische Truppen in Kuwait stationiert, danach übernahm die Arabische Liga die Verteidigung Kuwaits. Kuwait wurde gegen den Widerstand Iraks in die Arabische Liga aufgenommen. Kassem erneuerte seine Gebietsansprüche nicht, worauf die Präsenz arabischer Truppen auf ein Minimalmaß reduziert wurde.
Zwei Jahre später wurde Kassem von Anhängern der Baath-Partei gestürzt und erschossen. Die Baath-Partei konnte jedoch erst 1968 unter der Führung von General Hassan Al-Bakr endgültig die Macht übernehmen. Sie führte eine Landreform durch und nationalisierte 1972 den Erdölsektor.
Am 4. Oktober 1972 wurde die Unabhängigkeit Kuwaits anerkannt. 1973 gab es jedoch weitere Konflikte zwischen beiden Ländern. Die Grenzfrage blieb weiter umstritten.
1979 trat Al-Bakr aus gesundheitlichen Gründen zurück, Saddam Hussein, bis dahin Vizepräsident, übernahm sein Amt. Ein Putschversuch gegen ihn scheiterte; Hussein versprach, die bisherige Politik seines Vorgänders fortzusetzen. 1980 fanden direkte Wahlen zur ersten Nationalversammlung statt.

Der irakisch-iranische Krieg

Ende 1980 startete der Irak eine Blitzoffensive gegen Iran mit dem Ziel, die seit 1823 umstrittene Grenzfrage am Schatt el-Arab für sich zu entscheiden. Nach der iranischen Revolution 1979 beanspruchte der Irak die Anerkennung seiner Souveränität über den Schatt el-Arab; offensichtlich versuchte der Irak eine vermeintliche Schwäche des Iran nach der Revolution auszunutzen. Im Verlauf dieses Krieges starben mindestens 500.000, über eine Million wurden verletzt. Die Waffen für die Kriegsführung kamen hauptsächlich aus dem Ausland, da zu dem Zeitpunkt keines der beiden Länder über eine eigene Rüstungsproduktion verfügte. Hauptlieferant des Irak war Frankreich, gefolgt von der Sowjetunion. Mit der Annahme einer Resolution des UN-Sicherheitsrats im Juli 1987 (Iran) bzw. Juli 1988 (Irak) endete dieser Krieg.
Nach Ende des Krieges begann der Irak seine Vormachtstellung in der Region mit einem weiteren Ausbau seines militärischen Potentials und eigener Rüstungsproduktion zu stärken, in der Absicht, so zur arabischen Führungsmacht aufzusteigen. Unter den Waffenlieferanten aus dem Ausland standen wieder Sowjetunion und Frankreich an erster Stelle. Aus der BRD kam vor allem Technologie für die Produktion chemischer Kampfstoffe.
Im Frühjahr 1990 bot der kuwaitische Scheich Dschaber as-Sabah dem Irak die umstrittenen Inseln Bubijan und Warba für einen unbefristeten Zeitraum zur Pacht an. Er forderte als Gegenleistung die erneute Anerkennung der Unabhängigkeit Kuwaits von Saddam Hussein, was dieser ablehnte. Unter Vermittlung Arafats und König Husseins von Jordanien fanden Verhandlungen statt, die im März 1990 scheiterten. Im Juni warf der Irak Kuwait und den Vereinigten Arabischen Emiraten vor, die von der OPEC festgesetzte Fördermenge für Rohöl zu überschreiten und den Weltmarktpreis zu drücken. Der Irak behauptete, durch die Überproduktion beider Länder sei ihm ein Schaden von 14 Mrd. Dollar entstanden und verlangte den Erlaß der Schulden aus dem Golfkrieg. Am 1. August scheiterten die Versöhnungsgespräche zwischen Irak und Kuwait, ohne daß neue Verhandlungen vereinbart wurden. Am 2. August marschierten irakische Truppen in Kuwait ein, besetzten den Palast des Emirs, den Flughafen sowie in der Folge das gesamte Territorium des Scheichtums. Der Emir flüchtete mit seiner Familie nach Saudiarabien.

tl

"Ich werde mich nicht dazu hergeben, Leichen zu zählen" General Schwarzkopf

Wir aber Herr General!

Es ist Krieg. Fassungslos sind wir einer beispiellosen Mediensimulation, Zensur und Propaganda ausgeliefert. Ohnmächtige Wut wechselt sich mit Resignation und Zynismus ab. Es ist in diesen Tagen schwierig geworden, einen klaren Kopf zu behalten. Trotzdem, der Versuch sei gewagt, einige erste Thesen aufzustellen.

Die Diktatur im Irak bot den idealen Vorwand für die USA und ihre Verbündeten, in einer neuen weltpolitischen Situation ihre Bedingungen für die Zukunft zu diktieren.
Der Krieg im Nahen Osten ist in dieser Form die erste echte militärische Nord-Süd Konfrontation nach dem Auseinanderbrechen der Ost-West-Weltordnung. Saddam Hussein konnte sich gegen die USA auflehnen, da davon auszugehen war, daß die Sowjetunion sich nicht einmischen würde und ihn zu einem Frieden zwingen könnte. Allerdings haben die USA und GB schon 1982 angedeutet, was es heißt, wenn staatliche Diplomatie am Ende zu sein scheint und die militärische Logik am Ende des 20. Jahrhunderts das Gesetz des Handelns übernimmt. Der Falkland-Konflikt war gewissermaßen die militärische "Generalprobe" für den Angriff auf den Irak. Er wurde fälschlicherweise als letzter Krieg der imperialistischen Kanonenbootpolitik des 19. Jahrhunderts bezeichnet. Heute sprechen viele Anzeichen dafür, daß dieser Konflikt zwischen GB und Argentinien nicht die letzte kolonialistische, sondern die erste spezifische Form einer neuen postkolonialen Auseinandersetzung war.

Hintergründe der Alliierten

Auf der einen Seite stehen in erster Linie die USA und GB und nicht die zivile Weltgesellschaft, die in jeder "Kriegs- Talk Show" beschworen wird. Auffallend ist die Strategie beider Länder, andere diplomatische Aktivitäten seit dem zweiten August zu negieren, unabhängig davon, ob der Irak auf sie anders reagiert hätte: innerarabische Lösungsversuche, z.B. Algeriens und der Arabischen Liga wurden durch den schnellen und massiven militärischen Aufmarsch in Saudi Arabien im Ansatz erstickt. Die französische Diplomatie wurde von den USA und GB hart kritisiert, da sie die vom Irak geforderte Einbeziehung der palästinensischen Seite in ihre Überlegungen mit aufnahm. Die UNO-Missionen dienten in erster Linie dazu, in der Öffentlichkeit Verhandlungswillen zu demonstrieren. Im Grunde nahm sie keiner ernst, was sich an den eingeschränkten Möglichkeiten des UN-Generalsekretär zeigte. Die EG wurde an der kurzen Leine gehalten, und die einzelnen Mitgliedsländer zogen sich in ihr nationalstaatliches Schneckenhaus zurück. Die Diplomatie steuerte so zwangsläufig auf einen Krieg zu. Warum gab es keinen Versuch von Seiten der USA, mit Saddam selbst ins Gespräch zu kommen? Bei einem Kompromißvorschlag hätte sein eigener innenpolitischer Hintergrund mit berücksichtigt werden müssen. Er selbst brachte sein Dilemma auf den Punkt: "Wenn ich mich aus Kuwait ohne Ergebnis zurückziehe, werde ich von meinen Offizieren als Verräter erschossen. Kommt es zu Krieg, ende ich schlimmstenfalls als Märtyrer." Das Verhindern anderer Möglichkeiten, aus der Krise zu kommen, spiegelt die Unfähigkeit wider, arabisches Selbstverständnis zu verstehen. Ein anderes Umgehen mit dem Irak hat nicht automatisch etwas mit Nachgiebigkeit oder dem Münchner Abkommen von 1938 zu tun. (sog. Appeasement-Politik)

Das Versagen der Diplomatie kann aber auch anders interpretiert werden. Die USA ließen den Irak in eine Falle laufen und wollen keineswegs die weltweite Staatengemeinschaft schützen, sondern verfolgen schlicht eigene Interessen in diesem Krieg.
Erinnern wir uns! Die konkrete Idee, sich der Ölquellen zu bemächtigen, um an den wichtigen Rohstoff billig heranzukommen, existiert seit 1974. Die Stäbe von Henry Kissinger erstellten Pläne für die Besetzung der wichtigsten Ölquellen auf der arabischen Halbinsel. Diese Überlegungen führten zu verschiedenen Doktrinen, die die Region als lebenswichtig für die USA darstellten. Schnelle Eingreiftruppen, die in der ägyptischen Wüste Manöver abhielten, wurden aufgestellt und stehen heute wie die 82. Luftlandedivision als Kerntruppen im Krieg gegen den Irak. Solange sich entscheidende Länder der OPEC den Interessen der USA und Europas beugten, konnte auf eine Intervention verzichtet werden. Mit der Revolution 1979 im Iran erhöhte sich die Gefahr für die Regierungen der USA schlagartig. Für die Herrschenden entwickelte sich nach der kommunistischen eine zweite Domino-Situation: die islamische. Alles, was sich dem islamischen Fundamentalismus widersetzte, wurde daraufhin mit Waffen aus der halben Staatenwelt überhäuft. Die fürchterlichen Folgen werden mit jedem Kriegstag deutlicher.
Seit Anfang der 70er Jahre schwindet die Hegemonie der USA im globalen Kapitalismus, da ihre Ökonomie in produktiven Bereichen von anderen kapitalistischen Staaten überrundet wurde. Sie haben seit dieser Zeit ihre Macht immer mehr

zugunsten ihrer jeweiligen internen Interessen eingesetzt. Vermutlich diente dazu auch der "Kriegskeynesianismus" der 80er Jahre. Riesige staatliche Summen wurden in die Kriegstechnologie investiert. Die Ergebnisse werden heute vorgeführt, um einen Teil dieser verlorenen Hegemonie zurückzuerobern.

Die Hintergründe im Irak

Im Gegensatz zur CDU, die das diktatorische Regime im Irak erst seit August letzten Jahres kennt (kein Wunder, einige ihrer Bundestagsabgeordneten fungieren als Lobbyisten wichtiger Rüstungslieferanten), haben wir die Vernichtungspolitik des Irak gegenüber der eigenen Opposition und der kurdischen Bevölkerung schon immer kritisiert - leider mit wenig Resonanz.
Neben der moralischen Empörung müssen wir aber auch die strukturellen Zwänge analysieren, denen nicht nur der Irak in den letzten Jahren zunehmend ausgesetzt ist. Die Herrschenden und die Bevölkerung in fast allen Staaten der "Dritten Welt" sehen sich einer konstant sich verschlechternden nationalökonomischen Situation gegenüber. Traditionelle Wege nationaler Entwicklung, ob in der algerischen, vietnamesischen oder brasilianischen Variante wurden, trotz aller miteinbezogenen internen Schwierigkeiten, durch die Schuldenkrise (Nettokapitaltransfer in den Norden), der Abschottung der Märkte der Industrieländer und der Auflagenpolitik des IWF erschwert bis verunmöglicht. Für die Mehrheit der arabischen Bevölkerung kommt zu der zunehmenden ökonomischen Misere eine psychologische. Die letzten vierzig Jahre werden als eine Aneinanderkettung von Niederlagen wahrgenommen. Das Ende des Kalten Krieges verstärkt diesen Eindruck noch: "Das Gefühl, nur noch als Öllieferant wahrgenommen zu werden, trotz des Reichtums, arm und ohnmächtig zu sein, bestimmt die politische und psychische Befindlichkeit der Araber" (Ahmed Taheri). Da kam Saddam gerade recht. Er stand gegen den Imperialismus und die Israelis auf. Der seltsam befreiend anmutende Jubel nach dem ersten Einschlag der Scud-Raketen erklärt sich vor diesem Hintergrund.
Der Irak ist nicht die einzige Diktatur, die jahrelang unterstützt wurde. Die erste Forderung aus der BRD kann daher nur lauten: Stop den Waffenexporten! Zweitens können die Konflikte in der Region nur von den Menschen längerfristig und friedlich beigelegt werden, die dort leben und nicht durch eine Einmischung von außen.

Das Militär

Den Militärs - und wir lassen uns in diesen Tagen und Nächten von ihnen, wenn auch nur optisch, unsere Köpfe vernebeln - ist ihr "Job" klar. Die Kampfmaschinen der White Anglo Saxon Allies haben in den Nord/Süd - Kriegen mehrere militärtechnologische Vorteile. Sie werden uns von kalten Technokraten erläutert. Wir bekommen z.B. die Aufnahmen von in Marschflugkörpern eingebauten Kamaras vorgeführt. Mit diabolischem Grinsen zeigt man uns die "chirurgischen Schnitte", mit denen das gegnerische Hauptquartier zerstört wird.
Wir müssen uns lösen aus der militärischen Logik, so hart die Propaganda der Bilder aus diesem "High Tech - Krieg" auch auf uns einstürzt. Vom Fernseher weg, befallen uns neben Verzweiflung über die Zerstörung und das menschliche Leid, das bewußt ausgeblendet wird, eine dunkle Vorahnung über das, was nach dem Krieg bleiben könnte. Der Irak und Kuwait eine Wüste, unbewohnbar!



"Es wird viel Blut fließen" (S.Hussein)

Politiker hier beschworen mit ihren willfährigen Intellektuellen am Ende des letzten Jahres die heraufdämmernde Weltzivilgesellschaft. Dabei wurde erstens der größte Teil der südlichen Halbkugel ausgeblendet und zweitens vergessen, daß kapitalistische Interessen sich in spezifisch historischen Situationen mit Gewalt durchsetzen.

Wir konnten diesen Krieg mit unseren bescheidenen Mitteln nicht aufhalten, aber jetzt gilt um so mehr KAMPF DEM KRIEG !

GEGEN HEILIGE UND GERECHTE KRIEGE

Georg Lutz



Verteidigung weißer Interessen

Weiterführende Literatur:

Zum irakisch-iranischen Golfkrieg:
- Blätter des iz3w 146 (Dezember 1987)
- A. Malanowski, M. Stern (Hrsg.): "Bis die Gottlosen vernichtet sind"; rororo aktuell, Hamburg 1987

Zur Politisierung des Islam:
- Blätter des iz3w 147 (Februar 1988)

Zu den Aktuellen Ereignissen bis Herbst 1990:
- B. Nirumand (Hrsg.): "Sturm im Golf. Die Irak-Krise und das Pulverfass Nahost"; rororo aktuell, Hamburg 1990
- "Chronik eines angekündigten Krieges"; Arbeiterkampf Nr. 325, Hamburg 1990

Für weiter Interessierte: Wir (d.h. das Informationszentrum Dritte Welt, Freiburg) planen die Erstellung einer Artikelsammlung, die bei uns angefordert werden kann. Außerdem wird der Schwerpunkt der nächsten Ausgabe der "blätter des iz3w" der Golfkrieg und seine Hintergründe sein.

Spendenaufruf

Bisher entstanden der 'Aktion Dritte Welt Freiburg' im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit für die sofortige Beendigung des Golfkrieges Materialkosten in Höhe von etwa 2.000,-DM (für Flugblätter, Veranstaltungen und diese Beilage). Wer helfen kann, unsere Arbeit finanziell abzusichern, die/der soll bitte unter dem Stichwort 'Stoppt den Golfkrieg', eine Spende auf das Postgirokonto 148 239 755 (beim Postgiroamt Karlsruhe, BLZ 66010075) überweisen.

Der Lohn für Asads Golfpolitik

Neuordnung des Libanon

Seit dem 13. Oktober 1990, als die reguläre libanesische Armee unter dem Oberbefehl Präsident Hraouis mit Unterstützung der Syrer General Aoun im Palais von Baabda angriff, scheint nicht nur das im September 1988 entstandene Problem zweier rivalisierender Regierungen im Libanon gelöst, sondern auch der seit nunmehr über 15 Jahren andauernde Bürgerkrieg beendet.
Das massive Eingreifen der Syrer steht dabei in direktem Zusammenhang mit der Golfkrise. Einerseits konnte der Irak seine massive Unterstützung Aouns mit Waffen nicht mehr durchhalten. Andererseits ist mit hoher Wahrscheinlichkeit davon auszugehen, daß sich Syrien bei den Verhandlungen über die Entsendung seiner Truppen an den Golf grünes Licht aus den USA und und Frankreich für den Einmarsch in den Libanon geholt hat. Dafür spricht insbesondere die Tatsache, daß Israel die syrischen Fliegerangriffe gegen Aouns Bunker in Baabda geduldet hat, obwohl es den Luftraum westlich des Libanonmassivs seit Jahren als sein Eigen betrachtet. Ohne massiven amerikanischen Druck auf Israel wäre ein solches Vorgehen der Syrer kaum denkbar.
Die US-amerikanische Tolerierung einer militärischen "Kaltstellung" Aouns durch Syrien deutete sich allerdings schon seit längerem an. So erregten die fast täglichen schweren Bombardements der christlichen Enklave durch die syrische Artillerie von Mitte März bis Mitte September 1989 kaum Aufsehen in den USA. Vielmehr ließ die US-Regierung ihr Botschaftspersonal aus Ostbeirut im September 1989 nach Protestdemonstrationen und Drohungen von Anhängern Aouns evakuieren. Dieser Schritt signalisierte eindeutig, daß die USA nicht gewillt waren, sich noch einmal im libanesischen Bürgerkrieg auf Seiten der Christen zu engagieren, wie sie es bereits 1983 getan hatten. Das Desaster für die US-amerikanische Nahostpolitik, welches der gescheiterte Versuch, eine israelische Lösung für den Libanon durchzusetzen nach sich zog, und das seitdem Konturen annehmende Kalkül, Syrien für eine Gesamtlösung des Nahostkonflikts zu gewinnen, indem ihm der Libanon als Einflußsphäre zugestanden wird, mögen wesentliche Gründe für die stillschweigende Duldung der syrischen Libanonpolitik durch die USA und Israel gewesen sein.



Asad: Freie Hand im Libanon als Gegenleistung für seine Golfpolitik

Bis zum Beginn der Golfkrise stellte Israel den Hemmschuh für einen letzten militärischen Schlag der Syrer gegen Michel Aoun dar. Doch die von den USA verordnete "low-profile" Politik für Israel, um das US-amerikanische Vorgehen am Golf nicht zu gefährden, verbot es der israelischen Regierung, auf das syrische Vorgehen militärisch zu reagieren.
Insofern mutet es wie eine Ironie der Geschichte an, daß ausgerechnet Saddam Hussein selbst seinen Erzrivalen Hafiz al-Asad in die Lage versetzt hat, zum entscheidenden Schlag gegen die vom Irak unterstützten christlichen Truppen auszuholen und seinen Hegemoniebestrebungen im Libanon ein gutes Stück näher zu kommen.

"Neuordnung" des Libanon

Die Grundlage für die "Neuordnung" des Libanon bildet das Vertragswerk von Taif. Die arabische Staatenkommission Saudi-Arabien, Algerien und Marokko hatte im Sommer 1989 mit beiden Bürgerkriegsseiten Christen und Muslime, und den Syrern einen Vermittlungsvorschlag ausgehandelt, den die ins saudi-arabische Taif geladenen libanesischen Abgeordneten nach langen Verhandlungen absegneten. Verknüpft wurde die Unterzeichnung mit einem Waffenstillstand zwischen Syrien und General Aoun am 22.9.1989, nachdem nicht nur die von ihm erhoffte außenpolitische Unterstützung durch die USA und Frankreich ausgeblieben war, sondern sich sogar in ihr Gegenteil verkehrt hatte, indem sich die Gesamtheit der westlichen Staaten hinter das Vertragswerk von Taif gestellt hatte.
Dies kann allerdings insofern nicht verwundern, als die sogenannte Reform nicht viel mehr als eine kosmetische Korrektur des politischen Systems des Libanon darstellt, die die Sonderstellung der christlichen Maroniten zwar relativiert, gleichzeitig aber eine Veränderung der politischen Kräfteverhältnisse sowohl zugunsten der linken, pro-palästinensischen als auch der schiitischen Kräfte verhindert.
Nach wie vor soll der Staatspräsident ein maronitischer Christ sein, der allerdings einige seiner Machtbefugnisse an den sunnitischen Ministerpräsidenten und das Kabinett abtritt. Dies betrifft insbesondere die

Ernennung des Ministerpräsidenten, zu der der Präsident nun den traditionell schiitischen Parlamentsvorsitzenden hinzuziehen muß. Der Präsident bleibt zwar Oberbefehlshaber der Streitkräfte, diese werden in Zukunft aber Kabinettsbeschlüssen unterstellt. Die Zahl der Abgeordneten wird von 99 auf 108 angehoben und diese entgegen der bisherigen Praxis je zur Hälfte von Muslimen und Christen gestellt.

Das zwar zugunsten der Muslime veränderte aber nach wie vor existierende religiöse Proporzsystem scheint aber kaum geeignet, die tiefen Brüche innerhalb der libanesischen Gesellschaft zu kitten. Allein die Tatsache, daß es die seit 1972 ununterbrochen im Amt befindlichen Abgeordneten waren, die diesem subtilen Kompromiß zustimmten und gleichzeitig ihr eigenes Mandat nochmals bis 1994 verlängerten, läßt Zweifel daran aufkommen, ob es sich um einen Beschluß repräsentativer Vertreter der libanesischen Gesellschaft handelt, die sich in den letzten 18 Jahren zweifelsohne stark verändert hat.

Reaktionen der Muslime

Daß es sich bei dem Plan von Taif allenfalls um einen vorübergehenden Kompromiß handeln kann, machen die diesbezüglichen Aussagen von Jumblatt, Berri und der Hizbullah (siehe Kasten) deutlich. Sie kündigten bereits mehrfach ihre Opposition gegen die Beibehaltung des Konfessionalismus an. So meinte Jumblatt, der Kompromiß am 12.10.89 sei unannehmbar, weil er weit hinter der alten Forderung nach einer "Demokratie der reinen Zahlen" zurückbleibe.[2] Am 10.10.89 erklärte der iranische Financier der Hizbullah, Rafsandjani, den Vertrag von Taif als "einen Verrat am libanesischen Volk".[3] Bereits im Oktober 1988 hatten die prosyrischen Milizen die Beibehaltung jedweden religiösen Proporzes für unannehmbar erklärt. Neben Jumblatt von der "sozialistischen Fortschrittspartei" erklärten auch Nabih Berri (Amal), Assem Kanson (libanesische Baath-Partei), Dawoud Baz (syrisch-nationale Partei), Mustafa Sa'ad (Nasseristische Bewegung von Sidon) und Eli Hobeika, der von Geagea 1986 gestürzte Chef der Forces Libanaises, einmal mehr ihre Haltung zum religiösen Proporzsystem.

Die Motive für die Ablehnung des Konfessionalismus sind allerdings unterschiedlicher Natur. Während sich die bis zum Bürgerkrieg stark angewachsene linke und laizistische Bewegung unter der Führung der PSP allein schon aus ihrem Selbstverständnis heraus als überkonfessionalistisch versteht, spielt bei den schiitischen Bewegungen das Kalkül eine Rolle, daß ihr politisches Gewicht proportional zu ihrer ständig steigenden demographischen Stärke zunähme.

Die meisten der genannten Milizen sind nun aber direkt von Syrien abhängig. Da Syrien dem Vertrag von Taif jedoch zugestimmt hat, ist eine offene Opposition gegen die Verfassungsreform von diesen Organisationen kaum zu erwarten. Darüberhinaus führen deren unterschiedliche Interessen immer wieder zu Spannungen, die nicht selten in militärischen Konfrontationen enden.

In erster Linie ist hier der Konflikt zwischen Amal und Palästinensern zu nennen, der zumindest bis zum israelischen Einmarsch 1982 einen wesentlichen Faktor im libanesischen Bürgerkrieg darstellte. Seitdem versucht die Amal ein Wiedererstarken der Palästinenser zu verhindern, um die Position der Linken weitestmöglich zu schwächen. Unterstützt wird die Amal dabei von Syrien, da Asad vor allem an einer Schwächung der Arafat-Fraktion interessiert ist, die sich konsequent jeglicher syrischen Bevormundungen verweigert.



Michel Aoun, Beirut, August 1989

In den letzten beiden Jahren noch wichtiger geworden ist der innerschiitische Kampf um die Vorherrschaft zwischen der Amal und der Hizbullah. Dieser führt regelmäßig zu Konflikten zwischen den Regierungen in Damaskus und Teheran, die sich aber in aller Regel auf einen Waffenstillstand zwischen beiden Parteien einigen können.

Die unter sich zerstrittenen potentiellen Opponenten der Verfassungsreform bilden aber bis auf die im Süden des Landes starken PLO-Verbände kaum ein nennenswertes Gegengewicht zu den 30.000 syrischen Soldaten im Libanon, zumal sich die meisten von ihnen selbst auf die politische und militärische Hilfe aus Damaskus stützen.

Reaktionen der Christen

Wie schon das Damaskus-Abkommen vom Oktober 1985[4] löste auch der Taif-Plan innerhalb der Christen Konflikte aus. Die Führung der Forces Libanaises nahm bereits 1989 eine eher reservierte Haltung gegenüber Aoun ein. Ausschlaggebend dafür ist sicher die realistische Einschätzung der Folgen eines offenen Konfrontationskurses gegen Syrien gewesen. Zu einer tiefen Spaltung kam es aber zwischen Aoun und dem politischen und religiösen Establishment. Letzteres konnte sich mit dem im Vertrag von Taif festgeschriebenen Machtverlust der Christen insofern arrangieren, als sich die Aussicht auf eine militärische Behauptung der eigenen Vormachtstellung infolge der ausbleibenden Unterstützung aus dem Westen immer weiter verschlechterte. So gesehen entschieden sie sich in Taif lieber für den Spatz in der Hand als für die Taube auf dem Dach.

Zwar erklärte auch Aoun mehrfach, daß er sich mit dem innenpolitischen Teil des Abkommens anfreunden könnte. Aber das im Vertragswerk festgelegte Verhältnis zu Syrien, zu dem der Libanon Sonderbeziehungen zu unterhalten habe, wollte Aoun nicht hinnehmen. Das Dokument sieht unter anderem vor, daß sich die Syrer zwei Jahre nach dem Zustandekommen eines politischen Kompromisses und einer Regierung der nationalen Einheit in die Bekaa-Ebene zurückzuziehen hätten. Ein darüber hinausgehender Plan für den Abzug der syrischen Streitkräfte existiert nicht. Aoun hatte zu diesem Punkt mehrfach erklärt, daß er zu keinerlei Konzessionen bereit sei, solange es nicht mindestens einen diese Frage betreffenden Zeitplan gäbe.

Sein fern jeglicher politischer und militärischer Realitäten geführter "Befreiungskrieg bis zum Ende der syrischen Besatzung" spiegelt aber weniger - wie in der bürgerlichen Presse häufig dargestellt - die Angst der Maroniten vor einer syrischen oder muslimischen Hegemonie wieder als vielmehr den verzweifelten Versuch, die im Nationalen Pakt von 1943 [5] festgeschriebenen Privilegien gegenüber den Muslimen notfalls auch mit militärischen Mitteln

zu verteidigen. Dies wird umso deutlicher, als es gerade Syrien ist, das die zwar geschwächte, aber nach wie vor unverhältnismäßig starke Position der Christen im Verfassungsentwurf von Taif militärisch und politisch garantiert. Die von Aoun angekündigte Konzessionsbereitschaft hinsichtlich des innenpolitischen Teils des Plans von Taif erweist sich vor diesem Hintergrund als bloßer Vorwand zu militärischen Durchsetzung maronitischer Vorrechte. Denn angesichts der beschriebenen Opposition der linken und schiitischen Kräfte gegen die neuerliche Festschreibung des Konfessionalismus als politische Grundlage des Libanon ist Syrien zwar der Zerstörer maronitischer Vorrechte, gleichzeitig aber auch deren Bewahrer auf einem niedrigeren Level.

Unnachgiebiger syrischer Zugriff

Im Anschluß an die beschriebenen Widerstände einer großen Zahl der im Libanon relevanten Gruppierungen gegen den Kompromiß von Taif stellt sich die Frage, inwieweit dieser Vertrag in der Lage ist, wenigstens ein geringes Maß an Stabilität zu garantieren. Die Paradoxie der Formel von Taif liegt ja allein schon in der Tatsache, daß sie eine Ordnung der Religionsgemeinschaften festschreibt, an der sich der Konflikt ursprünglich entzündet hat.
Die Antwort auf diese Frage wird derzeit in Damaskus gegeben. Sie lautet: militärische Kontrolle aller wichtigen strategischen Punkte in und um Beirut, und die damit verbundene Drohung, gegen jeden Opponenten der derzeitigen Lösung militärisch vorzugehen.



Drusische Milizen im Shuf-Gebirge

Seit dem Ausbruch des Bürgerkrieges bestand das Bestreben Syriens immer darin, einen Zustand des innerlibanesischen Machtgleichgewichts zu erhalten bzw. herzustellen, um den eigenen Zugriff als vermeintliche Ordnungsmacht zu erleichtern und nach außen zu legitimieren. Dabei war sich die syrische Führung nicht zu schade, die maronitische Rechte vor einer Niederlage gegen die Linke zu bewahren (1976), den Abzug der auch nach der israelischen Invasion starken Arafat-treuen PLO Verbände zu erzwingen (1983) oder der monatelangen mörderischen Belagerung der Palästinenserlager in Westbeirut durch die Amal tatenlos zuzuschauen (1987), um nur einige Beispiele zu nennen. Syrien beschränkte sich darauf, nur dann militärisch einzugreifen, wenn sich eine Niederlage eines der Beteiligten abzeichnete. Mit dieser seit 15 Jahren geduldig und erfolgreich durchexerzierten Strategie hat es Asad geschafft, alle in den Bürgerkrieg involvierten Parteien einschließlich der Großmächte zu der Einsicht zu bringen, daß nur eine Lösung nach syrischen Vorstellungen den Libanon stabilisieren kann. Diesem Umstand trägt der Verfassungsentwurf von Taif entsprechend Rechnung.

Gemäß dem Vertrag sind alle Milizen im Großraum Beirut mittlerweile entwaffnet. Der ursprüngliche Plan, in den "befriedeten" Gebieten gemischte Einheiten zu stationieren, ist allerdings gescheitert. Es sind fast ausschließlich den jeweiligen Milizen nahestehende reguläre Truppenteile, die deren Stellungen eingenommen haben. Die Gefahr einer neuerlichen Spaltung der regulären libanesischen Armee in religionsgebunde Brigaden, die sich im Konfliktfall eher an den politischen Interessen ihrer jeweiligen Religionsgemeinschaft orientieren als an denen der Armeeführung, ist also weiterhin gegeben. Daß Großbeirut bislang eine Insel der Ruhe geblieben ist, erklärt sich aber wohl eher durch die Präsenz der syrischen Truppen als durch das Fehlen von Interessenkonflikten. So halten diese noch immer den Präsidentenpalast und einen Teil Ostbeiruts besetzt und verfügen über Kontrollposten bis in die südlichen Vororte Westbeiruts.

Es scheint außer Frage zu stehen, daß Asad über ausreichendes militärisches Potential und genügend politischen Einfluß in der Regierung Hraoui verfügt, um auch den nächsten Schritt zur Verwirklichung des Planes von Taif durchzusetzen. Demnach soll die Bildung eines erweiterten Kabinetts bis zum 21. März 1991 abgeschlossen sein. Problematischer dürfte sich allerdings die dann zu erwartende Ausweitung des Machtbereichs auf den Südlibanon gestalten.

Palästinensisch-syrische Konfrontation

Die Interessen der regionalen Mächte haben im libanesischen Bürgerkrieg immer eine bedeutende Rolle gespielt. Die Abgrenzung dieser regionalen Interessen des Iran, Syrien und Israel ist von ebenso großer Bedeutung für die Durchsetzung des Friedensplanes wie die Entwaffnung der Milizen.
Zwischen Damaskus und Teheran ist es bereits zu einer Einigung gekommen. Die jeweiligen Außenminister verständigten sich am 5. November des vergangenen Jahres mit den Führern der beiden rivalisierenden Schiitenmilizen Amal und Hizbullah, Nabih Berri und Scheich Subhi at-Tufaili, auf einen Waffenstillstand in der heftig umkämpften Region südlich von Sidon. Der Iran wird dadurch seine Interessen im Libanon weiter über die Hizbullah wahrnehmen, die erstmals im zukünftigen Parlament vertreten sein soll.
Die Abgrenzung der syrischen gegenüber den israelischen Interessen ist im Prinzip schon im Vertrag von Taif vorgenommen worden. Der dort in Aussicht gestellte Rückzug der Syrer in die Bekaa-Ebene zementiert die seit der israelischen Invasion 1982 zwischen beiden Ländern gezogene rote Linie. Israel hatte die Syrer damals bis zur Landstraße Damaskus-Beirut zurückgedrängt. Einer Aufteilung des Libanon in eine syrische und eine israelische Interessenzone stehen allerdings die 15.000 palästinensischen Kämpfer im Südlibanon entgegen. Diese haben bereits mehrfach angekündigt, daß sie sich einer Entwaffnung widersetzen werden. Die zum größten Teil PLO-Chef Arafat nahestenden Kämpfer bestehen auf der Einhaltung des Vertrages von Kairo aus dem Jahre 1969, in dem den PalästinenserInnen die Beteiligung am bewaffneten Kampf unter Wahrung der Grundsätze der Souveränität des Libanon zugestanden wurde. Diesen Vertrag hat das Libanesische Parlament mittlerweile für nichtig erklärt. Die PalästinenserInnen haben die Massaker von Tel az-Za'atar, Sabra und Shatila aber noch nicht vergessen. Allerdings nicht nur aus Gründen der Selbstverteidigung, sondern auch um den bewaffneten Kampf gegen Israel weiterzuführen und im Zuge der Radikalisierung der Intifada zu intensivieren, besteht die PLO darauf, ihre Waffen zu behalten. Die Ausdehnung der libanesischen Staatsgewalt auf den Südlibanon würde darüberhinaus keine verläßliche Sicherheit gegen die mittlerweile wöchentlichen israelischen Übergriffen gegen palästinensische Positionen bieten.
Mitentscheidend für den Ausgang der Konfrontation zwischen Asad und der PLO ist die Golfkrise, deren Ausgang zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht absehbar ist. Feststehen dürfte jedoch, daß Arafat als Verbündeter von Saddam Hussein im Libanon weder militärisch noch politisch von Damaskus zu besiegen ist.

Die Machtverhältnisse im Libanon

Das libanesische Staatswesen ist nach dem Prinzip des Konfessionsproporzes aufgebaut, das allen anerkannten Religionsgemeinschaften einen ihrer Zahlenstärke entsprechenden Anteil an öffentlichen Ämtern und Positionen garantiert. Aus diesem Grund ist die Frage der „Mehrheitsverhältnisse" zwischen den einzelnen Glaubensgemeinschaften brisant, denn von ihrer Beantwortung hängt es ab, welcher Gruppierung wieviel politische Macht zusteht.
Die Sitzverteilung im libanesischen Parlament beruht im wesentlichen auf den Ergebnissen der Volkszählung aus dem Jahre 1932: Bis zum Vertrag von Taif 1989, in dem die Sitzverteilung leicht abgeändert wurde, erhielten die Maroniten 6/11 der Sitze, auf 5/11 hatten Muslime und Drusen gemeinsam Anspruch, während jedoch — unsicheren Schätzungen zufolge — die Maroniten heute ca. 20%, die Sunniten 20%, die Schiiten 30% und die Drusen 7% der libanesischen Bevölkerung stellen (die restlichen 23% entfallen auf 13 andere Religionsgemeinschaften). Angesichts dieser Mißverhältnisse ist es also kein Wunder, daß es immer wieder zu Kämpfen zwischen den großen Glaubensgemeinschaften kam, wobei die Auseinandersetzung zwischen Christen und Muslimen im Vordergund stand.
Die **Maroniten** sind katholische Christen. Ihre Kirche entstand im siebten Jahrhundert in Syrien, wurde jedoch bald von den Arabern in den Libanon abgedrängt. Die Maroniten stellen traditionell den Staatspräsidenten. Bedeutende Vertreter sind General Aoun, dem Frankreich politisches Asyl gewährte, und Präsident Hraoui. Eli Hobeika war bis 1986 Kommandant der **„Forces Libanaises"** (FL), der mit 10.000 Mann stärksten libanesischen Miliz. Die FL wendet sich gegen Ansprüche der Syrer im Libanon und unterhält Kontakte zu Israel, aber auch zum Irak, dem Erzfeind Syriens. Von ihm erhält sie ihre schweren Waffen. 1986 wurde Hobeika von seinem Rivalen Samir Geagea aus dieser Führungsposition verdrängt. Daraufhin gründete er die bewaffnete Partei **„al-Waad"** („Das Versprechen"), die 2000 Mann zählt. Als drittes ist die **„Südlibanesische Armee"** (SLA) zu erwähnen, die von Antoine Lahd gegründet wurde und der 3000 Mann angehören. Israel finanziert und bewaffnet die SLA, bildet aber auch deren Milizionäre aus. Dafür arbeitet die SLA mit Israel zusammen, wenn es darum geht, die Sicherheitszone nördlich der israelisch-libanesischen Grenze zu überwachen.
Die **Sunniten** bilden die Hauptströmung des Islam. Im Libanon stellen sie den Ministerpräsidenten seit 21.12.90, Omar Karame. Sie verfügen über keine eigene militärische Organisation.
Die muslimischen **Schiiten** grenzen sich dadurch von den Sunniten ab, daß sie darauf bestehen, nur ein Nachfahre von Muhammads Schwiegersohn und Vetter Ali hätte in der Frühzeit des Islam die Rolle des Kalifen, des Statthalters des Propheten, übernehmen dürfen. Den Schiiten im Libanon steht das Amt des Parlamentspräsidenten zu. Die zwei Milizen dieser Gemeinschaft sind einerseits die **„Amal"** („Hoffnung") und andererseits die **„Hizbullah"** („Partei Gottes"). Die prosyrische Amal unter der Führung Nabih Berris stützt sich auf 5000 Mann, die von Syrien Finanz- und Rüstungshilfe erhalten. Diese Truppe will sowohl die palästinensischen Flüchtlinge als auch die Israelis aus dem von ihr kontrollierten Süden des Landes vertreiben.
Die **Hizbullah**, deren Führer Sabah at-Tufaili ist, ging aus der Amal hervor. Ihr höchstes Ziel ist es, auf libanesischemBoden nach dem Vorbild des Iran, von dem sie angeleitet und finanziell unterstützt wird, einen Gottesstaat zu errichten. Seit 1988 kam es immer wieder zu schweren Kämpfen zwischen Amal und Hizbullah, deren Gegenstand die Herrschaft über die Schiiten ist.
Die **Drusen** sind eine Sekte, die sich im Jahr 1021 von den fatimidischen Schiiten abspaltete. Sie hängen einer Geheimlehre an und zählen nicht mehr zu den Muslimen. Ihre Partei ist die **„Sozialistische Fortschrittspartei"** (PSP), der Walid Jumblatt vorsteht. Ihre Miliz ist die drusische „Volksarmee" mit ungefähr 5000 Mann unter Waffen.
Eine wichtige nicht-libanesische Gruppierung im Libanon bilden die **palästinensischen Flüchtlinge**. Sie trieb der Sechs-Tage-Krieg 1967 ins Land, in dessen Verlauf Israel die Sinaihalbinsel, den Gazastreifen, die Golanhöhen und das Westjordanland besetzte, sowie die Ausweisung der PLO aus Jordanien im Jahre 1970. Die Anzahl der Flüchtlinge beträgt heute etwa 300000. Neben Israel bekämpft sie vor allem Syrien, das an einer Schwächung der Arafat-Fraktion interessiert ist.

Nivien Saleh

Sollte Asad die Erschütterungen des Golfkrieges innenpolitisch überleben, wird er wohl über kurz oder lang den Versuch machen, die PLO-Verbände im Libanon zu entwaffnen. Vorstellbar wäre ein ähnliches Vorgehen wie 1983 in Tripolis oder bei der Belagerung der Palästinenserlager 1987 durch prosyrische Milizen.
Unabhängig vom Ausgang der Golfkrise haben sich aber die Konstellationen im Nahen Osten so nachhaltig verändert, daß sie nicht mehr mit denen vergleichbar sind, die das syrische Vorgehen im Libanon erst ermöglicht haben. Selbst wenn die USA als Sieger aus der Konfrontation mit dem Irak hervorgehen sollten, muß das nicht zur Folge haben, daß die konzertierte Aktion zwischen Israel, Syrien, Saudi-Arabien, den USA und Frankreich, durch den Taif-Vertrag im Libanon Frieden zu schaffen, von Erfolg gekrönt sein wird.
Sollte es im Anschluß an die Golfkrise nicht zu einer von der PLO geforderten internationalen Nahostkonferenz kommen, könnten sich die 300.000 im Libanon lebenden Palästinenser radikalisieren. Das würde das Ende des Bürgerkrieges in weite Ferne rücken.

Andreas Kiesheyer

Anmerkungen:
1) Am 22.9.88 war das Parlament nicht in der Lage, einen Nachfolger für den aus dem Amt scheidenden Präsidenten Amin Gemayel zu wählen. Eine Stunde vor Ablauf seiner Amtszeit setzte Gemayel eine militärische Interimsregierung unter General Aoun ein. Der amtierende Ministerpräsident Selim al-Huss versagte diesem die Anerkennung und bildete ein Gegenkabinett, so daß es faktisch zwei Regierungen im Libanon gab.
2) Neue Zürcher Zeitung vom 12.10.1989
3) Neue Zürcher Zeitung vom 10.10.1989
4) Das zwischen Berri (Amal), Jumblatt (PSP) und Hobeika (Forces Libanaises) in Damaskus am 28.12.1985 aus gehandelte Abkommen beinhaltet als wichtigste Punkte: a)völlige Abschaffung des Konfessionalismus nach einer Übergangsperiode, b) staatliche Förderung des Widerstandes gegen Israel, c) priviliegierte Beziehungen zu Syrien "als wahren Ausdruck von Libanons arabischer Identität." Die Unterzeichnung dieses Abkommens durch Hobeika führte zu heftigen innerchristlichen Auseinandersetzungen, in deren Folge Hobeika von Geagea abgesetzt wurde.
5) Der niemals schriftlich fixierte Nationale Pakt von 1943 beinhaltet ein konfessionales Proporzsystem, das den Maroniten die politische Dominanz im Staat garantiert. Demnach soll der Staatspräsident immer ein Maronit, der Ministerpräsident ein Sunnit und der Parlamentsvorsitzende ein Schiit sein. Alle Staatsämter werden nach dem Schlüssel 6 zu 5 zugunsten der Christen vergeben.



Libanesische Familie, die auf eine bessere Zukunft hofft

Die arabische Linke muß stärker werden

Ein Gespräch mit Azym Bishara

Shraga Elam: Welche Bedeutung hat die Explosion am Arabischen Golf, die sogenannte Golfkrise, für die arabische Welt?

Azym Bishara:[1] Man sollte wirklich nicht von einer Krise, sondern von einer Explosion reden, von einer Explosion, die die vielen verschiedenen Widersprüche in dieser Region aufgedeckt hat. Saddam Hussein hat unbeabsichtigt die schlafenden Widersprüche wachgerüttelt.

Es hatte sich in der arabischen Welt unglaubliche Verbitterung gegen die Ölregime am Golf aufgestaut. Eine Bitterkeit, die die arabischen Intellektuellen - darunter auch die Linken - nicht ernstgenommen hatten. Sie wußten alle, daß in jedem arabischen Haus mindestens zweimal in der Woche Witze über die Ölscheichs gerissen werden. Aber sie begriffen nicht die politischen Implikationen dieses Spotts. Fast alle Intellektuellen sind auf die eine oder andere Weise mit den Petrodollars gekauft worden. Sie spielten bisher eine wichtige Rolle in der Reproduktion dieser Systeme: Alle hatten irgendeine, von Petrodollars finanzierte Stelle, z.B. in einem Forschungsinstitut oder in einer Zeitung. So konnten sie sich gar nicht vorstellen, daß es den Massen anders erging, und der Gedanke lag nahe, daß im Grunde nur ein Verrückter diese Ölregimes verfluchen könnte.

Faktisch schmierten die Petrodollars indessen nur eine kleine Schicht. Die breite Mehrheit der Bevölkerung profitierte von ihnen überhaupt nicht, im Gegenteil, sie verarmte weiter. Ja, sie sah in der Öffnung zum Westen und der Rolle der Ölbourgeoisie den wesentlichen Grund für ihre fortschreitende Verelendung. Jede Veröffentlichung über arabische Gelder, die zurück in den Westen fließen - sei es als Investitionen, sei es als eine Geldverschwendung von einem Scheich - wurde mit Schmerzen und Wut registriert und als Erniedrigung empfunden. Keiner identifiziert sich mit den Scheichs, die erwecken im Gegenteil eher Schamgefühle. Denn trotz ihrer wichtigen Rolle für den Westen ernten sie dort nur Mißachtung. Die Scheichs sind also das klassische Beispiel von Parasiten, deren einzige Leistung darin besteht, in der Nähe einer Ölquelle geboren zu sein. Dadurch können sie andere Leute für sich arbeiten lassen, während sie selber in ehrenloser Weise das Geld verschwenden.

Die Ausbeutung in den Golfstaaten wurde immer größer, und daher sollte es niemanden überraschen, daß sich in Jordanien bei den Pro-Saddam-Demonstrationen sehr viele ehemalige Gastarbeiter, die in den Golfstaaten geschuftet hatten, beteiligten. Das war ein direkter Klassenprotest.[2)]

Aber in Ägypten demonstrierten die gleichen Menschen gegen Saddam Hussein.

Ja, das stimmt, aber man darf nicht vergessen, daß der Irak auch ein Golfstaat ist, sehr viele Ägypter hatten dort gearbeitet. Für sie gibt es keinen großen Unterschied zwischen dem Irak und Kuwait[3)]. Trotzdem ist auch in Ägypten in der Hinsicht das letzte Wort noch nicht gesprochen. Denn dort wird die Öffnung zum Westen noch direkter als Ursache der Verarmung empfunden. Der frühere ägyptische Präsident Gamal Abd-el-Nasser hat mit seiner panarabistischen Ideologie und seiner antiimperialistischen Praxis einen Staatskapitalismus entstehen lassen, der keine soziale Gerechtigkeit brachte.

Dank staatlicher Kontrolle über die wichtigsten Produktionsmittel und den Außenhandel ermöglichte er aber immerhin gewisse soziale und wirtschaftliche Leistungen, etwa die Subventionierung des Brotpreises oder Investitionen in die Entwicklung der Infrastruktur. Nasser kreierte zudem eine zündende und vereinigende Ideologie. Seinen Nachfolgern gelang weder das eine noch das andere.

Es sind aber nicht nur die armen Leute, die gegen die Golfregimes demonstrieren, auch bürgerliche Kreise gehen auf die Straße. Warum?

Nicht nur die Massen haben offene Rechnungen mit der Bourgeoisie der Golfstaaten, sondern auch das Bürgertum der alten arabischen urbanen Zentren. Die Rivalität zwischen diesen zwei Hauptströmungen des Bürgertums im arabischen Raum ist alt. Schon nach dem Ersten Weltkrieg wurden als Folge der britischen Politik diese Zentren ärmer und ärmer, die Staaten der arabischen Wüste dagegen reicher und reicher.[4)]

Dieser ökonomischen Differenzierung entsprachen unterschiedliche soziale und kulturelle Entwicklungen. In den Golfstaaten wurden die alten Stammes- bzw. Clansstrukturen praktisch konserviert. Der Clan beschäftigte sich nicht mehr mit Herden von Kamelen und Schafen, sondern mit Herden von Autos und Firmen. Diese Bourgeosie verdankt ihre Existenz dem Imperialismus, und bis heute ist sie nicht einfach dessen Agentin in der Region, sondern ein Bestandteil des weltweiten imperialistischen Systems. Das entspricht auch dem Selbstverständnis der



Foto aus Palästina Info (Nummer 7, Mai 1989)

Herrschenden in den Golfstaaten: Sie sind der Überzeugung, daß sich ihre Interessen mit denen des Imperialismus decken - das ist genau die gleiche Haltung, die auch die Herrschenden Israels an den Tag legen.
Das Bürgertum der arabischen urbanen Zentren auf der anderen Seite hat verschiedene Phasen durchgemacht. Es drängte nicht besonders auf soziale Änderungen, auf eine Säkularisierung der Gesellschaft. Immerhin gab es aber schon in den 20er Jahren in Ägypten eine Partei mit einer typischen liberaldemokratischen Ideologie (Wady).[5]

Weitreichende Änderungen waren dann Folge einer Verbindung bürgerlicher Kreise mit dem Militär. Nach militärischen Umstürzen versuchte man über Verstaatlichungen ein System mit einer unabhängigen ökonomischen Infrastruktur zu errichten. Einige wichtige Errungenschaften gehen auf das Konto dieser Verbindungen, im großen und ganzen scheiterte aber auch dieser Weg, nicht zuletzt aufgrund der globalen Teilung der Arbeit und des Reichtums, also des typischen Nord-Süd Verhältnisses. Es entwikkelte sich eben keine Ökonomie, die auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig war. Das Bürgertum mußte zugunsten einer militärischen Junta auf die politische Macht verzichten. So verkamen dieses Systeme stets zu Diktaturen mit fast unbeschränkten Kompetenzen. Die Linke andererseits war nicht willens oder in der Lage, den Charakter dieser Regimes zu begreifen. Die Kommunisten z.B. unterstützten Verstaatlichungsprogramme, in denen sie Schritte in Richtung Sozialismus sehen wollten oder sahen. Nun, sobald sie doch einmal Kritik übten, wurden sie sehr schnell und sehr brutal eines Besseren belehrt.
Die Gründe für das Scheitern dieser Regime möchte ich noch einmal zusammenfassen:

— sie blieben vom Westen abhängig
— bürokratische Hindernisse bremsten zusätzlich die Entwicklung der Produktivkräfte
— sie investierten viel zu wenig in den Aufbau einer reproduktiven Basis und vertieften so die Abhängigkeit von Importen auf dem Produktionsmittel- aber auch auf dem Konsumgütersektor.

Einen Ausbruch aus diesem Teufelskreis sollte ausgerechnet eine noch direktere Bindung an die imperialistischen Staaten und ihre Vertreter in der Region bieten. Das ist es, was in Ägypten schon passiert ist und jetzt offenbar auch in Syrien ansteht. In Ländern wie Algerien oder Tunesien wurde diese Entwicklung angesichts der starken fundamentalistischen Bewegungen verlangsamt. Aber auch in Ländern, in denen ein politischer Islam an die Macht gelangte, wurde keine Lösung gefunden, die den Ausgangsintentionen entsprochen hätte. Ich spreche nicht vom Iran, sondern vor allem vom Sudan und Pakistan. Deren Situation verschlechterte sich mit der wachsenden Abhängigkeit von den Saudis eher noch. Im Irak verlief die Entwicklung anders. Anfang der 70er Jahre, als sich in Ägypten und Syrien die Krise vertiefte, stieß man im Irak auf neue Ölvorkommen in großen Mengen. Hier wurde das Öl nicht bei beduinischen Stämmen gefunden, sondern im Machtbereich eines modernen diktatorischen Regimes, in einem Land mit einer alten ununterbrochenen urbanen Tradition und einer starken Armee.

Hier wurde nicht nur von „Entwicklung" - dem arabischen Modewort der letzten Jahrzehnte - geredet, sondern auch etwas getan. Das Regime investierte eben nicht allein in den Ausbau seiner Armee, sondern auch in die Modernisierung der Infrastruktur, in die Entwicklung einer selbständigen Industrie, einer leistungsfähigen Landwirtschaft. Nicht zuletzt steckte Bagdad sehr viel Geld in den Ausbildungssektor. Studenten werden mit Stipendien ins Ausland geschickt, und die meisten von ihnen kehren nach dem Studium auch wieder zurück. Im Unterschied zu ägyptischen Intellektuellen, die von ihrem heimischen Regime regelrecht vertrieben werden.
Natürlich ist das irakische Regime totalitär, diktatorisch usw! Gleichzeitig ist es aber auch das pragmatischte Regime im arabischen Raum. Es verkörpert eigent-

lich die beste Wiedergabe des Begriffs „Bürgertum" im arabischen Kontext. Saddam will nichts anderes als eine neue Form der Beziehung mit den ökonomischen Zentren aushandeln. Er will keineswegs die Geschäftsverbindungen mit ihnen abbrechen, sondern weiter Öl an den Westen verkaufen. Allerdings mußte schon der Versuch, das Verhältnis zu den Metropolen des Weltmarktes neu zu bestimmen, zum Konflikt führen. Auch wenn es also nicht seine Absicht war, mußte Saddam Hussein bei seiner Politik mit dem US-Imperialismus und den Öl-Regimes aneinandergeraten. Und die zögerten denn auch nicht mit ihrer Kriegserklärung. An sich war die Kuwait-Invasion nichts anders als der irakische Versuch, eine unerklärte Blockade zu durchbrechen.

Die Invasion der Westmächte hat nunmehr jedoch den ganzen Begründungszusammenhang der irakischen Politik fast irrelevant gemacht.

Ja, erst als Reaktion auf die Invasion des Westens kam es richtig zur Solidarisierung. Zu diesem Zeitpunkt begannen die proirakischen Demonstrationen. Und je länger das Ganze dauert, desto populärer wird Saddam in der arabischen Welt. Es herrscht nicht die gleiche Begeisterung und Mobilisierung wie zu Zeiten des Nasserismus, aber die Konfrontation zwingt in jedem Fall dazu, das irakische Regime anders zu betrachten. Saddam hat nie das panarabische und antiimperialistische Pathos eines Nassers, geschweige denn, daß er wie jener versucht hätte, eine universale antiimperialistische Politik zu verfolgen.
Die Dynamik des Kampfes zwingt den Pragmatiker Saddam jetzt aber zu antiimperialistischen Parolen und zur Einforderung sozialer Gerechtigkeit. Sie zwingt ihn dazu, die Korruption in den Golfstaaten anzuklagen. Früher hätter er das nicht gemacht. Im Gegenteil: Unter seiner Herrschaft wurde sogar öffentliche Kritik an den Ölregimes unterdrückt. Nun hat er noch keinerlei Maßnahmen ergriffen, die eine Demokratisierung des Irak ankündigten. Trotzdem genießt er soviel Unterstützung, daß er es sich leisten kann, Waffen an das Volk zu verteilen, ein Schritt, der in der arabischen Welt bislang nur selten getan wurde. Und er kann glaubhaft gegenüber den arabischen Massen erklären, daß ein Bruch der Blockade des Irak „nicht nur in meinem, sondern auch in Eurem Interesse" liege. Er verlangt also nicht nur Solidarität, sondern einen gemeinsamen Kampf.



Die Bir Zeit-Universität wird immer wieder aus politischen Gründen geschlossen

Noch vor kurzem mußte sogar die links-nationalistische palästinensische Organisation PFLP religiöse Parolen übernehmen. Mit Saddam Hussein scheint jetzt der Panarabismus wieder Oberwasser zu haben, und der Fundamentalismus scheint gebremst zu sein.

Das ist schon sehr überraschend. Nach der Niederlage des Panarabismus 1967 mit dem sog. Sechs-Tage-Krieg war die Ansicht allgemein verbreitet, diese Idee sei tot. Der wachsende Einfluß Saudiarabiens und später dann der aufkommende Fundamentalismus schienen das noch zu bestätigen. In der jetzigen Situation wurde nun aber deutlich, daß nicht nur die panarabischen, sondern auch die panislamische Bewegungen elitär und intellektuell sind. Bei den Massen gibt es dagegen die Trennung zwischen den beiden Richtungen nicht. Man ist beides zugleich. Die islamischen politischen Bewegungen konnten Ende der 70er und Anfang der 80er Jahre großen Einfluß gewinnen. Mittlerweile zeigt sich aber in den arabischen Staaten eine antiimperialistische Stimmung, die panarabisch eingefärbt ist, und die islamischen Bewegungen müssen ihrerseits Kompromisse mit dem Panarabismus eingehen, wollen sie ihre Massenbasis nicht verlieren.

Wie steht es mit der arabischen Linken?

Sie präsentiert sich derzeit sehr schwach und zersplittert, ja genaugenommen ist sie in der aktuellen Situation gar nicht vorhanden. Das ist kein Zufall, denn die Linke im arabischen Raum ist absolut unterentwickelt. Das hängt nicht zuletzt mit ihrer stalinistischen Erblast zusammen, die jede Selbstreflektion verhindert hat. Darunter leiden nicht nur die kommunistischen Parteien, sondern auch andere linke Organisationen. Das Problem mit den Kommunisten war, daß sie halb Nationalisten und halb Sozialisten waren, halb prosowjetisch und halb Verräter, die Israel anerkennen. Dadurch verloren sie auf die Dauer alle Glaubwürdigkeit. Wie kannst du für Freiheit kämpfen und gleichzeitig die Sowjetunion mit ihrem Verhältnis zu Freiheitsrechten zum Maß aller Dinge machen? Wie willst du konsequent nationale Parolen vertreten, wenn du zugleich mit abstrakten sozialistischen Prinzipien, hinter denen sich nur mühsam vermeintliche außenpolitische Interessen der Sowjetunion verbergen, daherkommst? Auch in der sozialen Frage blieben die Kommunisten immer auf halben Wege stehen. So unterstützten sie z.B. die Regime der Baath-Partei so lange, wie sie von ihnen auch unterstützt und in Freiheit gelassen worden sind. Erst in dem Moment, mit dem Rücken zur Wand, gestatteten auch sie sich Kritik. Das ist keine prinzipielle Haltung, aber sie wird nicht dadurch besser, daß die Genossen an sich nicht opportunistisch sind.
Es rechtfertigt nichts, erklärt aber einiges, daß es anderen Organisationen nicht besser erging. Die beiden palästinensischen Bewegungen PFLP und DFLP[7)] verhielten sich zwar konsequenter in der nationalen Frage. Im Grunde haben aber sie keine echte linke Perspektive und Politik entwickelt. Sie haben eigentlich nur eine linke Verpackung. Gleich den bürgerlichen palästinensischen Organisationen wurden auch sie von Kuwait finanziell unterstützt. Die Linken sind den bürgerlichen Organisationen immer nur hinterhergelaufen. Nun, jetzt gibt es neue Hoffnung.

Wieso jetzt?

Weil es eine Aufbruchstimmung in der arabischen Welt gibt, weil endlich die richtigen Fragen gestellt werden. Die arabische Nation beschäftigt sich nicht mehr mit Nebensächlichkeiten wie den Schleiern der Schülerinnen in Paris oder der Anerkennung Israels. Plötzlich geht es um wirklich schicksalhafte Probleme: um die arabischen sozialen Strukturen, die Verteilung des Reichtums, um das Verhältnis zu den kapitalistischen Ländern. Es geht um die Zersplitterung der arabischen Nation, es geht darum zu klären, was „Entwicklung" im arabischen Kontext überhaupt heißt. Das sind die wesentlichen Fragen, die seit dem Ende der revolutionären Phase Nassers, seit etwa 1965, niemand mehr ernsthaft zu beantworten versucht hat.

Wir dürfen es nicht noch einmal mit Westimporten versuchen. Es geht darum, eine Bewegung zu initiieren, deren Ziele soziale Gerechtigkeit und Säkularisierung sind. Säkularisierung im Sinne einer Trennung des Islam von der Politik, aber nicht vom gesellschaftlichen Leben. Es ist unmöglich, heute die Religion total zu neutralisieren. Die arabische Kultur wird weitgehend vom Islam gefärbt. Ich selber bin Atheist (christlicher Abstammung), aber in meiner Kultur bin ich den islamischen Arabern viel näher als den christlichen Europäern. Was ich hier vorschlage, heißt nicht, eine sozialistische Orthodoxie durch eine islamische zu ersetzen, sondern Perspektiven für eine echte Befreiung zu entwickeln, die den aktuellen arabischen Kontext berücksichtigen. Das Ziel allerdings ist universell, genau wie die

Gerechtigkeit universell und nicht islamisch ist.

Wie verhält sich dieses von dir geforderte neue Programm zu anderen Versuchen, z.B. der Intifada?

Was die Intifada betrifft, so muß man zwischen Mythos und Realität unterscheiden. Es ist eine Lüge, zu behaupten, die Intifada besitze eine bewußte soziale Ebene. Nur weil die Massen die Träger des Kampfes sind, bekommt dieser nicht automatisch eine soziale Dimension. Das heißt, aus ihm wird nicht automatisch ein bewußter Kampf mit sozialen Zielen. Die Intifada verfolgt grundsätzlich nationale Ziele.

Dies läßt sich an der Situation der Frauen demonstrieren. In der ersten Phase der Intifada, in den ersten sechs Monaten, verbesserten sie ihre Lage zweifellos. Die fortdauerne Belagerung des Aufstands zeigte jedoch eine entgegengesetzte Wirkung. Die Bewegung suchte das Gemeinsame, den Konsens, und stellte das Trennende zurück. So gewannen Konservatismus und Frömmigkeit erhebliches Gewicht gegenüber einer revolutionären Haltung. Mittlerweile werden „traditionelle" Werte noch strenger beachtet als früher. Das betrifft vor allem Frauen, die sich z.B. Kleidervorschriften anpassen müssen und allgemein in Ihren Freiheiten eingeschränkt sind. Die klar antifeministischen Tendenzen nehmen zu. Die Frauenorganisationen lehnen es ab, öffentlich noch über spezifische Frauenprobleme zu reden. So wird auch die Tötung von Kollaborateurinnen nicht thematisiert[8]. Und die Tatsache, daß Frauen Steine werfen, ist sicher kein Beweis für eine soziale Änderung oder für einen Kulturwandel. Die Frauen kehren irgendwann nach Hause zurück und sind dann wieder ihren Männern unterworfen, die im übrigen keine Steine geworfen haben. Meiner Meinung nach ist die Situation der Frauen grundsätzlich heute noch schlechter als vor Beginn der Intifada.

Auch die Situation der Arbeiter hat sich nicht gebessert, sie sind im Gegenteil ärmer und haben genausowenig zu sagen wie zuvor.

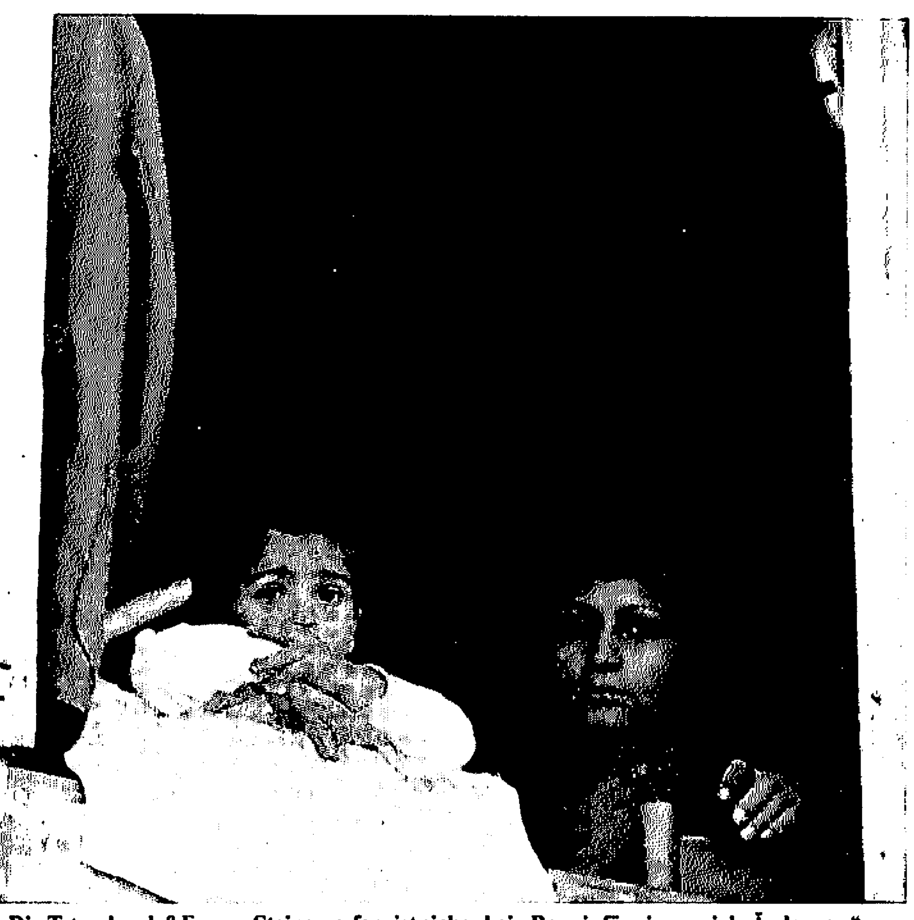
Was tun?

Die Linken können nicht warten, bis das Programm entworfen ist. Sie müssen jetzt bei den Massen sein. Dazu müssen sie mit den Massen eine gemeinsame Sprache finden. Bis jetzt ist es ihnen nicht gelungen. Die gerieten entweder schnell ins Völkische und darüber zu autoritären totalitären Positionen. Oder sie versuchten eine aufgeklärte Sprache zu sprechen, fanden jedoch kein Verständnis und gerieten in die Isolation.

Freilich ist auch das Kommunikationsproblem situationsbedingt. So konntest du bis vor kurzem vom Imperialismus reden, und niemand wollte dich hören oder verstehen. Jetzt plötzlich verstehen dich aber alle.

Die Linken müssen jetzt den Kampf gegen die US-amerikanische Invasion unterstützen. Sie müssen schauen, wo die Kräfte sind, die den antiimperialistischen Kampf führen können. Saddam Hussein und die bürgerlichen Kreise um ihn herum suchen wie gesagt nichts anderes als einen Kompromiß mit dem US-Imperialismus. Die Linken müssen eine andere Zukunft als die Saddams anbieten können.

Das Interview führte Shraga Elam im Dezember 1990



„Die Tatsache, daß Frauen Steine werfen, ist sicher kein Beweis für eine soziale Änderung."

Anmerkungen:

1) Azmy Bishara, 33, ist Dozent für Philosophie an der palästinensischen Bir-Zeit-Universität. Er verließ im letzten Jahr die israelische Kommunistische Partei, nachdem von ihm intiierte Versuche einer grundsätzlichen Erneuerung gescheitert waren. Bishara wird derzeit von palästinensischer wie auch von israelischen Seite als einer der wichtigsten palästinensischen Intellektuellen angesehen.

2) Neben dem alltäglichen Rassismus waren die ArbeitsimigrantInnen auch einem institutionellen Rassismus ausgesetzt. So gab es zum einen rechtliche Unterschiede zwischen Kuwait und den GastarbeiterInnen, zum anderen innerhalb der verschiedenen Nationalitäten, zwischen arabischen und nicht-arabischen MigrantInnen.

3) Nach dem Ende des irakisch-iranischen Krieges, als die irakischen Soldaten auf den heimischen Arbeitsmarkt zurückströmten, wuchsen die Spannungen zwischen der einheimischen Bevölkerung und den ägyptischen ArbeitsimigrantInnen. Mit dem Ausbruch der Golfkrise verwies die irakische Regierung hundertausende des Landes, ohne deren Ersparnisse auszubezahlen.

4) Nach dem ersten Weltkrieg teilten Großbritannien und Frankreich den Nahen Osten im sogenannten Sykes-Picot-Abkommen unter sich auf und betrieben eine klassische Kolonialpolitik (Ressourcenausbeutung, Zerstörung traditioneller Strukturen, Produktionsausrichtung auf europäische Märkte, Überschwemmung der Märkte mit eigenen Produkten, Regionalisierung u.a. durch Grenzziehungen, Aufstandsbekämpfung etc.).

5) Zu dieser Zeit war Ägypten noch eine Monarchie.

6) PFLP - Popular Front for the Liberation of Palestine, eine marxistisch-leninistische Partei innerhalb der PLO unter Führung von Dr. George Habbash

7) DFLP - Democratic Front for the Liberation of Palestine, eine Gruppierung, die sich zu Beginn der siebziger Jahre von der PFLP abspaltete. Ihr Vorsitzender ist Nayef Hawatmeh.

8) Verhaftete Palästinenserinnen werden häufig bei Verhören von israelischen Geheimdienst sexuell gefoltert. Danach können sie zur Kollaboration gezwungen werden. Denn in der traditionellen arabischen Gesellschaft ist die Frau - als Trägerin der Ehre der Familie - schuldig, wenn sie vergewaltigt wird. Der Vater muß sie umbringen, um die Ehre der Familie wiederherzustellen. Solange die Intifada-Führung nicht in aller Klarheit gegen die patriarchalen Strukturen und ihre Konsequenzen auftritt, ist die Verurteilung von Kollaborateurinnen mehr als fragwürdig. Diese Haltung vertrat die palästinensische Feministin Manar Hassan in Zürich (Dezember 1989).

Landprobleme nach dem Ende der Diktatur

Nach 35-jähriger Diktatur bedeutete der Sturz Strössners im Februar 1989 für einen Großteil der paraguayanischen Bevölkerung Hoffnung auf Verbesserung ihrer Lebensbedingungen. General Andres Rodriguez, Nachfolger Strössners und bis zu dessen Sturz sein engster Vertrauter, versprach Demokratie.
Und tatsächlich gibt es seit seiner Wahl zum Präsidenten Schritte hin zu einer demokratischen Öffnung. Meinungs- und Organisationsfreiheit sowie das Demonstrationsrecht werden garantiert. Aber Menschenrechtsgruppen, Gewerkschaften, Oppositionsparteien und Bauernorganisationen verstehen unter Demokratie vor allem auch soziale Gerechtigkeit. Für die Arbeiter bedeutet dies das Drängen auf Lohnautonomie, für die Bauern die Forderung einer Agrarreform. Doch die wirtschaftliche und soziale Situation verschlechterte sich für die Mehrheit der Bevölkerung, nicht zuletzt durch die neoliberale Wirtschaftspolitik des neuen starken Mannes. Wie wenig die Vorstellungen der Regierung mit denen der sozialen Gruppen übereinstimmen, laßt sich besonders am Landproblem festmachen.

Die Situation der Campesinos

Paraguay lebt hauptsächlich von der Landwirtschaft (Baumwolle, Soja, Weizen, Tabak) und von der Viehzucht. Die landwirtschaftlich nutzbare Fläche Paraguays beträgt ca. 40 Mio Hektar. Davon befindet sich der größte Teil, nämlich 36 Mio ha, im Besitz von Großgrundbesitzern. Das sind 12 internationale Konzerne (13 Mio. ha), 25 Familien der Oberschicht (12 Mio. ha), 2500 Landbesitzer und Immobilienfirmen (7 Mio. ha), 80 Exportfirmen (4,4 Mio. ha).
Die restlichen 4 Mio. ha müssen sich die 2,7 Millionen Campesinos, die über 70% der Bevölkerung ausmachen, teilen. Aus dieser ungerechten Landverteilung ergibt sich folgendes Problem: 68000 Campesinofamilien (ca. 350 000 Menschen) sind ohne Land, 300 000 Kleinbauern können wegen fehlender wirtschaftlicher und technischer Hilfe nicht einmal ihre Produktionskosten decken. Sie leben unter dem Existenzminimum.
Eine Zehn-Hektar-Farm gilt den Campesinos bereits als ansehnlicher Besitz. Zur Ernährung ihrer (Groß-) Familien benötigen sie aber mindestens die doppelte Landfläche. Diese Situation verursacht eine ständig zunehmende Landflucht, durch die viele Familien auseinandergerissen werden und die in den Städten zu Slumbildung führt. Allein um die Hauptstadt Asuncion leben 120.000 Menschen in Elendsvierteln. Viele — oft alleinstehende — Frauen müssen durch Prostitution ihren Lebensunterhalt bestreiten, die Kinder wiederum müssen, zum Beispiel durch Schuhputzen, zum Verdienst der Familie beitragen.

Die Kämpfe der Campesinos

Der Großteil der landlosen Campesinos, die oftmals durch brutalste Gewaltanwendung der Polizei und des Militärs von ihren Feldern vertrieben werden, lebt in einem unvorstellbaren Elend. Zur Durchsetzung ihres Rechts auf ein Stück Land bleibt den Campesinos, nachdem alle Dialogangebote von der Regierung ausgeschlagen wurden, nur noch die Besetzung und Bewirtschaftung von ungenutzten Ländereien der Großgrundbesitzer. Eine gewaltlose Protestform, mit der die Bauern die Großgrundbesitzer an ihrem empfindlichsten Nerv treffen. Seit Anfang der sechziger Jahre kämpfen die Campesinos für eine durchgreifende Agrarreform mit dem Ziel, ihr Recht auf Land und soziale Sicherung zu erreichen. Unter der Strössner-Diktatur versuchten dies die 'Ligas Agrarias' und die katholische Landjugend. Sie waren ständiger Verfolgung ausgesetzt und beide Organisationen wurden Mitte der siebziger Jahre zerschlagen. 1980 begannen die Campesinos mit der Gründung der 'Movimento Campesino Paraguayo' (MCP, Paraguayische Bauernbewegung) eine Neuorganisierung, die heute über 120.000 Mitglieder hat. Inzwischen gibt es vier Campesinoorganisationen, die ihre Aktionen koordinieren und einen Dachverband gründen wollen. Daneben gibt es etwa 500 lokale Campesino-

Nur eine durchgreifende Agrarreform kann den Campesinos helfen . . .



gruppen und Dutzende regionale Koordinierungskreise. Des weiteren besteht eine 'Nationale Koordination für den Kampf um Land'.
Alle genannten Gruppen und Organisationen machten die Landbesetzungen zum Schwerpunkt ihres politischen Kampfes gegen die ungerechte Landverteilung und zur Durchsetzung einer Agrarreform.
Es gab bereits Hunderte von Landbesetzungen, an denen meist zwischen 150 und 300 Familien beteiligt sind. In einigen Fällen erfüllte sich die Forderung der Campesinos nach Land. In der Regel kam es aber zu brutalsten Vertreibungen durch Polizei und Militär, die es so nicht einmal unter Strössner gab. Unzählige Campesinos wurden ohne richterliche Verfügung und ohne Prozeß inhaftiert. Schläge und Tritte der Sicherheitskräfte sind keine Seltenheit. Oft wird der wenige Besitz der Campesinos von den Soldaten zerstört oder gestohlen, die Felder werden abgebrannt.
Bei einem Überfall töteten die Sicherheitskräfte einen Campesino und verletzten vier weitere. Das Vorgehen gegen die Campesinos verdeutlicht, daß die Regierung die Interessen der Großgrundbesitzer vertritt. Dies ist allerdings nicht verwunderlich, denn diese sitzen oft in führenden Positionen des Staatsapparates, sei es als Offiziere, als Beamte oder als Regierungsmitglieder. Die einzige Änderung, die eintrat: die Übergriffe werden heute von der paraguayischen Presse dokumentiert.
Neben den Landbesetzungen verfolgen die Campesinoorganisationen, voran die MCP, weiter das Ziel einer Agrarreform. Die Aktivitäten konzentrieren sich hier besonders auf die Hauptstadt, wo die MCP als Interessenvertretung der Campesinos gegenüber Behörden und der Regierung auftritt. Die MCP sieht eine Lösung der Krise nicht allein in einer gerechteren Landverteilung. Eine grundlegende und dauerhafte Lösung der Probleme kann ihrer Auffassung nach nur durch die Schaffung einer entsprechenden Infrastruktur mit Schulen und Gesundheitszentren erfolgen. Um eine effektive Produktion und Vermarktung der Erzeugnisse der Campesinos zu gewährleisten, wird der Aufbau von Kooperativen vorbereitet. Hierfür werden günstige Kredite von der Regierung gefordert.



... und ihren Kindern eine friedliche Zukunft ermöglichen.

Besetzungen beunruhigen Deutsche

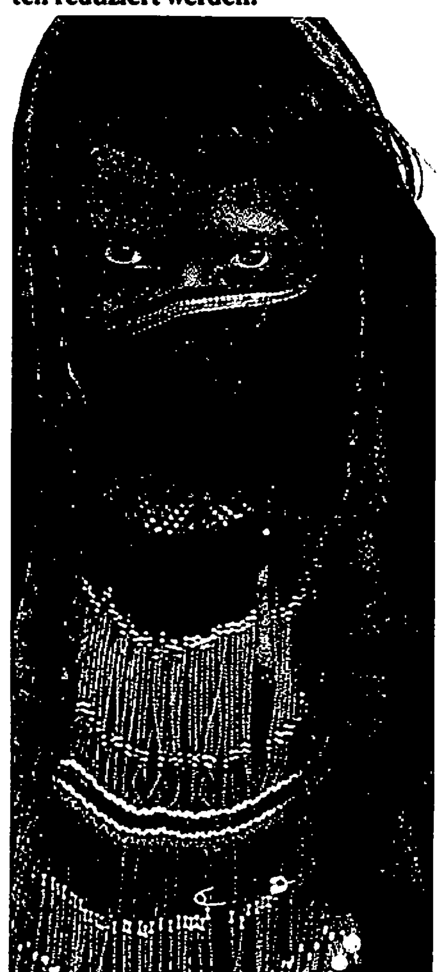
In Paraguay leben etwa 80,000 Deutsche, zum großen Teil auf dem Land. Am bekanntesten sind die Kolonien im Süden bei Encarnacion, wo viele Altnazis Zuflucht gefunden haben und wo auch der gestürzte Diktator Strössner herstammt. 'Independencia' ist eine weitere Siedlung, die sich besonders mit Wein- und Kaffeeanbau beschäftigt. Daneben bestehen große Kolonien von deutschstämmigen Mennoniten. Neben diesen Siedlungen gibt es eine große Anzahl deutscher Landbesitzer, die als 'Investoren' paraguayisches Land kaufen.
Korrupte Beamte, Militärs und die Strössnerclique verschleuderten das Land an 'Investoren' aller Nationalitäten, ohne die Bewohner dieser Ländereien, Bauern und Indianer, zu respektieren. Viele der ursprünglichen Landbewohner verfügen nämlich, obwohl sie über Generationen auf dem Land ansässig sind, über keine offiziellen Besitztitel. Es gibt unzählige Fälle von Landproblemen, bei denen Deutsche die Urheber sind. Frau Dr. Elba Recalde, Mitglied des Nationalen Teams der Sozialpastoral der katholischen Kirche schildert ihre Erfahrungen mit Landspekulanten:
"Nach intensiven Recherchen konnten wir (...) herausfinden, daß es sich um 661 Personen handelt, die das Land 1982 erworben und seitdem kein Geld mehr darin investiert haben. Wir haben Beweise, daß diese Personen jeweils 5 ha besitzen, es sich also um eine Gesamtfläche von 3340 ha handelt. Man kann die Deutschen nicht Investoren nennen, weil sie das Land gekauft haben , ohne es zu nutzen. Die landlosen Campesinos haben kein bewirtschaftetes Land besetzt. Wir denken, daß die Drohung, das Land zu verlassen, nur Druck auf die Regierung ausüben soll (...). Die Campesinos zu beschuldigen, scheint für viele ein bequemes Argument zu sein."
Jetzt, nachdem die Strössner-Diktatur gestürzt ist und der neue Präsident keine Gelegenheit ungenutzt läßt, um von der Demokratisierung Paraguays zu sprechen, jetzt, wo die Campesinos sowie andere soziale Gruppen diesen Freiraum nutzen, um auf Veränderungen des Systems hinzuarbeiten, bekommen es die 'Investoren' mit der Angst zu tun, sie könnten etwas von ihrem Besitz und ihren Privilegien verlieren.
So berichtete der deutsche Botschafter in Paraguay, Dr. Heinz Schneppen, am 17. Juli 1990, daß ca. 70 deutsche Investoren in der Botschaft vorstellig wurden, um sich über Besetzungen von Teilen ihrer Ländereien durch landlose Campesinos zu beschweren. Die Regierung müsse mit einer Agrarreform beginnen, meinte Schneppen, sonst könnten die Probleme nicht gelöst werden.

Andreas Seeger

Weitere Informationen bei:
Paraguay Arbeitsgemeinschaft
Wiedemannstr.4
4050 Mönchengladbach 3
Tel . 02166/68 03 68

Exotismus, Naturschwärmerei und die Ideologie von der fremden Frau

Was sich heute als Sex-Tourismus etabliert hat, steht in einer Tradition, die bis auf die ersten Entdeckungsreisen zurückgeht. In der Vergangenheit hielten die Männer mit ihrem lüsternen Herrenblick Ausschau nach Tahitianerinnen und Orientalinnen - je ferner und fremder, desto verlockender. Heute sind es vorwiegend Asiatinnen und Südamerikanerinnen, die dem Exotismus westlicher Männer ausgesetzt sind, als „fremde" Frauen funktionalisiert und zu Sexualobjekten reduziert werden.



Die „Fremde"

Immer wieder wird in den Medien über Machenschaften von Menschenhändlern berichtet, die Frauen von den Philippinen und aus Thailand in die Bundesrepublik bringen — wer weiß, mit welchen Versprechungen. Die Vermarktung von Frauen aus den genannten Ländern zeigt, daß eine Nachfrage existiert. Bekannt ist auch die Tatsache, daß jährlich Millionen von Männern aus Industrieländern in die ärmsten Länder der Dritten Welt wie Mexiko, Philippinen und Thailand fahren, um ihre sexuellen Bedürfnisse und die damit verbundenen Perversionen auszuleben.

Konfrontiert mit handfesten sozialen und ökonomischen Problemen sind Frauen aus der Dritten Welt zunehmend gezwungen, sich entweder zu prostituieren, um ihre Familie zu versorgen oder ins Ausland zu heiraten. Die Verlockung durch den „western way of life" und das Konsumangebot der Ersten Welt lassen diese Frauen davon träumen, in den Metropolen, wie z.B. in der BRD zu leben. Medien und Werbeträger ihrerseits bauen ein Klischee von der unterwürfigen, exotischen und erotischen Asiatin auf. Die Thailänderinnen und Philippininnen werden mit Stereotypen und Prädikaten geschmückt, die männliche Handschrift aufweisen.Sie ist durchdrungen von Rassismus, Sexismus und Exotismus.

Was ist Exotismus?

Nach dem Stichwort „Exotismus" suchte ich vergeblich in deutschen Nachschlagewerken wie Brockhaus und Meyer. Im Duden-Fremdwörterbuch wird Exotik als „Anziehungskraft, die vom Fremdländischen ausgeht" übersetzt. Exotisch als Adjektiv findet sich in jedem Lexikon und wird mit „fremdländisch" übersetzt. Stichwörter wie „exotische Dichtung" und „exotische Musik" finden sich ebenfalls. Es stellt sich die Frage: Warum gibt es das Stichwort „Exotismus" nicht in deutschen Nachschlagewerken?

Exotismus ist ein Terminus, der seinen Ursprung im Frankreich des 19. Jahrhunderts hat. Er bezeichnet eine Geisteshaltung, die vom Ende des 18. Jahrhunderts bis in das 20. Jahrhundert lebendig war und steht ideologisch unter dem Einfluß von Rousseau. Exotismus mit den ihm innewohnenden Fluchttendenzen ist ein sozialpsychologisches Phänomen, das mit Eskapismus als ein Begriffspaar zu sehen ist. Beide nämlich bezeichnen eine psychische Bereitschaft zu Fluchttendenzen und zwar bei Menschen, die sich den realen Anforderungen des Lebens nicht mehr gewachsen sehen, sich in eine imaginäre Wirklichkeit zurückziehen, um sich den Folgen der zivilisatorischen und technischen Entwicklung zu entziehen. Die Erfahrung der Selbstentfremdung und des Individualitätsverlustes im Fortschreiten des industriellen und zivilisatorischen Prozesses bringt den Verlust der Nähe mit sich und veranlaßt den Menschen, die exotische Weite zu suchen; er wünscht sich in das „goldene Zeitalter" zurück.

Die Naturideologie des 18. Jahrhunderts

Von der Antike bis zur Neuzeit wurde Natur als Organismus verstanden. Indem der Mensch (Mann) dieses lebendige Modell verließ, konnte die Idee der Herrschaft über die Natur entwickelt werden (vgl. Caroline Merchant). Descartes, Gassendi und Mersenne waren die Wegbereiter des mechanistischen Weltbildes, das die Natur als tote Materie konzipierte, die ein Herrschaftsverhältnis und einen instrumentellen Umgang erlaubte. Der patriarchale Charakter der Gesellschaftsordnung verstärkte sich und führte zur Verwissenschaftlichung der Alltagswelt, Rationalisierung der Lebensbedingungen und Technisierung der Arbeit. Der Mensch des 18. Jahrhunderts definierte sich in Folge dieser Entwicklung als ein Vernunftsubjekt, das seine Natur als etwas ansah, was es zu überwinden galt.

Das Frauenbild stand ganz im Einklang mit dieser Auffassung von Natur. Es gehörte zu den grundlegenden Überzeugun-

gen der neuzeitlichen Naturauffassung, daß Natur weiblich sei. Die Geschichte der Naturbeherrschung ist daher die Geschichte der Beherrschung der Frau unter der patriarchalen Herrschaftsordnung. In dem Maße, in dem der Europäer sich der Natur entfremdete und sich als vernunftbegabtes, zivilisiertes Wesen über die Natur stellte, in dem Maße begann er, das Natürliche im Weiblichen und Primitiven anzusiedeln. Die Stilisierungen des Weiblichen zur „Mutter Erde" und zum „naturhaften Wesen" oder „schönen Geschlecht" sind Konsequenzen eines Denkens, das auf die Dualität von Natur/Kultur und der Zuordnung Mann-Kultur und Frau-Natur basiert. Das ideologische Konstrukt zur Ausbeutung und Beherrschung von Frauen ist damit geschaffen.

Im Prozeß der Moderne ist bereits ein Bewußtsein von der Entfremdung und der Ambivalenz des zivilisatorischen Fortschritts vorhanden. Denn schon im 18. Jahrhundert wurden die ersten Zivilisationsschäden spürbar und dies erweckte die Sehnsucht nach der Natur. Rousseau's Ruf „revenons à la nature — kehren wir zurück zur Natur" implizierte den Verlust einer unmittelbaren Beziehung zur Natur. In dem Maße, in dem das gesellschaftliche Leben den Individuen immer mehr Zwänge und Disziplinierungen auferlegte und die Enge des städtischen Lebens zunahm, wurde die Natur als „frei", d.h. im Gegensatz zu Bindungen des gesellschaftlichen Lebens empfunden. Dem Verlust der Natur und der entfremdeten Beziehung zu ihr korrespondierte nun eine Sehnsucht nach ihr, die man aber „draußen", in anderen Ländern zu befriedigen glaubte.

Die Verherrlichung des Naturzustandes, in dem der Mensch in vollkommener Harmonie und Übereinstimmung mit deren Gesetzen lebte und die phantasierte Legende vom „edlen Wilden" waren Ausdruck einer Idyllisierung und Infantilisierung der Natur. Diese kurzfristig als Kulturkritik gebrauchte Rede vom Naturzustand führte auf lange Sicht dazu, die anderen im „Naturzustand lebenden Völker", deren Lebensform als Kindheit gegenüber derjenigen europäischer Gesellschaften angesehen wurde, realgeschichtlich von Europa aus und durch Europäer zu bevormunden.

Nach dieser allgemeinen Einführung möchte ich nun im folgenden versuchen zu veranschaulichen, welche Implikationen diese Sichtweise für die Entwicklung der Ideologie der „fremden Naturfrau" hatte. Aufgrund der Entstehung eines neuen Naturbegriffes und des daraus resultierenden Unbehagens an der eigenen Kultur änderte sich die Wahrnehmung fremder Gesellschaften. Ich unterscheide dabei drei Phasen: die erste Phase beginnt im 18. Jahrhundert mit den Entdeckungsreisen. Prototypisch für das herrschende Bild der fremden Frau ist die Nymphe; in dieser Phase gehen Natur und Fremdheit in eins. Die zweite Phase ist die, die im 19. Jahrhundert mit der Zivilisationsflucht einhergeht. Mit der viktorianischen, sexualitätsfeindlichen Natur korrespondierten die geheimen Gärten der Lüste im Orient; der Harem wurde in Männerphantasien als das Freudenhaus konzipiert und die Orientalin als die dienende, das frei verfügbare Eigentum des Mannes. Und schließlich die dritte Phase, die mit dem Massentourismus den Sextourismus ermöglichte. Die fremde Frau wird nun offen und marktgerecht als Handelsware feilgeboten.

Südsee-Idylle und der Mythos von den Nymphen

Wenn wir die Identifizierung der Natur mit der Frau, dem Kind und dem „edlen Wilden" nebeneinanderstellen, so ist es nicht verwunderlich, wenn der zivilisierte europäische Mann, der in diesen Gegenpolen das Andere seiner selbst suchte, es in erhöhtem Maße in der „Kindfrau" oder der fremden Frau, insbesondere der sogenannten Primitiven zu finden hoffte. Das umso mehr, als die europäischen Frauen ihre Sozialisations- und Bildungsschranken überschritten. Zwar figurierte die Frau als Mutter Natur auch vorher aber „...mit der Entgrenzung der europäischen Welt durch die seefahrenden Entdecker treten die Bilder der Frauen aus Übersee hinzu: die schwarze Sklavin, die Frauen mit den Mandelaugen, die Indianerin und über allen das Südseemädchen. Sie alle zusammen beginnen den Körper zu bilden, der sich den Wünschen zum Aufbruch gerüsteter Männer als geheimnisvolles Ziel anbietet; dieser Körper enthält mehr Lockungen als der Rest der Welt zusammmen" (Theweleit, I., S.307).

Die Südseeinsel wurde eine Metapher für das Liebesparadies. Vor allem in Tahiti glaubten die Entdeckungsreisenden wie G. Forster und Bougainville den „Garten Eden" betreten zu haben, ein Land in jenem Urzustand, in dem der Mensch im harmonischen Einklang mit den Gesetzen der Natur lebte. Vor allem die Reisebeschreibungen Bougainvilles gaben Tahiti jenen Charakter, der diese Insel zu einem Mythos erhob, der den Traum von unvergesellschafteter Natur simulierte. Für die Inselreisenden verkörperten deren Bewohner ein Leben, das frei von moralischem und zivilisatorischem Ballast war. Vor allem die scheinbare sexuelle Zügellosigkeit der Frauen, ihre Triebenthemmtheit und Bedürfnislosigkeit brachte Bougainville dazu, Tahiti die „Insel der Liebe" (Insel Kythera) zu nennen. Er schreibt: „Die Luft, die man atmet, das Singen, das Tanzen und die dabei üblichen wollüstigen Gebärden — all das erinnert an die Süße der Liebe und ruft zur Hingabe".

Georg Forster, der James Cook 1773 auf Tahiti begleitete, sprach dagegen von „Creaturen, die alle Pflichten des gesellschaftlichen Lebens hintan setzen und sich lediglich viehischen Trieben überließen" (Forster, S.308). „Darunter gab es viele Frauen, die wie Amphibien im Wasser herumgaukelten und sich leicht bereden ließen, an Bord zu kommen, nackt, wie die Natur sie geschaffen..." (Forster, S.116). Forster wie Bougainville und andere reisende Europäer zeigen in Bezug auf ihre Urteile über die Inselfrauen keine Differenz; Paul Gauguin drückt dies unverblümt darin aus, daß er in seiner Erzählung „Noa Noa" 1897 schreibt, daß die Tahitianerinnen alle buchstäblich genommen werden wollen und alle den geheimen Wunsch nach Vergewaltigung hätten.



Paul Gauguin: Nave Nave Moe (Köstliches Wasser), 1894

Orientalismus und erotischer Exotismus

Der Maler Gauguin, den ich eben zitierte und bei dem die Projektionen eines als Natur verstandenen sexuellen Begehrens

auf die fremde Frau so explizit wird, gehört nun eigentlich schon zum zweiten Typ des erotischen Exotismus, den ich beschreiben will. Gauguin, „europamüde" war einer der ersten Aussteiger. Das Europa, das Gauguin verließ, war gekennzeichnet durch eine allgemeine Entfaltung des Kapitalismus, imperiale Expansion, Industrialisierung und Kolonialismus.

Dienten die Reisen des 18. Jahrhunderts vor allem der Erschließung neuer Handelswege und Entdeckung der Naturvölker, so waren die Ziele der Reisenden des 19. Jahrhunderts „bewaffnete und gut ausgerüstete Expeditionen, die Afrika der Wissenschaft und gegebenenfalls der Industrie erschließen sollen" (Leclerc, S.14). Mit Napoleons's Feldzug in Ägypten 1798 und der kolonialen Eroberung Indiens durch England begann eine neue Phase der Beziehung zwischen Orient und Okzident und der Orientalismus als „einer okzidentalen Sichtweise des Orients" (E. Said). Die neuzeitliche Orient-Okzident-Beziehung ist nach M. Rodinson gekennzeichnet durch a) den expansiven Okzident, b) die Neigungen jener Europäer, die ihrer industriellen Zivilisation entfliehen wollen und sich vom Orient angezogen fühlen und c) die Orientforscher; mit anderen Worten: Imperialismus, Exotismus und Spezialistentum (vgl. Bassam Tibi).

Edward Said schreibt in seiner scharfsinnigen Analyse des Orientalismus: „Der Orientalismus ist ein wesentlicher Stil der Herrschaft, Umstrukturierung und des Autoritätsbesitzes über den Orient" (Said, S.10). Die ideologische Orientalisierung des Orients korrespondierte mit seiner



Geheimnisvoll...

realen Beherrschung. „Die Beziehung von Okzident und Orient ist eine Beziehung von Macht, Herrschaft und verschiedenen Graden einer komplexen Hegemonie" (Said, S.13), was nicht die „totale Negation des anderen" impliziert. „Die Mannigfaltigkeit der Welt selbst stellt sich ihm als Leckerbissen dar" (Leclerc, S.27). Der Orient wurde zu einem fiktionalen Topos, „kreiert, d.h. orientalisiert" (Said), um ihn durch lyrische Verklärung zu exotisieren. Auf diesem Hintergrund stellte sich das Orientbild des 19. Jahrhunderts wie folgt dar: „Ein Übermaß an Farbe, Pracht und barbarischer Wildheit, Harems und Serails, abgehackte Köpfe, Frauen, die in Säcken in den Bosporus geworfen werden... Eunuchen und Wesire... gefangene Frauen, die den stürmischen Leidenschaften des Siegers preisgegeben sind..." (M. Rodinson, zit. nach Tibi, S. 39).

Dieses imaginativ produzierte Bild des Orients im Kopf reisten nun die Zivilisationsmüden mit lyrisch verklärtem Blick in den Orient bzw. unternahmen fiktive Reisen in den „orientalisierten Orient". Mit „sexistischen Scheuklappen" (Said) assoziierten sie Orientalen mit Despoten, die sich mit den mit passiver und grenzenloser Sinnlichkeit begabten Frauen amüsieren. Der orientalische Mann wurde verkörpert durch Gestalten wie Wesire, Kalifen etc. und die orientalischen Frauen durch Prinnzessinnen aus Tausendundeiner Nacht.

Mitte des 19. Jahrhunderts entstand eine Welle der Orientbegeisterung, die sich in der Mode, in der Architektur, Literatur und Kunst widerspiegelte. In der Literatur reichte diese von der expliziten Kolonialliteratur à la Pierre Loti bis zu den Romanen, Erzählungen und Tagebüchern von anspruchvollerem Genre wie Theophile Gautier's Erzählung „Une nuit de Cléopatre" (1845) und Flauberts Romane wie „Salambo" (1862). Das Bild der Orientalin, gesehen durch den Schleier der orientalischen Märchen war ein Vexierbild; sie wurde entweder als passive, den erotischen Gelüsten des Kalifen dienende oder als dämonische und verführerische 'femme fatale' imaginiert.

Die Orientmalerei, die als ein eigenes Genre sich innerhalb der Kunst etablierte, orientalisierte den Orient durch stereotypisierte Themen wie das türkische Bad, den Sklavenmarkt und die Haremsdarstellungen. Allen diesen Sujets gemeinsam ist der kontemplative, passive und lasziv sich den Blicken (des Europäers) anbietende Frauenkörper. Liegend auf Kissen oder Divanen scheinen die Frauen „die Zeit vergessen zu haben, schwatzen mit anderen Frauen, träumen, wedeln einen Fächer oder eine Fliegenklatsche hin und her" (Lynne Thornton, S. 348).

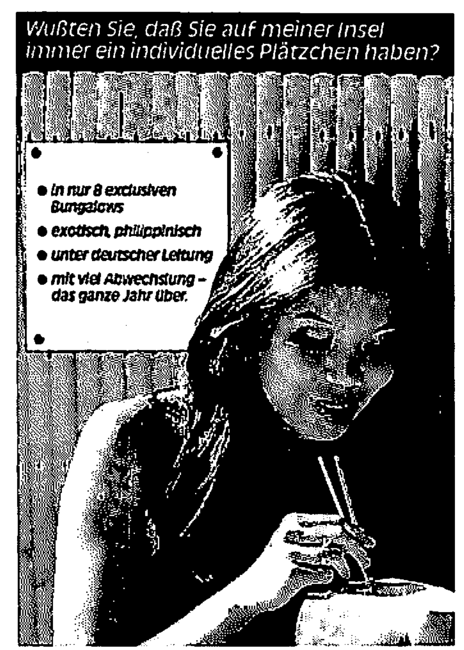
... und erotisch

Der erotische und sexistisch getönte Exotismus und die Wunschvorstellungen europäischer Männer in Beziehung zur fremden Frau leben bis in die Gegenwart fort. Denn was heute sich als „Sex-Tourismus" etabliert hat, ist die Kosnsequenz dieser historischen Entwicklung.

Die fremde Frau als Tauschwert

Wenn der Europäer im 18. Jahrhundert jenseits der Grenzen Europas noch die Natur suchte und im 19. Jahrhundert noch mit ganz anderen kulturellen Welten rechnete, so kann man das vom gegenwärtigen Ferntourismus nicht mehr sagen. Die Basis dieses Tourismus ist die sich weltweit ausbreitende technische Zivilisation. Sie verfügt prinzipiell über keine Grenzen mehr, hinter denen denn das „ganz Andere" gesucht werden könnte. Das Andere erscheint in der technischen Zivilisation als Ware oder als durch die Massenmedien produziertes Phantasma. Auch die fremde Frau wird entsprechend nicht mehr in den Gewässern der Südsee oder hinter dem Schleier des Harems gesucht, sondern sie erscheint ganz manifest auf den Glanzseiten der Reiseprospekte oder in den Katalogen der Kontakt- und Heiratsvermittler. Diese Bilderwelt lebt

von den Klischees, die in den vorangegangenen zwei Jahrhunderten sich herausgebildet haben. Um es noch einmal typologisch zu wiederholen: es ist einmal die naturumflorte Nackte und es ist andererseits die Verschleierte, die aus ihren Hüllen heraus dem Betrachter einen verheißungsvollen Blick präsentiert.
Das entscheidende ist hier, daß der Konsument dieser Andersartigkeit, d.h. also der Leser von Illustrierten, der Fernsehzuschauer und der Tourist im Grunde sich auf das Andere, sei es die Natur oder die fremde Frau, gar nicht einlassen will. Aus dem Sessel heraus oder auf der Basis der internationalen Hotels konsumiert er nur noch den Schein des Anderen. Das hat verheerende Konsequenzen für die Begegnung mit der Frau in der Ferne einerseits und die Wahrnehmung der Fremden hier andererseits.
Denn diese Begegnungen sind flüchtig und selbst, wenn sie in Heirat münden, sind die Männer unfähig und unwillig, sich auf die fremde Frau einzulassen; das nämlich würde implizieren, daß er z.B. ihre Sprache lernt, sich die Mühe macht, ihre Kultur jenseits der exotistischen Oberfläche kennenzulernen. Umgekehrt sollen die Frauen sich seiner Kultur assimilieren



Die Ware Frau im Prospekt eines Reiseveranstalters

und wenn dies nicht gelingt, behalten sich die Männer Rückzugsmöglichkeiten vor. Die Wahrnehmung der fremden Frauen hier haftet an Äußerlichkeiten, die an Klischees festgemacht werden.
Die exotisierende Fremde verzaubert allerdings nur draußen oder auf dem Bildschirm zu Hause. Denn während Bildbände über fremde Frauen und dergleichen dem Bücherregal einen exotischen Hauch verleihen, wird Frauen aus Ghana, Äthiopien oder der Türkei im eigenen Lande mit Mißtrauen und Vorurteilen begegnet; man schaut eurozentrisch in einer überlegenen Haltung auf sie herab. Nach demselben Verhaltensmuster werden fremde Kulturen im Völkerkundemuseum konserviert oder als Folklore präsentiert.
Abschließend möchte ich noch kurz den gegenwärtigen Exotismus in einem weiteren Sinne ansprechen. Es handelt sich um die Form des Exotismus, in dem auch andere Wünsche und Vorstellungen in die Ferne projeziert werden, In der Linken äußerte er sich z.B. in der Idealisierung von Revolutionsführern, sei es im Maoismus der 60er Jahre oder in der Begeisterung von Che Guevara. Im Alltag zeigte er sich durch das Tragen von Kaftans und Djlabas in den 70er Jahren, in der Zuwendung zum Schamanismus und dem Zustrom von indischen Gurus à la Said Baba und vieles mehr. Dieselben Tendenzen können wir am Beispiel der Begeisterung für Bauchtanz oder auch in der Idealisierung des Haremlebens in Frauenzusammenhängen feststellen.

All dies sind Idealisierungen und Reduzierungen anderer Völker und ihrer Menschen. Auch diese Begegnungen, so wohlwollend sie gemeint sind, basieren nicht auf Symmetrie und bauen nicht auf Gegenseitigkeit der Bedürfnisse und wechselseitiger Akzeptanz auf. Politische Arbeit gegen das weltweite Geschäft mit dem Sextourismus sollte diese Aspekte in die Reflexion ihrer Praxis und Strategien miteinbeziehen.

Farideh Akashe-Böhme

Anmerkung:
Bei diesem Artikel handelt es sich um die gekürzte Fassung eines Vortrages, der am 29.11.1990 in Freiburg gehalten wurde. Weitgehend ausgelassen wurden die theoretischen Ausführungen zur Entwicklung des neuen (instrumentellen) Naturbegriffes in seinen Auswirkungen auf Frauen. So wichtig dieser Beitrag ist, hätte er den Rahmen dieses Artikels gesprengt. In einer der nächsten Ausgaben der „blätter" werden wir dieses Thema aber noch einmal aufgreifen.

Literatur
Vittoria **Alliata**: Harem. Freiheit hinter dem Schleier. München 1981.
Gernot **Böhme**: Anthropologie in pragmatischer Hinsicht. Frankfurt 1985
Hartmut **Böhme**/Gernot **Böhme**: Das Andere der Vernunft. Frankfurt 1983
Sylvia **Bovenschen**: Die imaginierte Weiblichkeit. Frankfurt 1980
Cornelia **Klinger**: Das Bild der Frau in der patriarchalen Philosophiegeschichte. in: Feministische Philosophie, Wiener Reihe, 1990
Thomas **Koebner**/Gerhart **Pickerodt** (Hrsg.): Die andere Welt, Frankfurt 1987
Gerard **Leclerc**: Anthropologie und Kapitalismus, Berlin 1976
Carolyn **Merchant**: Der Tod der Natur. München 1987
J.-J. **Rousseau**: Emile oder über Erziehung. Schöning 1973
Ders. Schriften zur Kulturkritik, Felix Meiner Verlag 1970
Edward W. **Said**: Orientalismus. Berlin 1981
Elvira **Scheich**: Denkverbote über Frau und Natur. in: Rationalität und sinnliche Vernunft. Hrsg. Christine Kulke. Centaurus Verlagsgesellschaft 1988
Klaus **Theweleit**: Männerphantasien. Rowohlt Taschenbuch 1980
Bassam **Tibi**: Einleitung zu M. Rodinson's Buch: Islam und Kapitalismus, Suhrkamp 1986
Ders. Orient und Okzident. Feindschaft oder interkulturelle Kommunikation? in: Neue Politische Literatur, 1984, S. 267-286
Lynne **Thornton**: Frauenbilder. Zur Malerei der „Orientalisten", in: Europa und der Orient, Hrsg.: G. Sievernich und H. Budde, Berliner Festspiele, Bertelsmann Lexikon Verlag

Für ein neues Bildungssystem in Südafrika

„in alternativen Bildungsangeboten solides politisches Wissen vermitteln"



„Die Generation der Schüleraufstände hält sich für radikal und revolutionär"

Ohne den Mut und den Widerstand der Schwächsten und Verletzlichsten unter Südafrikas schwarzer Mehrheit, ohne die Schüler aus den Massensiedlungen um Johannesburg, Durban oder Port Elizabeth, wäre das Ende der Apartheid noch weit entfernt.Zu Beginn der siebziger Jahre wehrten sie sich mit Massenboykotts gegen die Unterrichtssprache Afrikaans. Weil sie, zusammengepfercht zu 80 oder hundert in einer Klasse, in Gebäuden, die den Namen Schule nicht verdienten, von Lehrkräften mit drittklassiger Ausbildung unter der sogenannten Bantu-Education zu Untertanen domestiziert werden sollten, verweigerten sie Examen, setzten Schulen in Brand und trotzten, mit nichts als einer erhobenen Faust und ein paar Steinen, dem Tränengas, den Nilpferdpeitschen und Gewehren.

Pädagogen, Sozialarbeiter, Mitarbeiter kirchlicher Netzwerke, Gewerkschafter und Theologen aus Südafrika waren Mitte Oktober an der Evangelischen Akademie Bad Boll, um über „Bildung und Erziehung in einem Freien Südafrika" zu berichten.

1976, sechs Wochen nach dem Soweto-Massaker an Schülern, wurde der Soweto Student's Representative Council (SSRC) gegründet, neben der bereits existierenden South African Student's Organisation (SASO) der schwarzen Schüler. Beide Organisationen waren geprägt von den emanzipatorischen Ideen der „Black Consciousness Movement". Seitdem bekämpfen sie die Ideologie der „Bantu Education", die nach dem Wahlsieg der „Nationalpartei" 1948 von den führenden Köpfen der Apartheid, Verwoerd und Malan[1]), systematisch entwickelt, und im Bantu-Erziehungsgesetz von 1955 festgeschrieben wurde. Schwarze sollten jenes Wissen vermittelt bekommen, das sie vor allem für manuelle Tätigkeiten in Minen, Industrie und Landwirtschaft verwendbar machte, für „Kopfarbeit" in unteren Bereichen. Die Erziehung sollte ihnen ganz im Sinne der „Bantustans" (homelands) die eigene Kultur und Muttersprache als naturgesetzliches System von Stammestrennungen vermitteln. Der Religionsunterricht hatte die Funktion,ihnen die rassische Minderwertigkeit als „gottgewollt" einzutrichtern. Für jeden Rand, der für einen schwarzen Schüler ausgegeben wurde , sollten laut Bantu-Erziehungsgesetz wenigstens 20 — 25 Rand für einen weißen Schüler ausgegeben werden. Und im Gegensatz zu den weißen Kindern und Jugendlichen waren die Söhne und Töchter der schwarzen Mehrheit nicht einmal schulpflichtig. Doch trotz der großen Unterschiede, sowohl die Bantu-Education als auch die Prägung des weißen Herrenmenschen sind Teil der Ideologie der „christlich-nationalen Erziehung": die Barbarei als biblische Vorsehung.Von den Schulen der townships sprang der Funke über auf „schwarze" Universitäten wie Turfloop, Ngoya und Fort Hare oder die für schwarze Lehrer zuständige Bildungsanstalt Hebron.Für die schwarzen Schüler und Studenten hieß der Slogan: liberation first, education later. Erst die Befreiung, dann die Erziehung. Werden die, die so vieles in Bewegung brachten, aber eben deshalb keine Chance auf Bildung hatten, in den neunziger Jahren, nun als junge Erwachsene, eine menschenwürdige Ausbildung bekommen? Und was wird mit der ersten Generation der Nach-Apartheids-Gesellschaft? John Aitchinson, Theologe und Direktor für Erwachsenenbildung an der Universität von Natal, hat sich in Feldstudien vor allem mit der Generation der Schüleraufstände befaßt. Seine Einschätzung für die Bildungsperspektive im Post-Apartheids-Staat ist skeptisch:

„Realistisch betrachtet sind die Chancen für Bildung in der Zeit nach der Befreiung schlecht. Keine künftige südafrikanische Regierung wird das aufbringen können, was nötig wäre, um das Schulsystem auch nur halbwegs zur Normalität zurückzuführen. Das Bevölkerungswachstum der Schwarzen entwickelt sich zunehmend in den Ausmaßen eines Dritte-Welt-Landes. Die Mehrheit ist jünger als 16 Jahre, und schon jetzt schafft die Regierung nicht einmal, genügend Grundschulen zu bauen."

"Kann die Regierung nicht, oder will sie vielleicht gar nicht? John Aitchinson warnt, wie viele Oppositionelle, vor falschen Hoffnungen im Hinblick auf abstrakte Zahlen über den südafrikanischen Reichtum. Zwei Beispiele, die die Dimension der notwendigen Investitionen im Bildungsbereich verdeutlichen: Ein Forschungsprojekt der Cape Town University belegt, daß im Jahre 1990 rund 9,5 Millionen nicht-weiße Südafrikaner Analphabeten sein werden, darunter auch zwei bis drei Millionen Jugendliche zwischen 10 und 24 Jahren. Das Education Projects Unit der Universität von Natal berechnet am Beispiel des quasi-homelands Kwazulu den Bedarf an Grundschulen auf 3.000, den der Sekundarschulen auf 500, und die Zahl neu auszubildender Lehrer auf 30.000. Für ein angemessenes Bildungssystem in KwaZulu wären somit für mindestens fünf Jahre jährlich eine Milliarde Rand notwendig.

„Viele dachten, wenn der Krieg erst zu Ende ist im Südlichen Afrika, dann bleibt all das Geld doch für Schulen. Aber das wird nicht der Fall sein. Denn die ganze Rüstungsproduktion einzustellen, hieße ja auch eine Menge Arbeitsplätze einzubüßen, und deshalb bezweifle ich, daß da plötzlich einfach eine Menge Geld eingespart werden wird", gibt Aitchinson bei solchen bildungspolitischen Zahlenspielen zu bedenken. Blanker Kulturpessimismus, der die Abhängigkeit von der Rüstungsindustrie auf status quo einfrieren will? Jonathan Gunthorp, Vertreter der längst politisch radikalisierten weißen Studentenorganisation NUSAS, bezeichnet in Bad Boll die Mehrheit aller südafrikanischen, bislang weißen Universitäten als wissenschaftliche Zulieferer für den militärisch-technischen Komplex der südafrikanischen Rüstungsindustrie. Jahre, wenn nicht gar ein Jahrzehnt, werde es brauchen, um den universitären Lehrbetrieb zu ändern und alternative Produktionsformen über alternativ ausgebildete junge Akademiker zu ermöglichen. Welche Erblast auch die fortschrittlichste künftige Regierung wird mitschleppen müssen, mögen ein paar Daten verdeutlichen: Während ein weißer Schüler im Bildungsetat 1988 mit 2.770 Rand zu Buche schlug, durfte ein schwarzer gerade 595 Rand kosten. 119 schwarze Schulen mußten alleine im letzten Jahr aufgrund von Lehrermangel geschlossen werden. In weißen Schulen aber sind rund 280.000 Plätze nicht besetzt.In absoluten Zahlen „könnte" die südafrikanische Ökonomie sicher vieles im Bildungsbereich finanzieren. Aber eben aufgrund gewaltiger Umschichtungen innerhalb des Erziehungsbudgets, zu Lasten der weißen Vorherrschaft, oder aus anderen Bereichen des Staatsbudgets. Werden das vier Millionen Weiße schlucken? Niemand wagte in Bad Boll eine Antwort. Doch die Schaffung von Bildungseinrichtungen für Schwarze, die Ausbildung von Zigtausenden von qualifizierten Lehrkräften, sagt John Aitchinson weiter, ist ja nur die materielle Seite. *„Es hat ja überhaupt kein durchgängiger Unterricht mehr stattgefunden und deshalb ist bereits die Grundschul-Erziehung so schlecht, daß es nicht nur darum geht, zwei oder drei verlorene Schuljahre zu ersetzen. Das gesamte Erziehungssystem muß grundlegend umgestaltet werden. Und wenn es an Mitteln fehlt, wählt sich die Gesellschaft die, die geopfert werden müssen. Und wer kommt da eher in Frage als diese 'verlorene Generation'? "*

Die 'verlorene Generation'

Die Jugend der 80er und 90er Jahre in Südafrika wuchs in einer neuen und sehr widersprüchlichen Dynamik städtischer Massenkultur auf: Gewalt, Kriminalität und Härte als Überlebensstrategie. Aber zugleich auch neue Formen der Solidarität, ohne politische Parteien, ohne hierarchische Strukturen, an der Basis entstanden: in

den Gettos der Armut überleben Millionen, trotz fehlender Schul- und Berufsbildung, mit subkulturellen Formen von Handel, Gewerbe und Selbsthilfegruppen. Geprägt durch die Dynamik der Straße, der Banden und Stadtteil-Komitees, erträgt eine solche Jugend keine traditionellen Unterrichtsformen mehr. In solchen Verhältnissen — so Aitchinson — wuchs die Mehrheit eben nicht mit einem Hunger nach Bildung auf. Lernen war für sie nur negativ besetzt. Deshalb müssen wir jetzt über völlig neue Formen von Lernen reden, über Methoden von Lernen, die auf die unmittelbaren materiellen Bedürfnisse eingehen müßten: „Geld und Arbeit".

Nicht nur die schwarzen Schüler haben die Institution Schule boykottiert. Auch die Lehrkräfte, die das weiße System ihrer Identität beraubt hatte, die die Bantu-Education getragen haben, beteiligten sich am Widerstand. Zwar ist die Ausbildung für die Bantu-Erziehung noch so minderwertig ist, für viele schwarze Lehrer bedeutete sie aber gleichzeitig eine Sprosse auf der Leiter des Aufstiegs. Wie der Aufstand von unten auch die Lehrer veränderte, beschrieb in Bad Boll Dennis Cloete am Beispiel der Cathkin-Oberschule in Cape Town. „Wir alle hatten die entsetzlichen Erfahrungen der Schulboykotts 1985 mitgemacht, während der fast das gesamte Lehrerpersonal am Cathkin sich weigerte, Prüfungen abzunehmen, trotz der gegenteiligen Auflagen der Behörde. 1986 dann überlegten wir, wie eigentlich eine volksnahe Bildung in Südafrika und im gegenwärtigen Schulsystem aussehen könnte und wir gingen daran, die ersten Ideen umzusetzen. Zum Beispiel wollten wir die hierarchische Schulverwaltung abschaffen und für die Lehrer ein Mitspracherecht einführen."Die Generation der Schüleraufstände hält sich für radikal und revolutionär. Aber, gaben südafrikanische Pädagogen in Bad Boll zu bedenken, ihr politisches Bewußtsein ist notgedrungen oberflächlich, beschränkt sich häufig auf Slogans und radikale Forderungen, auch und gerade an eine künftige schwarze Regierung. Enttäuschungen, mit entsetzlichen politischen Konsequenzen, sind vorprogrammiert, wenn es nicht gelingt, ihnen in alternativen Bildungsangeboten ein solides politisches Wissen zu vermitteln. Was lag für das fast ausschließlich gewerkschaftlich organisierte Kollegium an der Cathkin Oberschule näher, als die Veränderungen mit dem Fach Politik und Geschichte zu beginnen: „Wir beschlossen," erzählt Cloete„ daß Geschichte nicht länger nach den festgeschriebenen Lehrplänen unterrichtet werden kann und wir diskutierten neue Unterrichtsmethoden, die es uns erlauben würden, die Kinder sowohl im Klassenzimmer miteinzubeziehen als auch ihr Interesse für ihr Umfeld zu wecken." Schule zu ändern hieß an der Cathkin Highschool, die alsbald zum Modell für progressive Lehrergewerkschaften in der Kap-Region wurde, nicht gleich alle Unterrichtsthemen über Bord zu werfen: „Um uns politisch abzusichern, haben wir weiterhin die alten Themen benutzt. Aber die Inhalte haben wir geändert und die Lehrer sind anders an das Thema rangegangen. Gold als Unterrichtsthema zum Beispiel: In den Schulbüchern lernen die Kinder nur, wie Gold entdeckt wurde, ein paar Daten, die Namen von einigen Städten und die Jagd nach Gold. Kein Wort aber, wie dafür Afrikaner entwurzelt wurden, daß sie sich als billige Arbeitskräfte verdingen mußten, nichts über die Einführung der Paß-Gesetze und alle anderen Kontrollen."Jede künftige Erziehungsalternative, heißt es in einem Dokument der Diakonia, einem kirchlichen Netzwerk in der Region Durban, wird dabei helfen müssen, die Würde des Volkes wiederherzustellen. Wir werden, formulierten kirchliche Pädagogen, „Formen der Bildung entwickeln müssen, die die Menschen von einem irrigen Individualismus zurückführen zu Gemeinsinn, der es ihnen ermöglichen wird, ihre Gemeinschaft und ein Südafrika für alle zu entwickeln." Auch Überlegungen aus den Black-Consciousness-Movement zu einer „poeple's education", einer Volkserziehung, gehen von solidarischem Lernen, vom Lernen in der sozialen Gruppe aus. Nur weil eine gesamte Lehrergewerkschaft am Kap dahinter stand, war es an der Cathkin Highschool modellhaft möglich, Examensarbeiten abzuschaffen, die schwarze Kinder in Konkurrenz zueinander und in Leistungsängste getrieben hatten. „Es war schwierig, sie zu bewegen, über ihre Wirklichkeit zu sprechen, sie ihre eigene Geschichte entdecken zu lassen und ihnen ein Verständnis für den politischen Kampf zu vermitteln. Wir haben also die Kinder rausgeschickt in ihr Wohnviertel und ließen sie Interviews machen. In Altenheimen, beispielsweise. Und sie kamen völlig überrascht zurück, mit Fragen wie 'Sir, wussten Sie eigentlich, daß diese alte Dame in den Sechziger Jahren im ANC war?' Und bei ihren Interviews fanden sie heraus, wie Menschen gegen ihren Willen umgesiedelt worden waren, und niemand hatte ihnen dies im Unterricht beigebracht. Sie hatten es selbst herausgefunden und das machte einen gewaltigen Eindruck auf sie."

Mit Bildung und Erziehung den Kapitalismus in Südafrika retten?

Ironie der Apartheidlogik: obgleich die südafrikanische Ökonomie vom billigen Bantu-Erziehungssystem profitierte, war es zugleich der „fortschrittliche" Teil des Kapitals, der sich bereits Ende der siebziger Jahre gegen die Bantu-Education wandte: Multinationale Konzerne (unter ihnen BASF und Bayer) schmückten ihre PR-Broschüren mit „schwarzen Mitarbeitern" in Management-Positionen, auch wenn es sich maximal nur um mittleres Management handelte. Der Konzern Anglo-American stand hinter der Gründung der „Urban Foundation" — eine Bildungsinitiative des Großkapitals, die vorgibt, Schwarzen nach US-amerikanischem Vorbild mithilfe einer besondern Art der Erziehung „Chancengleichheit" zu verschaffen. Eine Apartheidkritik nicht ohne Hintergedanken: während das südafrikanische Kapital weiterhin das rassistische System unterstützte, gab sich das internationale Kapital „progressiv". So sollte dem Vorwurf politisierter Schwarzer vorgebeugt werden, daß Apartheid gleich Kapitalismus sei. Nicht zuletzt, um nach dem unvermeidlichen Ende der Apartheid wenigstens den Kapitalismus zu retten. Ein kleiner Teil der schwarzen Bevölkerung wurde herausgehoben, in der Hoffnung, ihn in eine kapitalistische Nach-Apartheidsgesellschaft zu integrieren. Damit sollte das seit Mitte der 70er Jahre knapp werdende Potential an weißen Facharbeitern und mittleren Angestellten mit Schwarzen abgedeckt werden. Ein neues Bildungssystem in Südafrika wird nicht nur die Bedürfnisse schwarzer Schüler und Studenten befriedigen müssen, sondern auch das einer in großen Teilen gewerkschaftlich organisierten und politisierten Arbeiterklasse. Enver Motala, Gewerkschafter und ANC-Mitglied, leitet in Durban , am South African College of Higher Education, die Abteilung für Arbeiterbildung. Arbeiterbildung in einem Nach-Apartheid- Südafrika für Anglo-American oder für das Volk, fragte ich ihn.

„Für viele in unseren Kreisen sind Vorschläge für ein neues Erziehungssystem reine Spekulation, solange es keine gesicherten Grundlagen für Demokratie gibt. Und das heißt zuerst einmal, daß eine Regierungsform vorhanden sein muß, in der die gesamte Gesellschaft und vor allem jene sozialen Bewegungen vertreten sind, die den jetzigen Wandel ermöglichten."



Foto: Thomas Nachtigall



Welche Zukunft hat die 'verlorene Gesellschaft'?

Arbeiterklasse, studentische Opposition und soziale Bewegungen jedoch sind in Südafrika kein homogener Block. Unterschiedliche Bildungskonzepte also — spezielle Bildungsangebote im außerschulischen Bereich für den wichtigen „informellen Sektor" in den townships, gewerkschaftliche Bildungsarbeit für die organisierte Arbeiterklasse, ein duales System für den technisch-handwerklichen Bereich und firmeninterne Bildungsangebote der Konzerne?

„Ich denke, weiterhin diese Unterscheidungen zu machen ist verfehlt, weil in der Geschichte der kapitalistische Staat mit der Trennung von schulischer und außerschulischer Bildung gleichzeitig ja auch die Produktion getrennt hat in Hand- und Kopfarbeit. Langfristig müssen wir in unserem Land dahin kommen, staatliche Erziehung als etwas Ganzheitliches für alle zu vermitteln. "Nur so ist nach Ansicht vieler Gewerkschafter die ökonomische Umgestaltung Südafrikas zum Nutzen aller möglich: *„Wir müssen uns eine neue Art ökonomischen Wachstums einfallen lassen; wir müssen uns der Frage stellen, wie Bedürfnisse und Investitionen so in Einklang zu bringen sind, daß die Kosten für den Wiederaufbau des Landes zu finanzieren sein werden."*

Eine der größten Herausforderungen ist für Motale die Umgestaltung der südafrikanischen high-tech Konzerne, weil sie für die Mehrheit der (bislang arbeitslosen) Schwarzen keine Perspektiven bieten und keine für die Mehrheit der Bevölkerung relevanten Produkte herstellen. Bislang haben die Schwarzen, ob als Landarbeiter, ob in den Minen, ob in den Niederlassungen von Mercedes und BMW oder in den Rüstungsfabriken, nie für sich produziert, sondern für den Wohlstand in Europa oder für die nationale weiße Mittel- und Oberschicht. Wenn Bildung in einem freien Südafrika nicht zu trennen sein wird von der Ökonomie eines Post-Apartheid-Regimes, dann stellt sich von der Schule bis zur beruflichen Bildung die Frage: Lernen zu wessen Nutzen, für welche Form von Produktion ? „Das spannendste Experiment" erzählt Enver Motala, „läuft momentan in der Metallarbeiter-Gewerkschaft, wo Arbeiter in Forschungs-projekte einbezogen worden sind, ausgehend von ihrer Erfahrung mit Produktionsprozessen. Das langfristige Bildungsziel dabei ist, sie zu befähigen, in Formen des Arbeitsprozesses, der Produktion und damit auch in die Inhalte industrieller Ausbildung einzugreifen zu können. Bislang besteht die Schwierigkeit ja darin, daß Staat und Industriebosse sich gemeinsam ein System der Halbqualifikation von Arbeitern ausgedacht haben, nach dem Motto, alles , was sie können müssten sei, etwas besser zu funktionieren. Das genau greifen die Gewerkschaften nun an."

Südafrika ist ökonomisch ein Schwellenland, mit allen Chancen, brasilianische Zustände zu erreichen: zunehmende Monopolisierung von Agrar- wie Industrieproduktion durch ausländische Investitionen und Multis und not-Technologien, städtische wie ländliche Massenarbeitslosigkeit und Massenarmut. Möglicherweise trafen sich Vertreter des südafrikanischen Kapitals nur deshalb mit dem Staatsfeind ANC in Dakar und Lusaka, weil sie begriffen hatten, daß durch einen rechtzeitigen Ausstieg aus der Apartheid möglicherweise Profit geschlagen werden kann. Zum Beispiel, wenn es gelingt, nach marktwirtschaftlichem Muster die Schwarzen auseinander zu dividieren: eine relativ gut bezahlte neue Mittelschicht, privilegiert und mit erheblicher Kaufkraft für eine fast autonome südafrikanische Konsumproduktion? Wer die systematischen Werbestrategien in südafrikanischen „Schwarzen-Magazinen" kennt, kann die Gefahr nicht unterschätzen, daß ein bildungsmäßig qualifizierter Teil der schwarzen Arbeiter und Angestellten durch höheren Lebensstandard „pazifiziert" werden soll und teilhat an einer Ökonomie, die auf Kosten anderer funktioniert. Fiele auch nur ein Drittel der südafrikanischen Schwarzen als „Kostenträger" weg — wer übernimmt ihre bisherige Funktion? Die sogenannten Frontstaaten? „Natürlich haben wir auch eine enorme Verantwortung gegenüber dem Südlichen Afrika. Südafrikanisches Kapital, seine Konzerne, sie haben das ganze Südliche Afrika ausgebeutet. Sie sind reich geworden mit den Arbeitskräften aus Botswana, Malawi, aus Lesotho, Mocambique und sonstwo. Wir sind uns auch sehr bewußt, daß Südafrika das Potential zu einer neuen imperialistischen Kraft in dieser Sub-Region hat, und deshalb sind wir der Ansicht, daß die Arbeiter aus diesen Ländern und aus Südafrika zusammenarbeiten sollten und daß wir uns gemeinsam Gedanken machen müssen, wie wir das gesamte Südliche Afrika wiederaufbauen können."

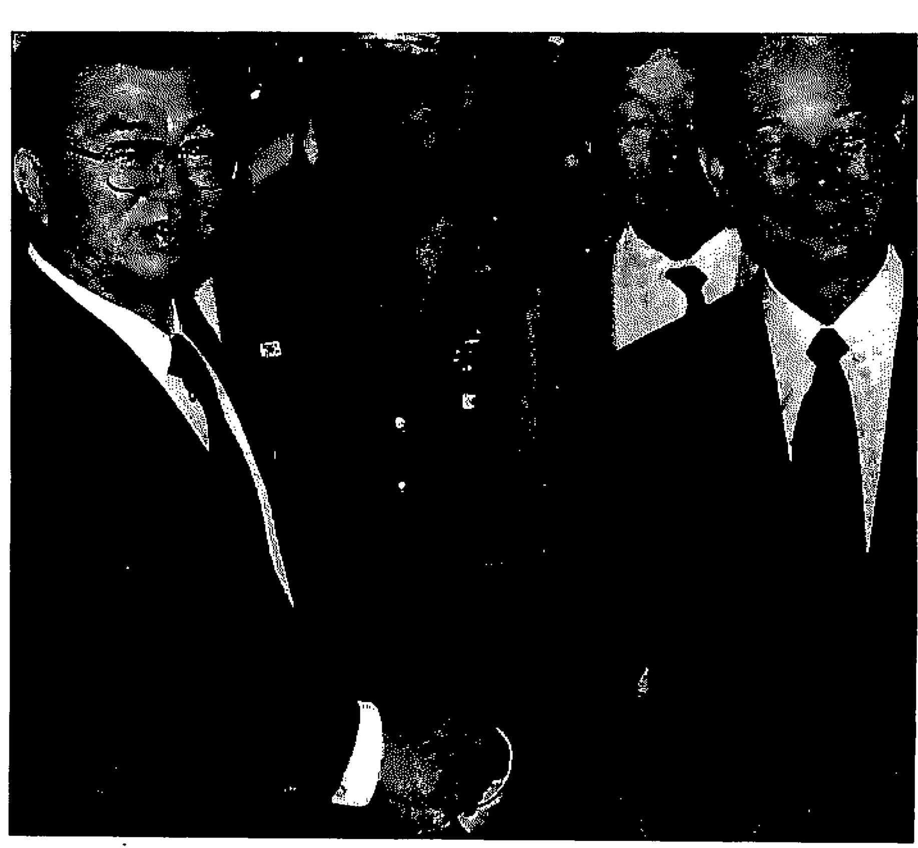
Wolfram Frommlet

1) Verwoerd: Mitglied der Nationalpartei, 1965 zum Premierminister Südafrikas gewählt. Malan: ebenfalls Mitglied der Nationalpartei; seit 1924 Innen-, Gesundheits- und Erziehungsminister. 1948 als Premierminister gewählt. Beide haben die Grundlagen der rassistischen Bantueducation „erarbeitet".

Außenwirtschaftliche Initiativen

Nordkorea und die Großmächte der Region

Mitte Dezember trafen sich zum dritten Mal die beiden koreanischen Ministerpräsidenten. Die Begegnung verlief, wie schon das zweite Treffen Mitte Oktober 1990, ohne konkrete Ergebnisse. Während Südkorea sich mit der Förderung von Wirtschaftskontakten und Gesprächen über einen zunächst begrenzten Besuchsverkehr zufrieden gibt, fordert Nordkorea die Konföderation beider Staaten unter Beibehaltung der unterschiedlichen Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme. So drängt Nordkorea beispielsweise auf einen gemeinsamen Sitz der beiden Koreas in der UNO. Ebenso will Nordkorea zu einem Nichtangriffsvertrag zwischen den beiden Staaten gelangen und fordert den Abzug des amerikanischen Militärs aus dem Süden. Zum Zeitpunkt der Gespräche zwischen den Ministerpräsidenten reiste der südkoreanische Präsident Roh Tae Woh nach Moskau . Er schloß mit der Sowjetunion eine Reihe von Verträgen ab und sagte ihr einen Kredit von 3 Mrd. Dollar zu. Die Reise wurde von Nordkorea als politischer Affront aufgefaßt.



Die beiden Regierungschefs Jong Hyong Muk (Nordkorea) und rechts Kang Young Hoon (Südkorea)

Daß es schlecht um die Demokratische Volksrepublik Korea bestellt ist, bestätigen Diplomaten und verschiedene Besucher des Landes immer wieder aufs Neue. Teure Renommierprojekte und Denkmäler stehen im krassen Gegensatz zu den veralteten Produktionsanlagen und einer Infrastruktur, die sich in schlechtem Zustand befindet. Selbst die in Ansätzen moderne Rüstungsgüterindustrie ist technologisch nicht auf dem neuesten Stand. Die wichtigsten Industriezweige (Stahl, Zement, Chemie und Textilien) jedenfalls sind hoffnungslos veraltet. Ständige Stromausfälle legen die Produktion immer wieder lahm. Die Folge davon ist eine niedrige Arbeitsproduktivität. Zudem gab es in Nordkorea seit Mitte der achtziger Jahre mehrere Mißernten, die die Nahrungsmittelversorgung der Bevölkerung gefährdeten.

Die Außenverschuldung Nordkoreas beträgt nach japanischen Schätzungen etwa 9 Mrd.Dollar, davon schuldet der Staat allein der Sowjetunion ca. 4 Mrd. Die anhaltenden Handelsbilanzdefizite des Landes machen eine Rückzahlung unmöglich. Seit 1984 leistet das Land weder Zins- noch Tilgungszahlungen.

Auf den Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus in Ost und Mitteleuropa und in der Sowjetunion hat Nordkorea nervös reagiert. So wurden u.a. in Nacht- und Nebelaktionen die nordkoreanischen Studenten aus diesen Ländern in die Heimat zurückgerufen und vermutlich in „Erziehungslagern" auf ihre politische Treue hin überprüft. Nordkorea erblickt hinter den Zusammenbrüchen der sozialistischen Ökonomien und hinter den Reformversuchen imperialistische Spaltungsmanöver und das Eindringen bürgerlicher und revisionistischer Ideologie und Kultur . Gemeinsam mit den Ländern der Dritten Welt müßte die antiimperialistische und antiamerikanische Front verstärkt werden, schrieb am 22. Dezember 1989 das Parteiorgan Rodong Shinmun. Andererseits wird aber auch eingeräumt, daß die Krise der „so-



Südkoreanischer und sowjetischer Präsident in San Francisco (USA)

zialistischen" Länder von inneren Problemen,beispielsweise der Bürokratie, verursacht ist. Dabei vergaß der nordkoreanische Staats- und Parteichef Kim Il Sung nicht deutlich zu machen, daß Nordkorea diese Probleme nicht habe. In seiner Neujahrsansprache 1990 verwies er darauf, daß dieses Problem in Nordkorea seit langem durch antibürokratische Kämpfe gelöst sei.

Die Führung des Landes postuliert die politische, d.h. ideologische Einheit der Volksmassen um den „großen Führer" (Kim Il Sung) und seinen Sohn und vermutlichen Nachfolger (Kim Jong Il) und hebt den Erziehungsbedarf der Massen hervor. Schon nach den Weltjugendfestspielen 1989 in Pjöngjang betonte sie die 'ideologische Revolution' nachdrücklich. Für eine einheitliche Führung des Landes ist zudem die Einheit in der Partei notwendig. Die Einheit in Staat und Partei ist allerdings keine neue Idee, sondern eine erneute Verkündung alter Parolen. Ohne diese ideologische Einheit (Dschutsche-Ideologie) und ohne die Abkapselung von der Außenwelt, ist die bis heute andauernde, fast unglaubliche innenpolitische Stabilität nicht denkbar.

Wirtschaftliches Fiasko

Die wirtschaftliche Talfahrt des Landes hält hingegen weiterhin an. Der Außenhandel ist 1989 um 13% auf 408 Mrd. Dollar gegenüber dem Vorjahr gesunken. Die Exporte sind um 6,6% zurückgegangen (für 1990 nach Schätzungen um 20%), die Importe sind 1989 um 20% gefallen. Das Handelsdefizit lag 1989 mit 960 Mio. Dollar, doppelt so hoch wie 1985. Dabei hat man sich mit dem laufenden Siebenjahresplan (1987-1993) viel vorgenommen. Im Gegensatz zu früheren Plänen sollte die Leichtindustrie (Textilien, Haushaltsgeräte und andere Konsumgüter) ausgebaut werden. Auch sollten die Investitionen in Forschung und Technik bis 1993 auf 3-4% des Bruttosozialprodukts gesteigert werden. Schließlich sah der Plan eine Zuwachsrate im Außenhandel um jährlich 18% vor. Nichts von alledem konnte bisher auch nur annähernd erreicht werden.

Einzig und allein die Textilindustrie scheint einigermaßen effizient zu arbeiten. Zumindest ist die Nachfrage nach nordkoreanischen Textilien im Ausland nicht zurückgegangen. Garant für bescheidene Deviseneinnahmen ist außerdem das Goldvorkommen. 1988 exportierte Nordkorea Gold im Wert von 250 Mio. Dollar.

Schon 1984, also ein Jahr vor dem Amtsantritt von Gorbatschow, setzte Kim Jong Il ein Reformgesetz durch, das es kleinen Gruppen von Arbeitern ermöglicht, Güter des Grundbedarfs herzustellen und direkt auf dem Markt zu verkaufen. Damit wurden zwar einige Versorgungsengpässe behoben, doch wird dieser Vorgang deutlich von staatlicher Seite durch die Festsetzung von Ort und Zeitpunkt der Verkaufsmöglichkeit kontrolliert. Im gleichen Jahr wurde auch schon ein Gesetz verabschiedet, das Joint Ventures mit ausländischen Unternehmen möglich machte. Dieser Schritt wurde durch die Gründung der Korea International Joint Venture General Company abgesichert. Eigentümer des Unternehmens sind die nordkoreanische Regierung und Choch'ongnyon, die Organisation der etwa 250000 in Japan lebenden und sich zu Nordkorea loyal verhaltenden Koreaner.

1987, zwölf Monate nach Gründung der Gesellschaft, standen bereits zehn Joint Ventures fest und über 30 weitere wurde verhandelt. Westliche Staaten waren an 26 dieser Projekte interessiert. Japan beteiligte sich an 18 Projekten ,genauer gesagt: die in Japan lebenden Koreaner. Andere Interessenten waren Frankreich (u.a. an einem Hotelbau), die BRD, Hong-Kong,Thailand und Indien. Von nennenswertem Ausmaß sind nach wie vor nur die mit Japan geschlossenen Joint Ventures.

Die alten Bündnispartner gehen

Die Sowjetunion ist der größte Außenhandelspartner Nordkoreas. 58% des Außenhandels wickelt Nordkorea mit der Sowjetunion ab, zumeist im Tauschgeschäft (sog. barter trade). Die wichtigsten Exportgüter in die Sowjetunion sind Mangan und Stahl. Importiert werden v.a. Maschinen. Der Handel mit der Sowjetunion ist allerdings deutlich zurückgegangen. So exportierte die Sowjetunion 1989 14,6% weniger nach Nordkorea als im Vorjahr.

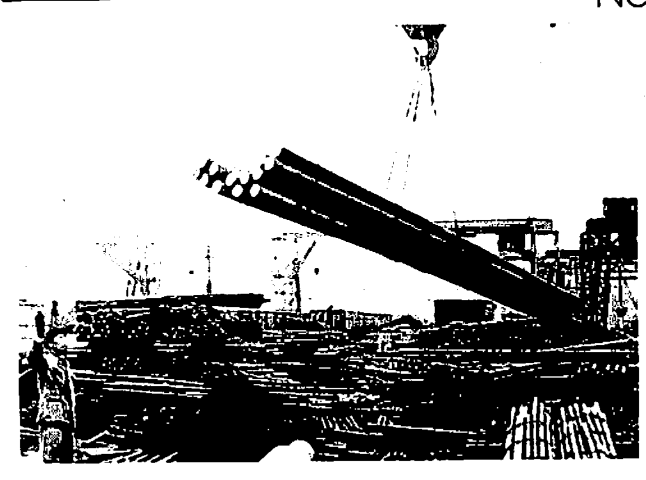
Ein Artikel in der Prawda vom 8. Juni 1990 hat die Abhängigkeit der nordkoreanischen Wirtschaft von der Sowjetunion bloßgelegt. Wie mit den ehemaligen Bruderländern, wird auch die Wirtschaftshilfe mit Nordkorea, die in der Tat eine politische Hilfe für das Land bedeutete, in Frage gestellt. Dem Artikel zufolge hat die Sowjetunion Nordkorea dabei geholfen, über 70 industrielle Anlagen aufzubauen. Diese produzieren 25% der gesamten nationalen Produktion, 63% der Elektrizitätserzeugung, 50% der Kohleförderung und 30% der Eisenherstellung. Außerdem importierte Nordkorea 40% (zwischen 1,5 und 2 Mio. t) seines Ölbedarfs aus der Sowjetunion. In der Sowjetunion wurden auch die technischen Kader Nordkoreas ausgebildet.

Im April 1990 kritisierte Radio Moskau in einer Sendung die ideologische Gleichschaltung sowie die Armut der Bevölkerung Nordkoreas, deren Ursachen in den hohen Rüstungsausgaben (ca. 30% des jährlichen Staatsbudgets) und einem ineffizienten Management gesehen werden.

Die Sowjetunion hat die Beendigung der Wirtschaftshilfe und eine Reduzierung der Erdöllieferungen an Nordkorea angekündigt. Zudem wird der Handel zwischen beiden Ländern mit dem 1. Januar 1991 nur gegen die Zahlung „harter" Währungen erfolgen.

Die Anerkennung der südkoreanischen Regierung durch die Sowjetunion schwächt auch die politische Stellung Nordkoreas. Nach dem informellen Treffen zwischen Gorbatschow und dem südkoreanischen Präsidenten Roh im Juni letzten Jahres in San Francisco wurden am 30.9.90 gegenseitige Handelsvertretungen in den Hauptstädten eingerichtet. Der nordkoreanische Außenminister kritisierte diesbezüglich die Sowjetunion am 19. September und wies darauf hin, daß mit diesem Schritt die Freundschafts- und Bündnisbeziehungen zu Nordkorea in Frage gestellt würden.

Das schon erwähnte Treffen im Dezember zwischen den beiden Staatschefs stellte den Höhepunkt in den sowjetisch südkoreanischen Beziehungen dar.



Nordkoreanische Stahlproduktion unter internationalem Konkurrenzdruck

Chinas Mittelweg

China ist der zweitgrößte Außenhandelspartner und politisch Verbündete Nordkoreas. Der Anteil am Außenhandel beträgt 13 %. Die nordkoreanischen Importe aus China (v.a. Rohöl, Metalle, Maschinen, Getreide und Produkte der Leichtindustrie) stiegen 1989 um 9,3%, die nordkoreanischen Exporte (Mangan, Textilien und Stahl) sanken im gleichen Jahr um 20,7%. Die Importüberschüsse werden zum Ärger chinesischer Ökonomen „im Namen der Freundschaft" Nordkorea nicht in Rechnung gestellt. So wird Nordkorea politisch weiter von China unterstützt.

Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen China und Südkorea wurden im letzten Jahr intensiviert und ausgebaut. Während Südkorea auch auf die Aufnahme diplomatischer Beziehungen drängte, wollte China auf jeden Fall am Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen festhalten. So wurde am 20. Oktober 1990 zwischen beiden Ländern vereinbart, umgehend Handelsvertretungen, die aber auch mit konsularischen Aufgaben versehen sind, in Seoul und Peking einzurichten. 1989 betrug das Handelsvolumen zwischen China und Südkorea bereits 3,1 Mrd. Dollar, während das mit Nordkorea unter 600 Mio. Dollar lag. China führt zur Rechtfertigung dieser Beziehungen zu Seoul gegenüber Nordkorea an, daß sie für die eigene Wirtschaft notwendig seien.

Aber auch die politische Treue fängt zu bröckeln an. Schon kann sich Nordkorea in der Forderung nach einem UNO-Sitz beider Koreas der Unterstützung der Chinesen wie auch der Sowjetunion nicht mehr sicher sein. Mittlerweile haben mit Ausnahme von Albanien sämtliche ehemals 'sozialistische' Staaten Südkorea anerkannt und suchen wirtschaftliche Beziehungen zu diesem Staat.

So hatte beispielsweise Ungarn in der Vergangenheit gute wirtschaftliche und politische Beziehungen zu Nordkorea. Mit der politischen Öffnung (nach dem Sturz des alten Regimes) nahm die ungarische Regierung diplomatische und wirtschaftliche Beziehungen zu Südkorea auf, zu Lasten Nordkoreas.

Neue Kontakte zu Japan

Mitte August letzten Jahres fuhren 213 Mitglieder der Sozialistischen Partei Japans mit dem Schiff nach Nordkorea. Obwohl die japanischen Ausweise ausdrücklich nicht zur Einreise nach Nordkorea berechtigen, wurden die Delegierten von der Volksrepublik empfangen. Damit war der Durchbruch zur Aufnahme offizieller Gespräche möglich. Ende September besuchte dann erstmals eine Delegation hochrangiger Politiker der regierenden Liberaldemokratischen Partei und der Sozialisten Japans Nordkorea. Dabei wurden erste Bedingungen gestellt und weitere Verhandlungen über eine künftige diplomatische und wirtschaftliche Zusammenarbeit vereinbart.

Wirtschaftliche Beziehungen zu Japan, der verhaßten ehemaligen Kolonialmacht, gibt es schon seit längerer Zeit. Das Handelsvolumen von 1985 (1022 Mrd. Yen) übertraf sogar das Handelsvolumen von 1989 (683 Mrd. Yen) deutlich.

Das größte Ausmaß hatte der Handel Anfang der achtziger Jahre. Mangelnde Zahlungsbereitschaft und ein Ausbleiben der politischen Öffnung seitens Nordkoreas, führten zu einem Rückgang des Handels.

Nordkorea importiert aus Japan hauptsächlich Maschinen. Exportiert werden Kohle, Stahlerzeugnisse, Nahrungsmittel (hauptsächlich Fischereiprodukte) und Zink. Gut ein Drittel seines Zinkbedarfs importiert Japan aus Nordkorea. Während Japan die Rohstoffvorkommen im Auge hat, ist Nordkorea an den japanischen Maschinen interessiert. So hat Nordkorea mittlerweile den Japanern angeboten, bei der Erschließung von Steinkohle, Eisenerz und Zink mitzuwirken. Bis jetzt gibt es etwa 60 japanisch- koreanische Joint Ventures.

Nordkoreas Bedingungen zur Intensivierung der Beziehungen zu Japan, die formale Entschuldigung für die japanische Kolonialpolitik und entsprechende Reparationszahlungen, waren schnell erfüllt, wenn auch die Höhe der Zahlungen noch nicht klar ist. Probleme gibt es allerdings mit den japanischen Bedingungen. Nordkorea steht bei Japan mit 0,6 Mrd. Dollar in der Kreide und hat seit 1983 keine Zahlungen mehr getätigt. Auf den von japanischer Seite geforderten Plan zur Rückzahlung der Schulden hat sich Nordkorea eingelassen. Im Januar dieses Jahres kam es zu Umschuldungsverhandlungen zwischen beiden Staaten. Ebenfalls konnte man sich auf die Entsendung japanischer Experten zur Begutachtung möglicher Projekte einigen, wie auch über die Einrichtung von Vertretungen, Nachrichten- und Flugverbindungen. Gescheitert sind die Verhandlungen im November an der Forderung, die von japanischer Seite — in Abstimmung mit den USA und Südkorea — vorgetragen wurde, Inspektionen der nordkoreanischen Nuklearanlagen durch die Internationale Atomenergiebehörde (IAEA) zu akzeptieren. Via Aufklärungssatellit sind die USA zu Aufnahmen gekommen, die vermuten lassen, daß Nordkorea bis Mitte der neunziger Jahre über die Voraussetzungen zur Herstellung von Atombomben verfügt. Eine Inspektion wurde von der nordkoreanischen Führung anfangs in Aussicht gestellt, die Zustimmung dann aber an eine Reihe von Gegenbedingungen wie den Abzug der USA aus Südkorea geknüpft.

Trotzdem bleiben die Bemühungen um offizielle Beziehungen mit Japan der einzige Ausweg aus der diplomatischen Sackgasse. Die Entscheidung mit Japan zu verhandeln, wie auch die direkten Gepräche mit Südkorea sind allerdings mit dem Risiko verbunden, die bisherigen politischen Positionen Nordkoreas selbst zu unterhöhlen. Nordkorea beharrt zumindest noch verbal auf Wiedervereinigung unter der Losung „Korea ist eins" und lehnt strikt die Anerkennung der Zweistaatlichkeit ab sowie deren Anerkennung durch die vier Großmächte (Sowjetunion, China, Japan und die USA) durch Aufnahme diplomatischer Beziehungen.

Diese ideologischen Prinzipien waren für die nordkoreanische Führung kein Hindernis, mit Japan über diplomatische Beziehungen zu verhandeln. Vorrang haben wirtschaftliche Kooperation und Reparationszahlungen und das Heraustreten aus der internationalen Isolierung. Es geht der nordkoreanischen Führung um das materielle Überleben und weniger um eine politisch-ideologische Reform im gesellschaftlichen Leben.

Hiöng-Dschung Pak
Uwe Jungfer

Südostasien Perspektiven und Probleme

Südostasien — was ist das ? Zunächst ist es eine geographische Bezeichnung, die seit dem Ende des II. Weltkrieges im Zuge der Neuordnung der politischen Verhältnisse und der Durchsetzung us-amerikanischer Interessen in der Region in Gebrauch kam. Es löste andere (eurozentrische) Sammelbegriffe wie Hinterindien und Ostindische Inseln ab. Das Wort bezeichnet eine Region, die längst nicht so homogen ist wie es der Begriff suggeriert. Allein schon durch die Topographie zerfällt dieses Gebiet in zwei Teile: das sogenannte Festland-Südostasien mit den Ländern Birma, Myanmar, Thailand, Laos, Kambodscha, Vietnam und das sogenannte Insel-Südostasien mit den Staaten Indonesien, Philippinen, Malaysia, Singapur und Brunei Darussalam. Darüberhinaus gibt es eine Reihe von großen Unterschieden, die z.T historisch bedingt sind (unterschiedliche kulturelle Prägung und Religion), sich z.T. aber auch erst in der jüngsten Vergangenheit herausgebildet haben (politische System, Stellung im Weltmarkt).

Diese Länder mit ihren 450 Mio BewohnerInnen führen im öffentlichen Bewußtsein der BRD ein Schattendasein. Dieses geringe Interesse ist auch und gerade in der bundesdeutschen Solibewegung feststellbar. Der Frage, warum die Aufmerksamkeit der Solibewegung nach dem „Vietnam-Boom" so nachgelassen hat, geht Peter Franke in seinem einleitenden Artikel nach. Bieten diese Länder und ihre Bewohner keine Anknüpfungspunkte für eine Solidaritätsarbeit oder geben sie keine genügend große Projektionsfläche für linke Hoffnungen ab? In dem Artikel kommen auch die gegenwärtigen Bedingungen und Möglichkeiten der Solidaritätsarbeit mit Südostasien zur Sprache. Dieser Beitrag könnte Anlaß für eine gründliche Reflexion über das Verhältnis der bundesdeutschen Solidaritätsbewegung zu den Subjekten (oder muß man sagen Objekten?) ihrer Solidarität sein.

Gemeinsam sehen sich die Länder in Südostasien Herausforderungen gegenüber, die teils ein koloniales Erbe darstellen, teils Ergebnis der gegenwärtigen weltwirtschaftlichen Situation sind. Alle Länder sehen sich einer wachsenden Einflußnahme Japans ausgesetzt, das sich in den vergangenen zwei Jahrzehnten eine marktbeherrschende Position erobert hat. Das wurde nicht zuletzt wegen einer massiven Unterstützung japanischer Konzerne durch das, was deren Regierung vornehm Staatliche Entwicklungshilfe nennt, möglich. Eine Forschungsgruppe des Asia-Pacific Resource Centre in Tokyo hat in den Jahren 1989/90 die japanische Entwicklungshilfepolitik untersucht. Einige ihrer Ergebnisse stellen wir hier vor.

Ein weiteres Problem, mit dem viele Länder zu kämpfen haben, ist die gesellschaftliche und politische Rolle des Militärs. Thailand hat seit dem Sturz der absoluten Monarchie (1932) mehrere Militärregierungen gesehen, und Indonesien wird seit 1965 von einer gutorganisierten Militärclique beherrscht. Auch auf den Philippinen hat sich die Armee zu einem wichtigen politischen und ökonomischen Faktor entwickelt. Rainer Werning zeigt, wie es dazu gekommen ist, und welche Folgen diese Entwicklung hat.

Südostasien wird in den Wirtschaftzeitungen immer wieder als die „Wachstumsregion der Zukunft" apostrophiert. In der Tat gibt es in einigen Ländern Bemühungen, dem Beispiel der „vier kleinen Tiger" (Südkorea, Taiwan, Hongkong und Singapur) zu folgen und den Sprung zu einem „Neuen Industrieland" (NIL) zu wagen. Die politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, unter denen eine solche Industrialisierungspolitik in den genannten Ländern durchgesetzt wurde, verheißt für die Menschen in Thailand und Malaysia, denen das Potential zu einem NIL zugesprochen wird, nichts Gutes. Klaus Boldt setzt sich in seinem Beitrag mit den wirtschaftlichen Perspektiven dieser Länder am Beispiel Malaysia auseinander.

Gewissermaßen im toten Winkel der Weltöffentlichkeit liegt hingegen Laos. Während von den Friedensverhandlungen über Kambodscha gelegentlich berichtet wird, erhalten die Vorgänge in diesem buddhistischen Land unter kommunistischer Führung kaum je Aufmerksamkeit. Das Länderporträt stellt die wichtigsten Informationen zusammen und berichtet über die politischen Veränderungen der letzten Jahre.

Südostasien befindet sich in einer Umbruchsituation: In verschiedenen Ländern bahnen sich Entwicklungen an, die das Leben der Menschen in den nächsten Jahren und Jahrzehnten bestimmen werden: Ob es der politische Umbau in Vietnam ist, eine endgültige Friedensregelung für Kambodscha oder die zunehmende Industrialisierung in fast allen Ländern der Region. Nicht alle diese Aspekte konnten hier und jetzt berücksichtigt werden. Schon deswegen sollten wir diesen Weltwinkel im Blick behalten. Aber auch im Hinblick auf Probleme, die jetzt und in Zukunft globale Relevanz gewinnen (Regenwald, Atomwaffentests), sollte verstärkt der Kontakt zu den Menschen und Bewegungen in dieser Region der Erde gesucht werden.

khs

Vietnam — und dann ?

Bundesdeutsche Soliarbeit für Südostasien

Mit den Parolen „Sieg im Volkskrieg!" und „Ho, Ho, Ho Chi Minh!" war die weltweit bisher größte Solidaritätsbewegung mit einem Land der 3. Welt Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre angetreten, um den Befreiungskrieg des vietnamesischen Volkes gegen die US-Intervention zu unterstützen. Der Kampf eines südostasiatischen Volkes um Unabhängigkeit gegen die USA wurde geradezu zum Symbol des Kampfes gegen Unterdrückung überhaupt und hatte nicht nur in den Industrieländern Westeuropas und Nordamerikas eine starke Ausstrahlung auf die politischen Bewegungen der jüngeren Generation. Damals stand über Jahre ein südostasiatisches Volk international im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit und prägte die zukünftigen Vorstellungen eines nationalen Befreiungskampfes gegen Intervention von außen. Doch seit dem Abzug der USA 1975 aus Vietnam interessierte sich keine größere politische Bewegung in der BRD mehr für Südostasien.



Gestern Solidarität...

Südostasien - Solidaritätsbewegung

Über 350 Millionen Menschen leben in dieser Teilregion Asiens, mehr als in Lateinamerika. Ihre Völker haben sich in der Nachkriegszeit in zum Teil blutigen Kämpfen für ihre Unabhängigkeit von kolonialer und neokolonialer Kontrolle eingesetzt. Aber seit der Vietnambewegung wurden diese Kämpfe nur noch von wenigen politischen Gruppen und Personen in der BRD registriert. Führte die Besetzung Ost-Timors durch Indonesien 1975 sowie die Zerschlagung der Anfänge einer demokratischen Bewegung Thailands durch das Militär 1976 noch zur vorübergehenden Bildung einiger neuer Solidaritätsgruppen, so war mit dem Einmarsch der Vietnamesen in Kambodscha 1978/79 endgültig die Vietnambewegung zerbrochen. Lediglich zu den Philippinen entstanden mit dem Zerfall des Marcos-Regimes und dem wachsenden Widerstand im Land durch legale Bürgerbewegungen und eine bewaffnete Befreiungsbewegung Anfang der 80er Jahre neue Solidaritätsgruppen.
Heute beschäftigen sich wenige kleine Gruppen politisch speziell mit der Region oder mit einzelnen Ländern und versuchen eine Solidaritätsarbeit zu organisieren. Sie bilden einen kleinen Bruchteil der bundesrepublikanischen „3. Welt Bewegung", in der vor allem verschiedene Länder Lateinamerikas sowie das südliche Afrika im Mittelpunkt des Interesses stehen. Einige Zeit nach dem Sturz von Marcos 1986 hat sich die Zahl von Südostasien-Gruppen und -Organisationen, die man der sogenannten „3. Welt-Bewegung" zuordnen könnte, weiter verringert.

Kein „Soli"-Interesse an Südostasien

Warum haben so wenige 3. Welt- Gruppen ein politisches Interesse an Südostasien im Vergleich zu Lateinamerika oder Südafrika? Gab es nicht genügend Anlässe in den letzten Jahren wie etwa die chinesischstämmigen Flüchtlinge aus Vietnam, der Krieg in Kambodscha, der Sextourismus und Heiratshandel nach und mit den Philippinen und Thailand, die massive Einschränkung der Grundrechte in Indonesien und in den angeblich demokratischen Ländern Malaysia und Singapur, der Aufstand gegen das Militärregime in Birma, der Widerstand gegen die Zerstörung der Wälder in Thailand, Malaysia und Indonesien?
Es ist augenfällig, daß - nicht nur in Südostasien - Motiven für eine breite Solidarität mit einem anderen Volk oder einer anderen Nation nur auf der Grundlage klarer Identifikationsmöglichkeiten gegeben sind. So geben offensichtliches (veröffentlichtes) Elend (Ein Herz für XY-Land), brutale (bekannte) Verletzung von Menschenrechten und der Kampf gegen (militär-) diktatorische Regime solche Identifikationsmöglichkeiten.

Fremde und „exotische" Kulturen

Entscheidend für die geringe Beachtung scheint mir die kulturelle Fremdheit der Völker und Nationen Südostasiens für Deutsche und andere Westeuropäer zu sein, was auch für „Linke" zutrifft. Obwohl das allgemeine touristische Interesse und

das der „Alternativen" an der exotischen Reiseregion erheblich gewachsen ist, mangelt es an politischem Interesse. Ich habe nicht wenige Lateinamerika - „Soliaktivisten" getroffen, die im Urlaub „alternativ" nach Südostasien reisen, sich politisch aber kaum mit der Region beschäftigt haben. Es handelt sich um eine Region, mit einer Vielfalt von eigenständigen kulturellen Traditionen und Religionen, sei es der Konfuzianismus, Buddhismus, Islam. Die vergleichsweise späte Kolonialisierung hat sie in den meisten Ländern nicht zerschlagen und durch das Christentum und einer damit verbundenen eurozentrischen Kultur ersetzen können. Ohne den wachsenden Einfluß sogenannter westlicher Werte und Kultur, vermittelt über Weltmarktintegration, heute in Südostasien regieren zu wollen, besteht weiterhin ein größeres Maß an eigenständiger kultureller Identität der meisten Völker und Nationen Südostasiens, welches für christlich-abendländische Deutsche einen Zugang und ein Verständnis sehr erschwert.

Eine Auseinandersetzung mit den Widersprüchlichkeiten der Entwicklungen dieser Gesellschaften erfordert erhebliche Anstrengungen zur Erlangung von Kenntnissen, um sie überhaupt verstehen zu können. Sobald es bei der Solidarität nicht mehr nur um die einfachen Muster der Unterstützung gegen offensichtliche, brutale Unterdrückung und der Hilfe gegen schreiendes materielles Elend geht, fällt die Identifikation und damit die Bereitschaft des Einsatzes schwer. Sie wird zu kompliziert. Die kulturelle Kluft bis hin zum Unverständnis trägt das ihrige dazu bei.

So kann z.B. lateinamerikanische Musik, die unseren deutschen Ohren vertraut klingt, eine emotionale Ebene der Solidarität bestärken im Gegensatz zu Widerstandsliedern im traditionellen Stil der Thais, Ost-Timoresen oder Kambodschaner. Ähnliche kulturelle „Verständnisschwierigkeiten" können im unmittelbaren Kontakt mit den Menschen aus der Region entstehen, ganz zu schweigen von denen der Sprache.

Gemeinsamkeit des Christentums erleichtert Solidarität

Der christlich-abendländische kulturelle Hintergrund des durch die Spanier und Portugiesen seit hunderten von Jahren kolonialisierten Lateinamerika hingegen erleichtert erheblich die Verständigung und damit das Verständnis und die Identifikation mit den Kämpfen dieser Völker. Bezeichnenderweise läßt sich ähnliches für die Solidaritätsarbeit mit dem philippinischen Volk feststellen, das ebenfalls mehrere hundert Jahre von den spanischen Kolonialherren vollständig „hispanisiert" und dann am Anfang dieses Jahrhunderts von den USA „befreit" wurde. Es ist damit als einziges Volk in Südostasien weitgehend, von einigen Minderheiten abgesehen, kulturell christlich-abendländisch orientiert. Hinzu kommt in den Philippinen die Existenz einer bewaffneten Befreiungsbewegung, die - zumindest bis zum Sturz von Marcos - einen klaren Gegner in einem vom US-Imperialismus unterstützten Regime hat. Diese Bedingungen vereinfachen (anscheinend) ein „Verstehen" der Lage der Bevölkerung und erleichtern die Mobilisierung von Solidarität in der BRD.

Bei allen anderen Völkern Südostasiens sind die „Frontlinien" zwischen Unterdrücker und Unterdrückten nicht mehr in das traditionelle Schema des anti-imperialistischen, nationalen Unabhängigkeitskampfes einzuordnen. So sind es die Indonesier, die Ost-Timor, und die Vietnamesen, die Kambodscha besetzt haben und nicht mehr die alten und neuen imperialistischen Kolonialmächte. Zwar sind sie hauptverantwortlich für die Schaffung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturen, die eine Integration in den kapitalistischen Weltmarkt scheinbar erzwingen. Herrschen und ausbeuten tun aber inzwischen kleine Schichten in den Ländern selbst.

Paradigmawechsel in der Solidaritätsarbeit

Es ist nicht mehr der Kampf um nationale Unabhängigkeit vom Imperialismus, der heute Ansätze von Solidarität mit den Völkern Südostasiens mobilisiert, sondern es sind vielmehr globale Werte und Probleme wie Menschenrechtsverletzungen, Umweltzerstörung und soziale Ungerechtigkeit. Aktivitäten von Amnesty International für politische Gefangene, Hilfe für Flüchtlinge aus Vietnam vom Notärzte-Komitee („Ein Schiff für Vietnam"), Aktionen gegen Prostitutionstourismus und Frauenhandel nach und mit Thailand und den Philippinen von einigen Frauenorganisationen, Aktionen gegen die Zerstörung des Regenwaldes in Thailand, Malaysia und Indonesien von einigen Umweltorganisationen sowie Ansätze von gewerkschaftlicher Solidarität in einigen Branchen moderner Industrie machen dies deutlich.

Es rücken die konkreten Gemeinsamkeiten der Völker mehr in den Vordergrund und ermöglichen eine andere Art der Identifikation, die nicht mehr allein in der Projektion eigener Träume von Befreiung liegt, sondern von der Erkenntnis eines bestehenden gemeinsamen Interesses geleitet wird. Solidarität besteht nicht mehr mit der ganzen Bevölkerung eines anderen Landes, sondern häufig nur mit bestimmten Teilen, wie Frauen, Minderheiten oder ArbeiterInnen. Dabei besteht die Gefahr, daß das Verständnis von Ländern auf bestimmte Fragestellungen und Bilder reduziert wird und neue Vorurteile über sie entwickelt werden. Deutlich wird dies an dem sich in den letzten zehn Jahren in der BRD entwickelnden Bild über thailändische Frauen. Proteste und Aktionen gegen Sextourismus und Frauenhandel haben ungewollt dazu beigetragen, daß das von der Regenbogenpresse und den einschlägigen Reiseveranstaltern unterstellte Bild von Thailänderinnen als Prostituierte oder anschmiegsame, unterwürfige und käufliche Frauen eine noch größere Öffentlichkeit erhält.

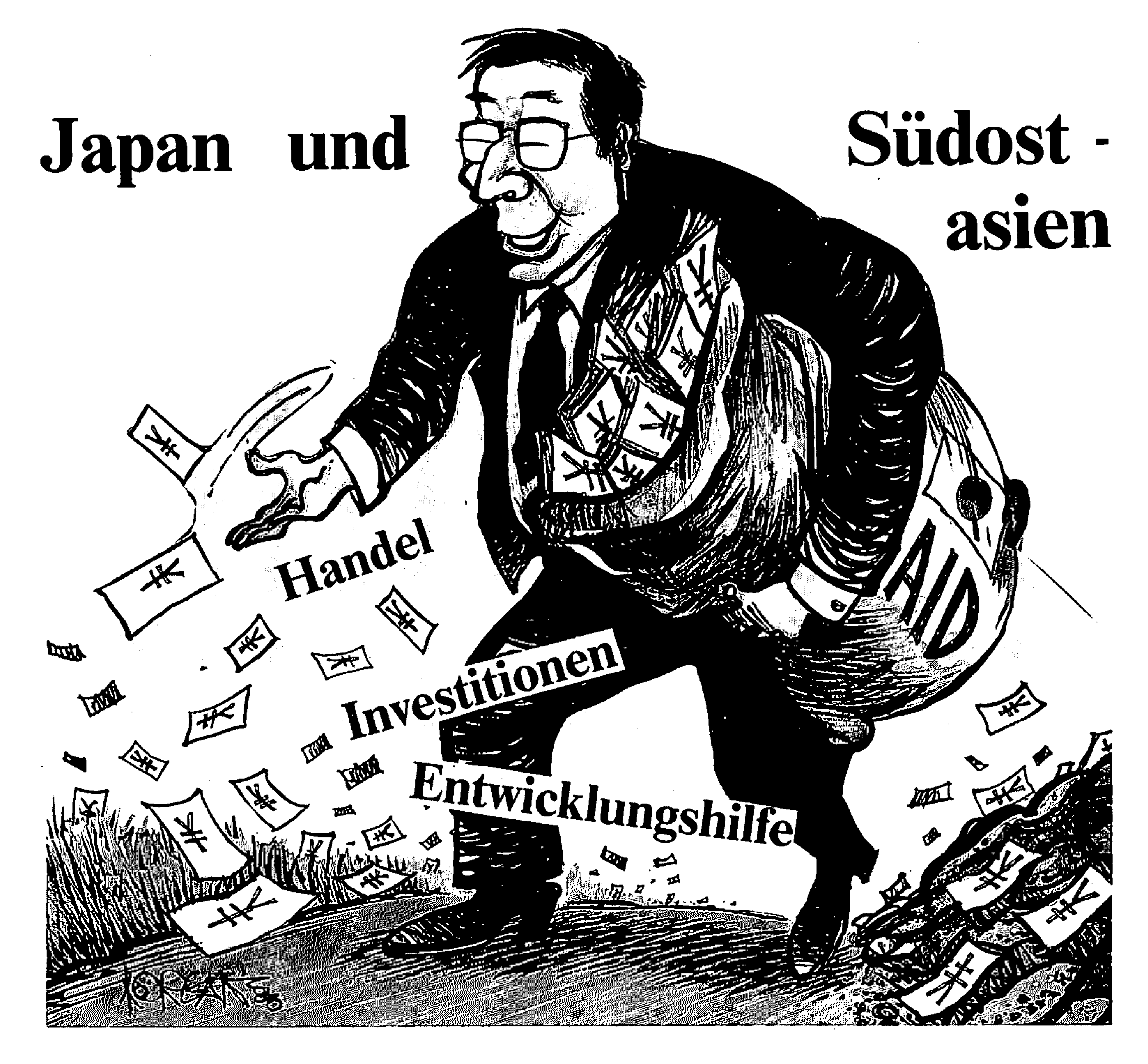
Der Stellenwert von Problemen, bei denen Gemeinsamkeiten zwischen unserer Gesellschaft und der eines anderen Landes bestehen, wird schnell von dem Hintergrund unseres begrenzten, eurozentrischen Weltbild beurteilt. Fällt es uns in unserer eigenen Gesellschaft schon schwer genug, den komplexen Prozeß von gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und sozialer Veränderung zu verstehen und zu beurteilen, wieviel komplizierter ist es dann, entsprechende Prozesse in anderen Ländern nachvollziehen, verstehen und beurteilen zu können, erst recht wenn diese Länder uns kulturell so fremd sind wie die Südostasiens. Das wachsende gemeinsame Interesse an der Lösung von globalen Problemen, die ihre Ursachsen sowohl in einem vom Kapitalismus dominierten Weltsystem als auch in der spezifischen Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur der jeweiligen Länder haben, macht heute die differenzierte Kenntnis über andere Länder notwendig. Dies nur ermöglicht eine nachhaltige Völkerverständigung und Solidarität. In der BRD wird es weiterhin schwierig bleiben zu den Ländern Südostasiens, wie wohl auch zu einer Reihe anderer asiatischer und afrikanischer Länder, die kulturelle Distanz zu überwinden und eine Solidarität zu entwickeln, wenn nicht hier eine Bereitschaft entwickelt wird, sich gründlicher mit ihnen zu beschäftigen. Solidarität wird sonst weiterhin nur aus Mitleid mit den Armen und Unterdrückten oder aus der Projektion eigener, unerfüllter Träume in andere Völker gespeist, die Menschen anderer Länder reduziert auf Objekte unseres Mitgefühls und nicht als gleichwertige Parner im Bestreben, eine gerechtere und menschenwürdigere Welt zu schaffen.



... heute Fernreisen?

Peter Franke
(Südostasien Informationsstelle)

Japan und Südostasien



Japan hat sich in den vergangenen Jahren weltweit zum größten Geberland staatlicher Entwicklungshilfe entwickelt. Dieses scheinbar so großzügige Engagement stößt aber in verschiedenen Kreisen auf Kritik. Weder die Empfängerländer noch andere Geberländer sind mit den manchmal recht eigenwilligen Vergabekriterien der japanischen Entwicklungshilfe einverstanden. Eine Studiengruppe des japanischen Asia-Pacific Resource Center hat einige wesentliche Kennzeichen japanischer Entwicklungshilfe und die mit ihr verbundenen Konsequenzen am Beispiel des Hauptempfängerlandes Indonesien aufgezeigt.

Im Sommer 1988 reiste unsere Studiengruppe einen Monat lang 3000 km durch die ostindonesische Inselwelt. Wir waren überrascht zu sehen, daß die populäre japanische Fernsehserie „Oshin" auch in den entferntesten Gegenden bekannt war. Auf einer Insel in der Arafura-See trafen wir sogar ein Kind, das von den anderen Dorfkindern mit dem Spitznamen Oshin gerufen wurde. Die Erfolgsgeschichte eines armen japanischen Mädchens scheint das Herz der armen Dorfbevölkerung erobert zu haben. Noch erstaunlicher war es, daß wir japanische batteriegetriebene Fernseh- und Videogeräte in solchen Dörfern fanden, die über keine oder nur unzureichenden Stromversorgung verfügten. Wir stießen auf Stromgeneratoren, Batterien, Radio-Recorder, Motorräder, Mini-Busse, billige elektronische Uhren, Wegwerf-Feuerzeuge: alles anspruchslose Produkte, die in Japan für den japanischen und asiatischen Markt hergestellt werden. Japanische Güter werden von den Menschen in Asien als Produkte angesehen, die ihre Träume wahr werden lassen. Diese Menschen lieben Japan, oder genauer gesagt die japanischen Waren. Wir, die wir selbst keine Feuerzeuge oder Batterien produzieren können, wurden schon allein deshalb bewundert, weil wir Japaner waren. Sei es zum Guten oder Schlechten, diese einfachen Produkte haben in erheblichem Maße zum schnellen Wachstum der NICs und einiger ASEAN-Länder beigetragen. Bald könnte der ganze asiatische Kontinent von ihnen überschwemmmt sein.

Die japanische Wirtschaft ist in den vergangenen fünfzehn Jahren in einem phänomenalen Tempo gewachsen. Das BSP hat sich verfünffacht (1974: 450 Mrd. US-$, 1989: weit über 2 Bill. US-$), die Einnahmen aus Exporten nach Asien sind von 11 Mrd. US-$ auf 77

Mrd. US-$ gestiegen, und alle privaten Investitionen sind Schätzungen zufolge in den letzten 15 Jahren von 3,1 Mrd. US-$ auf 30 Mrd. US-$ angewachsen. Einige Gruppen in Asien begrüßen die japanische Entwicklungshilfe und japanische Investitionen. Mächtige Figuren wie Ferdinand und Imelda Marcos, Chung Doo Hwan (ehemaliger südkoreanischer Staatspräsident) und Ne Win (ehemaliger birmanischer Präsident) pflegten enge Beziehungen zu Japan, um so die nationale Entwicklung voranzubringen, nicht ohne sich nebenbei persönlich zu bereichern. Die Japaner waren und sind Kollaborateure der undemokratischen Führungssysteme, die man „Entwicklungsdiktatur" nennt. Japan ist schnell populär geworden, indem es Fertigprodukte verkauft hat. Es ist ihm gelungen, einige führende Personen zu bestechen und korrupte Freundschaften zu pflegen. Jetzt werden große Summen der öffentlichen Entwicklungshilfe in den kulturellen Sektor gepumpt; sie zielen darauf ab, pro-japanische Gefühle zu aktivieren.

Aber wird Japan mit der süßen Rhetorik des kulturellen Austausches die Herzen der Asiaten gewinnen können? Die Bürger der anderen asiatischen Länder wissen weit mehr über Japan, als man erwarten würde. Heutzutage kann man keine ausgesprochen anti-japanischen Stimmen in Asien hören. Menschen, die sich immer mehr unter dem Einfluß japanischer Wirtschaftsinteressen sehen, sich immer mehr an japanisches Geld und japanische Produkte gefesselt fühlen, unternehmen bewußte Anstrengungen einer Selbstanalyse. „Thailand muß thailändisch bleiben, es soll nicht auf einer Bühne tanzen, die von anderen gebaut wurde. Andernfalls werden das Antlitz der thailändischen Menschen und das Gesicht Thailands nicht mehr echt sein." (aus: „Thai People" von Naovarat Pongpaiboon).

Wohin mit 1,5 Bill. Yen Hilfsgeldern

Die öffentliche Entwicklungshilfe hat viele Formen. Grundsätzlich ist sie in Zuschüsse (einschließlich Technischer Hilfe) und weiche[1] Kredite aufgeteilt. 46,1% der öffentlichen Entwicklungshilfe Japans im Jahr 1989 wurden als Zuschüsse, 53,1% als Kredite gewährt. Japanische Entwicklungshilfe hat zwei wesentliche Merkmale: 1. Sie besteht überwiegend aus langfristig rückzahlbaren Krediten. 2. Mehr als die Hälfte der Entwicklungshilfe wird an die Länder Südostasiens mit besonderem Gewicht auf Indonesien, Thailand, Myanmar (Birma), Malaysia und die Philippinen geleistet. Die Gründe dafür liegen in den Anfängen der japanischen Entwicklungshilfe als Kriegsreparation, die vor allem an Myanmar, Indonesien, die Philippinen und das damalige Südvietnam gezahlt wurden. Diese Länder blieben auch dann Hauptempfänger japanischer Hilfe, als die Reparationszahlungen beendet wurden. Die Reparationen wurden auf „Bitten" der jeweiligen Regierungen geleistet; und auch heute vollzieht sich die Hilfe in derselben Form: auf „Ersuchen" der Regierungen. Manchmal ist es schwierig zu unterscheiden, ob die Hilfe Teile der internationalen Zusammenarbeit oder aber Auslandsinvestitionen sind. Südostasien ist ein vielversprechender Markt für Japan. Japans öffentliche Entwicklungshilfe erreichte 1989 eine Höhe von 1,5 Bill. Yen (16,8 Mrd. DM). Diese Summe mag bemerkenswert erscheinen und denen traumhaft vorkommen, die sich an die Stärke Japans vor 25 Jahren erinnern, als der Tokkaido Shinkansen (Hochgeschwindigkeitszug) noch mit Unterstützung der Weltbank gebaut wurde. Japan, einst ein wichtiges Empfängerland, ist das größte Geberland der Welt geworden. Andere Länder kritisieren heutzutage jedoch den niedrigen Standard der öffentlichen Entwicklungshilfe. Umweltzerstörung, Mißachtung der Interessen der ortsansässigen Bevölkerung und eine Begünstigung Südostasiens sind die hervorstechendsten Merkmale der japanischen Auslandshilfe.

Die zehn Hauptempfängerländer japanischer ODA

Rang	1975	1980	1985	1987
1	Indonesien	Indonesien	VR China	Indonesien
2	Südkorea	Bangladesh	Thailand	VR China
3	Philippinen	Thailand	Philippinen	Philippinen
4	Malaysia	Birma	Indonesien	Bangladesh
5	Ägypten	Ägypten	Birma	Indien
6	Bangladesh	Pakistan	Malaysia	Thailand
7	Indien	Philippinen	Bangladesh	Malaysia
8	Thailand	Südkorea	Pakistan	Birma
9	Irak	Malaysia	Sri Lanka	Türkei
10	Nigeria	Sri Lanka	Ägypten	Pakistan

Quelle: ODA 1988 (MOFA).

Die rasch anwachsende Schuldenlast der Entwicklungsländer ist zu einem internationalen Problem geworden. Es hat wiederholt Appelle an die Adresse Japans gegeben, den Zuschuß-Anteil zu erhöhen. Aber ist die gegenwärtigen Form der Zuschüsse wirklich erstrebenswert? Untersuchen wir das Verfahren, das beim Bau einer Klinik in den Philippinen angewendet wurde: Zunächst eröffnet die philippinische Regierung ein Konto bei einer japanischen Bank, auf das die japanische Regierung die notwendigen Mittel überweist. Baukosten und die Ausgaben für Maschinen und Material werden direkt an die beteiligten japanischen Baufirmen und Handelshäuser gezahlt. Diese Form der Zuschüsse wird „gebunden" genannt. Im Prinzip können, von wenigen Ausnahmen abgesehen, nur japanische Firmen Angebote für die Ausschreibungen abgeben. Die Profite, die in diesen Projekten erwirtschaftet werden können, gehen nach Japan. Das bedeutet, daß die Hilfe, die für die Philippinen bestimmt ist, tatsächlich japanischen Firmen zugute kommt. Weiterhin werden Zuschüsse gewährt, um die Nahrungsmittelproduktion in Ländern mit niedriger landwirtschaftlicher Produktion zu fördern, indem Kunstdünger, andere Agrarchemikalien und Maschinen zur Verfügung gestellt werden. Besonders Agrarchemikalien sind oft nicht nur den landwirtschaftlichen Gegebenheiten vor Ort nicht angemessen und damit nutzlos,

sondern sogar gefährlich. Selbst in Ländern wie Japan, in denen bestimmte Sicherheitsstandards gelten, werden diese ständig nachgebessert. In Ländern, in denen es überhaupt keine Sicherheitsnormen gibt, sind die Folgen unabsehbar.

Keine Hilfe ohne Haken

1989 wurden annähernd eintausend Anträge für Zuschüsse, Kredite und technische Hilfe entschieden. Die öffentliche Entwicklungshilfe wird von dem sogenannten „Vier-Ministerien-System" verwaltet (Außen-, Finanz-, Außenhandels- und Industrieministerium und außerdem von der Wirtschaftsplanungsbehörde). Um Projekte zu befürworten und den Umfang der Finanzierung zu bestimmen, bedarf es der Abstimmung zwischen diesen vier Ministerien. Deshalb vergeht oft eine lange Zeit zwischen der Antragstellung und der Verwirklichung des Projekts. Die Kontrolle der öffentlichen Entwicklungshilfe wird dadurch erschwert, daß entwicklungspolitisch relevante Posten in den Etats von 16 Ministerien enthalten sind. Anträge auf Leistungen aus der öffentlichen Entwicklungshilfe unterstehen der Kontrolle des MITI (Ministry of International Trade and Industry), des Vekehrsministeriums, des Ministeriums für Forst-, Land- und Fischereiwirtschaft und nicht dem Außenministerium, das nur schwache Beziehungen zur Industrie hat. Viele Beamte des MITI finden es ganz normal, daß sich japanische Firmen der öffentlichen Entwicklungshilfe bedienen, da es japanischen Steuermittel sind. Deshalb ist es nicht verwunderlich, daß die Empfängerländer Japan kritisieren, daß seine Hilfe nur den eigenen Firmen diene.

Ein Kritikpunkt betrifft das Fehlen einer eigenständigen Behörde, die über die Verwendung der öffentlichen Entwicklungshilfe wacht. Bisher findet keine Kontrolle der Ausgaben statt. Ein geringer Anteil der Hilfezahlungen wird vom Außenministerium und der Behörde für Verwaltung und Koordination überwacht. Das Rechnungsprüfungsamt, das die Verwendung der öffentlichen Entwicklungshilfe beaufsichtigen könnte, lehnt dies mit dem Argument ab, solche Prüfungen stellten einen Eingriff in die inneren Angelegenheiten der Empfängerstaaten dar. Die Kontrollen durch das Außenministerium und die Verwaltungs- und Koordinationsbehörde kommen nicht an den Standard einer unabhängigen Prüfung heran. In einem dieser Evaluationsberichte lautete die Schlußfolgerung, daß 90% der öffentlichen Entwicklungshilfe- Projekte zur Entwicklung in den Nehmerländern beitrügen, und daß Maßnahmen ergriffen würden, um 90% der restlichen 10% zu verbessern. Also wird von einhundert Projekten nur eines als problematisch eingestuft: das ist eine extrem niedrige Zahl. Darin liegt auch ein Grund dafür, warum es so viele Zweifel und Gerüchte über die japanische öffentliche Entwicklungshilfe gibt.

ODA-Darlehen nach Sektoren und Regionen
(1987 in %-Anteilen)

Sektor	in %	Region	in %
Wirt. Infrastruktur	72,2	Asien	89,2
- Straßen/Eisenbahnen	20,1	- ASEAN[a]	45,9
- Seetransport/Hafenanlag.	6,7	Mittlerer Osten	5,5
- Kraftwerke	32,1	Afrika	4,1
- Telekommunikation	13,1	Lateinamerika	1,0
Land- und Forstwirtschaft	8,3	Ozeanien	0,1
- Bewässerungsprojekte	7,0		
Bergbau/Industrie	9,8		
- Industrie	9,4		
Soziale Infrastruktur	0,9		
Strukturanpassungskredite	1,6		
andere	7,2		

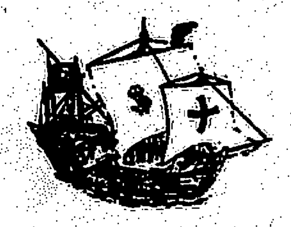
a inkl. Birma
Quelle: ODA 1988 (MOFA)

Hilfe macht asiatische Volkswirtschaften abhängig

Die öffentliche Entwicklungshilfe ist eine der Wurzeln für die vielen Probleme, die zwischen Japan und den Empfängerländern bestehen. Einige japanische Beamte sagen „Die Hilfe ist doch für sie" und implizieren dabei, daß diese Länder undankbar seien. Für viele Menschen in den Nehmerländern ist es jedoch schwierig, diese Haltung nachzuvollziehen. Einige betrachten die Hilfe als eine Art Wiedergutmachung für die Schäden und Kriegsverbrechen der Japaner während des II.Weltkriegs. Gleichzeitig hat die öffentliche Entwicklungshilfe Japans in einigen Ländern eine „Hilfe"-Abhängigkeit hervorgerufen. Myanmar und Pakistan hängen bei den bilateralen Hilfezusagen aus dem Ausland zu 80% von Japan ab, die VR China zu 75%, Thailand zu 66% und die Philippinen zu 50%. Myanmar erhält 23% seiner gesamten Hilfezahlungen aus Japan. Diese Zahlen machen eine weitgehende Abhängigkeit von einer einzigen Nation deutlich. Sie wäre dann von Nutzen gewesen, wenn diese Hilfe Myanmar oder den Philippinen zur Unabhängigkeit verholfen hätte. Tatsache ist aber, daß sie sich immer weiter verschuldet haben. Probleme entstehen nicht nur durch die öffentliche Entwicklungshilfe, sondern auch durch die Investitionen und die Handelsaktivitäten japanischer Firmen. Diese Faktoren haben einen massiven Einfluß auf die Volkswirtschaft der Empfängerländer. Öffentliche Entwicklungshilfe muß zusammen mit diesen Investitionen und den Handelsbeziehungen als eine dreiteilige Einheit betrachtet werden, die zusammen die Unterordnung der 3.Welt unter die japanischen Interessen garantieren. Sie ist nur eine von vielen Möglichkeiten für japanische Konzerne, Profite zu machen. Es gibt kein „Risiko", und japanische Konzerne können dreist daran gehen, „Projekte" zu verwirklichen, die den Weg für weitere Investitionen und Handel ebnen.







500 Jahre Kolonialismus
500 Jahre Widerstand

Mit der hier vorliegenden vierten Ausgabe der Zeitschriftenbeilage unternehmen die unterzeichnenden Zeitschriften weitere Schritte, um die Kampagne voranzubringen. Wir berichten in dieser Ausgabe über die europäischen Treffen in Kopenhagen und Paris und stellen neue überregionale Aktivitäten / Projekte aus der Bundesrepublik vor, die in Planung sind. Es kommt erfreulicherweise einiges in Bewegung. Kritisch anzumerken bleibt allerdings, daß fast alle Projekte sich auf Lateinamerika und Europa beziehen.
Die Konzeption der Beilage sieht vor, als Schnittstelle zwischen den Zeitschriften und Aktions- bzw. Solidaritätsgruppen zu fungieren, um Anregungen für Projekte / Aktivitäten zu geben und Kontakte zu ermöglichen.



Überregionale Aktionsvorschläge

»Boot - Schaft 1992«:
Die Umkehrung der Blickrichtung

Bekanntlich lassen sich kulturelle Phänomene anderswo schärfer sehen als in der gewohnten Umgebung, wo sie durch den Schleier der Selbstverständlichkeit als gewissermaßen "natürlich" wirken. Warum also sollten nicht Menschen aus anderen Kontinenten die hiesigen Verhältnisse systematisch untersuchen?
Für die Umkehrung der Blickrichtung ist kaum ein Datum besser geeignet als 1992. Wenn sich die europäische Aufmerksamkeit scheinbar auf Lateinamerika richtet, um im Rahmen einer unbewußten "Selbstfeier" den Beginn der dortigen Kolonisation zu begehen, könnte dies zu überraschenden Resultaten führen. Damit wollen wir die "innere Kolonisation" Europas thematisieren: die eigene Kultur, unsere Technik- und Gesundheitsmythen, die abendländische Rechtspflege, den "Ball der einsamen Herzen", die unbemerkten Kommunikationsmuster, die scheinbar naturgegebene Produktionsweise, die mythologisierende Massenführung durch das Fernsehen und den Schicksalsbegriff von Börsenmaklern.

Die Idee

Mit einem kleineren Passagierschiff fahren "Entdeckungsreisende aus der Dritten Welt", darunter EthnologInnen, ChronistInnen, VertreterInnen lateinamerikanischer Indianergemeinschaften und Volksorganisationen den Rhein aufwärts. Am Niederrhein, in Duisburg, Düsseldorf, Leverkusen, Köln,... Eltville,... Karlsruhe,... Straßburg & Basel machen sie Station, um unter ortskundiger Führung "eingeborener HelferInnen" sachdienliche Hinweise zur Aufklärung dessen beizutragen, was das vorläufige Ergebnis des europäischen Fortschritts darstellt. Die an jeder Station gewonnenen Erkenntnisse und Einsichten werden in ethnographischen Protokollen festgehalten, die parallel zur Reise von einem Verbund lateinamerikanischer Zeitungen publiziert werden. Vielfältige Öffentlichkeitsaktivitäten und dialogische Begegnungen begleiten die Bootsfahrt.
Der "verkehrte Blick" könnte sich als der richtige Blick erweisen. Genauso wie es Christoph Lichtenberg um 1780 formulierte: "Der Amerikaner, der den Columbus zuerst entdeckte, machte eine böse Entdeckung!"
Weitere Informationen zum »Boot '92« und zum zweiten Kampagnenschwerpunkt von medico »**Rückgabe der geraubten Kulturgüter**« **bei: medico international, Obermainanlage 7, 6000 Frankfurt, Tel. 069-4990041/2**

Permanenter Workshop im »Um - Schaltjahr 1992«

Für den Zeitraum Okt. 1992 und Januar 1993 soll ein prozeßhaft und dynamisch angelegtes Aufeinandertreffen von lateinamerikanischen und europäischen sozialen Bewegungen und Kulturschaffenden vorbereitet werden. Dieses wird der doppelten historischen Bedeutung der beiden Daten, Binnenmarkt und 500 Jahre Kolonialismus, gerecht und schafft die Möglichkeiten, qualitativ neue Beziehungen zwischen den emanzipatorischen Kräften Europas und Lateinamerikas zu knüpfen. Ein Ziel, das nur erreicht werden kann, wenn es zu einem möglichst massiven, langanhaltenden und intensiven Austausch von Erfahrungen kommt.
Daher ist daran gedacht, in dem genannten Zeitraum eine zentral koordinierte, dezentral ausgeführte Rundreise vielfältiger lateinamerikanischer Delegationen durch diverse europäische Länder durchzuführen, auf der:
1. die Komplexität der lateinamerikanischen Wirklichkeit, nicht nur ihr strukturelles Elend, zur Sprache gebracht wird;
2. durch zunehmende Einbeziehung jeweiliger europäischer VertreterInnen sozialer Bewegungen auch die Probleme der europäischen Gesellschaften zum Thema werden;
3. in umfassender Weise Unterschiede und Gemeinsamkeiten in den Bedingungen des Emanzipationskampfes herausgearbeitet werden;
4. Elemente für eine zukünftige alternative Zusammenarbeit zwischen den beiden Kontinenten zu erstellen sind.
Der Vorbereitungs- und Aktionszeitraum soll längerfristig angelegt sein, um auch den interkontinentalen Charakter garantieren zu können. Sonst werden nur bisherige Fehler wiederholt, wie beispielsweise in klassischer Manier 5-6 metropolitane Großveranstaltungen mit bekannten brillanten Köpfen anzusetzen, die von ihrem jeweiligen Klientel durch Europa geleitet werden.
Das Prozeßhafte und Dynamische läge nach diesem Vorhaben darin begründet, daß die inhaltliche Ausrichtung der "Tournee" von der ursprünglich im Vordergrund stehenden Thematisierung der Auswirkungen des fünfhundertjährigen Kolonialismus sich durch die zunehmende Einbeziehung europaspezifischer Themen mit Blick auf die internen und externen Auswirkungen des Europäischen Binnenmarktes auf die zukünftigen gemeinsamen Aufgaben hin verschieben würde.
Information: Uli Mercker, c/o ila, Heerstr. 205, 5300 Bonn, Tel. 0228 658613

Das Kopenhagener Treffen

Am 24./25. November fand in Kopenhagen das zweite europäische Vernetzungstreffen von Internationalismus-, Umwelt-, Menschenrechts- und ökumenischen Gruppen statt. Bei diesem Treffen dominierten die Ökologiegruppen weit weniger als bei dem ersten Treffen im September in Straßburg. 67 TeilnehmerInnen aus 24 Ländern waren anwesend. Neben zwanzig VertreterInnen osteuropäischer Gruppen aus Litauen, Polen, Rumänien, CSFR, Ungarn, Ukraine und Yugoslawien, waren sowohl aus den übrigen europäischen Ländern, als auch aus Kolumbien, Brasilien, Indien und von den Philippinen TeilnehmerInnen an dem Treffen beteiligt.

Internationale Vernetzung und gemeinsame Initiativen im Hinblick auf 1992 wurden von allen für notwendig gehalten. 500 Jahre Kolonialismus ist nicht auf ein historisches und ideologisches Thema zu reduzieren. Vielmehr steht der Nord-Süd-Konflikt insgesamt im Zentrum. Insofern sind 500 Jahre Eroberung nicht nur ein Thema für Lateinamerika-Interessierte, sondern die Zerstörungen in Afrika, Asien und Ozeanien müssen ebenfalls angesprochen werden. Daneben stehen Veränderungen von Produktions- und Konsumstrukturen im Norden an erster Stelle.

Trotz der unterschiedlichen Kulturen, Erfahrungen, Probleme etc. der TeilnehmerInnen wurden als politischer Grundkonsens folgende Überlegungen und Forderungen verabschiedet:

-Auf Grundlage einer basisdemokratischen Mobilisierung arbeiten wir gemeinsam an der Entwicklung einer Gesellschaft, in der internationalen Solidarität, Ökologie und sozialer Ausgleich höchste Priorität haben. Wir fordern und stellen fest:

- ★ *Eine Welt ohne Rassismus mit dem Recht auf Bewegungsfreiheit und dem ungehinderten Austausch von Ideen und Informationen.*
- ★ *Politische und ökonomische Dezentralisierung und demokratische Partizipation.*
- ★ *Eine auf Solidarität und kulturelle Unterschiedlichkeit aufgebaute Lebensweise.*
- ★ *Eine gesunde Umwelt in Harmonie mit dem Planeten als Grundrecht der Menschheit.*
- ★ *Ein Ende den patriarchalen Strukturen, welche die Würde der Menschen und den Frauenkampf zerstören.*
- ★ *Die eingeborenen Völker sollten das Recht haben, erneuerbare Ressourcen zu nutzen und die Möglichkeit haben, ihre eigene wirtschaftliche, soziale und kulturelle Belange zu entwickeln, ohne daß ihnen der Zugang zu eigenen Werten der Subsistenz verwehrt wird.*
- ★ *Der Binnenmarkt 1992 wird die lange europäische Tradition des Imperialismus fortführen, indem er eine zentralisierte und hermetisch abgeriegelte politische, ökonomische und militärische Supermacht aufbaut.*
- ★ *Die Strategien ökonomischen Wachstums und Entwicklung, welche die Natur und das menschliche Leben zerstören, sollten durch andere alternative Formen dauerhafter Entwicklung ersetzt werden, die auf sozialer Gerechtigkeit basieren.*
- ★ *Eine neue ökonomische Weltordnung basierend auf Selbständigkeit, Selbstbestimmung und der Neuverteilung des Wohlstandes sowohl innerhalb der Gesellschaften als auch zwischen Nord, Süd, West und Ost.*

Unsere wichtigste Aufgabe für eine weltweite Solidarität ist die Veränderung unserer eigenen Gesellschaften.-

Es wurde, ausgehend von diesem Grundkonsens, beschlossen, in einem mehrmonatigen Diskussionsprozeß eine gemeinsame programmatische Position zu formulieren. Die Aussage eines Vertreters der BUND-Jugend aus der BRD gegen die Forderung einer umfassenden Schuldenstreichung verdeutlichte schon an diesem entscheidenden Punkt die Schwierigkeiten einer Konsensfindung.

Weitere grundsätzliche Fragen waren: Gibt es zwischen Osteuropa und der "Dritten Welt" eine Konkurrenz um Ressourcen? Wie stehen die osteuropäischen Bewegungen zur kapitalistischen Marktwirtschaft und dem Weltmarkt? Können westeuropäische Linke aus der Solidaritätsbewegung und OsteuropäerInnen, die sich als antitotalitär definieren, überhaupt zusammenarbeiten? Wie gehen die westeuropäischen KritikerInnen der EG mit der Forderung einer jugoslawischen Feministin nach Übernahme der EG-Umweltstandards durch Osteuropa um?

Allgemeiner Konsens war, die Kampagne 1991 mit der Rundreise des -Train of Challenge- zu beginnen. Fest steht die Strecke Helsinki - Istanbul, Istanbul - Berlin und Berlin - Brüssel - Berlin. Dazwischen sind zwar schon einige Stationen organisiert, aber interessierte Gruppen, die weitere "Stops" organisieren möchten, wenden sich an **Börje Mattson, Bulevardi 1819, 00120 Helsinki, Suomi-Finnland.**

Die Kopenhagener Konferenzteilnehmer haben sich einen provisorischen Namen gegeben: ANPED - Alliance for Northern People of Enviroment and Development. Zur besseren Kommunikation ist die Veröffentlichung eines Mitteilungsblattes beschlossen worden. **Kontakt: Alternativ Future, Hausmannnsgt. 27, D182 Oslo 4, Norwegen.**

Als erstes größeres Etappenziel auf dem Weg zur 1992- Kampagne soll im Sommer 1991 eine größere Versammlung aller aktiven Gruppen stattfinden. Der Ort steht noch nicht fest. Um den Koordinationsprozeß weiterzuführen, findet am 15./16. März in Straßburg das dritte europäische Vernetzungstreffen statt. Die Vorbereitungsgruppe ist für Interessierte offen.

Kontakt: Peter Wahl Hamburgerallee 54, 6000 Frankfurt/M 90, Tel. 069 709060

Pariser Treffen der europäischen Lateinamerika-NGOs

Nach einem Informationsaustausch über Aktivitäten in den jeweiligen Ländern wurden gemeinsame europäische Aktionen diskutiert. Aufgenommen wurde der Beitrag des BUKO-Vertreters, daß man möglichst die großen voneinander isolierten Akte und Veranstaltungen vermeiden und stattdessen darauf achten sollte, daß es zu einem integrierten Prozeß von Aktion und Reflektion komme, der über den Oktober 1992 hinausweist. Die über die Kampagne entstehenden Vernetzungsstrukturen müßten auch für die Zukunft nutzbar bleiben. Es wurde darauf Wert gelegt, daß die geplanten Aktivitäten immer auch die europäische Realität zum Thema haben sollen.

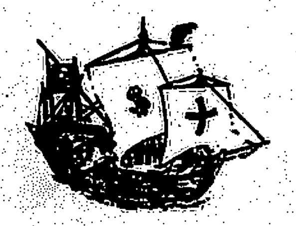
Der französische Aktionsvorschlag enthält zwei politische Ziele. Einmal, Druck auf das Europaparlament und den Europarat auszuüben und dann die öffentliche Meinung für Nord-Süd Fragen und über die Auswirkungen des Europäischen Binnenmarktes zu sensibilisieren. Der Schauplatz soll Straßburg sein.

Das von den Basken vorgeschlagene Völkertribunal zielt auf Beeinflussung der öffentlichen nationalen wie internationalen Meinung. Es soll Beiträge liefern für eine kritische Aufarbeitung der Vergangenheit und Gegenwart der amerikanischen Völker, sowie für eine objektive Bewertung der Bedeutung des Jahres 1492, und zwar aus einer interzivilisatorischen, nicht eurozentristischen Sicht. Das Tribunal soll aus angesehenen Persönlichkeiten aus Kunst, Kultur und Politik zusammengesetzt sein.

Aus Andalusien kam die Anregung, ein Forum in Puerto Real (Cadiz), vom 9. bis zum 12.10.1992 zu organisieren. Zentraler Bestandteil soll die Enthüllung eines Denkmals sein, von LateinamerikanerInnen errichtet, im Gedenken an die Opfer der Kolonialisierung und zu Ehren der Würde der Völker fünfhundert Jahre nach der Eroberung. Das Denkmal soll durch öffentliche Ausschreibungen finanziert werden. Für die Durchführung des Forums stellt die Stadtverwaltung von Puerto Real Räumlichkeiten und einen finanziellen Anteil in Aussicht.

Was diese drei Vorschläge anbetrifft, so besteht Übereinstimmung darüber, daß versucht werden wird, sie mit europäischen Inhalten zu füllen.

Der deutsche Vorschlag, einen permanenten Workshop für den Zeitraum vom Oktober 1992 bis Januar 1993 einzurichten, um auf diese Weise einen intensiveren Austausch zwischen RepräsentantInnen der amerikanischen und europäischen sozialen Bewegungen zu ermöglichen, soll bis zum nächsten Treffen genauer ausformuliert werden. Darüberhinaus ist die Koordination



500 Jahre Kolonialismus 500 Jahre Widerstand

Mit der hier vorliegenden vierten Ausgabe der Zeitschriftenbeilage unternehmen die unterzeichnenden Zeitschriften weitere Schritte, um die Kampagne voranzubringen. Wir berichten in dieser Ausgabe über die europäischen Treffen in Kopenhagen und Paris und stellen neue überregionale Aktivitäten/Projekte aus der Bundesrepublik vor, die in Planung sind. Es kommt erfreulicherweise einiges in Bewegung. Kritisch anzumerken bleibt allerdings, daß fast alle Projekte sich auf Lateinamerika und Europa beziehen.
Die Konzeption der Beilage sieht vor, als Schnittstelle zwischen den Zeitschriften und Aktions- bzw. Solidaritätsgruppen zu fungieren, um Anregungen für Projekte/Aktivitäten zu geben und Kontakte zu ermöglichen.



Überregionale Aktionsvorschläge

»Boot - Schaft 1992«: Die Umkehrung der Blickrichtung

Bekanntlich lassen sich kulturelle Phänomene anderswo schärfer sehen als in der gewohnten Umgebung, wo sie durch den Schleier der Selbstverständlichkeit als gewissermaßen "natürlich" wirken. Warum also sollten nicht Menschen aus anderen Kontinenten die hiesigen Verhältnisse systematisch untersuchen?
Für die Umkehrung der Blickrichtung ist kaum ein Datum besser geeignet als 1992. Wenn sich die europäische Aufmerksamkeit scheinbar auf Lateinamerika richtet, um im Rahmen einer unbewußten "Selbstfeier" den Beginn der dortigen Kolonisation zu begehen, könnte dies zu überraschenden Resultaten führen. Damit wollen wir die "innere Kolonisation" Europas thematisieren: die eigene Kultur, unsere Technik- und Gesundheitsmythen, die abendländische Rechtspflege, den "Ball der einsamen Herzen", die unbemerkten Kommunikationsmuster, die scheinbar naturgegebene Produktionsweise, die mythologisierende Massenführung durch das Fernsehen und den Schicksalsbegriff von Börsenmaklern.

Die Idee

Mit einem kleineren Passagierschiff fahren "Entdeckungsreisende aus der Dritten Welt", darunter EthnologInnen, ChronistInnen, VertreterInnen lateinamerikanischer Indianergemeinschaften und Volksorganisationen den Rhein aufwärts. Am Niederrhein, in Duisburg, Düsseldorf, Leverkusen, Köln,... Eltville,... Karlsruhe,... Straßburg & Basel machen sie Station, um unter ortskundiger Führung "eingeborener HelferInnen" sachdienliche Hinweise zur Aufklärung dessen beizutragen, was das vorläufige Ergebnis des europäischen Fortschritts darstellt. Die an jeder Station gewonnenen Erkenntnisse und Einsichten werden in ethnographischen Protokollen festgehalten, die parallel zur Reise von einem Verbund lateinamerikanischer Zeitungen publiziert werden. Vielfältige Öffentlichkeitsaktivitäten und dialogische Begegnungen begleiten die Bootsfahrt.
Der "verkehrte Blick" könnte sich als der richtige Blick erweisen. Genauso wie es Christoph Lichtenberg um 1790 formulierte: "Der Amerikaner, der den Columbus zuerst entdeckte, machte eine böse Entdeckung!"
Weitere Informationen zum »Boot '92« und zum zweiten Kampagnenschwerpunkt von medico »**Rückgabe der geraubten Kulturgüter**« bei: **medico international, Obermainanlage 7, 6000 Frankfurt, Tel. 069-4990041/2**

Permanenter Workshop im »Um - Schaltjahr 1992«

Für den Zeitraum Okt. 1992 und Januar 1993 soll ein prozeßhaft und dynamisch angelegtes Aufeinandertreffen von lateinamerikanischen und europäischen sozialen Bewegungen und Kulturschaffenden vorbereitet werden. Dieses wird der doppelten historischen Bedeutung der beiden Daten, Binnenmarkt und 500 Jahre Kolonialismus, gerecht und schafft die Möglichkeiten, qualitativ neue Beziehungen zwischen den emanzipatorischen Kräften Europas und Lateinamerikas zu knüpfen. Ein Ziel, das nur erreicht werden kann, wenn es zu einem möglichst massiven, langanhaltenden und intensiven Austausch von Erfahrungen kommt.
Daher ist daran gedacht, in dem genannten Zeitraum eine zentral koordinierte, dezentral ausgeführte Rundreise vielfältiger lateinamerikanischer Delegationen durch diverse europäische Länder durchzuführen, auf der:
1. die Komplexität der lateinamerikanischen Wirklichkeit, nicht nur ihr strukturelles Elend, zur Sprache gebracht wird;
2. durch zunehmende Einbeziehung jeweiliger europäischer VertreterInnen sozialer Bewegungen auch die Probleme der europäischen Gesellschaften zum Thema werden;
3. in umfassender Weise Unterschiede und Gemeinsamkeiten in den Bedingungen des Emanzipationskampfes herausgearbeitet werden;
4. Elemente für eine zukünftige alternative Zusammenarbeit zwischen den beiden Kontinenten zu erstellen sind.
Der Vorbereitungs- und Aktionszeitraum soll längerfristig angelegt sein, um auch den interkontinentalen Charakter garantieren zu können. Sonst werden nur bisherige Fehler wiederholt, wie beispielsweise in klassischer Manier 5-6 metropolitane Großveranstaltungen mit bekannten brillanten Köpfen anzusetzen, die von ihrem jeweiligen Klientel durch Europa geleitet werden.
Das Prozeßhafte und Dynamische läge nach diesem Vorhaben darin begründet, daß die inhaltliche Ausrichtung der "Tournee" von der ursprünglich im Vordergrund stehenden Thematisierung der Auswirkungen des fünfhundertjährigen Kolonialismus sich durch die zunehmende Einbeziehung europaspezifischer Themen mit Blick auf die internen und externen Auswirkungen des Europäischen Binnenmarktes auf die zukünftigen gemeinsamen Aufgaben hin verschieben würde.
Information: Uli Mercker, c/o ila, Heerstr. 205, 5300 Bonn, Tel. 0228 658613

Das Kopenhagener Treffen

Am 24./25. November fand in Kopenhagen das zweite europäische Vernetzungstreffen von Internationalismus-, Umwelt-, Menschenrechts- und ökumenischen Gruppen statt. Bei diesem Treffen dominierten die Ökologiegruppen weit weniger als bei dem ersten Treffen im September in Straßburg.

67 TeilnehmerInnen aus 24 Ländern waren anwesend. Neben zwanzig VertreterInnen osteuropäischer Gruppen aus Litauen, Polen, Rumänien, CSFR, Ungarn, Ukraine und Yugoslawien, waren sowohl aus den übrigen europäischen Ländern, als auch aus Kolumbien, Brasilien, Indien und von den Philippinen TeilnehmerInnen an dem Treffen beteiligt.

Internationale Vernetzung und gemeinsame Initiativen im Hinblick auf 1992 wurden von allen für notwendig gehalten. 500 Jahre Kolonialismus ist nicht auf ein historisches und ideologisches Thema zu reduzieren. Vielmehr steht der Nord-Süd-Konflikt insgesamt im Zentrum. Insofern sind 500 Jahre Eroberung nicht nur ein Thema für Lateinamerika-Interessierte, sondern die Zerstörungen in Afrika, Asien und Ozeanien müssen ebenfalls angesprochen werden. Daneben stehen Veränderungen von Produktions- und Konsumstrukturen im Norden an erster Stelle.

Trotz der unterschiedlichen Kulturen, Erfahrungen, Probleme etc. der TeilnehmerInnen wurden als politischer Grundkonsens folgende Überlegungen und Forderungen verabschiedet:

»Auf Grundlage einer basisdemokratischen Mobilisierung arbeiten wir gemeinsam an der Entwicklung einer Gesellschaft, in der internationalen Solidarität, Ökologie und sozialer Ausgleich höchste Priorität haben. Wir fordern und stellen fest:

- ★ *Eine Welt ohne Rassismus mit dem Recht auf Bewegungsfreiheit und dem ungehinderten Austausch von Ideen und Informationen.*
- ★ *Politische und ökonomische Dezentralisierung und demokratische Partizipation.*
- ★ *Eine auf Solidarität und kulturelle Unterschiedlichkeit aufgebaute Lebensweise.*
- ★ *Eine gesunde Umwelt in Harmonie mit dem Planeten als Grundrecht der Menschheit.*
- ★ *Ein Ende den patriarchalen Strukturen, welche die Würde der Menschen und den Frauenkampf zerstören.*
- ★ *Die eingeborenen Völker sollten das Recht haben, erneuerbare Ressourcen zu nutzen und die Möglichkeit haben, ihre eigene wirtschaftliche, soziale und kulturelle Belange zu entwickeln, ohne daß ihnen der Zugang zu eigenen Werten der Subsistenz verwehrt wird.*
- ★ *Der Binnenmarkt 1992 wird die lange europäische Tradition des Imperialismus fortführen, indem er eine zentralisierte und hermetisch abgeriegelte politische, ökonomische und militärische Supermacht aufbaut.*
- ★ *Die Strategien ökonomischen Wachstums und Entwicklung, welche die Natur und das menschliche Leben zerstören, sollten durch andere alternative Formen dauerhafter Entwicklung ersetzt werden, die auf sozialer Gerechtigkeit basieren.*
- ★ *Eine neue ökonomische Weltordnung basierend auf Selbständigkeit, Selbstbestimmung und der Neuverteilung des Wohlstandes sowohl innerhalb der Gesellschaften als auch zwischen Nord, Süd, West und Ost.*

Unsere wichtigste Aufgabe für eine weltweite Solidarität ist die Veränderung unserer eigenen Gesellschaften.«

Es wurde, ausgehend von diesem Grundkonsens, beschlossen, in einem mehrmonatigen Diskussionsprozeß eine gemeinsame programmatische Position zu formulieren. Die Aussage eines Vertreters der BUND-Jugend aus der BRD gegen die Forderung einer umfassenden Schuldenstreichung verdeutlichte schon an diesem entscheidenden Punkt die Schwierigkeiten einer Konsensfindung.

Weitere grundsätzliche Fragen waren: Gibt es zwischen Osteuropa und der "Dritten Welt" eine Konkurrenz um Ressourcen? Wie stehen die osteuropäischen Bewegungen zur kapitalistischen Marktwirtschaft und dem Weltmarkt? Können westeuropäische Linke aus der Solidaritätsbewegung und OsteuropäerInnen, die sich als antitotalitär definieren überhaupt zusammenarbeiten? Wie gehen die westeuropäischen KritikerInnen der EG mit der Forderung einer jugoslawischen Feministin nach Übernahme der EG-Umweltstandards durch Osteuropa um?

Allgemeiner Konsens war, die Kampagne 1991 mit der Rundreise des »Train of Challenge« zu beginnen. Fest steht die Strecke Helsinki - Istanbul, Istanbul - Berlin und Berlin - Brüssel - Berlin. Dazwischen sind zwar schon einige Stationen organisiert, aber interessierte Gruppen, die weitere "Stops" organisieren möchten, wenden sich an **Börje Mattson, Bulevardi 1319, 00120 Helsinki, Suomi-Finnland.**

Die Kopenhagener Konferenzteilnehmer haben sich einen provisorischen Namen gegeben: ANPED - Alliance for Northern People of Enviroment and Development. Zur besseren Kommunikation ist die Veröffentlichung eines Mitteilungsblattes beschlossen worden. **Kontakt: Alternativ Future, Hausmannnsgt. 27, D182 Oslo 4, Norwegen.**

Als erstes größeres Etappenziel auf dem Weg zur 1992- Kampagne soll im Sommer 1991 eine größere Versammlung aller aktiven Gruppen stattfinden. Der Ort steht noch nicht fest. Um den Koordinationsprozeß weiterzuführen, findet am 15./16.März in Straßburg das dritte europäische Vernetzungstreffen statt. Die Vorbereitungsgruppe ist für Interessierte offen.

Kontakt: Peter Wahl Hamburgerallee 54, 6000 Frankfurt/M 90, Tel. 069 709060

Pariser Treffen der europäischen Lateinamerika-NGOs

Nach einem Informationsaustausch über Aktivitäten in den jeweiligen Ländern wurden gemeinsame europäische Aktionen diskutiert. Aufgenommen wurde der Beitrag des BUKO-Vertreters, daß man möglichst die großen voneinander isolierten Akte und Veranstaltungen vermeiden und stattdessen darauf achten sollte, daß es zu einem integrierten Prozeß von Aktion und Reflektion komme, der über den Oktober 1992 hinausweist. Die über die Kampagne entstehenden Vernetzungsstrukturen müßten auch für die Zukunft nutzbar bleiben. Es wurde darauf Wert gelegt, daß die geplanten Aktivitäten immer auch die europäische Realität zum Thema haben sollen.

Der französische Aktionsvorschlag enthält zwei politische Ziele. Einmal, Druck auf das Europaparlament und den Europarat auszuüben und dann die öffentliche Meinung für Nord-Süd Fragen und über die Auswirkungen des Europäischen Binnenmarktes zu sensibilisieren. Der Schauplatz soll Straßburg sein.

Das von den Basken vorgeschlagene Völkertribunal zielt auf Beeinflussung der öffentlichen nationalen wie internationalen Meinung. Es soll Beiträge liefern für eine kritische Aufarbeitung der Vergangenheit und Gegenwart der amerikanischen Völker, sowie für eine objektive Bewertung der Bedeutung des Jahres 1492, und zwar aus einer interzivilisatorischen, nicht eurozentristischen Sicht. Das Tribunal soll aus angesehenen Persönlichkeiten aus Kunst, Kultur und Politik zusammengesetzt sein.

Aus Andalusien kam die Anregung, ein Forum in Puerto Real (Cadiz), vom 9. bis zum 12.10.1992 zu organisieren. Zentraler Bestandteil soll die Enthüllung eines Denkmals sein, von LateinamerikanerInnen errichtet, im Gedenken an die Opfer der Kolonialisierung und zu Ehren der Würde der Völker fünfhundert Jahre nach der Eroberung. Das Denkmal soll durch öffentliche Ausschreibungen finanziert werden. Für die Durchführung des Forums stellt die Stadtverwaltung von Puerto Real Räumlichkeiten und einen finanziellen Anteil in Aussicht.

Was diese drei Vorschläge anbetrifft, so besteht Übereinstimmung darüber, daß versucht werden wird, sie mit europäischen Inhalten zu füllen.

Der deutsche Vorschlag, einen permanenten Workshop für den Zeitraum vom Oktober 1992 bis Januar 1993 einzurichten, um auf diese Weise einen intensiveren Austausch zwischen RepräsentantInnen der amerikanischen und europäischen sozialen Bewegungen zu ermöglichen, soll bis zum nächsten Treffen genauer ausformuliert werden. Darüberhinaus ist die Koordination

für weitere Vorschläge offen.
Nächste Schritte der europäischen Koordination:
Die Einschätzung, daß es einer wirklichen europäischen Koordination unter Mitwirkung von Organisationen verschiedener Länder bedarf, wurde von allen geteilt. Die französische Koordination hat nicht die Absicht, diese Aufgabe weiterhin allein zu übernehmen. Vorerst wurde eine provisorische Koordination eingerichtet, bis mit den Straßburger/Kopenhagener Treffen eine gemeinsame geschaffen wird. Diese Aufgabe wird bis zu dem in Genua geplanten Treffen Anfang Februar die italienische Liga für das Völkerrecht übernehmen: **Lega per i diritti e la liberazione dei popoli, Via Stradella 10, 20129 Milano, Tel. 02-225250, FAX 29404811**

Die EXILE-Kulturkoordination hat Materialien von ca. 10 europäisch/lateinamerikanischen Gruppen, die zu dem Themenbereich 500 Jahre... Theaterstücke erarbeiten. Zudem gibt es über Aktivitäten in Spanien Pläne, Gruppen aus Lateinamerika einzuladen. Daraus hat sich die Projektidee entwickelt, die Angebote zu einem Festivalpaket zusammenzufassen und dieses "Mobile Paket" auf die Reise durch die Bundesrepublik zu schicken.
Außerdem bereiten sie einen internationalen Karikaturenwettbewerb zu dem Thema vor, dessen Ergebnisse 1992 als Wanderausstellung zu sehen sein wird.
Kontakt: EXILE, Friederikenstr. 41, 4300 Essen 1, Tel. 0201 777176

Kolumbus Erben, Cartoons aus Lateinamerika - von Juan Acevedo/ Peru.
In diesem Band zeigt uns der peruanische Karikaturist die dekadente, scheinmoralische und ignorant-verachtende Haltung der Oberschicht - der Erben Kolumbus - gegenüber der Bevölkerung.

Heinz Schultze, Menschenverkäufer-Seelenverkäufer, Evangelikale und fundamentalistische Gruppen und ihr Wirken in der Dritten Welt.
Die Dokumentation zeigt sehr deutlich die reaktionären, politischen und religiösen Ziele auf, die diese Gruppen letztendlich verfolgen, wodurch sie z.B. für Diktatoren zu wertvollen Verbündeten werden.
Bestellungen: AG SPAK, Adlzreiterstr. 23, 8000 München 2

Die Berliner 1992-Koordination

Am 9./10. November veranstaltete das FDCL in Berlin ein Wochenend-Forum, zu dem alle Berliner Gruppen eingeladen waren, die zum Thema 1992 arbeiten und/oder sich an der »Kampagne 1992« beteiligen wollen. Zentraler Aspekt der Diskussion war das große Interesse von verschiedenen Gruppen, zum Thema »500 Jahre Kolonialismus« und »Europa' 92« politisch aktiv zu werden. Die vielen Vorschläge zu Themen und Politikschwerpunkten (EG-Binnenmarkt, Rassismus, Sexismus, Klima-Katastrophe), die in die 1992-Aktivitäten integriert werden sollten, spiegeln die Überzeugung wider, daß die Internationalismusarbeit an die Konfliktpunkte HIER angebunden werden muß.
Das Zauberwort "Kampagne" geistert weiter durch die Köpfe, dahinter steht aber bisher größtenteils Ratlosigkeit. Vorstellbar ist alles, von einer kleinen Veranstaltungsreihe über Aktionstage bis hin zu einer spektrumsübergreifenden Kampagne. Einschätzungen zur Machbarkeit, sowie erste Vorschläge zu einem Vorgehen gab es allerdings auf diesem Treffen noch nicht, auch wenn von einigen grundsätzlich Sinn und Möglichkeit einer großen Kampagne in Zweifel gezogen wurde. Es wurde jedoch deutlich, daß die viel bemühte Anti-IWF-Kampagne nicht einfach kopiert werden kann, weil die Ansatzpunkte nicht in Form konkreter Personen und Institutionen an einem Ort versammelt sind.
Auf einem Folgetreffen dieses Wochend-Forums wurde dann Anfang Dezember die Einrichtung eines regelmäßig (ein Mal im Monat) tagenden Koordinierungskreises, mit VertreterInnen der verschiedenen Gruppen, beschlossen. Gleichzeitig erklärten die meisten der anwesenden Gruppen, sich an den Lateinamerika-Tagen 1991 zu beteiligen. Das FDCL wird vom 13.-23. Juni 1991 Lateinamerika-Tage veranstalten. Inhaltlich soll es dabei um zwei Schwerpunkte gehen: »500 Jahre Kolonialismus und Widerstand« und nach dem Ende des realen Sozialismus - »Marktwirtschaft ohne Alternativen?«
Die Koordinierungsgruppe soll zunächst die LateinamerikaTage vorbereiten, kann darüberhinaus allerdings die Diskussion über eine eventuelle Kampagne 1992 weiter vorantreiben. Aus einem erfolgreichen Verlauf der Lateinamerika-Tage 1991 könnten sich vielleicht auch die Grundpfeiler für die Berliner 1992-Kampagne herausbilden. Zentrale Überlegung müßte sein, ob mensch sich hauptsächlich an den offiziellen Feierlichkeiten reiben will, oder ob wir relativ unabhängig von den offiziellen Feierlichkeiten eigene Schwerpunkte (s.oben) für eine »1992-Kampagne« bestimmen.

Für eine Mobilisierung ist unabdingbare Voraussetzung, daß immer Bezugspunkte hier in Berlin/BRD gefunden werden, an denen mensch konkret ansetzen und die verschiedenen Themen verdeutlichen kann. Stichworte hierfür sind z.B.: Großkonzerne, Berlin als "Entwicklungspolitisches Zentrum" (Institutionen), Institute an der "Freien Universität", die früher Rassenforschung betrieben und heute in der neokolonialen Tradition stehen etc. Darüberhinaus wird in Berlin 1992 die zentrale deutsch-nationale Ausstellung zur »Eroberung Lateinamerikas« stattfinden. Diese bietet zusätzliche Ansatzpunkte für Aktionen. (siehe Kasten) Außerdem freuen wir uns schon jetzt, 1992 die Massen von Bänker, Technokraten und Regierungschefs in Berlin zum G7-Gipfel (sog."Weltwirtschaftsgipfel") begrüßen zu dürfen, um ihre Saumägen mit Eisbein zu füllen.

Bundesdeutsche 1992-Ausstellung in Berlin

»Neue Welten - Neue Wirklichkeiten«

Unter diesem unsäglichen Titel wird derzeit die einzig große nationale Ausstellung der BRD als Beitrag zu den Feierlichkeiten um 1992 geplant. Vom September 1992 bis Januar 1993 wird sie im Berliner Martin Gropius Bau zu sehen sein.
Die Ausstellung soll die gesamten 500 Jahre seit 1492 umfassen. Im Vordergrund stehen hierbei die Beziehungen der Bundesrepublik zu Lateinamerika. Auch die Zwangs-Beteiligung Afrikas durch den preußischen Sklavenhandel soll enthalten sein. Entsprechend wird also keine "Kolumbus Ausstellung" geplant, sondern vielmehr die "kulturhistorische Relevanz der Entdeckung" in den Vordergrund gestellt "die Entdeckung als dauerhafter Prozeß". Die drei zentralen Themenbereiche sind : a) Voraussetzungen, Folgen und Durchführung der Kolumbusfahrt; b) Die "Entdeckten"; c) Die Folgen der Entdeckung.
Einer der Höhepunkte soll ein naturgetreuer Nachbau der "Niña" (eines der Schiffe von Kolumbus) im Lichthof des Gropius-Baus sein - "direktes Erleben".
Soweit bisher bekannt, wird die Ausstellung nicht aus einer Ansammlung von Unwahrheiten, Geschichtsverdrehungen und -verfälschungen etc. bestehen. Vielmehr sind die Veranstalter offenbar bemüht, auch kritischere Punkte in die Ausstellung aufzunehmen. Dennoch wird diese Ausstellung durch systematische Ausblendungen ganz bestimmter Realitäten sicherlich genügend Angriffspunkte bieten. Nach den bisher durchgesikkerten Informationen läßt sich bereits absehen, daß die Auslassungen nicht beliebig sind. Die Kontinuität deutscher Ausplünderungspolitik bis heute wird genausowenig Thema sein, wie der Widerstand in Lateinamerika. Trotz des Anspruchs die "gesamten 500 Jahre" darstellen zu wollen, wird die Ausstellung Mitte dieses Jahrhunderts Halt machen - wohlweislich.

PAX CHRISTI

»500 Jahre Unterdrückung Lateinamerikas - Zeit zur Umkehr« ist das Thema des Kongresses 1991 der Pax Christi Bewegung in Deutschland. Schwerpunkte sind: Die gegenwärtige Wahrnehmung der Geschichte Lateinamerikas in Europa, die Leidensgeschichte unterworfener Völker und ihres Widerstands und welche Strukturen die fortdauernde ökonomische, politische und kulturelle Vereinnahmung der Länder Lateinamerikas sichern. Mit Gästen aus Lateinamerika, u.a. dem Befreiungstheologen Paulo Suess. **Termin/Ort: 3.-5. Mai in Herzogenrath. Kontakt: Andreas Schillo, 5300 Bonn 2, Sonnenscheinstr. 8 Tel. 0228/315151**

»Auf der Suche nach dem besseren Leben. Migranten in Peru«

Dies ist der Titel einer geplanten Wanderausstellung über Hintergründe, Folgen und Bewältigungsstrategien von Migration am Beispiel Perus. Die Ausstellung wird versuchen, aus dem Blickwinkel der Betroffenen zu berichten. Neben Informationen sollen Anregungen zur persönlichen und politischen Auseinandersetzung über die Zukunft der lateinamerikanischen Völker und die Auswirkungen der Conquista geschaffen werden. Zeitraum ab Mitte 1992. **Kontakt: Institut für kulturelle Weiterbildung, Postfach 101 193, 5000 Köln 1, Tel. 0221/516500**

Europäisches Koordinierungstreffen der NGOs

Die Fortsetzung des Kopenhagener Treffens vom 24./25. November 1990 findet am 15./16. März in Straßburg statt. Themen sind die Konsequenzen des EG-Binnenmarktes, die UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung (1992 in Brasilien) und die Folgen von 500 Jahre Kolonialismus. **Kontakt: Peter Wahl, Hamburgerallee 54, 6 Frankfurt/M 90**

Vorbereitungstreffen zur Aktionskonferenz

Für ein bewegungsübergreifendes Austausch- und Koordinationstreffen zur »Kampagne 1992« am 1. Juni 1991 findet am 21. März in Bonn ein weiteres Vorbereitungstreffen von VertreterInnen des Ökologie-, EG- und Internationalismus- Spektrums statt. **Kontakt der BUKO-Gruppen über Peter Wahl, der Umweltgruppen über BUND, Arno Behlen**

Die Berliner »1992-Koordination«

Die nächsten Termine sind am: 19.2. und 19.3. Jeweils 19.30 Uhr im Mehringhof. **Kontakt: FDCL, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61, Tel. 030 6934029**

Zur Aktualität des Kolonialismus

Eine Tagung anläßlich der 500-Jahr-Feiern zur "Entdeckung" Amerikas 1992 mit Vorträgen, Arbeitsgruppen und Diskussion zum historischen und aktuellen Zusammenhang von Reichtum und Armut in den sog. ersten und dritten Welten. **Kontakt: E. Wittulski, Davenstedterstr.50, 3 Hannover 91, Tel. 0511/442326 oder Dritte-Welt-Forum, Schaufelderstr.30, 3 Hannover 1, Tel. 0511/7000155.**

Serpaj- Europa

Serpaj- Europa wird die geplante »Asamblea del Pueblo de Dios« unterstützen. Diese Versammlung soll im Juli 1992 in Quito, Equador stattfinden, um Stellungnahmen von Basisgemeinden, progressiven Theologen etc. auszuarbeiten. Sie wollen damit Beitrag leisten, um die Stimme der Basis bei der lateinamerikanischen Bischofskonferenz - CELAM - im Oktober 92 in Santo Domingo deutlich werden zu lassen - als Gegengewicht zu der immer stärker werdenden konservativen Hierarchie in der katholischen Kirche **SERPAJ-Europa Werner Huffer, Engerserstr. 74a, 5450 Neuwied.**

Seminar der Staatskanzlei in NRW

»500 Jahre Amerika - Arbeit mit Filmen von Dschungelburger bis Fitzcaraldo«. So heißt der Titel eines Seminars, in dem die unterschiedliche europäische Verarbeitung der gesellschaftlichen Realitäten in Lateinamerika analysiert werden sollen. **Termin/Ort: 22. bis 24. März in Bielefeld. Kontakt: TIERRA NUEVA, Lindemannstr. 84, 4600 Dortmund 1.**

»Gesang für Amerika«

Überall in Europa arbeiten Kulturgruppen zu Tanz, Musik, Theater und bildender Kunst zum Thema »500 Jahre Kolonialismus«. Aus dieser Überlegung heraus ist das Projekt eines drei-tägigen Theaterstückes auf der Textgrundlage des »Gesang für Amerika« von Urs Fiechtner/Sergio Vessely entstanden. **Kontakt: Volker Klein, Steffensweg 181, 2800 Bremen.**

DIALOG - Verein für Interkulturelle Beziehungen

Am 12. Oktober wird das Projekt mit einem Benefizkonzert vorgestellt. Folgende Schwerpunkte sind in Vorbereitung: Wanderausstellung lateinamerikanischer KünstlerInnen, Musikveranstaltungen, Literatur, Theater, audiovisuelles Begleitmaterial und Workshops. **Kontakt: Manuel Valdes Bendelgasse 8, 1120 Wien**

VAMOS in Münster

Bei VAMOS werden Literatur über das Verhältnis Deutschlands zu Lateinamerika sowie zwei Dia-Serien zu den Themen »Kokain« und »500 Jahre Dominikanische Republik« erstellt. **Kontakt: VAMOS e.V., Achtermannstr. 10-12, 4400 Münster**

»Step across the border«
500 Jahre Frauenwiderstand

Als Europäerinnen wollen wir einen Beitrag zur Kampagne um 500 Jahre Conquista leisten, indem wir zum einen die gemeinsamen Diskussionen um Widerstand gegen patriarchale Strukturen mit den lateinamerikanischen Frauen vorantreiben, zum anderen aber unseren Beitrag zur Untersuchung der Auswirkungen europäischen/abendländischen Denkens und der Überprüfung unseres Zivilisationsbegriffs leisten. Nicht von ungefähr definierten Männer nicht nur Frauen, sondern auch die indigenen Völker als Teil der Natur, die es zu beherrschen und zu zivilisieren galt. Da die Geschichte zugleich Geschichte des Patriarchats ist, somit auch des Widerstandes von Frauen, werden wir in der Conquista-Kampagne mit einem Frauenschwerpunkt arbeiten.

Dies bedeutet aus feministischer Sicht ein neues Politikverständnis zu entwickeln. Praktisch stellen wir uns folgende Arbeitsbereiche vor:

- ★ Koordination von Frauenaktivitäten zu 500 Jahre Conquista;
- ★ inhaltliche Aufarbeitung (Archiv und Dokumentation) und Veröffentlichungen zum Thema;
- ★ Erarbeitung von Fraueninfos für die Beilage;
- ★ Vorbereitung von Frauenthemen für Bundestreffen (z.B. Aktionskonferenz).

Informationen: Angela, Gaby und Barbara, **Info-Büro Nicaragua, Postfach 101320, 56 Wuppertal 1, Tel. 0202/4936305**

Kampagnenbeilage 1992 der Dritte-Welt-Zeitschriften, Auflage 33.000

Herausgeber: blätter des iz3w, Bolivia, Brasilien-Nachrichten, Cuba Libre, Dritte Welt, epd-Entwicklungspolitik, EPK, FORUM, ides, ika, ila, Lateinamerika-Nachrichten, Lateinamerika Anders, Brasilien-, Guatemala-, Kolumbien-, Nicaragua-Rundbriefe, STICHWORT, TRIALOG

Redaktion: blätter des iz3w, Postfach 5328, Kronenstr. 16 HH, 7800 Freiburg, 0761-74003

Layout: Andreas Wenzel

V.i.S.d.P.: Gerhard Rieger

Wir danken dem Ausschuß für entwicklungsbezogene Bildung und Publizistik (ABP) für finanzielle Unterstützung.

Hilfe für die japanische Wirtschaft

Im Rechnungsjahr 1987 war Indonesien der größte Empfänger japanischer bilateraler öffentlicher Entwicklungshilfe. Die Gesamtsumme japanischer Zahlungen zwischen 1958, als die Reparationszahlungen begannen, und 1987 beläuft sich auf 1.592,7 Mrd. Yen. 175,4 Mrd. Yen, das sind 11% der Gesamtsumme, wurden als Zuschüsse vergeben. Dieses ist die größte Summe, die Japan je an irgendein Land gezahlt hat und weit mehr als die 909,9 Mrd. Yen die Indien, das zweitgrößte Empfängerland japanischer Entwicklungshilfe, erhielt. Der Grund, warum Japan einen derartig hohen Betrag gezahlt hat, liegt nicht darin, daß Indonesien das ärmste 3.Welt- Land ist, sondern daß es reich an Rohstoffvorkommen ist und eine geostrategisch wichtige Lage besitzt. Die indonesischen Ölvorkommen sind lebenswichtig für Japan. Japanische Rohölimporte aus Indonesien werden nur von denen aus Saudi-Arabien übertroffen. Die bedeutendsten Rohstoffe, die Japan importiert, müssen durch die Straße von Malakka transportiert werden. Vor Jahren pflegte die japanische Armee diesen Seeweg „ihre Lebenslinie" zu nennen, und heute scheint sie ein Teil der „Hauptschlagader" des Seeverkehrs zu sein, auf den die USA und Japan oft verweisen.

Wie wichtig indonesische Rohstoffe für die Japaner sind, läßt sich an ihrer öffentlichen Entwicklungshilfe ablesen. Das beste Beispiel ist der sog. Öl- Entwicklungskredit, der sich auf 118 Mrd. Yen in den Jahren 1973/74 belief und auch Mittel für die Entwicklung von Flüssiggasprojekten enthielt. Ein anderes Beispiel ist der Kredit in Höhe von 63,3 Mrd. Yen, der für das größte Projekt japanischer öffentlicher Entwicklungshilfe auf Sumatra gewährt wurde. Das 'Asahan-Projekt' wurde 1970 in Angriff genommen. Es handelt sich um ein nationales Projekt mit einem Volumen von 400 Mrd. Yen, das aus einem Staudamm zur Stromerzeugung und einer Aluminiumhütte besteht. Außerdem gab es eine Reihe anderer Vorhaben, teils mit Krediten, teils mit Zuschüssen finanziert, die vor allem im Fischereisektor angesiedelt sind (Thunfisch, Krabben). Die markterschließende Funktion der japanischen Entwicklungshilfe ist augenfällig, und nur wenige ihrer Hilfeprojekte sind für den ärmeren Teil der indonesischen Gesellschaft (40% der Gesamtbevölkerung) bestimmt.

Japan sagte Indonesien 1987 Hilfe im Wert von 700 Mio. US-$ und 1988 1,4 Mrd. US-$ zu. Auf der IGGI-Tagung[2] im Juni 1989 wurden 2,1 Mrd. US-$ Hilfe versprochen. In den vergangenen zehn Jahren (1978-1988) hat Japan Indonesien mehr Hilfe gewährt als irgendein anderes Land oder eine multinationale Organisation wie die Weltbank. Die Gesamtsumme japanischer Investitionen in Indonesien erreichte im Jahr 1988 6,4 Mrd. US-$. Damit übertreffen sie die Investitionen aus Hongkong (2,3 Mrd. US-$) und den USA (1,8 Mrd. US-$). Indonesiens Exporte, vor allem Öl und Flüssiggas, gehen zur Hälfte nach Japan und ein Viertel seiner Importe kommen aus diesem Land.

Die Summe japanischer Hilfezahlungen, Investitionen und Exporte nach Indonesien in Höhe von 10,5 Mrd. US-$ machen 12% des geschätzten BSP (90 Mrd. US-$) des südostasiatischen Landes aus. Auf der anderen Seite machen diese 10,5 Mrd. US-$ nur 0,2% des japanischen BSP aus. Wegen der gefallenen Ölpreise hatte sich die indonesische Schuldenlast schnell vergrößert. Zur Zeit wird sie auf 50 Mrd. US-$ geschätzt. Der Anteil des Schuldendienstes (Zinsen und Tilgung) macht 30% der Belastung aus. (Mehr als 20% gelten als gefährlich für eine Volkswirtschaft.) Im Rechnungsjahr 1988 wurden 37% des Staatshaushaltes für die Rückzahlung der Schulden eingeplant. Durch diesen Entwicklungsweg der vom Militär dominierten Politik und Wirtschaft sind Demokratie, Menschenrechte und die Umwelt in schwere Bedrängnis geraten. Die fünf Prinzipien der Staatsphilosophie Pancasila (Glaube an die all-eine Gottheit, Menschlichkeit, nationale Einheit, Demokratie, soziale Gerechtigkeit; s.a. Buchbesprechung) wurden mißbraucht. Unter der andauernden Herrschaft Suhartos, der 1989 zum fünften Mal zum Präsidenten „gewählt" wurde, macht sich in der Bevölkerung Resignation und Frustration breit.

Das Staudammprojekt Kedung Ombo

Ein auffälliges Merkmal japanischer Entwicklungshilfe in Indonesien ist das Übergewicht sogenannter Infrastruktur-Projekte: Dämme, Kraftwerke, Straßen und Häfen. Auf den ersten Blick scheint es, als ob die indonesische Bevölkerung von Staudämmen, Stromversorgung und besseren Verkehrsverbindungen für Schiffe und Autos profitieren könnte. Die Sache ist aber so einfach nicht: Wenn Dämme gebaut werden, werden Hunderttausende Hektar Land überflutet und Wälder zerstört. Die Entschädigungszahlungen sind in aller Regel ebenso unzureichend wie die Flächen für die Wiederansiedlung. Und zweifellos verschwindet ein Teil der Entschädigungen in Form von Bestechungsgeldern in den Taschen der Beamten. Dieses Entwicklungsprojekt, das von der Weltbank finanziert wurde, sah vor, einen großen Damm am Seran-Fluß zu errichten, um Strom, Bewässerung, Überflutungskontrolle, Trinkwasser und Industriebrauchwasser bereitzustellen. 6000 ha Land wurden überflutet, und 5390 Familien mit 23.380 Menschen mußten umgesiedelt werden. Das Gesamtvolumen dieses Projektes betrug 283,1 Mio. US-$. Zu Beginn der Bauarbeiten 1981 stellte die Weltbank 156 Mio. US-$ bereit, die indonesische Regierung beteiligte sich mit 105,8 Mio. US-$, während der Rest über Kredite gedeckt wurde. Während der Bauzeit wurden zusätzliche Mittel erforderlich. Die japanische Export-Import Bank (EXIM) sprang mit einem 50 Mio. US-$-Kredit ein. Die EXIM-Bank scheint die Kredite deshalb so leichtfertig vergeben zu haben, weil der Staudamm ein Weltbank-Projekt war. Die Aufgabe, das Projekt zu prüfen, wurde fast vollständig vernachlässigt. Da die Bedingungen des EXIM-Kredits keine „weichen" (s.Anm.) waren, wurde er auch nicht als öffentliche Entwicklungshilfe

kalkuliert, sondern fiel in die Kategorie der sonstigen öffentlichen Leistung. Trotzdem handelt es sich um „Entwicklungshilfe". Dies war nicht die einzige japanische Beteiligung an diesem Projekt. Die Firma Nichimen erhielt den Zuschlag für den Bauvertrag; ausgeführt wurde der Bau von der Firma Hazama Gumi.

Langsame Abwicklung der Entschädigungszahlungen

Die Schleusen wurden am 16.1.1989 geschlossen und der Wasserspiegel begann zu steigen. Am 12.5 erreichte der Pegel beinahe die 85-Meter-Marke und blieb wegen der einsetzenden Trockenzeit kurz vor der 90m-Höchstmarke konstant. Im Februar 1989 schickten Pater Mangunwijaya und seine Freunde einen Hilferuf in die Welt: „3500 Kinder versinken im Wasser. Bitte schickt Nahrung und Medikamente!" Die Häuser von einigen Familien, die es abgelehnt hatten, wegzugehen, waren zu diesem Zeitpunkt bereits überflutet. Man konnte Menschen mit Booten und Flößen zu ihren Reisfeldern fahren sehen. Im Juni 1989 weigerten sich noch 1500 Familien mit 7000 Menschen ihr Land zu verlassen. Die indonesische Regierung hatte geplant, diese armen Bewohner auf den weit entfernten Inseln Sumatra und Irian Jaya (West Papua) wiederanzusiedeln. Die staatliche Umsiedlungspolitik wird besonders auf Java wegen seiner hohen Bevölkerungsdichte propagiert. Dieses Programm wird von der Weltbank stark unterstützt. Die Bewohner wollen ihr Land aber nicht verlassen und auf andere Inseln umsiedeln. Das Land, das ihnen dort zur Verfügung gestellt wird, ist häufig Ödland oder Dschungel. Viel Transmigranten kommen deshalb über kurz oder lang wieder zurück. Viele Menschen verweigern überhaupt die Umsiedlung. Die Entschädigungszahlungen für das überschwemmte Land war außerdem extrem niedrig. Für Ackerland waren 280 Rupiah je m' (ca 28 Pfg) und für bebaute Siedlungsfläche 700 Rupiah je m' (ca 70 Pfg) vorgesehen. Die Bewohner forderten jedoch mindestens 5500 Rupiah je m' (ca 5,50 DM). Für die landlosen Landarbeiter ist die Situation noch tragischer. Darüberhinaus wurde der Zutritt zum überfluteten Gelände zur Zeit verboten, ebenso wie die verschiedenen Unterstützungsaktionen, die von Studenten verschiedener Universitäten und von Pater Mangunwijaya unternommen wurden. Bewohner, die die Umsiedlung verweigern, werden als Anhänger der ehemaligen kommunistischen Partei gebrandmarkt, indem ein entsprechender Vermerk in ihren Personalausweisen gemacht wird. In einer Atmosphäre antikommunistischer Propaganda werden sie so sozial und ökonomisch isoliert.[3] Es scheint, daß einige Voraussetzungen geschaffen werden müssen, bevor öffentliche Entwicklungshilfe geleistet werden kann. Es fehlt nicht nur die Rücksicht auf die Umwelt, die Menschenrechte und die Demokratie, sondern viele Hilfeleistungen, die in grundsätzlichem Widerspruch zu diesen Ideen stehen. Entwicklungshilfe unterstützt nicht die Bevölkerung, sondern bringt sie im Gegenteil in äußerst heikele Situationen. Und dafür gibt es viele Beispiele. Der Kedung Ombo-Damm ist einer der sehr seltenen Fälle, in denen der Widerstand der Bevölkerung gegen ein Projekt öffentlich wurde; meist wird versucht, ihn in aller Stille zu unterdrücken.

Aus der japanischen Dritte-Welt-Zeitschrift Ampo 21,4 (1990), Übersetzung: khs

Anmerkungen:

1) Weiche Kredite zeichnen sich durch lange Laufzeit, niedrige Zinsen und tilgungsfreie Jahre aus.

2) IGGI — Inter-Governmental Group on Indonesia, Konsortium der Geberländer von Entwicklungshilfe an Indonesien.

3) Auch heute, zwei Jahre nach Beginn dem Fluten des Staubeckens, ist der Konflikt um die Entschädigung nicht beigelegt. Noch immer campieren Familien am Ufer des neuentstandenen Sees und weigern sich, die ihnen zugewiesenen, unfruchtbaren Landparzellen zu beziehen oder die viel zu geringen Entschädigungen, die auf einem Sperrkonto der Bezirksverwaltung liegen, zu akzeptieren. Einige Familien haben mit Hilfe örtlicher Rechtshilfeorganisationen Prozesse gegen den Bupati (entspricht dem dt. Landrat) bzw. gegen den Gouverneur der Provinz angestrengt. Eine Entscheidung der Gerichte steht noch aus.



„Man konnte Menschen mit Booten und Flößen zu ihren Reisfeldern fahren sehen."

Die Rolle des Militärs auf den Philippinen



Bis zum Machtantritt von Ferdinand E. Marcos (1966) blieb das philippinische Militär eine quantité négligeable (vernachlässigbarer Faktor). Seine Rolle beschränkte sich im wesentlichen auf die Bekämpfung von Restbeständen der einstigen Antijapanischen Befreiungsarmee (Hukbalahap; zu Beginn der 50er Jahre in Volksbefreiungsarmee umbenannt). Hierbei stand das philippinische Militär teilweise in Kooperation mit Privatarmeen einflußreicher Großgrundbesitzer. Die Situation des philippinischen Militärs unterschied sich stark von der Situation des Militärs zweier anderer Staaten der Region: In Thailand stürzte das Militär 1932 in Verbindung mit zivilen Reformkräften die bis dahin uneingeschränkt herrschende Monarchie. In Indonesien vereitelten sie, daß sich die Holländer nach der Niederlage der Japaner dauerhaft als Kolonialherren neu etablieren konnten. Als Faustpfand ihres daraus hergeleiteten politischen Mitspracherechts konnten sie 1957 Präsident Sukarno die Leitung der enteigneten niederländischen Unternehmen abverlangen. Dagegen war das philippinische Militär numerisch schwach, unpolitisch und in administrativen wie wirtschaftlichen Lenkungsaufgaben unerfahren. Die in den nordamerikanischen Sozialwissenschaften Ende der 50er und in den 60er Jahren intensiv geführte Debatte über die Aufwertung des Militärs als "Modernisierungsträger" im Entwicklungsprozeß fand in den Philippinen entsprechende Resonanz erst, als sich die Problematik der (regional)politischen Stabilität in der Nach-Vietnam-Ära mit dem notwendig gewordenen ökonomischen Krisenmanagement verband.

Aufwertung des Militärs in der Marcos-Ära

Die kurzlebigen Ansätze einer "Filipino First"-Politik mit dem avisierten Aufbau einer lebensfähigen Importsubstitution waren gescheitert und stattdessen wurde die in Südkorea etwa zur selben Zeit eingeschlagene als modellhaft gewertete Entwicklungsstragie exportgelenkten Typs auf den Schild gehoben. Marcos' Vision, nur so könne ein rückständiges Agrarland, sich der zum Anschluß an die Moderne benötigten Technologien zu bemächtigen und in Zeitraffermanier jene Entwicklung nachzuholen, der die westlichen Industrieländer ihren Fortschritt verdankten (mit all den erwarteten Sickereffekten im Hinblick auf Einkommenssteigerung), fing durchaus den Zeitgeist mit seiner Wachstumsfetischisierung ein. Unterstützung genoß dieser Weg bei großen Teilen der Intelligenz, bei gerade frisch von nordamerikanischen Eliteuniversitäten zurückgekehrten und vom Geist der Modernität durchdrungenen Wirtschafts- und Finanzkadern, beim national orientierten Bürgertum und nicht zuletzt bei den dominanten landbesitzenden und/oder Kompradorenclans, die damals noch mit Zucker und Kopra vorzügliche Geschäfte machten. Marcos sah sich und seine Regierung aufgrund des zumindest anfänglich außergewöhnlich großen nationalen Konsenses, ein Novum in der jüngsten Geschichte des Landes (immerhin gelang ihm 1969 als erstem Präsidenten die Wiederwahl), als Garanten der überfälligen Straffung und Zentralisierung des Staatsapparates. Um diesen Prozeß zu beschleunigen, stärkte die Marcos-Administration die Rolle des Militärs, befürwortete die engere Verzahnung zwischen den verschiedenen Polizei- und paramilitärischen Verbänden. Außerdem schuf sie ihr direkt unterstellte Wirtschaftsplanungsbehörden - gleichsam analog der Entwicklung in Südkorea - in die vorzugsweise in den USA ausgebildete Experten positioniert wurden. Der Vorteil, diese kosmopolitischen Technokraten in die Exekutive einzubinden, bestand darin, daß sie selbst sich als überparteilich und unpolitisch begriffen. Sie verfügten über keinerlei Massenbasis und hegten keine eigenen (rivalisierenden) politischen Ambitionen, ja werteten im Sinne ihrer akademischen Leitbilder der politik- und wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten jenseits des Pazifiks (partei)politische Aktivitäten als "Politikasterei", welche letztlich die weitgespannten wirtschaftspolitischen Ziele unterminierte.

Aufstandsbekämpfung und Stärkung der Polizei

In den 60er Jahren wurde mit amerikanischer Hilfe das aus Vietnam zurückbeorderte sog. Civic-Action-Kontingent der philippinischen Armee (Philcag) mit dem Aufbau von 65 Civic Action Centers betraut. Dabei handelte es sich um vom Militär vorzugsweise in den ländlichen Regionen errichtete, auf Bürgernähe bedachte Projekte, die als weiche Variante im übergeordneten "Aufruhrbekämpfungs"-Konzept fungierten. Impfaktionen oder kostenlose Nahrungsmittelverteilungen wurden durchgeführt, um "Herzen und Hirne der Bevölkerung" vor allem in Regionen mit virulentem Protestpotential zu gewinnen. Allein in Zentralluzon, der Reiskammer und einem der Zentren bäuerlichen Widerstandes, waren 20 ländliche Gesundheitsteams sowie 22 Baubataillone der Armee unter der Anleitung von US-Spezialeinheiten (Green Berets) im Einsatz. Verstärkt wurden Besuchs- und Ausbildungsprogramme für philippinische Offiziere in renommierten US-Militärakademien wie West Point arrangiert. Um das Zusammenspiel zwischen den verschiedenen Truppenteilen effizienter zu gestalten, wurden die Streitkräfte mit modernerem Kommunkikations- und nachrichtendienstlichem Gerät ausgestattet. Die praktischen Erfahrungen im Rahmen der Civic-Action-Programme sowie die systematisch in speziellen Kursen vermittelten Managementmethoden und Führungseigenschaften qualifizierten das Militär schrittweise auch und gerade für die administrativ-technische Betreuung großangelegter Infrastrukturprojekte.
Gleichermaßen verstärkt wurden die Polizeieinheiten. Bereits 1966 wurde zwischen der Marcos-Regierung und der US-Botschaft in Manila ein Programm erarbeitet,

wonach die polizeiliche Ausbildung Kadern der Amerikanischen Internationalen Entwicklungsbehörde (USAID) ablag. Frank E. Walton, in Südvietnam mit der Reorganisierung der Polizeistreitkräfte und ihrer Einbindung in "counterinsurgency"- und paramilitärische Operationen betraut, hatte die Grundlagen dieses Programms entwickelt. Zudem war seit Mitte der 60er Jahre das noch unter der Präsidentschaft John F. Kennedys entstandene und seit 1962 mit der USAID liierte "Büro für Öffentliche Sicherheit" (OPS) mit dem Aufbau eines integrierten städtischen "Aufruhrbekämpfungs"-Instrument befaßt, welches schließlich im Großraum Manila als Hauptstadt-Kommando (Metropolitan Command) konkrete Gestalt annahm. Hatten die offiziell ausgewiesenen Militärausgaben im ersten Haushaltsjahr der Marcos-Regierung (1966/67) 366 Mio. Pesos betragen, so erreichten sie mit 670 Mio. Pesos bereits nahezu das doppelte Volumen zu Beginn seiner zweiten Amtsperiode (1969/70). (3) Nach der Verhängung des Kriegsrechts (1972) nahmen sowohl die internen Aufwendungen für die Streitkräfte als auch die ausländischen (vorwiegend nordamerikanischen) Militärhilfen sprunghaft zu. Außerdem erhöhte sich die Personalstärke der Streitkräfte während des Kriegsrechts (Sept. 1972 - Jan. 1981) von ca. 60.000 auf mindestens 150.000 Soldaten.

Kompetenz- und Machtzuwachs für die Armee

Anfang der 80er Jahre umfaßte der gesamte staatliche Sicherheitsapparat (neben den Armed Forces of the Philippines (AFP) u.a. die Integrierte Nationalpolizei/Philippine Constabulary und Civilian Home Defense Forces) inklusive der im Regimeinteresse agierenden fanatisch-antikommunistischen, paramilitärischen Sekten nach Untersuchungen philippinischer Bürger- und Menschenrechtsorganisationen zwischen 385.000 und 415.000 Mann. Last but not least erlebte das Militär durch die im Zuge des Kriegsrechts eingeführte Militärgerichtsbarkeit und die spätere Schaffung des Regional Unified Command, gebildet aus den 12 außerhalb Manilas stationierten Regionalkommandeuren, einen immensen Kompetenz- und Machtzuwachs, der es mehr und mehr veranlaßte, in Personalunion exekutive, legislative und judikative Funktionen wahrzunehmen. Bei alledem bewegte sich bis in die 80er Jahre der offizielle Militäretat zwischen 2,5 und 3 Prozent des Bruttosozialprodukts, der im regionalen Vergleich nur von Japan (ca. ein Prozent) unterboten wurde. Quantifizierungen bezüglich der Bestimmung des Militarisierungsgrades von Gesellschaften sind somit für sich genommen wenig aussagekräftig und bedürfen ergänzender qualitativer Elemente wie politische und sozialökonomische Kategorien (faktischer Einfluß auf und Eingriffsmöglichkeiten in das öffentliche Leben bzw. Kontrolle über Ressourcenallokationen). Beispielsweise beträgt der Anteil, den Malaysia in der Vergangenheit jährlich für sein Militär aufwendete, etwa zehn Prozent seines Bruttosozialprodukts, obgleich dieses Land von einer Zivilregierung geführt wird, die einst starke Guerilla der KP aufgerieben wurde, und Malaysia nicht von außen bedroht ist. Das indonesische Militärregime, seit dem Putsch von 1965 mit unvermindert eiserner Hand an der Macht hat die Personalstärke seiner Streitkräfte (einige Quellen sprechen von bis zu einem Drittel) verringert. Offensichtlich können die rein finanziellen Belastungen innergesellschaftlicher Repression stark variieren. (4)

Politisiert und fraktioniert - Das Militär unter Aquino

So meisterhaft und lange es das Marcos-Regime verstanden hatte, sich unter Ausschaltung einer nennenswerten Opposition und bei Instrumentalisierung des Militärs zum Zwecke seiner eigenen Herrschaftssicherung an der Macht zu halten, so wenig gelang ihm im regionalen Vergleich ein Anschluß an die Moderne der Zivilgesellschaft, ganz zu schweigen von einer wirtschaftlichen Entfaltung in Gestalt eines durchkapitalisierten, aus den Fesseln (halb)feudaler Produktionsweisen gelösten Systems. (5)
Trotz relativ günstiger externer Bedingungen scheiterte Marcos bei seinem Versuch, die Staatsapparate zum Zweck eines Südkorea vergleichbaren ökonomischen Durchbruchs dauerhaft zu zentralisieren, weil er die "mittelamerikanischen" Produktions- und Herrschaftsverhältnisse nicht grundlegend antastete und in der Endphase seiner Regentschaft die Pfründe exklusiv für seine schmaler werdende Klientel reklamierte.
Besiegelt wurde der Sturz des Diktators, eine neuerliche List der Geschichte, just durch jene "Geister" - das Militär bzw. Fraktionen desselben -, die er selbst herbeigerufen und hoffähig gemacht hatte. Das Militär und nicht die vielgepriesene "People Power" drückten seit Februar 1986 dem Aquino-Regime den Stempel auf, jedoch mit dem Unterschied, daß es nunmehr politisierter - und fraktionierter - denn je ist und sich gleich den zersplitterten zivilen und politischen Seilschaften inner- wie außerhalb der Administration mit eingeschränkten ökonomischen Mitteln und



verschlechterten Weltmarktbedingungen konfrontiert sieht.

Was bleibt, ist das philippinische Paradoxon: Die Zerfaserung staatlicher Instanzen, die Zerrüttung der Staatsfinanzen, die fortschreitende Erosion zentraler Herrschaft(sfähigkeit) und das - offen gegen die 1987er Verfassung verstoßende - Aufblühen regionalen Kriegsherrentums mitsamt seines Geflechts schillernder paramilitärisch operierender und religiös-fanatischer Banden und Sekten (6). Dies wird kontrastiert mit einem staatlichen Krisenmanagement, welches das Überleben der Nation an die erfolgreiche Realisierung seiner erklärten Strategie des "totalen Krieges" gegen alles (vermeintlich) Linke koppelt. (7) Diese "neue Unübersichtlichkeit" oder "regulierte Anarchie" macht Manilas Politik insgesamt unkalkulierbar, stößt sehnlichst erwünschtes Auslandskapital ab, gestaltet internes wie externes Krisenmanagement zunehmend schwieriger und bedeutet für die fortschrittlichen Kräfte des Landes ein Leben unter dem Damoklesschwert.

Der seitens der Herrschenden in Manila (allen voran des Militärs) an die Adresse der neuerlich Zulauf erhaltenden Linken - einschließlich der am bewaffneten Kampf festhaltenden Nationalen Demokratischen Front (NDF)- gerichtete Vorwurf, sie sei zu zersplittert, um mit ihr neuerlich Verhandlungen zu führen, entspricht gleichermaßen einer unfreiwilligen Selbstcharakterisierung. Mag zwar Präsidentin Aquino Interesse signalisieren, auf die seit Sommer 1990 verstärkten Avancen der NDF einzugehen, möglichst im neutralen Ausland (in einem europäischen Land!?) und im Sinne einer friedlichen Beendigung des Bürgerkrieges initiativ zu werden, so bedürfte das notwendig der Zustimmung, wenn schon nicht aller, so doch relevanter Fraktionen des Militärs. Einstweilen aber überwiegt auch bei ihnen ein Syndrom, das der Politologe Justus M. van der Kroef jüngst trefflich mit "Rambo Mystique" umschrieb (8). Und der cineastische Rambo war bekanntlich ein schweißtriefender Macho - angewidert von den Organisatoren der Moderne (sprich: "modernisierter" Kriegsführung) wie vom Dschungel der Politik(er).

Rainer Werning



Präsidentin Aquino

Anmerkungen:

(1) Als sich zu Beginn der 70er Jahre abzeichnete, daß die USA länger als erwartet im Indochinakrieg "verstrickt" sein würden, sich gar Anzeichen ihrer Niederlage mehrten, wuchs in Washington die Akzeptanz für "autoritäre" Krisenlösungen auch in befreundeten Nachbarländern wie den Philippinen und Südkorea, wo 1972 das Kriegsrecht ausgerufen wurde.

(2) Rainer Werning, Verhinderte Unabhängigkeit - Agrar- und Wirtschaftspolitik in den Philippinen, Münster 1985, S. 208 ff. Bis Ende der 70er Jahre war bereits die Hälfte aller sog. Presidential Offices for Development (PRODs) als regionale Eckpfeiler geplanter und im Aufbau befindlicher staatlicher Entwicklungsprogramme mit Offizieren besetzt - vgl. Carolina G. Hernandez, The Extent of Civilian Control of the Military in the Philippines: 1946 - 1976 (unveröff. Ph. D. Dissertation, SUNY at Buffalo, 1979).

(3) Ebenda.

(4) Vgl. z.B. Miles Wolpin, Militarization, Internal Repression and Social Welfare in the Third World, London 1986; Robert McKinlay, Third World Military Expenditure: Determinants and Implications, London 1989 sowie Robert E. Looney, Militarization, Military Regimes and the General Quality of Life in the Third World, in: "Armed Forces and Society" 17.1: 137 - 139, New Brunswick, NJ (Herbst) 1990.

(5) Gustave Ranis, Ökonom an der Yale University und IWF-Weltbank-Berater, beschrieb die Philippinen 1989 als ein Land mit der "worst income distribution in all of Asia, as well as the largest percentage of its population in absolute poverty in Southest Asia", mit "one of the worst land tenure systems" und der "largest mass of landless rural workers" - zit. nach "The Manila Chronicle" vom 23.06.1989, S. 4.

(6) Z.B. die seit 1987 entstandenen "Citizen Armed Force Geographical Unites" (CAFGU), "Civilian Volunteer Organizations" (CVO) und "Bantay Bayan" (Wächter der Nation) sowie die teils direkte, teils versteckte offizielle Unterstützung/Duldung der landesweit über 200 militanten antikommunistischen Bürgerwehren bzw. Vigilanten-Gruppen.

(7) Barry Carr/Elaine McKay, Low Intensity Conflict: Theory and Practice in Central America and South-East Asia", hg. vom Institute of Latin American Studies, La Trobe Universitiy und dem Centre of Southeast Asian Studies, Monash University, Melbourne, o. J. (1989?).

(8) Justus M. van der Kroef, The 'Rambo Mystique': Philippine Para-Military and Society, in: "Internationales Asienforum" 21.1/2: 5 ff., München (Mai) 1990.

Länderporträt: Laos

Seit Mitte der achziger Jahre befindet sich Laos auf Reformkurs. Zum ersten Mal seit 1975 hat die Laotische Revolutionäre Volkspartei 1988 lokale und 1989 nationale Wahlen durchgeführt. Beschränkungen in den Bereichen Außenbeziehungen, Reisen und Medien wurden aufgehoben, die Zwangskollektivierung in der Landwirtschaft zurückgenommen. Die Öffnung Laos' war für uns Anlaß, einen kurzen länderkundlichen Überblick über ein nahezu unbekanntes Land zu liefern.

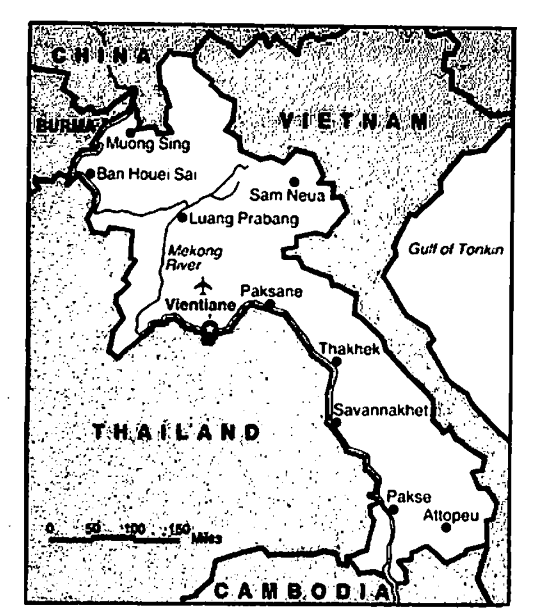
Laos versteht sich als volksdemokratischer Staat, der von der Laotischen Revolutionären Volkspartei (LRVP) geführt wird. Jedoch läßt die Partei kaum politische Partizipation zu. Seit 1985 zeichnet sich in Laos ein Reformkurs der Regierung ab. Erster Schritt war eine Landreform. Die Zwangskollektivierung wurde abgeschafft. Die Bauern können fortan ihr eigenes Land bestellen, müssen allerdings Steuern zahlen, deren Höhe in der Bevölkerung sehr umstritten ist, und einen bestimmten Ernteertrag abgeben. Die Familie steht damit wieder im Mittelpunkt des bäuerlichen Arbeitsprozesses. Der Staat verpflichtet sich im Gegenzug zur Abwicklung des Transports der landwirtschaftlichen Erzeugnisse und stellt technische Hilfsmittel, Dünger, Pestizide und Insektizide zur Verfügung. Die Beschaffung widerstandsfähiger Anbausorten, die zwar weniger Ertrag bringen, dafür aber nicht auf den Einsatz chemischer Stoffe angewiesen sind, wäre sicherlich vorteilhafter für die Bauern. Durch die Verwendung dieser Stoffe entsteht eine Abhängigkeit der Bauern vom Lieferanten (der Regierung). Neben diesen Maßnahmen lockert die LRVP die staatliche Preisfixierung und bezieht die Parameter des Marktes stärker in ihre Festsetzung mit ein. Ziel ist in den nächsten Jahren ein „Ein-Preis-System " zu schaffen. Angebot und Nachfrage werden dann stärker die staatliche Preispolitik bestimmen.Im industriellen Bereich bekommen die Unternehmen mehr Eigenverantwortung zugesprochen. Danach können die Betriebe über die Verwendung erwirtschafteter Gewinne nach Abzug der Steuern selbst entscheiden. Der Handel mit den Grenzstaaten ist wieder ohne Genehmigungsverfahren möglich. Darüber hinaus werden joint ventures mit ausländischen Investoren (insbesondere aus Thailand) angestrebt, um moderne Technologie und entsprechendes Know How zu erhalten.

Intensivierung der Reformen

1988 wurde der Reformprozeß erneut verstärkt. Präsident Kaysone strebt nach eigenen Aussagen den sogenannten „Staatskapitalismus" an. Er versteht darunter die Erhöhung der Effizienz der Produktivkräfte (Arbeit, Boden, Kapital) im Land. Kapitalismus nach westlichem Vorbild hält er für ausgeschlossen. Das Land sei für ein derartiges System zu arm.Im Zuge dieser Überlegungen wurde eine neue Steuergesetzgebung beschlossen. Danach werden auf Umsatz, Zins, Großhandel, Versicherungen, Gewinn und Eigentum Steuern erhoben. Ferner wurde im Bankensektor ein duales System eingeführt. Die Laotische Staatsbank übernimmt nur noch die Funktion einer Zentralbank, ist demnach hauptsächlich mit der Geldmengensteuerung beschäftigt. Die täglichen Geldgeschäfte werden von neu gegründeten Geschäftsbanken getätigt, die sich bei der Staatsbank entsprechend refinanzieren können. Darüber hinaus obliegt ihnen der gesamte Devisenhandel.Ein neues Beteiligungsgesetz hat die bis dahin geltenden Kapitalproportionsbeschränkungen für ausländische Investoren abgeschafft. So war es einer nordthailändischen Bankenfirma möglich, 70% des Kapitals an der neu gegründeten „Joint Development Bank" in Laos einzubringen. Trotz der nachhaltigen Anstrengungen einer Neuordnung des Wirschaftssystems sind die Forschritte auf der politischen Ebene eher gering. Bislang verfügt Laos im Gegensatz zu Kambodscha und Vietnam über keine eigene Verfassung, obwohl der Erlaß einer solchen seit Jah-



Freier Markt?



ren auf der Tagesordnung steht. Nur mit einem Entwurf kann die Regierung seit dem 4. Juni 1990 aufwarten: „Das politische System sei gekennzeichnet durch geheime Wahlen der Volksvertreter und der lokalen Volksräte, demokratischen Zentralismus und Selbstbestimmung des Volkes, des weiteren durch Kampf gegen den Bürokratismus, Mitwirkung der Massenorganisationen, Gleichheit unter den verschiedenen Völkerschaften, Gesetzesbindung und durch eine Außenpolitik der Unabhängigkeit sowie der Nichtanlehnung."Im politisch-administrativen Bereich soll die Bürokratie um ein Drittel reduziert werden. Am 26. März 1989 wurden die ersten nationalen Wahlen durchgeführt, deren Ergebnis auf ein Aufweichen des Machtmonopols der LRVP hindeutet.

Widerstand gegen die LRVP

Die negativen Auswirkungen der Machtübernahme durch die kommunistische Partei LRVP 1975 führte zur Gründung verschiedener Widerstandsbewegungen in der Bevölkerung. Die gesamte Landwirtschaft wurde nach vietnamesischem Vorbild zwangskollektiviert. Da etwa 75% der Laoten bis dahin Subsistenzbauern waren, betraf diese Entprivatisierung das ganze Land. Berglaoten und andere Minderheiten, die über die Hälfte der Einwohner ausmachen, wollten diese Wirtschaftsform nicht akzeptieren. Die Familie, die bislang die grundlegende Wirtschaftseinheit darstellte, sollte durch das Kollektiv abgelöst werden. Es kam zu gewaltsamen Auseinandersetzungen mit dem Militär. Das bis 1975 existierende Bankensystem wurde abgeschafft. Gleichzeitig wurden einheitliche Preise vom Staat festgelegt, die sich immer stärker von den Marktpreisen unterschieden. Es bildete sich ein „Zwei-Preis-System" mit offiziellem Markt und Schwarzmarkt. Der Ausbau von Staatsunternehmen wurde gefördert. Eine wenig restriktive Subventionspolitik verhinderte das Streben dieser großen Wirtschafteinheiten nach Flexibilität und Effizienz. Es fehlten die marktspezifischen Anreize.

Aus dem damaligen Widerstand haben sich inzwischen ca. zwanzig verschiedene Gruppen gebildet. Sie haben sich am 15. Dezember 1989 zu einem Bündnis zusammengeschlossen und in der Grenzprovinz Sayaboury eine „Provisorische Regierung von Laos" ausgerufen. Die Widerstandsgruppen begannen noch im Dezember 1989 ihre Angriffe gegen die Regierung zu verschärfen. Meldungen über bewaffnete Auseinandersetzungen reißen nicht ab. Durch die Normalisierung der Beziehungen zwischen den Regierungen von Laos und China wird es für die Gruppen jedoch schwerer, weiterhin Waffen und Munition aus chinesischen Armeebeständen zu beziehen. Neben den Widerstandsgruppen im eigenen Land sieht sich die laotische Regierung gezwungen, auch gegen Gruppen vorzugehen, die Laos nur als Durchgangsstation benutzen. Diese kommen meist aus Thailand mit dem Ziel Kambodscha oder Vietnam. Im Sprachgebrauch der Regierung handelt es sich dabei um Reaktionäre der Pol-Pot-Clique oder vietnamesische Reaktionäre.

André Materne

Weiterführende Literatur
Luther, H.U.: Perestroika am Mekong, in Südostasien Informationen Nr.1 Jahrgang 6, März 1990, S.32. O.V. Laos, in : Fischer Weltalmanach 91, S.355 ff. O.V. Laos, in: Südostasien Aktuell, Januar 1990, S.75 ff und Juli 1990,S.336. Schatzschneider, M.: Laos, Probleme eines Weltpolitischen Zwerges, in Südostasieninformationen Nr. 2, Jahrgang 4, Juni 1988, S.12 ff. Weggel, O.: Laos, in: Draghun, W.; Hofmeier, W.; Schönborn, M. (Hrsg.): Politisches Lexikon Asien, Australien, Pazifik, 2. Aufl. 1989 S.181 ff.

Statistische Daten
Fläche: 236.800 km²
Einwohner: 3,87 Mio.
Bevölkerungswachstum: 2,4%
Amtssprache: Laotisch
Bruttosozialprodukt 1988: 710 Mio US$
Auslandsverschuldung 1987: 736 Mio US$
Inflationsrate 1987: 46,5%

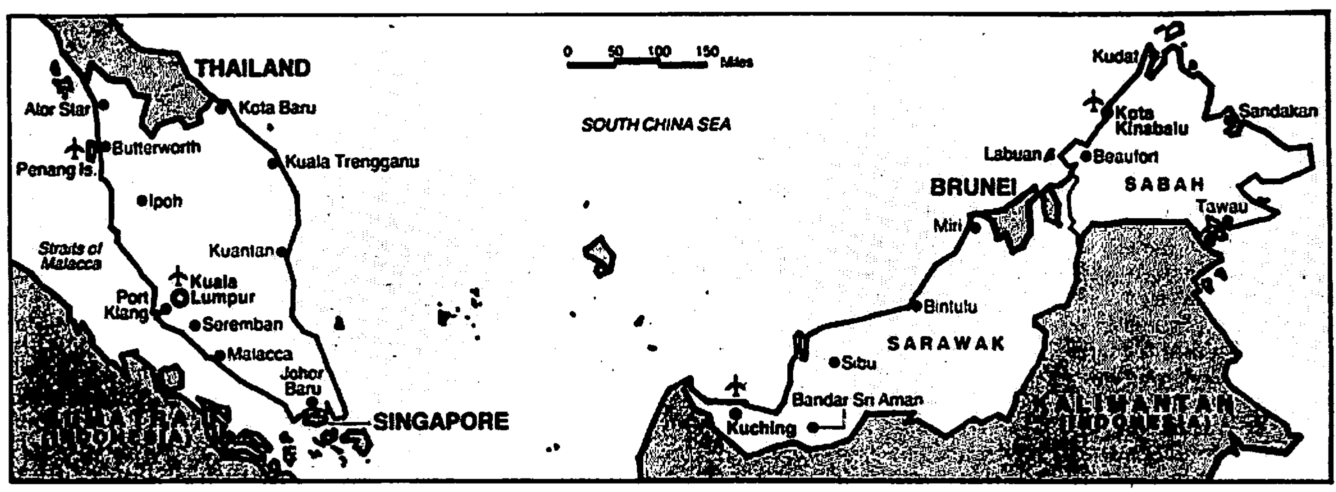
Sozialstruktur
Der überwiegende Teil der Laoten sind Buddhisten. Sie werden in der Ausübung ihrer Religion durch die kommunistische Regierung behindert.
Große soziale Unterschiede kennt das Land nicht. Der größte Teil der gebildeten Mittelschicht wie Ingeieure, Ärzte, Lehrer, Verwaltungsbeamte, Kaufleute und eine Vielzahl chinesischer Händler verließen in den ersten Jahren nach 1975 das Land. Das Schulwesen und die medizinische Versorgung sind deswegen insbesondere im ländlichen Raum unzureichend.
Die „Tieflandlaoten", die vor allem die fruchtbaren Flußtälern bewohnen, stellen 56% der Bevölkerung. Die andere Hälfte besteht aus 68 ethnischen Minderheiten, die hauptsächlich in den Bergregionen angesiedelt sind. Ein großer Teil von ihnen sind Nomaden oder Halbnomaden, deren Stammesgrenzen nicht zwangsläufig mit den Landesgrenzen übereinstimmen. Verwandtschaftliche Beziehungen bestehen insbesondere nach Birma, Thailand, Vietnam und China.


Webereikooperative: Auf dem Weg zur Privatisierung



Springt der „fünfte Tiger" ins Leere ?

Malaysias wirtschaftliche Zukunft



Das südostasiatische Land ist auf dem besten Weg, der fünfte asiatische „Tiger" zu werden, nachdem Südkorea, Taiwan, Singapur und Hongkong den Sprung zum „Newly industrialized country" (Neuem Industrieland/ NIC) bereits geschafft haben. Die 18 Millionen Malaysier verfügen mittlerweile über ein Pro-Kopf-Einkommen von mehr als 2.000 US-Dollar pro Jahr. Das Wirtschaftswachstum liegt bei rund neun Prozent. Malaysia hat sich längst vom Rohstoffexporteur zum Ausfuhrland hochwertiger verarbeiteter Industriegüter entwickelt.

Die Industrie produziert heute 27 Prozent des Bruttosozialproduktes. Motor der Industrialisierung ist seit Jahren die Elektronikbranche. Das Land ist weltgrößter Exporteur von Halbleitern und Klimaanlagen. Die Landwirtschaft trägt nur noch zu knapp 20 Prozent zum Bruttosozialprodukt bei. Aber nach wie vor ist Malaysia der weltweit größte Hersteller von Naturgummi (40 Prozent der Weltproduktion) und Palmöl (60 Prozent). Ein Sechstel der Exporteinnahmen kommt aus der Ausfuhr von Erdöl und Erdgas, mit einem Achtel tragen tropische Hölzer zu den Devisenerlösen bei.

Ausgangspunkt der Industrialisierung war die Freihandelszone Penang, wo aus Übersee importierte Teile von multinationalen Konzernen der Autoindustrie oder Computerbranche zusammengesetzt und größtenteils für den Weltmarkt produziert werden. Mehr und mehr rückt auch der Binnenmarkt ins Blickfeld, der zur Zeit noch nicht groß genug ist, um genügend Güter abzunehmen. Der in Malaysia gebaute Proton Saga, ein in Lizenz hergestellter Mittelklassewagen auf der Basis des Mitsubishi Lancer, hat einen Marktanteil von nur rund 30 Prozent.

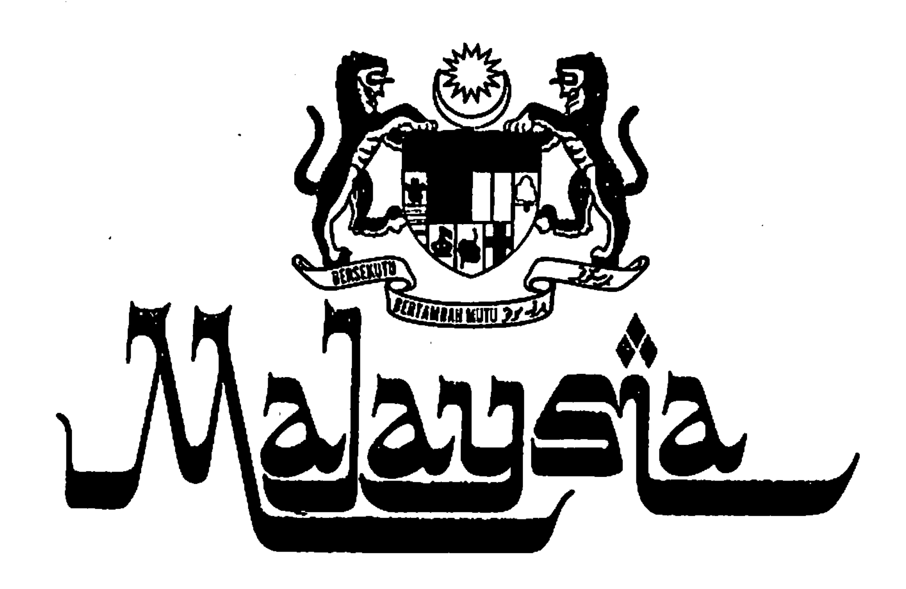
Nach wie vor haben die Malaysier mehr Vertrauen in die Qualität ausländischer Erzeugnisse als in die eigene Geschicklichkeit. Dies soll eine verstärkte Qualitätskontrolle und die Erarbeitung einheimischer Normen und international anerkannter Industriestandards ändern. Mit deutscher Entwicklungshilfe arbeitet das „Standards and Industrial Research Institute of Malaysia (SIRIM) an Prüfungs- und Untersuchungsmethoden, mit deren Anwendung die Qualität und Sicherheit malaysischer Industrieprodukte und deren Herstellungsverfahren - auch in Hinsicht auf den Verbraucher- und Umweltschutz - verbessert werden sollen. Noch tragen aber nicht einmal die Hälfte der in Malaysia hergestellten Produkte das SIRIM-Qualitätssiegel.

Nach einem überzeugenden Wahlsieg konnte Ministerpräsident Mahatir Mohamad, der das Land seit 1981 mit starker Hand regiert, im Oktober 1990 seine dritte fünfjährige Amtszeit antreten. Seine Regierungskoalition der „Nationalen Front" regiert das Land seit 1957. Neben der politischen und wirtschaftlichen Stabilität hat Malaysia weitere Vorzüge, die das 330.000 Quadratkilometer große Land für ausländische Investoren attraktiv machen: Ein noch niedriges Lohnniveau, eine gute Infrastruktur, moderne Kommunikationsverbindung und - etwa im Gegensatz zu den Philippinen - eine geographische Lage, die es nicht anfällig für Naturkatastrophen wie Taifune oder Erdbeben macht. Die bundesdeutsche Präsenz in Malaysia ist beachtlich: Zur Jahresmitte hatten deutsche Unternehmen mehr als 200 Millionen Mark in Malaysia investiert. Damit liegen sie im internationalen Vergleich an siebter Stelle.

Der Reichtum des Landes ist jedoch ungleich verteilt. Die ethnische Minderheit der Chinesen (rund 35 Prozent der Bevölkerung) verdient vergleichsweise viel. Die Mehrheit der Malayen und die rund eine Million Ureinwohner (zusammen 54 Pro-

Billige Arbeitskräfte für Singapur

Singapurs Wirtschaft wächst stetig. Aber die Expansionsmöglichkeiten auf dem 626 Quadratkilometer großen Eiland sind begrenzt. Während das Bruttosozialprodukt 1989 um 9,2 Prozent anstieg, trat gleichzeitig eine Arbeitskräftelücke von 2,5 Prozent auf, obwohl bereits 160.000 Fremdarbeiter ins Land geholt wurden. „Geld haben wir genug", meint Lim Chin Jit. Wenn er von Kapitalmangel spricht, meint er Arbeitskräfte. Denn Menschen sind für Singapur, das keinerlei Rohstoffe besitzt, das einzige Kapital.
Die nördlichen Inseln Indonesiens hat Singapurs landhungrige Industrie als neues Rekrutierungsfeld für billige Arbeitskräfte entdeckt. Nach Johor, dem südlichsten Bundesstaat auf der malayischen Halbinsel, soll nun Batan in den Genuß von Investitionen kommen. Mehr als eine Milliarde US-Dollar haben die in Singapur vertretenen rund 700 multinationalen Unternehmen und Singapurianische Geschäftsleute 1989 in Johor investiert. Jetzt propagiert Singapurs Führung das „Wachstumsdreieck Johor-Singapur-Batam".
Während die arbeitsintensiven Industrien Singapurs angesichts von Lohnzuwächsen von jährlich mehr als zehn Prozent zunehmend auf das Billiglohnland Indonesien schielen, setzt die Wirtschaftsführung im Inselstaat selbst auf immer höherwertige Technologie und die Ausbildung von Fachkräften. Automatisierung und Produktivitätssteigerung sollen das wirtschaftliche Überleben des 2,7-Millionen-Volkes garantieren. Schon jetzt ist Singapur viertgrößter Halbleiter-Hersteller der Welt und größter Produzent von Computerlaufwerken. **Klaus Boldt**



zent der Bevölkerung) fühlen sich benachteiligt. Auf blutige Rassenunruhen im Jahre 1969 antwortete die Regierung mit der „Neuen Ökonomischen Politik", deren erklärtes Ziel die Umverteilung des nationalen Reichtums war. Doch statt der angestrebten 30 Prozent konnte der Anteil der Malayen („Bumiputras") und Ureinwohner bis heute nur auf knapp 20 Prozent des Volkseinkommens gesteigert werden. Im Fall einer Rezession kann es leicht zu neuen Rassenkonflikten kommen.
Nicht wenige Beobachter meinen, daß Malaysia bald an die Grenzen seines Wirtschaftsbooms stoßen könnte. Steigende Löhne für die Arbeiter und die zunehmende Automatisierung der Produktion in Japan und den USA könnten das Land, das in der Elektronikbranche mehr als 100.000 Menschen in fast 200 Firmen beschäftigt, seinen Rang als drittgrößter Halbleiter-Hersteller kosten, lautet der Tenor einer Weltbank-Studie vom März 1990. US-Firmen rechnen bereits vor, daß die Lohnkosten in den letzten vier Jahren um 44 Prozent gestiegen seien. Mitarbeiter der Elektronikindustrie verdienen heute ein Viertel mehr als Textilarbeiter und fast ein Drittel mehr als Chemiearbeiter.

Klaus Boldt

Bücher zur Kultur und Politik in Asien

Begegnung mit „den" Asiaten ?

Mit dem Buch „Die Asiaten" hat sich Oskar Weggel, Referent am Institut für Asienkunde, Hamburg, an einen 'Gegenstand' herangewagt, wie er vielfältiger kaum gewählt werden könnte. Um Menschen und Kulturen so unterschiedlicher Länder wie Pakistan und Japan, die Mongolei und die Molukken unter einer Überschrift abzuhandeln, bedarf es eines großen Abstraktionsvermögens und der Fähigkeit, die vielen großen und kleinen Unterschiede, die Asien als „Vielheit" charakterisieren, auszublenden. Dabei stellt Weggel selber fest, daß es sich bei Asien „nicht um eine Einheit, sondern um eine Vielheit, sogar um ein vielfaches Gegeneinander" (S.19) handelt. „Die Asiaten" gibt es gar nicht, sie werden in der Manier des „Orientalismus", d.h. durch die Projektion eigener (Vor-)Urteile als Gegenstand erst konstruiert, damit sie mit westlichen Kategorien erfaßbar und analysierbar werden. Bei Weggel klingt das dann so: „Gleichwohl lassen sich zahlreiche Gemeinsamkeiten ermitteln, die einen durchaus panasiatischen Eindruck erwecken, freilich nicht deshalb, weil sie wirklich gesamtasiatisch wären, sondern weil sie so erscheinen müssen, sobald sie mit jenem europäischen Wertesystem konfrontiert werden, das zwar in der Geschichte der Menschheit als Ausnahmefall gelten muß, das inzwischen aber gleichwohl universale Verbindlichkeit gewonnen hat."(S.19).

Diese Ausgangsposition des Verfassers sollten LeserInnen im Auge behalten, wenn sie sich mit diesem Buch beschäftigen, das ein „Begeg-

nungsbuch" sein will, wie Weggel es sich gewünscht hätte, als er selber zum ersten Mal nach Asien reiste. Dabei versteht er unter Begegnung „nicht etwa ein bloßes Zusammentreffen oder ein[en] harmonisch[en] Verschmelzungs-, sondern vielmehr ein[en] konfliktreich[en] Auseinandersetzungsprozeß [...], in dessen Verlauf das Andere als solches akzeptiert oder aber leidenschaftlich abgelehnt wird." (S.24) Angenommen, dies seien wirklich die einzig möglichen Alternativen, steht davor jedoch eine gründliche Kenntnis der Kulturen Asiens, die sich durch „eine mittlere Schärfeneinstellung" wohl nicht erreichen läßt. Was also bietet uns das Buch: Im ersten Abschnitt gibt der Verfasser einen Überblick über die Begegnung von Orient und Okzident, um im zweiten Teil Gesellschafts-und Regierungsform, Wirtschaftsweise, Philosophie und Religion sowie Sozialisation und Familienleben in asiatischen Gesellschaften darzustellen. Auf gut dreißig Seiten buchstabiert er uns dann „ein ABC der Begegnungskunde" durch, bevor sich im dritten und letzten Teil einige Betrachtungen über „Wertewandel oder Werteeinbruch" anschließen. Tatsächlich bietet Weggel eine Menge von interessanten und wissenswerten Details, die sich die LeserInnen, sofern sie die Prämisse des Verfassers beim Lesen in Erinnerung behalten, zu einem Gesamtbild zusammenfügen können. Als Lektüre für „AnfängerInnen" im Umgang und in der Begegnung mit „den Asiaten" scheint mir das Buch nur sehr eingeschränkt geeignet, nicht zuletzt wegen manch sachlicher Fehler und einiger verzerrender Darstellungen (z.B. Verwendung des Wortes „Mohammedaner" anstatt Muslim, die Ereignisse vor der Machtübernahme der Militärs in Indonesien 1965).

khs

Oskar Weggel, Die Asiaten, München: Verlag C.H.Beck 1989, 361 S., 48 DM.

Indonesische Staatsphilosophie

Mit der Dissertation von Ingo Wandelt liegt zum ersten Mal eine umfassende Studie über die indonesische Staatsphilosphie „Pancasila" in deutscher Sprache vor, die seit ihrer Formulierung im Jahr 1945 durch den ersten Präsidenten der Republik Sukarno die ideologische und auch machtpolitische Auseinandersetzung in Indonesien bestimmt hat.

Die Pancasila (sanskrit: fünf Säulen) beinhaltet fünf Grundsätze bzw. Ziele, an denen sich das politische und gesellschaftliche Leben ausrichten soll: 1. die all-eine Göttlichkeit, 2. gerechte und zivilisierte Humanität, 3. Einheit Indonesiens, 4. Demokratie, geführt durch weise Politik in der allgemeinen Beratung/Vertretung, 5. soziale Gerechtigkeit. Diese Prinzipien, in der Präambel der indonesischen Verfassung verankert, waren ursprünglich als allgemeine Formel konzipiert worden, der die unterschiedlichsten ideologischen und religiösen Gruppen zustimmen konnten. Mit der Machtübernahme der Militärs nach dem Putsch von 1965 wurde die Pancasila zunehmend zu einem ideologischen Machtinstrument umfunktioniert. Mit dem Beschluß des Parlaments von 1978 (P4-Beschluß), der die Pancasila als einzige ideologische Grundlage des Staates und aller seiner (politischen) Organisationen zwingend vorschreibt, fand der Wandel der Pancasila zum Herrschaftsinstrument seinen Höhepunkt.

Von dieser These der Vereinnahmung und Instrumentalisierung ausgehend setzt die vorliegende Arbeit am P4-Beschluß ein und versucht philosophische Wurzeln, ideologischen Gehalt und politische Funktionalisierung der Pancasila mit Hilfe des kognitiven Ansatzes zu rekonstruieren, der sich methodisch vor allem der Inhaltsanalyse aller sprachlichen und textlichen Äußerungen eines bestimmten Teilbereichs einer Kultur bedient. Die Untersuchung gliedert sich in fünf Kapitel, in denen die Rolle der Pancasila in der 'Neuen Ordnung' (das ist das Militärregime des Gen.Lt. Suharto), ihr Charakter als Philosophie und Ideologie und ihre Durchsetzung als einzige Staatsideologie in den allgemeinbildenden Schulen behandelt werden.

Die kognitive Methode bedingt eine sehr breite Darstellung des zu analysierenden Materials, die die LeserInnen an manchen Stellen überfordert. Deshalb scheint dem Rezensenten der Schlußteil der einzige Abschnitt zu sein, der auch von LeserInnen ohne Kenntnis indonesischer Verhältnisse mit Gewinn zu lesen ist. Allerdings hätte eine stärker synthetisierende Darstellung, eine straffere Auswahl des Materials dem Buch die Aufmerksamkeit garantiert, die sein Gegenstand verdient. Denn allzu oft beschränkt sich die Beschäftigung mit den Ländern des Trikonts auf die Analyse ihrer Wirtschaftssysteme und der „Modernisierungs"-potentiale. Dabei täte auch eine gründliche Untersuchung der politischen Kultur dieser Länder Not, um einer Lösung der dringenden Probleme näher zu kommen. Wandelt hat dies versucht. Eine überarbeitete, allgemeinverständliche Fassung würde die Wirkung seiner Arbeit vergrößern.

khs

Ingo Wandelt, Der Weg zum Pancasila-Menschen. Die Pancasila-Lehre unter dem P4-Beschluß des Jahres 1978 – Entwicklung und Struktur der indonesischen Staatslehre, Frankfurt etc: Peter Lang 1989 (=Europäische Hochschulschriften:Reihe 27, Asiatische und Afrikanische Studien, Bd. 23), 316 S., 78 DM.

20 Jahre „blätter des iz3w"

Anfragen an unser Selbstverständnis

Letzten Herbst feierten die „blätter" ihr 20-jähriges Bestehen. Grund zum Nachdenken, aber auch Anlaß für ein rauschendes Fest. „Vamos bailar!" Salsa wurde geboten. Die Gruppe „Apokalypso" heizte kräftig ein und spielte bis spät in die Nacht zum Tanz auf.

Am Abend zuvor standen zwanzig Jahre Solidaritäts- und Internationalismusarbeit auf dem Prüstand: Erwartungen und reale Ergebnisse wurden einander gegenüber gestellt.

Unter dem Titel „Projekte, Projektionen und Perspektiven der Solidaritätsarbeit" bewältigten in erster Linie ehemalige Mitglieder des Hauses in der Freiburger Kronenstraße ihre Vergangenheit und wagten einen eher pessimistischen Blick in die Zukunft. Die Palette der Kritik und Selbstkritik war breit. Sie reichte von der Aufforderung endlich zuzugeben, daß die „Dritte-Welt"- Bewegung völlig versagt habe und nur dann eine Zukunft hätte, wenn sie sich so organisiere, wie beispielsweise Greenpeace, über das Eingeständnis „vielleicht haben IWF und Weltbank doch in einigen Belangen und Ländern recht", bis hin zu der Feststellung Teile der Solibewegung projizierten ihre Wünsche und Hoffnungen immer noch auf die Menschen in die Länder des Südens.

Schon vor knapp zehn Jahren wurde der unbefriedigende Zustand der Solidaritätsbewegungen in den blättern wie folgt beschrieben. „Er kommt vor allem darin zum Ausdruck, daß ihr zwar fast professionelle Spezialisten angehören, die kontinuierlich die Entwicklungen überall in der Dritten Welt verfolgen, daß aber die Öffentlichkeit, zu deren Entfaltung die Arbeit des organisierten Kerns beitragen will, sich stets nur auf ein oder wenige Länder konzentriert und unruhig flackert, ohne nennenswert zu wachsen". (in 'blätter des iz3w': Nr. 101, 1982, „Blinde Flekken in unserem politischen Weltbild", ein noch heute lesenswerter Beitrag allerdings mit anderer Perspektive).

Für viele scheint die Sache mit der Internationalismusarbeit vorbei und in gewissem Sinne haben sie auch recht. Bei der Unterstützung der nationalrevolutionären Bewegungen haben wir Illusionen mit Illusionen multipliziert, und heute flackert kaum mehr das Feuer der nationalen Revolution.



Foto: David Balter/Passport

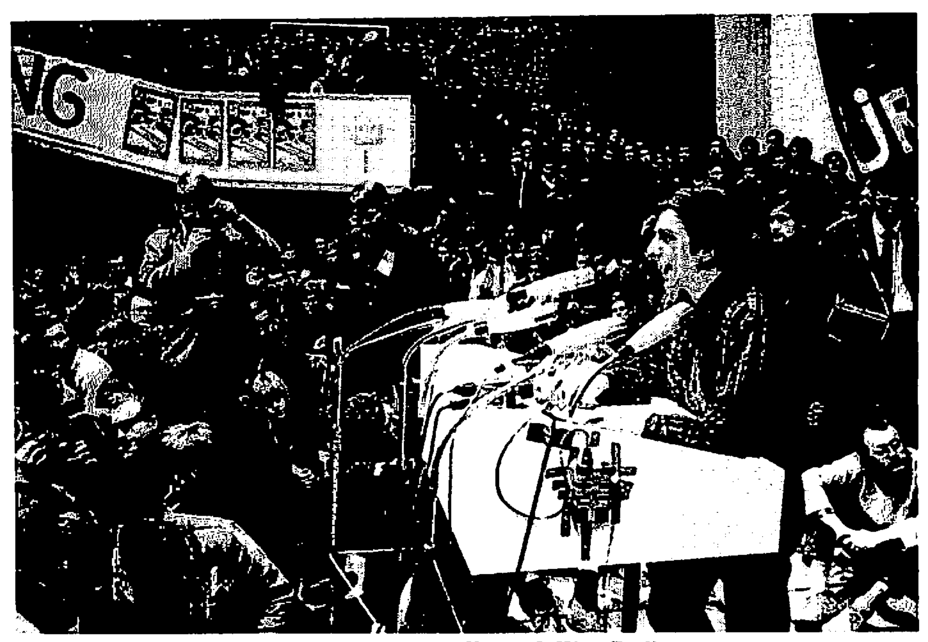
Gerade weil wir im Internationalismusbereich z.Z. kaum operationalisierbare Strategien haben, müssen wir grundlegende Überlegungen und Fragen diskutieren

Die intellektuelle Anstrengungen beginnen heute an folgendem Punkt: Wie könnte eine gerechte, in Teilen der Welt notwendig noch wachsende, insgesamt aber nicht unter einem dauernden Wachstums- und Expansionszwang stehende Ökonomie und Gesellschaft gedacht und auch organisiert werden ? Eine dynamische, aber nicht notwendig imperialistische Ökonomie stände auf der theoretischen und praktischen Tagesordnung (vgl. Wolf Dieter Narr in "Leviathan„ 3/90).

Wir denken es gilt zunächst innezuhalten und sich grundlegnde Thesen und Theorien, die es ja gibt, neu anzusehen.
Dies gilt es zu leisten, nicht etwa, weil wir noch irgendwie links sein wollen, sondern weil die zerstörischen Mechanismen, die immer noch Bestandteil aller kapitalistischen Formationen sind, auch heute noch Bestand haben.

Deutlich machen konnten und können wir dies z.B.in der IWF-Weltbankkampagne. Dort haben wir Zusammenhänge zwischen den Metropolen und den Ländern der Dritten Welt herausgearbeitet. Wir dürfen nicht nur auf Länderberichte setzen, so informativ sie auch sein mögen, sondern müssen Zusammenhänge deutlich aufzeigen. Beispielhaft war die Verknüpfung der Situation der koreanischen Textilarbeiterinnen in Süd-Korea und der Firma Adler dort und hier. Weiteres Beispiel könnte der Schnittblumenhandel zwischen Kolumbien und der BRD sein. Die Aufgabe wären dabei die Arbeitsbedingungen dort mit den Arbeitsbedingungen, die um den Frankfurter Flughafen entstanden sind (miese Jobs im neuen Dienstleistungsbereichen), analytisch zu verknüpfen.

Mein Referat ist weder eine Aufarbeitung der Geschichte noch eine vollständige Behandlung der gegenwärtigen Arbeit der „Dritte Welt"-Solidaritätsbewegung. Es ist ein Diskussionsbeitrag, der entscheidende Defizite und die daraus entstehenden Probleme der Arbeit der Solidaritätsgruppen anspricht. Viele dieser Kritikpunkte sind — leider — nicht neu, sie sind vor zehn Jahren auch schon aktuell gewesen und benannt worden sind. Ich habe sie mit aktuellen Beispielen belegt. Meine Kritik ist auch ein Stück Selbstkritik, ich zähle mich zu dieser Solidaritätsbewegung dazu.



Rudi Dutschke spricht 1968 auf dem Vietnam-Kongreß, West-Berlin

Unsere Interessen:

Warum machen wir „Dritte Welt"-Solidaritätsarbeit? Was sind unsere Interessen dabei? Das Lexikon definiert als „Solidarität des Handelns" die „gegenseitige Hilfsbereitschaft". Ralf Syring, der als Arzt in El Salvador gearbeitet hat, hat kürzlich auf einem Treffen der El Salvador-Gruppen Solidarität einen „Begriff auf Gegenseitigkeit" genannt. Sie sei nicht identisch mit Hilfe, „weil Hilfe bedeutet: Einer hat, einer hat nicht, einer gibt, einer gibt nicht". „Solidarisch" sind für ihn „Menschen, die an verschiedenen Stellen an derselben Sache arbeiten", in unserem Fall im „Kampf gegen unmenschliche Lebensbedingungen". (Zitate sinngemäß) Viele Probleme und Fehler in der Solidaritätsarbeit sind meines Erachtens dadurch entstanden und entstehen immer noch durch eine unzureichende Klärung unserer Motivation für diese Arbeit: Für wen oder was „kämpfen" wir überhaupt? Was hat das mit uns zu tun? Wir können oft sehr genau erklären, wie ein Land in Lateinamerika seine Ökonomie organisieren müßte, damit es dort kein Elend, keine Arbeitslosigkeit mehr gibt — wir können das aber nicht, oder zumindest viel schlechter nur, für die BRD. Jüngstes Beispiel: Unsere Hilf- und Sprachlosigkeit angesichts der Angliederung der DDR. Das Verhalten vieler Leute in den Solidaritätsgruppen hat (immer noch) sehr viel mit Mitleid und aufopferungsvoller Hilfe zu tun. Das beinhaltet Paternalismus und Besserwisserei und ist eben keine Solidarität. Es wird am falschen Punkt angesetzt und von der eigenen Realität abgelenkt. Ich selbst habe vor 20 Jahren mit dieser Motivation angefangen, und die Helfer-Mentalität ist mir bis heute nicht völlig fremd. Es geht auch nicht darum, Entsetzen und Empörung über die unmenschlichen Lebensbedingungen in Afrika, Asien und Lateinamerika auszuschalten oder wegzudrücken. Aber es ist für mich wirklich eine perfide Form kolonialen Denkens, die Menschen in diesen Ländern nur als unselbständige, hilflose Opfer weltpolitischer und weltwirtschaftlicher Mechanismen zu betrachten und zu behandeln. Von der „Erkenntnis", daß sie Hilfe brauchen, ist es nicht weit zu den Vorschlägen, Ratschlägen, Projektkriterien und linken Missionaren, die den rechten d.h. linken Weg weisen sollen.

Projektionen

Wir projizieren unsere Utopien und Ziele, deren Durchsetzung hier ja wirklich so furchtbar schwierig ist; wir unterstützen lieber die mutigen compañeras und compañeros, die dem imperialistischen System hoffentlich schwere Schläge versetzen. Sie kämpfen für uns — stellvertretend. Ich weiß, das ist undifferenziert, Teile der Solidaritätsbewegung haben schon viel dazugelernt. Dennoch kommt es mir wie ein Wunschbild vor, was Gernot Wirth schon vor einigen Jahren in der „ila" Nr.100 über die Solidaritätsbewegung geschrieben hat: „daß deren Mitarbeiter/innen im abstrakten Sinne mit vielen Menschen in der 3. Welt die gleichen emanzipatorischen Ziele anstreben, während sie im konkreten Sinne bzw. in ihrer konkreten Arbeit für die 3. Welt nach Erfüllung ihrer persönlichen und subjektiven Emanzipationsbedürfnisse suchen und zugleich für die Menschen in der 3. Welt in irgendeiner Form nützlich sind oder es wenigstens sein wollen." Die Praxis der Solidaritätsarbeit sieht oft nicht danach aus. Dafür im folgenden einige Beispiele.

Ungeklärte Maßstäbe

Da sind zunächst unsere ungeklärten Begriffe, Maßstäbe, Kriterien etc., mit denen wir die Wirklichkeit in Afrika, Asien und Lateinamerika erfassen bzw. zu erfassen versuchen. Wir kritisieren den Eurozentrismus der Presse, der staatlichen Entwicklungspolitik. Aber die Auswahl der Ausschnitte der Wirklichkeit, die wir untersuchen, unsere Maßstäbe, mit denen wir sie beurteilen, all das ist auch eurozentrisch. Viele Informationen, die wir über diese Länder verbreiten, geraten zur hilflosen Faktensammlung, zur Beschreibung uns unverständlicher Vorgänge. Nicht umsonst konzentriert sich das Interesse der meisten Solidaritätsgruppen auf Lateinamerika. Die vielhundertjährige Herrschaft der Spanier und Portugiesen haben Politik, Wirtschaft und Kultur dieser Länder in weiten Bereichen so zugerichtet, daß sie für uns zugänglich sind. Unsere Gesprächspartner stammen meist — wie in Afrika und Asien natürlich auch — aus der Oberschicht, deren Denken europäisch bzw. nordamerikanisch geprägt ist. Auch wenn viele von uns Atheisten sind: Die zwangsweise christlich geprägten Vorstellungen der Latinas und Latinos sind uns vertraut. Wenn wir VertreterInnen von Gruppen und Bewegungen aus diesen Ländern einladen, dann sind es meist sowieso die Leute, die die „richtigen", für uns interessanten Sachen erzählen. Und wenn nicht, dann lernen sie das während einer Veranstaltungstournee sehr schnell. Nach einigen Veranstaltungen setzen sie andere Schwerpunkte bzw. berichten von anderen Dingen als am Anfang ihrer Rundreise. Und sind unsere „Kulturveranstaltungen" wirklich ein Versuch, uns das Leben und Fühlen dieser Menschen nahezubringen, oder sind sie nicht eher exotische Verzierung unserer politischen Arbeit und der Ausdruck unserer Vorstellungen und Wünsche? Sie erzeugen oft Klischees, die uns einen differenzierten Blick auf die Wirklichkeit eher versperren. Ein älteres Beispiel: Die chilenischen Songgruppen Mitte der 70er Jahre, die ein heroisches, aber überholtes und irreführendes Bild der sozialen und politischen Auseinandersetzungen in ihrem Land gezeichnet haben.

Ungeklärte Kompetenzen

Es spricht auch nichts dagegen, daß wir uns Gedanken über die Lage in der Welt, die richtige Entwicklung, über die richtige Ordnung der Weltwirtschaft und die Rettung des Regenwaldes machen. Schließlich geht uns das alles auch eine Menge an. Trotzdem gibt es darüber keinen gleichberechtigten, solidarischen Austausch mit VertreterInnen aus dem Trikont. Daß die Oberschichten dieser Länder eher Statthalter fremder Interessen sind und nicht die Belange der Mehrheit der Bevölkerung in ihren Ländern vertreten, ist für dieses Defizit keine brauchbare Entschuldigung. Ein Beispiel: Stichwort „Abkoppelung vom Weltmarkt". Bei uns wurde lange und kontrovers über dieses Modell diskutiert. Wir wissen auch, daß die meisten Regierungen in der „Dritten Welt" nichts von diesem Weg halten, u.a. weil er den Lebensstandard der Oberschichten und deren Entwicklungsmodelle gefährdet. Aber hat es darüber denn mit den Gruppen und sozialen Bewegungen einen Dialog gegeben, mit denen wir inzwischen wenigstens ab und zu Kontakt haben? Wie wollen die denn die Weltwirtschaft organisieren? Konsequenz aus der Erkenntnis, daß wir eurozentrisch denken und handeln ist nicht, daß wir versuchen, das abzulegen, das geht nämlich gar nicht, sondern daß wir uns dessen bewußt sind, und daß wir unsere Kompetenzen klären und nicht denken, wir seien auch für die Entwicklung dieser Länder zuständig. Ursache und gleichzeitig Ergebnis unseres eurozentristischen Weltbildes ist die mangelhafte Auseinandersetzung mit der Wirklichkeit in der BRD, und zwar vor allem hinsichtlich der inneren Entwicklung. Das ist natürlich auch unangenehm, auf die Notwendigkeit von Veränderungen hier zu stoßen und einzuräumen, daß nur wir sie machen können.

Identifikation

Ein anderes Minenfeld: Unsere Identifikation mit bestimmten Bewegungen und Regierungen in der „Dritten Welt". Für viele war und ist das die Umkehrung von Bevormundung und Eurozentrismus. Endlich die Leute von dort selbst zu Wort kommen lassen, ihren Standpunkt hier verbreiten und vertreten, sie nicht belehren. Für mich ist das eine falsche Alternative: Die unkritische Identifikation mit bestimmten Leuten/Parteien aus dem Trikont bedeutet wieder, daß wir sie als Partner nicht ernst nehmen, und daß wir wieder Wünsche projizieren. Solidarität heißt auch kritische Auseinandersetzung. Es ist wohl die Blendwirkung revolutionären Glanzes, die auch in den letzten Jahren die Augen vieler SolidaritätsarbeiterInnen für banale Einsichten unempfindlich gemacht hat: daß auch die Politik unserer BündnispartnerInnen widersprüchlich oder einfach pragmatisch und vor Fehlern nicht gefeit ist, und daß Berichte über menschenfeindliches Verhalten bestimmter Bewegungen und Regierungen nicht immer nur imperialistische Propaganda sind. Ein altes Beispiel: Unsere Unterstützung für die Umsiedlungspolitik der Roten Khmer in Kampuchea. Es erschien uns ja so konsequent, daß die unproduktiven StädterInnen alle wieder was anpflanzen sollten. Daß viele Betroffene ihre Widerspenstigkeit dagegen mit dem Leben bezahlen mußten, konnte sich nur der US-Imperialismus ausgedacht haben. Ein jüngeres Beispiel: Nicaragua. Die einen wußten schon ein paar Wochen nach der Machtübernahme, daß die Sandinisten alle Kleinbürger sind, weil sie nicht sofort die Landreform und andere revolutionäre Maßnahmen durchgeführt haben. Andere gingen eher praktisch daran und wußten schon bald, wo dort drüben ein Techniker, eine Wasserleitung und ein Krankenhaus gebraucht wurde. Diese Leute hielten auch lange unverrückbar am Bild der unbefleckten Revolution in Nicaragua fest. Die wenigsten Nicaragua-Solidaritätsgruppen nahmen sich z.B. ernsthaft vor, den internationalen und bundesdeutschen Unterstützern der Contra ein paar größere Steine in den Weg zu legen, obwohl sie des öfteren hier unterwegs waren, und obwohl deren Morde und Bombenanschläge Solidaritätsprojekte zerstört haben. Revolutionärer Elan wäre angesagt gewesen. Und jetzt sind wir —auch ich — natürlich enttäuscht, daß sich die Nicas schnöde für eine bürgerliche Regierung entschieden haben, nur um ein Ende des Krieges und des Wirtschaftsboykotts der USA zu erreichen. Was haben wir da alles projiziert an revolutionärem Ethos! Das Wort vom Stellvertreterkrieg fällt mir ein. Die heldenhaften compañeras und compañeros werden sicher Verständnis dafür haben, daß wir uns keine Verletzung der Gesetze und Verordnungen leisten können, da wir sonst die Existenz unserer Gruppen, unsere berufliche Karriere und andere wichtige Dinge in Gefahr bringen.



Bild aus Wut, Witz, Widerstand, Schmetterling Verlag, 1989

Materielle Unterstützung

Auch unsere materielle Unterstützung für Gruppen und Projekte in der „Dritten Welt" ist Spiegelbild des ungleichen Verhältnisses der daran Beteiligten. Der alternative „Dritte Welt" - Handel, durch den gerechte Austauschbeziehungen hergestellt und Selbsthilfe-Ansätze unterstützt werden sollen, setzt die Mechanismen des Weltmarktes auch im Kleinen nicht außer Kraft, im Gegenteil: er bringt eine materielle Abhängigkeit der ProduzentInnen in z.T. stark konjunkturabhängigen Bereichen hervor. Wechselnde Kleider- und politische Moden erschweren eine stabile Absatzplanung für die Genossenschaften und Kleinbetriebe. Für sie ist der Verkauf ihrer Produktion eine Existenzfrage, für uns ist der Kauf politisches „Hobby". Die GEPA und die „Dritte Welt"-Läden legen fest, welches Projekt politisch so wertvoll ist, daß seine Produkte in den alternativen Handel gelangen dürfen. Es handelt sich keinesfalls um gleichberechigte Beziehungen, die eine Alternative zu den Weltmarktabhängigkeiten darstellen. Die gleiche Kritik gilt der Unterstützung von Projekten in der „Dritten Welt", die ich eher als Hilfe denn als Solidarität einstufen würde. Politisch und materiell ist das Abhängigkeitsverhältnis eindeutig. Wenn es nicht gar unsere eigenen Ideen sind, deren Realisierung wir dort finanzieren, so sind wir es doch auf jeden Fall, die die Vorschläge und Anträge prüfen und bewerten. Vielleicht wollen wir ja nicht mal Quittungen und Abrechnung sehen, aber wir wollen natürlich wissen, wofür wir spenden. Es hat vor einigen Jahren mal einer Arbeitsgruppe aus GEW- und ADW (Aktion Dritte Welt in Freiburg) - Leuten, die ein kleines Konto zur Mitfinanzierung der Zeitung der peruanischen LehrerInnen-Gewerkschaft SUTEP betreuen, erhebliches Kopfzerbrechen bereitet, daß die SUTEP das Geld mal (ausnahmsweise) zur Unterstützung von Familien verhafteter KollegInnen verwandte.
Es gibt halt kein Geld, wenn - je nach Herkunft der materiellen Unterstützung - nichts für Frauen oder Ökologie oder sonst etwas Wichtiges im Projekt getan wird.

Noch eine Bemerkung zum Thema Projekte: Über die zerstörerischen Konsequenzen staatlicher Entwicklungshilfe der BRD ist ja schon viel geschrieben worden, in den „blättern des iz3w" und anderswo. Die Tatsache, daß jetzt Gelder aus dem BMZ-Etat gen Osten fließen zur Unterstützung und Flankierung des großartigen Eroberungszugs unserer Wirtschaft und Wirtschaftsordnung wird auch von einigen VertreterInnen der Solidaritätsbewegung als Nachteil für die Länder im Trikont gewertet nach dem Motto: „Jetzt kriegen die bald gar nichts mehr!". Manchmal habe ich das Gefühl, daß die Solidaritätsbewegung nicht nur ihre Bündnispartner in der „Dritten Welt", sondern sich selbst nicht ernst nimmt.

Das Weltflüchtlingsproblem

Es kommen immer mehr Flüchtlinge aus „Dritte Welt" - Ländern nach Europa und in die BRD, wegen politischer Verfolgung, aus Angst vor Krieg, aber auch einfach aus ökonomischen Gründen, schlicht auf der Suche nach einem Arbeitsplatz oder einer anderen Möglichkeit des materiellen Überlebens. Die meisten Solidaritätsgruppen beschäftigten sich nur zögernd mit dem Problem oder setzten sich konkret für die Flüchtlinge ein, obwohl das ganze Thema Unterentwicklung damit auf die Tagesordnung gesetzt wird und sich daran wunderbar erklären läßt. Die Konsequenzen der kolonialen und neokolonialen Zerstörungspolitik und der Weltarbeitsteilung werden für die beschützten Privilegierten in den Industrieländern plötzlich sichtbar und erfahrbar, das ist ja auch für uns überraschend. Wir dachten ja immer, daß wir das mal eines Tages über erhöhte Rohstoffpreise etc. zu spüren bekommen, wenn die Habenichtse sich entschließen sollten, ihrer Ausplünderung nicht länger tatenlos zuzusehen. Schon vor einigen Jahren hat medico international in den „Thesen zur Weltflüchtlingsfrage" die Flucht als Form der Gegenwehr bewertet: „Auch wenn die Flüchtlinge hier in den Lagern enden und auf dem illegalen Arbeitsmarkt, so präsentieren sie uns nicht nur ihre Not, sondern viel wichtiger, ihren Anspruch auf zukünftiges Leben und Entschädigung - und sind Teil des internationalen Kampfes dafür. Sich derart auf sie wirklich zu beziehen, heißt nicht nur ihr „Recht auf Asyl", sondern ihren Anspruch auf Freizügigkeit, Selbstbestimmung, Einkommen zu verteidigen, heißt ihre weltweiten Ansprüche in den Metropolen zu thematisieren und heißt auch, die Flüchtlinge vor der Verwertung als Manövriermasse repressiver Sozialpolitik zu schützen." Statt gegen die „Diskriminierung" als „Wirtschaftsflüchtlinge" zu argumentieren - ich finde daran gar nichts Diskriminierendes, als Flüchtling vor Armut und Elend eingestuft zu werden - sollten wir für das Bleiberecht aller Flüchtlinge eintreten. Ich habe das Gefühl, daß es auch bei vielen Leuten aus der Solidaritätsbewegung plötzlich Unwohlsein hervorruft, daß die „Dritte Welt" uns jetzt plötzlich so dicht auf den Pelz rückt - und zwar nicht anständig mit einem Hilfsantrag unter dem Arm oder einem politischen Vortrag auf den Lippen, sondern auf der Suche nach Arbeit und Einkommen.

Ob die Grenzen unserer Aufnahmekapazität erreicht sind, ist doch eine Frage der politischen Prioritäten, auf die wir Einfluß nehmen können. Interkulturelle Probleme? Rassismus und Fremdenfeindlichkeit? Kann sein, aber auch das können wir verändern - und zwar hoffentlich nicht durch die Vertreibung der Fremden! Was auch daran wieder unangenehm ist: Wir müssen hier was tun, können nicht mehr ausweichen: Unsere Arbeitsstelle in dieser Solidaritätsarbeit ist in der BRD!

Perspektiven

Wir sollten die Wirklichkeit in der BRD in unsere Arbeit integrieren. Das bedeutet z.B. auch, daß wir mit unseren Bündnispartnern nicht nur über die Situation in ihren Ländern, sondern auch über die Situation bei uns sprechen. Bei der Begegnung von peruanischen und deutschen Leuten von der Christlichen Arbeiterjugend ist mir vor zehn Jahren aufgefallen, daß sich die deutsche Gruppe vor der Reise sehr intensiv über die Situation in Peru informiert hat. Die peruanische Gruppe informierte sich vor ihrem Gegenbesuch ebenfalls sehr ausführlich - über Peru. Wenn Solidarität heißt, an verschiedenen Stellen an derselben Sache zu arbeiten, sollte unser Informationsfluß etwas mehr Gegenverkehr bekommen. Unsere Zusammenarbeit mit den (Neuen) Sozialen Bewegungen im Trikont, die noch sehr stark ausgebaut werden muß, läßt sich dadurch auf eine bessere Grundlage stellen, und sie macht die verstärkte Kooperation mit den verschiedenen (Neuen) Sozialen Bewegungen in der BRD sinnvoll und notwendig. Trotz Kritik und Defiziten: die Verschuldungskampagne 1988 hatte für mich hoffnungsvolle Ansätze in dieser Richtung. Wir sollten sie 1992 bei der Kampagne zur EG-Integration und dem 500. „Jubiläum" der kolonialen Eroberungs- und Zerstörungsgeschichte aufgreifen und weiterentwickeln!

Bernhard Jimi Merk

Sekten in Lateinamerika

Uncle Sam's Hilfstruppen

Eine neue Eroberungswelle rollt über Lateinamerika hinweg: evangelikale und andere Sekten, seit den 70er Jahren wichtige Instrumente der US-Aufstandsbekämpfung, haben buchstäblich im Sturm die Länder südlich des Rio Grande eingenommen und mittlerweile 30 Mio. Lateinamerikaner als Anhänger gewonnen. Mit der folgenden Übersetzung eines Artikels von Christian Rudel aus der französischen Zeitschrift „Croissance" vom März 1990 wollen wir einen Einblick in das lateinamerikanische Sekten(un)wesen geben.

Nach einer neuen Schätzung können die Sekten in Guatemala knapp 30% der Bevölkerung zu ihren Mitgliedern zählen. Im kleinen Honduras streiten sich 140 Sekten um 4,7 Millionen Einwohner. In El Salvador soll ihre Anhängerschaft 16% der Bevölkerung ausmachen.

Das massive Auftreten der Sekten in Lateinamerika begann in den 70er Jahren. Nelson Rockefeller unternahm 1968 im Auftrag von Präsident Richard Nixon eine lange Studienreise durch die Region. In seinem an das Weiße Haus adressierten Bericht unterstreicht er, daß die katholische Kirche „aufgehört hat, ein sicherer Verbündeter der Vereinigten Staaten zu sein und kein Element der Stabilität mehr für den Kontinent darstellt".

Schlimmer noch, sie ist zu einem „potentiellen und gefährlichen Zentrum der Revolution" geworden. Das Urteil Rockefellers bezog sich auf die Anfänge der Theologie der Befreiung und auf die kirchlichen Basisgemeinden, die an manchen Orten entstanden, vor allem in Brasilien.

Etwas später, auf einer Konferenz in Rom im Jahre 1969, bestätigte Rockefeller klar „die Notwendigkeit, die Katholiken in Lateinamerika durch andere Christen zu ersetzen".

Ein Jahrzehnt später griff das ‚Dokument von Santa Fé' das eine Gruppe Konservativer verfaßt hatte, um Präsident Reagan eine Grundlage für seine Politik zu liefern, die gleichen Anschuldigungen wieder auf und verstärkte sie noch. Das ‚Dokument von Santa Fé II', das von der gleichen Gruppe vor einigen Monaten für George Bush erarbeitet wurde, definiert die Theologie der Befreiung als „politische Doktrin, getarnt als religiöser Glaube, mit Stoßrichtung gegen den Papst und das Unternehmertum..."

Seit dem Rockefeller-Bericht bediente



sich Washington diskret der Sekten, um eine neue „Evangelisierung" Lateinamerikas durchzuführen. Die Sekten ließen sich diese Gelegenheit nicht entgehen und gründeten zur Koordinierung ihrer Aktivitäten sogar weltweit tätige Organisationen wie ‚World Vision' oder ‚Love Lift', die manchmal als „Transnationale der Sekten" bezeichnet werden.

Wie läßt sich der Erfolg dieser Sekten erklären? Einige nennen als Ursache die wirtschaftliche Krise und die durch sie hervorgerufene Arbeitslosigkeit, vor allem unter den Jugendlichen.

Andere behaupten, daß gerade die Schwächsten und Unreifsten unter den Jugendlichen in den Sekten einen Ersatz für die väterliche Autorität suchen, die in den Familien oft fehlt.

Wieder andere verweisen auf die gesellschaftlichen Umwälzungen in Zentralamerika und auf die brutale militärische Repression, die in mehreren Ländern dieser Region herrscht und sehen das Bedürfnis der leidgeprüften Bevölkerung nach Sicherheit als Ursache.

Vielleicht muß man auch die Unzulänglichkeiten der katholischen Kirche in manchen Regionen in Betracht ziehen. Lange Zeit beschränkte sie sich auf eine paternalistische und distanzierte Haltung und verschloß sich vor den täglichen Problemen der Gläubigen. Der ständige Personalmangel machte die Präsenz innerhalb bestimmter sozialer Klassen in bestimmten Gegenden unmöglich: die verschiedenen Kulte afrikanischen Ursprungs sind nie ausgestorben und breiten sich in Brasilien, Haiti und in der Karibik sogar weiter aus.

Und schließlich „kaufen" die Sekten ihre Anhänger, indem sie Geschenke verteilen: Geld, Nahrungsmittel, Kleidung, Medikamente, Arbeitsplätze und vieles mehr.

Die Moon-Sekte

Die Sekte, die sich am schnellsten und am weitesten ausbreitete, ist die **Moon-Sekte**, die 1956 in Südkorea von "Reverend" **Sun Myung Moon** gegründet wurde. Ihr Ziel ist die weltweite Vereinigung aller Christen. Moon ließ sich einfach zum "neuen Messias" ausrufen mit dem Auftrag, das zu vollbringen, was Christus aus Zeitmangel nicht zu Ende führen konnte.

Die Moon-Sekte entstand in der heftigsten Phase des Kalten Krieges und ist streng antikommunistisch. Moon erklärte: "Der Dritte Weltkrieg wird nicht mit Waffen gewonnen, sondern mit Ideen."

Da für den Kampf gegen den Kommunismus viel Geld benötigt wird, verwandelte sich Moon in den Chef eines Unternehmens und zögerte nicht, seinen Anhängern hohe finanzielle Beiträge abzuverlangen.

Heute ist die Moon-Sekte zu einem transnationalen Unternehmen geworden und besitzt weltweit Betriebe aller Art, von Nahrungsmittelfabriken bis zu Rüstungsbetrieben, aber auch Hotelketten, Zeitungen, Filmgesellschaften, eine Hochsee-Fischereiflotte, Restaurantketten etc. Die amerikanische Zeitschrift Newsweek schätzt das Moon-Vermögen auf ungefähr fünf Milliarden Dollar und Jean-Francois Boyer reiht die Sekte in seinem Buch "L'Empire Moon" (Das Moon-Imperium) unter die fünfzig größten privaten Wirtschaftsmächte der Welt ein.

Die Moon-Sekte drang Anfang der 80er Jahre nach Lateinamerika vor. In Uruguay, das damals noch unter der Gewaltherrschaft der Militärs stand, gelang es ihr, einen sicheren Stützpunkt aufzubauen. Da die Militärs ideologisch mit der Sekte übereinstimmten, gewährten sie ihr alle möglichen Erleichterungen. Die Moon-Sekte konnte so schnell eine Tageszeitung, eine Druckerei, ein Hotel und eine Bank erwerben, investierte in der Viehzucht und in anderen Wirtschaftszweigen. So sollen etwa 100 Millionen Dollar in diesem Land angelegt worden sein. Trotz der Abdankung der Militärs ist Uruguay die Basis der Moon-Sekte für ihre weitere Ausbreitung in Lateinamerika geblieben.

Nachdem auch die Zeit der anderen lateinamerikanischen Diktaturen, auf die sich Moon stützen konnte, abgelaufen ist, will Moon heute seinen Kampf gegen den Kommunismus "auf der Basis von demokratischen und pluralistischen Regierungen führen".

Ein großer Teil der militärischen Hilfe für die antisandistischen Contras in Nicaragua wurde über verschiedene Organisationen der Sekte finanziert. Dies mußte einer der Empfänger dieser Hilfe, Adolfo Calero, Präsident der 'Demokratischen Front Nicaraguas', zugeben. Und der bekannte nordamerikanische Journalist Jack Anderson schrieb, daß "es in den Bergen Zentralamerikas oft schwierig ist, zwischen CIA-Agenten und Moon-Anhängern zu unterscheiden."



„Beharrlicher Gottes": Paraguays Ex-Diktator General Stroessner

Der Begriff "Sekte"

Als "Sekten" bezeichnet man ganz allgemein diejenigen Kirchen, die sich auf besondere "Offenbarungen" stützen und sich so außerhalb der Grenzen des traditionellen Christentums bewegen.

Als Sekten gelten etwa die Adventisten, die Mormonen und die Zeugen Jehovas. Außerdem die christlich-fundamentalistischen Kirchen, die zum Großteil in den USA entstanden sind, an Erkenntnisse glauben, die aus der wörtlichen Auslegung der Bibel gewonnen werden, und die – unterstützt durch umfangreiche, finanzielle Mittel – einen großen Bekehrungseifer an den Tag legen.

Als Sekten werden auch die Pfingst-Kirchen bezeichnet, die an Eingebungen des Heiligen Geistes (Prophezeiungen, Heilungen etc.) an Pfingsten glauben.

Schließlich zählen auch diejenigen Gruppen zu den Sekten, die aus den großen orientalischen Religionen hervorgegangen sind, z.B. die Baha'i, die eine Mischung aller Religionen vertreten, die Kinder Krishnas ebenso wie die "Kirche der weltweiten Vereinigung des Christentums", die üblicherweise nach dem Namen ihres Gründers Moon-Sekte genannt wird.

Am bekanntesten sind Moon und die fundamentalistischen Sekten. Sie heben sich hervor durch einen ausgeprägten Antikommunismus, betonen die Erlangung des persönlichen "Seelenheils" und lehnen jegliches politisch-irdische Engagement ab. Das hat zur Konsequenz, daß sie soziale Ungerechtigkeiten und selbst massive Menschenrechtsverletzungen dulden. Bei einigen kommt noch die Neigung hinzu in den Geschehnissen der Gegenwart nach apokalyptischen Vorzeichen für die Wiederkehr Christi auf Erden zu suchen.

Die "Beharrlichen Gottes"

Aber vor und nach Moon gab es eine große Zahl anderer Sekten, die in die Politik eingestiegen sind und Regime unterstützt oder direkt angeleitet haben.

General Stroessner, der von 1954 bis 1989 als Diktator Paraguay regierte, stützte sich zum Beispiel auf eine die **„Beharrlichen Gottes"** (Persévérants de Dieu) genannte Sekte, die große Porträts des Diktators auf ihre Altären aufstellte. Die Sekte wird von dem früheren argentinischen Großgrundbesitzer Mariano Bobadilla geführt, der sich mit dem Namen „Heiliger Lukas" schmückt und vorgibt, Papst zu sein. Die „Beharrlichen Gottes" behaupten von sich, daß sie „katholisch, apostolisch und para-

guayisch" sind, und gehen davon aus, daß sie „das in der Bibel angekündigte, wahre Volk Gottes" darstellen.
Die Sekte lehrte, „daß man sich den irdischen Gesetzen nicht widersetzen darf und auf der Seite von Regierung und Obrigkeit stehen muß." Das Glaubensbekenntnis der „Beharrlichen" besteht aus folgenden Sätzen: „Ihr werdet höheren Gewalten unterworfen sein. Alle Gewalt geht von Gott aus. Derjenige, der Widerstand leistet, widersteht Gott und verfällt der Verdammung."
Die „Beharrlichen Gottes" geben ihre Anhängerzahl mit 20 000 an. Viele von ihnen waren aktive Mitglieder der Colorado-Partei, die Stroessner unterstützte. Höhere Offiziere von Polizei und Armee gehörten zu den Verantwortlichen der Sekte, und die für die Bewachung von wichtigen Persönlichkeiten des Regime zuständigen Polizisten wurden oft unter den Gläubigen rekrutiert. (...)
So verwundert es nicht, daß trotz schwerwiegender Anschuldigungen (Vergewaltigung Minderjähriger, Drogenkonsum, illegale Bereicherung etc.), die gegen einige Sektenmitglieder erhoben wurden, die Regierung des Diktators immer wieder bestätigte, daß die Aktivitäten der Sekte „völlig unter Kontrolle und keineswegs strafbar" seien.
Seit dem Sturz Stroessners und dem öffentlichen Bekanntwerden von Unterschlagungen und Machtmißbräuchen sollen die „Beharrlichen" beständig an Einfluß verlieren. (...)

Beispiel Guatemala

In Guatemala tauchten die ersten Sekten bereits kurz nach dem Protestantismus auf. Die **Methodistische Kirche** wurde 1882 vom „liberalen" Präsidenten Justo Rufino Barrios ins Land geholt, wo sie ein Gegengewicht zur Katholischen Kirche bilden sollte, die sich damals allen Gedanken des politischen, wirtschaftlichen und sozialen Wandels gegenüber verschlossen zeigte. Andere Sekten etablierten sich um 1930. Doch erst seit Beginn der 60er Jahre, als auch die Guerilla mit dem bewaffneten Kampf begann, machten die Sekten in größeren Umfang auf sich aufmerksam. Und erst seit Anfang der 80er Jahre spielen sie eine wichtige Rolle. Damals ließen sie sich in den Gegenden nieder, die am heftigsten unter Krieg und Repression zu leiden hatten und konnten auf diese Weise schnell zahlreiche Gläubige gewinnen. Ein Erfolg, der sehr leicht zu erklären ist: in Gebieten, die schon zu normalen Zeiten arm sind und während des Krieges noch weiter verarmen, sind die Sekten umso "interessanter", je mehr Hilfe sie an ihre Mitglieder verteilen. Außerdem wird den Menschen schnell deutlich, daß die Zugehörigkeit zu einer Sekte meist vor Übergriffen durch die Armee schützt.
Die überwiegende Zahl der Sekten stellt das Seelenheil der Menschen in den Vordergrund, akzeptiert die Last gesellschaftlicher Situationen als wesentlichen Bestandteil des Heilsprozesses und bringt jegliches politisches oder irdisches Engagement in Mißkredit oder verbietet es. Dadurch werden die Gläubigen entpolitisiert und zu Verbündeten der Armee und der konservativen Kräfte gemacht.



„Christus kommt bald - sei bereit!"

Die Sekten rekrutieren ihre Gläubigen zudem durch „kombinierte Aktionen" mit der Armee. Bei ihrem Versuch, die Guerillagruppen auszuhungern und zu vernichten, wendet die Armee systematisch die Taktik der verbrannten Erde an, zerstört Dörfer und Ernten, um die Bewohner danach in „strategische Dörfer" und „Entwicklungspole" zwangsumzusiedeln. Diese sind so angelegt, daß sie eine einfache und ständige Kontrolle der Bevölkerung erlauben. In den neuerrichteten „strategischen Dörfern" bilden die Sekten einen wichtigen Faktor. Sie bieten den verunsicherten und traumatisierten Menschen materielle Hilfe an, die schnell akzeptiert wird. Danach beginnen die Bekehrungsprogramme. So nehmen die Sekten aktiv am Aufbau eines „neuen" Guatemala teil, das gegen Subversion immun werden soll.
Für die Sekten war es um so einfacher, in Guatemala Fuß zu fassen, als der Posten des Präsidenten der Republik für beinahe 18 Monate (1982/1983) mit General Jose Efrain Rios Montt besetzt war, der Funktionär in einer dieser Organisationen war: der **Kirche des Wortes**. Diese Sekte kam nach dem Erdbeben im Jahre 1976 ins Land, das damals einen Teil der Hauptstadt zerstörte. Ihre Hochburg befindet sich in Eureka, Kalifornien.
Rios Montt errichtete in dem Land eine Art blutige Theokratie, deren „Prophet" er war, mit der Mission, den Kommunismus im Lande auszurotten und die Basis aller Subversion zu liquidieren. Die bildeten ihm zufolge vor allem die Indianer.
Rios Montt ist seit sieben Jahren von der politischen Bühne Guatemalas verschwunden (und wird sie, nachdem sein jüngster Versuch eines politischen Comeback gescheitert ist, vorerst nicht wieder betreten, red.). Aber die Sekten, von denen er unterstützt wurde, haben Guatemala nicht verlassen.

Die Bekehrung der Indianer in Mexiko

Obwohl im mexikanischen Bundesstaat Chiapas die Verhältnisse weniger dramatisch sind als in Guatemala, spielen die Sekten dort doch fast die gleiche Rolle: sie bilden einen Schutzwall, um Mexiko, aber auch die USA, vor der Subversion zu schützen. Mehr als 200 fundamentalistische Sekten haben sich deshalb angeschickt, die „guten" Indianer von Chiapas von den "infizierten" Indianern Zentralamerikas fernzuhalten.
Während die Sekten bei den Indianern Bewunderung für die Vereinigten Staaten zu wecken versuchen, fördern sie gleichzeitig ein Gefühl der Scham und der Geringschätzung der traditionellen Kultur und ihre Ausdrucksformen. Von da bis zur Aufgabe der Muttersprache - Tojolabal, Tzotzil, Tzeltal - ist es nur ein kleiner Schritt. Um diesem Ziel näherzukommen, argumentieren die Missionare auch, daß man Spanisch lernen müsse, weil die Bibel auf Spanisch verfaßt sei! Einige Sekten sind sogar soweit gegangen, ihren Gemeinden die englische Sprache aufzuzwingen, und es finden sich heute indianische Gemeinschaften, die Englisch als Umgangssprache benützen, nachdem man ihnen zu verstehen gab, daß ihre Muttersprache „die Sprache des Teufels" sei!
Und wenn sie erst einmal mit einer neuen Sprache versehen sind — die angeblich allen anderen überlegen ist — entfremden sich die Indianer von ihren Brüdern und Schwestern. Sie übernehmen den Lebensstil der Missionare im Rahmen der ihnen zur Verfügung stehenden Mittel. Ihre Tradition, ihre Kultur und auch die indianische Nation, zu der sie gehören, werden ihnen fremd. Für die Überlegenheit ihres neuen Lebensstils, von der man sie gründlich

Das Summer Institute of Linguistics preist den American way of life an

Unter den Sekten nimmt das Summer Institute of Linguistics einen besonderen Platz ein. Seine Gründung ist eng mit den Erfahrungen eines nordamerikanischen Missionars namens William Cameron Townsend verbunden, der 1917 damit begann, die Cakchiquel-Indianer in Guatemala zu evangelisieren. Sehr schnell erkannte er, daß seinen Bemühungen solange kein Erfolg beschieden sein könnte, bis er nicht die Bibel in die Sprache der Eingeborenen übersetzt haben würde. Er brachte sein Unterfangen erfolgreich zu Ende. Aus diesen ersten Erfahrungen entstand die Idee, die Bibel in alle Sprachen der unterentwickelten Länder zu übersetzen, insbesondere in die Sprachen Lateinamerikas. So entstand eine Institution mit stark wissenschaftliche und universitärem Charakter. Das Institut finanziert sich aus Zuwendungen protestantischer Kirchen, religiöser Stiftungen, transnationaler Unternehmen wie z.B. Shell, der Agency for International Development (US-amerikanische Entwicklungsbehörde), des US-Außenministeriums etc.
Es schickt seine Missionare in alle Teile der Welt, die seit Beginn der 60er Jahre mehr und mehr als Träger der Ideologie der Geldgeber auftreten.
Ihre Missionstätigkeit beinhaltet laut Gilberto Lopez y Rivas, Professor für Anthropologie an der Autonomen Universität von Mexiko: "Einschärfen von Individualismus, um alle Gedanken oder Hinweise auf Selbstorganisation, Kooperation und Solidarität zu beseitigen; Hinführung zu Gehorsam, Passivität und völliger Gleichgültigkeit gegenüber den politischen Auseinandersetzungen."
So hat z.B. ein Missionar in Chiapas den Kampf der Bauern um eigenes Land mit den Worten verurteilt, es handele sich dabei nur um eine Erscheinungsform der "Sünde des Neides".
Eine andere Aufgabe der Missionare besteht darin, die politischen, administrativen und repressiven Organe des Staates zu unterstützen und deren Rolle zu beschönigen.
Der Sozialismus wird als Werk des Satans eingestuft, während der nordamerikanische Imperialismus diejenigen Kräfte vertritt, die die Unterstützung Gottes geniessen.
Es ist bewiesen worden, daß das Institut seine Infrastruktur (Flugzeuge, Radiosender) sowohl in den Dienst der Ordnungs-Kräfte stellt (wie 1970 in Kolumbien beim Kampf gegen Bauern, die ihr Land verteidigten) als auch in den Dienst der Prospektoren transnationaler Unternehmen, die Erdöl, Diamanten, seltene Metalle und Uran suchen.
Das Summer Institute of Linguistics ist weder allein eine Missionsorganisation, noch eine Sekte noch eine universitäre Forschungsgruppe. Aber die Verbindung dieser drei Faktoren macht es möglich, aus ihm ein Instrument zur Kontrolle, Beaufsichtigung und zur kulturellen Entwurzelung der Eingeborenen Lateinamerikas zu machen, wobei es gleichzeitig als unermüdlicher Verbreiter des American way of life und seiner Werte auftritt.

überzeugt hat, geraten die so Bekehrten manchmal in Streit mit denjenigen, die an ihrer Kultur festhalten. Ein Streit, der oft noch durch Geschenke geschürt wird, die die Bekehrten erhalten.
Die wiederholte Verteilung von Geld- und Sachgeschenken weckt eine Fürsorgeempfänger-Mentalität und verhindert, daß das Volk sein Schicksal selbst in die Hand nimmt. Es kommt nicht selten vor, daß Sekten Bauern "kaufen", damit diese ihre althergebrachten Organisationsformen oder die Kooperativen aus neuerer Zeit verlassen, um danach als vereinzelte und ihres gewohnten Umfeldes entfremdete Bauern ihrer Arbeit nachzugehen.

Die Sekten treten als Faktor der Zerstörung, der Auflösung und des Untergangs der alten indianischen Gemeinschaften in Erscheinung. Aber ist dieser Untergang nicht das, was sich viele Führer und Politiker Lateinamerikas wünschen, weil sie den alten Gemeinschaften vorwerfen, die Entwicklung zu bremsen? Und ist es nicht dieser Untergang, den die guatemaltekischen Militärs geplant hatten, als sie die indianischen Bevölkerungsgruppen — zur Aufgabe der Muttersprache zwang und in „strategische Dörfer" umsiedelte? Die Sekten müssen den Prozeß der Vernichtung lediglich zu Ende führen...
Selbstverständlich entsprachen nicht alle Sekten den Wünschen und Direktiven derjenigen, die sie zur Eroberung Lateinamerikas ausgeschickt hatten.
Einige Sekten sind Randerscheinungen, wie die von dem Kubaner Adolfo Constanza geleitete **narco-satanische Bewegung** (La secte narco-satanique), die eigene Anhänger tötete und zerstückelte, um sie als Sühneopfer dem Dämon darzubringen. Andere sind einfach Mittel zur Bereicherung ihrer Führer und Gründer.
Und schließlich haben sich einige wenige Sekten auf die Seite des Volkes gestellt, um dessen Kämpfe zu unterstützen. In Guatemala z.B. hatten einige Sekten unter der Herrschaft von Rios Montt zu leiden: ihre „Missionare" wurden ermordet, entführt, verschwanden, wurden eingesperrt oder ausgewiesen. Die Umwandlung von etwa fünfzig Kirchengebäuden in Militärkasernen war dagegen ein vergleichsweise harmloser Akt. Aber diese Ausnahmen dürfen nicht vergessen lassen, daß die Sekten in Lateinamerika ein bevorzugtes Instrument des Kampfes sind, den Konservative aller Art gegen die Emanzipation der Menschen in Lateinamerika führen.

Christian Rudel
(Übersetzung: br)

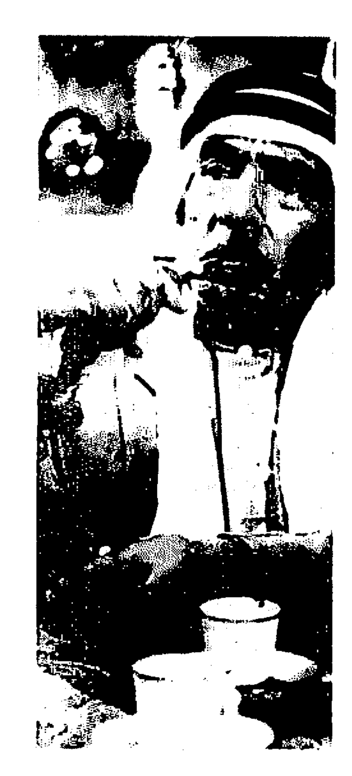
Bezugsadresse von "Croissant": 163 bd Malesherbes, F-75859, Paris Cedex 17.

Das Lied der Steine

Syrische und palästinensische Filme im Kino

Fanatische Todeskommandos, palästinensische No-Future-Jugendliche, verschlagene politische Führer, israelisches Militär, bundesdeutsches Giftgas ... und, wenn's denn sein muß, notleidende Bevölkerung - so präsentieren uns die Medien die arabische Welt. Längst ist es überfällig, diesem einseitigen Blick, Stimmen und Bilder aus der Region entgegenzusetzen. Viola Shafik vom „Metropolis" (Kommunales Kino in Hamburg) hat deshalb eine Reihe mit syrischen und palästinensischen Spiel- und Dokumentarfilmen organisiert, die größtenteils in bundesdeutschen Kinos noch nicht zu sehen waren. Dem Begleitheft für diese Reihe sind die folgenden Filmbeschreibungen entnommen.

Erste palästinensische Filme von Bedeutung erschienen Ende der 60er Jahre parallel zur politischen Emanzipation der Palästinenser, die sich von der arabischen Bevormundung befreiten. Bis 1975 produzierte ein Filmkader der 'Fatah', trotz schwierigster Bedingungen, in Beirut dutzende von Propaganda- und Informationsfilmen. Insbesondere das filmwirtschaftlich schwache Syrien bot während der 70er Jahre ausländischen Regisseuren die Chance, ihre Filme ohne allzu große staatliche Einflußnahme zu verwirklichen. **KAFR KASSEM** (1974), von dem Libanesen Borhane Alaouie und **DIE BETROGENEN** (1972), von dem Ägypter Taufiq Salih realisiert, können zu Recht für sich in Anspruch nehmen, als erste selbstkritisch das palästinensisch-arabische Verhältnis unter die Lupe genommen zu haben. Das palästinensische Filmschaffen beschränkte sich nach dem Exodus aus Beirut in den 80er Jahren auf wenige individuelle Bemühungen. **DIE HOCHZEIT VON GALIÄA** (1987), des heute in Belgien lebenden Michel Khleifi, zeichnet sich nicht nur durch ihre kluge Erzählung, sondern auch durch eine hervorragende Filmsprache aus. Ein betagter Dorfvorsteher erhält die Erlaubnis, für seinen Sohn eine prunkvolle Hochzeit ausrichten zu dürfen; jedoch nur unter der Bedingung, den israelischen Militärgouverneur und seine Offiziere als Ehrengäste einzuladen. Im Dorf löst diese „Einladung" höchst widersprüchliche Reaktionen aus. Als sich schließlich alle, israelisches Militär, rebellische Jugendliche sowie Männer und Frauen des Dorfes, im Haus des Dorfvorstehers einfinden, werden die grundlegenden Konflikte ihrer Zwangsgemeinschaft offenbar. In Khleifis jüngstem Film **DAS LIED DER STEINE** (1990) ist die explosive Stimmung der



Borhan Alouie: KAFR KASSAM

HOCHZEIT der knisternden Spannung eines Stellungskrieges gewichen. Mit der **INTIFADA** hat der Alltag in Israel und den besetzten Gebieten grundlegende Veränderungen erfahren. Bürokratische Handicaps und politische wie moralische Restriktionen gehören seit zwanzig Jahren zu den gängigen Erfahrungen syrischer Filmemacher.

Besonders hart traf die Zensur den Dokumentarfilmer Omar Amiralay. In **ALLTAGSLEBEN IN EINEM SYRISCHEN DORF** (1974) und **DIE HÜHNER** (1978) schildert er unumwunden und mit meisterlicher Kamera das Mißlingen sozialistischer Entwicklungspolitik in den Dörfern des Landes. Allzudeutlich machte z.B. **ALLTAGSLEBEN** wie Großgrundbesitzer, trotz der Enteignungen, ihre einflußreichen Positionen auch innerhalb der neuen Strukturen zu erhalten wußten. Andere Filmemacher und Autoren — wenig gewillt wie Amiralay den Schritt ins Exil zu machen — haben eigene Mittel und Wege entdeckt, um ihren Ansichten Gehör zu verschaffen. Satire und poetischer Symbolismus gehören darum zu den wesentlichen Merkmalen des politisch engagierten syrischen Films. In **DER ZWISCHENFALL DES HALBEN METERS** (1981) von Samir Zikra befindet sich, ausgerechnet während des Sechs-Tage-Krieges 1967, ein junger Steuerbeamter auf Freiersfüßen. Die Angebetete zu einem gemeinsamen Schäferstündchen zu überreden, nimmt seine Aufmerksamkeit weitaus mehr in Anspruch als der Krieg oder die Nationalisierung der Wirtschaft. Mit dem Fortschreiten der Krise jedoch entpuppt sich der einfache Angestellte in Liebesnöten als kalter Bürokrat. Je besser er im System funktioniert, desto mehr bröckelt seine Liebe. In Zikras Filmen — ähnlich wie in Mohammed Malas' **TRÄUME VON DER STADT** (1984) oder Oussama Muhammads **TAGESSTERNE** (1988) versteckt sich politische Analyse hinter dem Deckmantel des Alltags, manifestiert sich die Auseinandersetzung mit den herrschenden Verhältnissen in nuancierten Veränderungen der Charaktere. Mit der Untersuchung des kleinbürgerlichen familiären Umfeldes versuchen sie, die Struktur eines ganzen Systems bloßzulegen. Die Gewalttätigkeit und Härte der Väter, die Hilflosigkeit der Mütter, die Verlorenheit der Kinder sind nichts anderes als die Symptome einer allumfassenden Repression. Vor dem Damoklesschwert der Zensur rettet diese Beobachtungen sicherlich nur ihre mit feinem Humor gewürzte, zurückhaltende Erzählweise.

Andreas Beil

Die im übrigen auch kinematographisch spannenden syrischen und palästinensischen Filme sind ab Mitte Januar für ca. drei Monate in verschiedenen kommunalen Kinos, z.B. in Hamburg, Berlin, Freiburg und Karlsruhe zu sehen.

Die Koksguerilla - Der Leuchtende Pfad in Peru

Die beiden Bell-212 überfliegen in geringer Höhe die von Koka-Feldern zerschnittene tropische Vegetation. Es ist etwa zwanzig Minuten her, daß wir das Hauptquartier Tingo Maria verlassen haben..."
Bücher, die so beginnen, lege ich normalerweise wieder aus der Hand. Wenn einem Autor nichts anderes einfällt, mein Interesse zu wecken, als der Rückgriff auf die abgestandensten journalistischen Aufreißertechniken, dann ist das Schlimmste zu erwarten.
Wenn es sich allerdings um das bisher einzige deutschsprachige Buch über die peruanische Terrorguerilla „Sendero Luminoso (Leuchtender Pfad) handelt, über die es zwar auch hierzulande viele entschiedene Meinungen, aber auch nach wie vor kaum Informationen gibt, muß man wohl weiterlesen.

Der Hauptteil des Buches ist glücklicherweise anderer Machart. Ein erster langer Abschnitt beleuchtet die Entstehungsgeschichte des Sendero, geschickt verwoben mit kurzen Blicken auf die peruanische Geschichte und die sozialen Verhältnisse, ohne die die Entstehung einer Gruppe wie Sendero völlig unverständlich bliebe. Wichtig ist hier z.B. auch die Gegenüberstellung der politischen Ansätze der peruanischen Guerilla der sechziger Jahre und des Sendero Luminoso, ein Abschnitt des Buches, der allen ans Herz zu legen ist, die immer noch glauben, Sendero stünde in der Tradition der lateinamerikanischen Guerilla. Zwischen der Guerilla der sechziger Jahre, in der z.B. Hugo Blanco aktiv war, der heute für die Vereinigte Linke im Parlament sitzt, und der aktuellen politischen Konstellation liegt der tiefe Einschnitt der 12 Jahre Militärherrschaft (1968-1980). Die erste Phase des Regimes, unter General Velasco, schuf tiefgreifende Veränderungen im Land, vor allem durch die Agrarreform, aber auch durch eine enorme Steigerung des staatlichen Engagements im wirtschaftlich-sozialen Bereich überhaupt. Die vorher schon durch den sowjetisch-chinesischen Ideologiestreit entzweite Linke wurde durch die widersprüchliche Politik der Militärs durcheinandergewirbelt. Guerillakämpfer stellten sich in den Dienst des staatlichen Propagandaapparats, während eher gemäßigte, aber auch alle maoistisch orientierten Kräfte sich in der Opposition fanden. Als in der zweiten Phase des Militärregimes, ab 1975 unter General Morales Bermúdez, die repressiven und restaurativen Tendenzen die Oberhand gewannen und heftige soziale Proteste schließlich zum Rückzug der Militärs führten, war die Linke zwar populär und stark, aber völlig zersplittert.
Das linke Sektierertum, das ein Teil der peruanischen Linken in den achtziger Jahren


Guerilleros des Sendero Luminoso — *Foto: ila 134*

überwand, ist eine der Wurzeln von Sendero. Die extreme und fanatisierte Militanz, zu der Sendero dieses Sektierertum trieb, erklären die Autoren im Anschluß an peruanische Sozialwissenschaftler aus der besonderen Situation einer Provinz wie Ayacucho. Die geistige Wiege der meisten führenden Kader des Leuchtenden Pfads stand in der Universität von Ayacucho. Die Universität bildete ein geistiges Zentrum für eine mestizische Provinzelite, die sich dort das intellektuelle Rüstzeug holte, um die Notwendigkeit von Veränderungen zu begründen, die in den verkrusteten Verhältnissen der abgelegenen Region nicht einmal in Ansätzen realisiert wurden. Hier, in der spezifischen Situation einer relativ gut ausgebildeten Schicht von Intellektuellen aus der Provinz, sind die sozialen Wurzeln des Leuchtenden Pfads zu suchen, nicht in der Bauernschaft oder im kaum vorhandenen Proletariat. Wenn die als „Terroristen" einsitzenden vermuteten Mitglieder von Sendero als einigermaßen repräsentativ gelten können, dann haben über ein Drittel von ihnen die Hochschule und ein weiteres gutes Drittel die Oberschule besucht. Keinesfalls also, dies arbeiten Labrousse und Herthoge überzeugend heraus, handelt es sich bei Sendero um eine Bauernguerilla.

Welches Verhältnis hat der Leuchtende Pfad, der ja immerhin in einer der ländlichsten Regionen Perus entstand, dann zu den Bauern? Die Autoren stellen diesen Punkt zu Recht sehr ausführlich dar und können so ein erfreulich differenziertes Bild entwerfen. Obwohl Sendero in seinen programmatischen Schriften in stereotyper Weise vom „halbfeudalen" Charakter Perus redet, zeichnet sich die Region von Ayacucho nicht erst seit der Agrarreform der Militärs, sondern schon seit der Jahrhundertwende durch das fast vollständige Fehlen von Großgrundbesitzern aus. Sie haben die Region verlassen, nicht wegen der Kämpfe der Bauern gegen sie, sondern weil es zu wenig zu verdienen gab. Das Land ist arm, die Märkte weit. So konnten sich die alten Dorfgemeinschaften als Besitzer des Landes im größten Teil der Region nicht nur halten, sondern sogar Terrain zurückgewinnen. Die Ausbeutung der Bauern geschieht also gerade nicht „feudal", sondern über den Markt. In den Konflikten um das Land und die übrigen Ressourcen stehen die Dorfgemeinschaften oft gegeneinander, da die großräumigen Beziehungen, die solche Fragen einst regelten, längst zerbrochen sind.

In solchen Verhältnissen richtet sich die „Guerilla" Senderos folglich entweder gegen die Bauern, oder gegen reine Stellvertreter der Macht, aber nicht gegen die Mächtigen selbst. Der erste Fall hatte tragische Konsequenzen: Am leichtesten fiel es Sendero, Anhänger für den „Volkskrieg" zu gewinnen, wenn er bestehende Konflikte unter den Bauern ausnutzte, ein Dorf gegen das andere führte. Das Eingreifen des Militärs Anfang 1983 eskalierte diese Situation weiter. Beide Seiten versuchten, Dörfer für sich zu gewinnen und den bestehenden Rivalitäten eine politische Dimension zu verleihen, indem sie andere Dorfgemeinschaften als senderistische oder militärhörig denunzierten. Unter dem beiderseitigen Druck mußten sich die Dörfer dann tatsächlich früher oder später für eine Seite entscheiden - die es nicht taten, litten am meisten.
Der Aufbau von Milizen, den die Militärs

nach guatemaltekischem Vorbild seit 1983 betreiben, macht diesen Kampf Dorf gegen Dorf besonders blutig und verheerend. Labrousse/Herthoge führten einige aufschlußreiche Beispiele für die mörderischen Auseinandersetzungen zu Beginn dieser „Strategie" vor. Da die Armee die Milizen nicht wirklich bewaffnet, sondern als Prellbock zum eigenen Schutz verwendet, kommt es immer wieder zu regelrechten Massakern an diesen Milizen durch Sendero, aber auch umgekehrt, wenn die Milizen einmal überlegen sind. Gerade in den beiden letzten Jahren ist der Kampf Milizen - Sendero mit neuer Heftigkeit entbrannt. In seinem berühmten Interview mit „El Diario" vom Juli 1988 meinte Abimael Guzmán, der unbestrittene „Chef" Senderos noch, mit dem Massaker an 80 Bauern des Dorfs Lucamarca Ostern 1983 allen Bauern, die sich gegen Sendero stellten, eine unvergeßliche Lektion erteilt zu haben und „der Sache ein für allemal ein Ende" gemacht zu haben. Er sollte sich täuschen. Wenige Monate später bildeten sich in weiten Teilen Ayacuchos neue, besser gerüstete Milizen, diesmal nicht so sehr auf Initiative der Miltiärs, sondern bestimmter Schichten der Bauernschaft. Diese Bewegung, deren erste Anfänge im Buch von Herthoge/Labrousse noch registriert wurden (S. 97), ist inzwischen zu einer für Sendero äußerst bedrohlichen Erscheinung geworden. Sie wendet die gleichen mörderischen Methoden gegen Sendero selbst, mit wesentlich besserer Orts- und Personenkenntnis als das Militär. Der Kampf „Bauer gegen Bauer" ist zu einer Schlächterei verschiedener Banden geworden (auch bei den Milizen gibt es inzwischen nachgewiesene Verbindungen zur Rauschgiftmafia), deren Brutalität den schmutzigen Krieg auf einer neue Stufe eskalieren hat lassen.

Der Abschnitt über die Herkunft und die ländliche Strategie Senderos ist den Autoren mit Abstand am besten gelungen, was offensichtlich damit zusammenhängt, daß sie sich hier auf die Analysen einiger peruanischer Sozialwissenschaftler stützen konnten, die ebenfalls hauptsächlich diesen Aspekt analysiert haben. Auch wenn sie selten zitiert werden, sind die Arbeiten von Degregori (dessen Vorname übrigens nicht Yvan, sondern Carlos Iván lautet), Raúl González, Henri Favre, Manuel Granados u.a. oft bis ins Detail nachweisbar. Bei ihrem anschließenden Versuch, die zunehmende Präsenz Senderos seit etwa 1987 auch in den Städten zu analysieren, mußten sich Herthoge/Labrousse dagegen ohne solche Führerschaft vorwagen. Das Ergebnis bleibt entsprechend dünn, zum Teil offen widersprüchlich.

Wer nun am Ende des Buches, vor allem in dem Abschnitt über den „Neuen Fundamentalismus" eine theoretische Durchdringung und Bündelung der bisherigen Darlegungen erwartet, wird enttäuscht. Die Kapitel reihen sich immer bunter und lockerer aneinander, die Themen wechseln immer rascher. Beim Versuch einer ideologiegeschichtlichen Einordnung des Leuchtenden Pfads geht einiges daneben. Mit den „lateinamerikanischen Focus-Bewegungen der sechziger Jahre" (S. 188f) hat Sendero absolut nichts zu tun. Das Verhältnis zum Maoismus bleibt auch nach der Lektüre des entsprechenden Kapitels dunkel. Und wenn die Autoren, um die Frage zu beantworten, warum Sendero systematisch moderne Produktionsanlagen zerstört, ein längeres Zitat des angesehen Anthropologen Rodrigo Montoya bringen, wonach es sich um ein „Konzept zur Rückkehr zu vorkapitalistischen Verhältnissen" handle, um Maschinenstürmerei im Sinn des „primitiven Antikapitalismus" des 18./19. Jahrhunderts, so haben sie gründlich danebengegriffen. Produktionsmittel werden von Sendero Luminoso nicht zerstört, weil sie kapitalistisch oder fortschrittlich sind, sondern weil sie der Reproduktion der politischen Macht des Staates dienen. Die theoretische Beschäftigung mit den Ideen Senderos kommt leider im Buch kaum vor. Auch der Vergleich mit den Roten Khmer bleibt nur eine beiläufige Episode, ebenso die Auseinandersetzung mit dem Verhältnis von Sendero zur Mythologie der Andenwelt, wo ein paar zusammenhanglose Lese- oder Interviewfrüchte mehr Verwirrung als Aufklärung bringen.

Labrousse/Herthoge haben mit ihrem im März 1989 in Frankreich erschienenen Buch trotz dieser Einschränkungen einen beachtlichen ersten Versuch gemacht, das so verwirrende Erscheinungsbild des Sendero Luminoso in verständlicher Form zu präsentieren. Gerade wenn eine Übersetzung erst fast eineinhalb Jahre später erscheint, hätte man eine angemessene deutsche Edition erwarten dürfen. Was sich allerdings der Rotpunkt-Verlag hier geleistet hat, ist nicht akzeptabel. Es geht los mit dem Titel, der nicht nur die reißerische Masche des ersten Kapitels zum Prinzip erhebt, sondern eine grobe Fälschung ist. Mit dem (Unter-)Titel „Un nouvel Intégrisme dans le tiers monde" hoben Labrousse/Herthoge eben bewußt und zurecht nicht auf das Kokaproblem ab, sondern drückten ein Stück ihrer Interpretation des Leuchtenden Pfads als Teil einer weltweiten Renaissance fundamentalistischen Denkens aus. Im übrigen ist die Übersetzung zwar erfreulich flüssig zu lesen, verrät aber durch viele Mißgriffe im Detail, daß Übersetzer und Herausgeber von Peru keine Ahnung haben. Ein paar Beispiele: Die zweitgrößte Stadt des Landes, Arequipa, wird fast durchgängig als Arequina bzw. Areqina geschrieben. Was sich der Leser unter dem „amazonischen Piemont" (S. 105) vorstellen soll, sei ihm hier verraten: schlicht den Ostabhang der Anden. Aus der Genossin Meche (Kurzform für den weiblichen Vornamen Mercedes) macht der Übersetzer, angetörnt wie er, vielleicht durch piemontesischen Wein, inzwischen ist, flugs die „Genossin Lunte" (S. 125). Und aus dem Namen eines Gefängnistrakts, in dem 1986 in Lima 124 Gefangene ermordet wurden, wird in der deutschen Ausgabe ein „Industriekomplex von Lurigancho" (S. 128). An mindestens einer Stelle ist der Text von Herthoge/Labrousse ohne jeden Hinweis „aktualisiert" (S. 178), von wem auch immer. Im „Nachwort des Verlags" dagegen, wo man sich einige Hinweise auf die seitherige Entwicklung des Leuchtenden Pfads gewünscht hätte, wird man mit ein paar Raisonnements zum Wahlsieg Fujimoris abgespeist, die schon bei der Auslieferung des Buches überholt waren. Die beste Pointe aber heben sich die Herausgeber für die Anmerkungen am Ende des Buches auf. Gleich zweimal wird da das Verdammnisurteil („Völlig unbrauchbar", „ein kaum verhüllter Propagandaartikel") über einen im iz3w (Nr. 162, 1990) erschienenen Artikel gesprochen. Entweder ihr Buch oder den iz3w-Artikel müssen die strengen Richter des Rotbuch-Verlags nicht gelesen haben. Bis hinein in Einzelheiten nämlich deckt sich die Argumentation in beiden Publikationen.

Rainer Huhle

Alain Herthoge/Alain Labrousse: Die Koksguerilla - Der Leuchtende Pfad in Peru, Rotpunkt Verlag, 1990.

Eine Bilanz der Wendepolitik

Nun steht es also fest. Die Entwicklungspolitik wird weiterhin liberal-konservativ geprägt sein. Auch die Vereinigung mit der ehemals sozialistischen DDR hat daran nichts geändert. Denn die ehemaligen Politiker und der entwicklungspolitische Runde Tisch haben ihre Positionen nicht einbringen und die entwicklungspolitischen Leitlinien entscheidend beeinflussen können. Nur ein paar Entwicklungsprojekte sind noch übriggeblieben. Um so wichtiger ist es deshalb, die bisherige Entwicklungspolitik der liberal-konservativen Koalition aufzuarbeiten. Der Horlemann-Verlag hat hierzu das Buch von Siegfried Pater und Torsten Striepke: „Entwicklungspolitik nach der Wende" überarbeitet und neu herausgegeben.

Von der Politik der Partner ist die Rede, wenn die Bundesregierung ihre Entwicklungspolitik verkauft. Was mit dieser Formulierung übertüncht wird, ist die ständige Bevormundung bei der Vergabe von Entwicklungshilfe. Mit dem sozialististischen Tansania z.B. wurden 1983 die Verhandlungen über bundesdeutsche Hilfe abgebrochen. Als Begründung wurde angegeben, daß durch wirtschaftspolitische Fehlentwicklungen in Tansania (Planwirtschaft) die bundesdeutsche Hilfe nicht effizient werden könne.

Am Beispiel Nicaragua zeigt Pater, wie sich die Bundesregierung streng nach den Wünschen von Washington ausrichtete. Die 1982 von der SPD zugesagten Mittel und Kredite in Höhe von 40 Mio DM wurden nicht ausgezahlt. Was nicht heißt, daß der Ost-West-Gegensatz allein die Entwicklungspolitik bestimmte. Pater resümiert: „Die Ost-West-Ausrichtung kommt dann ins Spiel, wenn die NATO-Solidarität oder die Weltmacht USA dies nahelegt (Nicaragua); ansonsten stehen eher wirtschaftliche Interessen im Vordergrund." So steht es auch in den Grundsätzen des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ): „Die Interessen der Bundesrepublik Deutschland, insbesondere die der deutschen Wirtschaft, müssen gewahrt werden". Damit ist die Sicherung von Absatzmärkten und Rohstoffquellen gemeint.

Ein Instrument für die Schaffung neuer Absatzmärkte ist die Lieferbindung. Bei der Lieferbindung wird die Gewährung von Entwicklungshilfe mit der Auflage verknüpft, daß alle Anlagen, die zur Abwicklung des Projekts benötigt werden, bei deutschen Firmen erworben werden müssen. Die Lieferbindung bestand informell schon unter der SPD-Führung. Sie wurde von der Wenderegierung lediglich verschärft und in den Grundsätzen festgeschrieben. Dazu meinte der Direktor des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik Hans-Helmut Taake in einem Vortrag: „Vor der Einführung der Lieferbindung flossen eh' schon 80% der Entwicklungshilfegelder in die Bundesrepublik zurück. Da ist es doch absurd, diese Ouote durch eine formelle Lieferbindung noch steigern zu wollen. Zumal der politische Schaden relativ hoch ist."

Die Lieferbindung widerspricht zum einen der eigenen Ideologie vom Prinzip des internationalen Wettbewerbs. Zum anderen hat sie sehr negative Auswirkungen auf die Qualität der Entwicklungshilfe. Da jetzt vor allem anlageintensive Projekte gefördert werden, bei denen die meisten Aufträge für die deutsche Industrie herausspringen, hat sich das Schwergewicht der Entwicklungshilfe vom Nahrungsmittelsektor zum Energiesektor verschoben. Damit wird nicht mehr das Grundbedürfniskonzept, das die Bundesregierung in ihren Leitlinien hochhält, sondern die Elitenförderung verfolgt.

In einem Kapitel handelt Pater die Geschichte des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit ab. Dabei wird deutlich, daß bisher immer die Eigeninteressen im Vordergrund der Entwicklungspolitik standen. In einem weiteren Kapitel wird die Wende in den diversen Institutionen analysiert, so z.B. beim Deutschen Entwicklungsdienst (DED). Diese „grün-alternativ" unterwanderte Institution sollte unter Warnke „entideologisiert" werden. Das bedeutete, daß in bestimmte Länder, wie z.B. Nicaragua, weniger Experten geschickt bzw. bestehende Verträge nicht verlängert wurden. Interessant ist auch das letzte Kapitel über internationale Zusammenarbeit, in der die Stellung der BRD in der EG- Entwicklungspolitik, in INF und Weltbank und in der UNO dargestellt wird.

Das Buch ist klar gegliedert und mit vielen Tabellen aufgelockert. Die Bibliographie ist aktuell und umfangreich. Hier wird mit einer anschaulichen und verständlichen Sprache die komplexe Geschichte der Wendepolitik aufgearbeitet. **hb**

Siegfried Pater: Wende. Konservative Entwicklungspolitik seit den Achtzigern. Horlemann Verlag Unkel/Rhein und Bad Honnef 1990.

Kurz geblättert

Die Todeskrämer. Bundesdeutsche Rüstungsexporte an den Golf. Hrg.: BUKO-Kampagne „Stoppt den Rüstungsexport". Umfassende Dokumentation der westlichen, v.a. der bundesdeutschen Waffenlieferungen an den Irak mit detaillierter Firmenliste. Wenn auch Waffengeschäfte mit anderen Regionalmächten verhältnismäßig knapp belichtet werden, läßt eine einleitende Analyse über den politischen Rahmen der jüngsten Ereignisse am Golf, die Konzentration auf die Aufrüstung des Irak vertretbar erscheinen. 30 DIN A 4 Seiten, 5,- DM, Bezug: BUKO-Kampagne „Stoppt den Rüstungsexport", Buchstr. 14/15, 2800 Bremen.

Koordination Kaffeekampagne El Salvador (Hrsg.): Kaffee-Klatsch. ein Rundbrief, in dem die Koordination regelmäßig über Aktionen, Aktivitäten und Erfahrungen von Gruppen im Rahmen der Kampagne berichten will. Außerdem wird in der jetzt erschienenen Nullnummer die aktuelle politische Situation El Salvadors behandelt, sowie das kontroverse Thema aufgegriffen, ob der Kaffee-Boykott den PflückerInnen nicht mehr Schaden als Nutzen bringt. 14 Seiten, Bezug: Koordination Kaffeekampagne El Salvador, c/o „Dritte Welt"-Haus, Friesengasse 13, 6000 Frankfurt/M 90

Gramsci, Volxmacht und kontinentale Befreiung. Ein ganzes Heft nur Interviews mit undogmatisch-revolutionären Linken aus Kolumbien. Es geht allerdings weder um Menschenrechte oder die Geschichte des Landes noch um das politische Panorama oder die Perspektive der Organisationen. Sondern es geht um eine gemeinsame Diskussion. Die gemeinsame Diskussion, die es heute mit Bewegungen im Trikont geben könnte über Klasse und revolutionäres Subjekt, über die Organisationsfrage, die Frauenbefreiung im nationalen Prozeß, über die eigene Geschichte und das Scheitern der revolutionären Projekte der 60/70er Jahre, über die kulturelle und politische Identität. Bezug: Lateinamerikazentrum, c/o Kolumbien AG, Crellestr. 22, 1000 Berlin 61. Die Broschüre hat 50 Seiten (DIN A4) und kostet DM 5,-. plus Porto.

Blockadeaktion von Mapuce

Große Aufmerksamkeit erreichten die Mapuce Pewence (spanisch: Mapuche-Pehuenches; "Menschen der Erde der Araucarien") aus dem Tal von Quinquén mit einer Blockadeaktion seit Herbst letzten Jahres.
Dort hatte die Forstgesellschaft Sociedad Galletué mit betrügerischen Mitteln ein Teil der Araucarienwälder aufgekauft. Während die Schoten der Araucarien für die Mapuce-Pewence die Nahrungsgrundlage bilden und gleichzeitig die Bäume von großer mystischer und religiöser Bedeutung für sie sind, erzielt das Holz dieser Baumriesen aufgrund seiner Härte auf dem Weltmarkt Höchstpreise.
Nachdem die Klage der Mapuce gegen dieses Geschäft sowohl von dem Appellationsgericht in Temuco als auch von dem ausschließlich mit pinochethörigen Richtern besetzten Obersten Gerichtshof in Santiago abgwiesen worden war, entschlossen sich die Mitglieder der betroffenen 400 Mapuce-Familien zu einer Blockadeaktion der Zufahrtswege zum Tal von Quinquén, um die Abholzung der Araucarienwälder zu verhindern. Das chilenische Gesetz Nr. 701 verbietet den Mapuce die Nutzung des Holzes, macht es aber großen Unternehmungen trotzdem möglich, den Wald in großem Stil nach der "Tabula-Rasa"-Methode abzuholzen. Diese Aktion erregte landesweit Aufmerksamkeit, die Zeitungen informierten täglich über die Besetzung und ihre Auswirkungen, wodurch auch die Regierung Aylwin unter Druck gesetzt wurde. Am 4. November trat eine von der Sociedad Galletué geforderte (und von den Richtern natürlich gebilligte) Verfügung in Kraft, die die Mapuce zur Räumung der Zufahrtswege aufforderte. Die Mapuce rechnen nun mit einer Räumung der Blokkaden. Einen offenen Konflikt mit den Mapuce kann sich die Regierung derzeit nicht leisten, da sie gerade an der Ausarbeitung eines neuen "Indianergesetzes" arbeitet und sich als dialogbereit darstellen möchte. Die Regierung hat am 14. November angeboten, die 7000 ha Land im Tal von Quinquén den Mapuce von der Sociedad Galletué für umgerechnet 5 Mio. US-Dollar zurückzukaufen. Damit wollte die Regierung offene Zusammenstöße verhindern. Die Mapuce und die mit ihnen solidarischen Organisationen weisen diesen Vorschlag allerdings energisch zurück, da sie den Standpunkt vertreten, daß weder verkauft noch gekauft werden kann, was ihnen seit Urzeiten gehört. Durch diese ablehnende Haltung der Mapuce ist eine Räumung wieder wahrscheinlicher geworden. Die verschiedenen Mapuce-Organisationen haben deswegen einen gemeinsamen Aktionsplan entworfen, um die Räumung unter allen Umständen zu verhindern.

Weitere Informationen: Mapuce-Informationszentrum Freiburg e.V., Habsburger Str. 9, 7800 Freiburg

SchreinerIn oder TischlerIn gesucht

Für die Anleitung einer neu aufgebauten Schreinerei in der Flüchtlingsrücksiedlung Guarjila/Chalatenango in El Salvador suchen wir ab Frühjahr diesen Jahres für ein paar Monate (ist noch zu klären) eine SchreinerIn oder TischlerIn.
Neben der Ausbildung sollte der-/diejenige Spanischkenntnisse besitzen und sich mit dem Projekt der Wiederansiedlungen politisch identifizieren können. Da die Mehrheit der Bevölkerung Frauen sind, und wir eine stärkere Repräsentanz von Frauen im produktiven Sektor für wünschenswert halten, würden wir eine Frau als Anleiterin eventuell bevorzugen.

InteressentInnen wenden sich bitte an:

Freundschaftsinitiative Viva Guarjila/El Salvador Gruppe im Dritte Welt Haus
August Bebelstr. 62
48 Bielefeld 1
telefonisch bei Ronald Köpke 0521/64713 (nach 18.00)

Vom Atomversuchsgelände zum Giftatoll

Während Friedensgruppen, Pfälzer und andere Deutsche sich darüber freuen, daß endlich die seit 1967 im pfälzischen Clausen gelagerte amerikanische Giftgasmunition aus ihrer Reichweite entfernt wurde, macht sich im Pazifik zunehmend Besorgnis breit. Bekanntlich wurde das Gift, in Container verschlossen, auf zwei Schiffen auf das von den Amerikanern verwaltete und für Menschen unbewohnbare Johnston-Atoll gebracht. Dort soll es in einer Spezialverbrennungsanlage vernichtet werden.
Die Verbrennung bereitet vielleicht den 1400 auf Johnston lebenden US-Armeeangehörigen, Technikern und Wissenschaftlern, die jederzeit ausfliegen können, wenig Kopfzerbrechen. Grund zur Sorge haben die Menschen, die auf den kleinen Inselstaaten südlich des Atolls leben, das zwischen Hawaii und Amerikanisch-Mikronesien aus dem Pazifik hervorragt.

Die Regierungschefs von elf dieser Staaten hatten sich bereits Ende Oktober 1990, noch vor der Ankunft der Containerschiffe auf Johnston, mit US-Präsident Bush auf Hawaii getroffen, um ihrer Besorgnis über eine mögliche Gefährdung ihrer Territorien Ausdruck zu verleihen.
Auch die Bischöfe des pazifischen Kirchenrates haben protestiert:
Ihre Heimat werde schon seit Jahrzehnten schamlos mißbraucht als atomares Testfeld und nun auch noch als C-Waffen Müllkippe. Warum, so fragen sie, fallen die den pazifischen Raum angehenden Entscheidungen in Washington und Bonn, ohne vorherige Konsultationen der Regierungen des Pazifik ?

Der Vizepräsident des Welteingeborenenrates, Hayden Burgess, bezeichnete das Vorgehen als rassistisch: „Die schütten uns Gifte an den Strand. Das würden sie zuhause niemals zulassen. Mit Insulanern gehen die um wie Dreck."
Das Giftatoll wird seit 1934 von den USA militärisch genutzt. Im zweiten Weltkrieg diente es US-Flugzeugen als Zwischenlandeplatz auf ihrem Weg zu den pazifischen Kriegsschauplätzen. Im Jahre 1958 beginnt die Nutzung als atomares Testgelände. Pannen sind beinahe so häufig wie erfolgreiche Tests. Etliche Wasserstoff-Bomben detonieren, bevor sie die vorgesehene Höhe erreicht haben. Weite Bezirke des Atolls sind noch heute stark verstrahlt.
Anfang der 70er Jahre beginnt die Karriere des Atolls als Giftgasdeponie. 1971 entschließen sich die USA zur Rückgabe des Insel-Archipels Okinawa an Japan und verlegen 300.000 dort gelagerte Giftgasgeschosse nach Johnston. 1972 kommen Bestände aus Vietnam hinzu. Fässerweise schaffen die USA das dioxinhaltige Entlaubungsmittel Agent Orange auf das Atoll.
Nachdem Wirbelstürme, Feuchtigkeit und Salzluft den Fässern hart zusetzen und die Lagerung zunehmend zum Problem wird, entsteht 1983 das JACADS-Projekt (Johnston Atoll Chemical Agent Disposal System), in dessen Rahmen Verbrennungstechnologien für chemische Kampfstoffe getestet werden. 1986 wird mit dem Bau einer Verbrennungsanlage begonnen, die im Juli 1990 in Betrieb geht. Wenn alles gut läuft, werden etwa drei bis vier Jahre verstreichen, bis die Okinawa-Munition vernichtet ist. Erst dann sind die Granaten aus der Pfalz an der Reihe.
Worüber sich die Regierungen der südlich gelegenen Inselstaaten zu Recht den Kopf zerbrechen, ist die Frage, was mit den Verbrennungsrückständen eigentlich passieren soll. Diese Frage scheint auch von den Verantwortlichen in den USA noch nicht zufriedenstellend geklärt zu sein. Fest steht bislang nur eins, daß Abgase aus der Verbrennungsanlage die gefährlichen Stoffe wie Dioxine und Furane enthalten. Über die Nahrungskette Mikroorganismus — Fisch werden sie schließlich auch beim Menschen ankommen.

Quelle : Eckart Garbe, Johnston-Atoll: Giftgasinsel im Pazifik.
EMW-Informationen Nr.89. Zu beziehen beim Evangelischen Missionswerk, Mittelweg 143, 2 Hamburg 13

Todesstrafe für Kinder

Abdullah Korkmaz ist 11 Jahre alt. Im Regierungsbezirk Beytülsebbap in der Provinz Hakkari (Türkisch-Kurdistan) ist er als Einwohner registriert. Mit seinen Mitangeklagten, von denen der älteste 17 Jahre alt ist, wird er in Handschellen vom Spezialgefängnis Diyarbakir zum Gericht gebracht.
Abdullah Korkmaz soll am 10. April 1990 bei einem Gefecht mit Sicherheitskräften gefangengenommen worden sein. Er ist Hirte, türkisch kann er nicht. In seinem Leben hat er keine Schule von innen gesehen. Um ihn zu befragen, wird ein vereidigter Gerichtsdolmetscher gerufen. Seine Aussage besteht aus dem einzigen Satz: „Die Soldaten haben mich schwer geschlagen" . Andere Angeklagte berichten, daß sie von der PKK entführt worden seien,aber an keiner Aktion teilgenommen hätten. Trotzdem wurden sie verhaftet und alle erklären, auf der Wache gefoltert worden zu sein. „Wache" und „Folter" sind die beiden türkischen Worte, die die Kinder am besten kennen. (...)
Es handelt sich nicht um einen Einzelfall: Im Spezialgefängnis von Diyarbakir werden zur Zeit 105 Kinder festgehalten. Für 28 von ihnen wird die Todesstrafe gefordert, für die übrigen zwischen 5 und 25 Jahre Gefängnis.
Ihnen allen wird vorgeworfen, „...ein Stück von den unter staatlicher Souveränität stehenden Gebieten mit Waffengewalt abtrennen ..." zu wollen, was gemäß Paragraph 125 des türkischen Strafgesetzbuchs mit dem Tod bestraft wird. Daß alle Kinder aussagen, daß sie von Militanten der PKK entführt worden seien, spielt für das Gericht keine Rolle.
Laut türkischem Strafgesetzbuch darf bei Menschen unter 18 Jahren die Todesstrafe nicht vollstreckt werden. Dies bedeutet jedoch keine Entwarnung. Durch ärztlichen Befund wird das Alter der Jugendlichen manchmal heraufgesetzt, so daß Urteile vollstreckt werden können. Oder die Strafverfolgungsbehörde verfährt wie bei Erdal Eren: Er wurde als Sechzehnjähriger festgenommen und mit 18 (1982) hingerichtet.

Aus der türkischen Wochenzeitung 'Yeni Ülke',Istanbul 20.12.90

Ein Jahr im Ausland

Jugendaustausch gibt es seit der Nachkriegszeit in der BRD, als er von den Restaurationspolitikern als geeignetes Mittel zur Verbreitung des "american way of life" entdeckt wurde. Auch heute noch, nach der Institutionalisierung und der offenen linken Politisierung vieler Austauschprogramme, wird dieser Begriff automatisch mit Schülern und der USA assoziiert. Schaut man sich aber in der Austausch-Szene um, entdeckt man eine Vielzahl von Möglichkeiten, organisiert nach Europa und besonders auch in Länder der sog. "Dritten Welt" zu gelangen.

Dazu gehört auch das Programm des Internationalen Christlichen Jugendaustausches (ICJA), welcher unter anderem einjährige Aufenthalte in Asien, Afrika und Lateinamerika vermittelt.

Das bedeutet Leben in Gastfamilien, Arbeit in Sozialprojekten oder politischen Aktionsgruppen - ein direkter Einstieg also in die Strukturen. Gelebte Auseinandersetzung mit den fremden Traditionen, der dortigen politischen, sozio-ökonomischen Situation wird möglich. Die Gastsituationen und das Begleitprogramm werden von einheimischen Partnerkomitees des ICJA, die in der internationalen Föderation ICYE zusammengeschlossen sind, organisiert.

In besonderen Fällen ist eine Ausbildung nötig, ansonsten aber keine Vorbedingung. Der Bewerbungsschluß für diese Länder ist der 31.01.91 (Ausnahmen sind evt. möglich). Die Teilnehmerbeiträge bewegen sich zwischen 6.100 und 8.500 DM, zuzüglich 400,-- DM Vorbereitungskosten. Es ist möglich, Anträge auf Teilstipendien beim ICJA zu stellen! Wer Interesse an mehr Informationen hat, wende sich an **ICJA, Kiefernstr. 45, 5600 Wuppertal 2, Tel.: 0202/501081.** Dort sind auch die Adressen der Regionalkontakter erhältlich.

Workcamps- Alternative zum Massentourismus

Freiwilligenarbeit in Ökologie-, Friedens-, Dritte-Welt- und Frauenprojekten, in sozialen oder antifaschistischen Initiativen. Sinnvoller Urlaub in internationalen Gruppen. Unterkunft und Verpflegung frei. Mindestalter für TeilnehmerInnen: 16 (Inland), bzw. 18 (Ausland).

Sommerprogramm 1991 mit über 500 Workcamps in 40 Ländern erscheint im April. Gegen 3,00 DM in Briefmarken ab sofort anfordern unter: service civil international, Blücherstraße 14, 5300 Bonn.

TeamerInnen für internationale Workcamps gesucht

Für politisch interessierte junge Menschen, die an internationaler Jugendarbeit interessiert sind:
Für unsere 2-3-wöchigen internationalen Sommerworkcamps 1991 in der Bundesrepublik werden TeamerInnen gesucht. Workcamps finden statt in den Bereichen: Ökologie, Antifaschismus und Frieden, Solidaritätsarbeit, Frauenarbeit, Soziale Initiativen / Selbsthilfegruppen.
TeamerInnen werden in einem Ausbildungsseminar auf ihre Tätigkeit vorbereitet und erhalten 200 DM Honorar. Mitarbeit kann als 10-wöchiges Praktikum bescheinigt werden!
Interessierte können sofort weitere Informationen anfordern bei service civil international, Blücherstraße 14, 5300 Bonn, Tel. (0228) 21 20 86/7.

Solidarität mit algerischen Frauen

Mein Lebensweg ist von Männern bestimmt worden. Ich habe Bitterkeit erlebt und glaubte, es müßte so sein.

Doch meine Tochter ist nun da
und hat erfahren, daß es nicht
nur einen Weg gibt.

Sie hat geschworen, ihren Blick
nicht zu senken vor denjenigen,
die sie unterdrücken.

Sie hat geschworen, zu schreien.
Wenn es sein muß,
ist sie zum Kampf bereit.

Ich stehe ihr solange zur Seite,
bis die Ketten der Unfreiheit
gesprengt werden.

Seit der Legalisierung einer islamischen Partei (FIS = Front Islamique de Salut) in Algerien nach der Oktober-Revolte 1988, werden Frauen in Algerien immer häufiger auf offener Straße angegriffen (siehe dazu die Artikel in EMMA, "A bas le tchador", Nr. 6, Juni 1990, S. 50-51 SPIEGEL, Nr. 24, S. 162-171 und in der TAZ vom 16.01.'91). Die islamischen Extremisten fordern eine strenge Trennung der Geschlechter im gesellschaftlichen Leben. Nach ihren Worten muß die Frau ihrer "natürlichen Rolle" als Hausfrau und Mutter gerecht bleiben.
Bei den Kommunal- und Bezirkswahlen in Algerien am 12.06.90 haben die islamischen Fundamentalisten erschreckend gut abgeschnitten, ein Grund mehr, sich um die Zukunft der Frauen und aller Andersdenkenden in Algerien bzw. in Nordafrika Sorgen zu machen. Mitte letzten Jahres wurde in Westeuropa eine Solidaritätskampagne für die Frauen in Algerien gestartet. Diese Aktion versteht sich als moralische Unterstützung für Frauen, die sich gegen die Aggressionen der islamischen Fundamentalisten zur Wehr setzen. Mit einer Unterschriftenliste wendet sich der Nordafrika-Verein, Terre des Femmes und das Aktionszentrum Arme Welt in Tübingen an 'GegnerInnen von Diskriminierung gesellschaftlicher Minderheiten in der BRD und an die KämpferInnen gegen Rassismus und Intoleranz'.

Weitere Informationen:
NORDAFRIKA-Verein
c/o Akli Kebaili
Appenbergstr. 20
7400 Tübingen 4
Tel. (0 74 72) 54 20

Terre des Femmes e.V.

Weltweit werden Menschen weiblichen Geschlechts ihrer grundlegenden Rechte beraubt. Frauen werden als Katalogbräute, billige Arbeitskräfte und Zwangsprostituierte zu Waren degradiert sowie in ihrer Würde durch entsprechende Darstellungen in den Medien und in der Werbung verletzt. Ihr Selbstbestimmungsrecht wird ihnen verweigert, etwa bei Zwangssterilisationen, der Verstümmelung ihrer Geschlechtsorgane, der Vermarktung durch Gen- und Reproduktionstechnologien, Vergewaltigung, sexuellen Mißbrauch sowie durch Benachteiligungen im Berufsleben.

Die in internationalen Abkommen verbrieften Frauenrechte - vor allem die in der „UNO-Konvention zur Abschaffung aller Formen der Diskriminierung von Frauen" vom 18. Dezember 1979 - sind bislang schöne Worte, die in der Politik und im öffentlichen Bewußtsein wenig Beachtung finden.

TERRE DES FEMMES kämpft als eine gemeinnützige Organisation seit ihrer Gründung 1981 in Lausanne (Schweiz) für ein Ende der genannten Menschenrechtsverletzungen an Frauen. Der Einsatz gegen die gut organisierte patriachalische Gewalt erfordert jedoch größere Professionalität und die kann nur durch den solidarischen Einsatz der Frauen selbst realisiert werden. Den ersten Schritt tun wir nach vielen Jahren ehrenamtlichen Engagements mit dem Ausbau eines Bundesbüros. Dafür konnten Ende letzten Jahres eine über das Arbeitsamt finanzierte Stelle geschaffen werden. Wir erhoffen uns dadurch eine effektivere Organisation, um Terre des Femmes bundes- und europaweit zu einer bekannten Frauenorganisation zu machen, deren Stimme im öffentlichen Leben nicht mehr überhört werden kann. Wie bei so vielen Initiativen geht es leider nicht ohne Geld. Die Fortführung eines Bundesbüros (die Stelle ist auf maximal 2 Jahre befristet) ist abhängig von neuen Mitfrauen und Fördermitgliedern sowie regelmäßigen Spenden. Durch die Mitgliedschaft vieler einzelner können wir kontinuierlicher und unabhängiger von öffentlichen Geldgebern unsere Frauenrechtsarbeit fortsetzen.

Weitere Infomationen bei: Terre des Femmes, Postfach 2531, 7400 Tübingen, Tel. 07071/24289. Kto.-Nr. 881999, Kreissparkasse Tübingen, BLZ 64150020.

Betr. "blätter des iz3w" Nr. 170: Análisis zur Zeit der "Redemokratisierung"

Liebe Anke Bruns,

Du selbst bezeichnest Deinen Artikel über den Aufenthalt als Praktikantin bei der chilenischen Zeitschrift Análisis als sehr subjektiven Erfahrungsbericht. In der Einleitung drückst Du Deine Unsicherheit aus, das Dir entgegengebrachte Vertrauen zu verletzen. Ja - meiner Meinung nach hast Du diese Grenze überschritten. Mir ist nur nicht klar, zu welchem Zweck. Welches Ziel verfolgst Du mit Deinem Artikel? Ohne Dich auf Fakten oder neue Informationen zu stützen, verbreitest Du dicke Luft, Klatsch, Gerüchte.

Mir sieht das verdächtig nach einer persönlichen Abrechnung aus. Es ist ja bekannt, daß - nicht nur in Chile - die unbezahlten Praktikanten für die stupideste Arbeit gerade gut genug sind. Keiner fühlt sich für sie zuständig und jeder hofft, daß der Nutzen, den sie bringen, größer sei als der Schaden, den sie anrichten können. Nur: in einer Zeitschrift der Solidaritätsbewegung erwarte ich von ernstgemeinten Artikeln die Grundhaltung der kritischen Solidarität und kein Schmutzige-Wäsche-Waschen.

Zu dem Märchen von dem Verkauf der Zeitschrift an Cardeon: Du hast wohl keine Vorstellung davon, welchen Schaden Gerüchte verursachen können, nach dem Motto „Man muß nur mit viel Scheiße werfen, etwas wird schon davon hängenbleiben". Solche Stammtischgeschichten mündlich zu verbreiten, finde ich schlimm genug, sie in Artikeln zu verewigen, nenne ich Bildzeitungsstil. Eine pure Respektlosigkeit im Hinblick auf die Geschichte der Verfolgung, Bedrohung, Zensur bis hin zur Ermordung eines Análisis-Journalisten.

Um bei den Fakten zu bleiben: Immerhin hat Análisis etwas fertiggebracht, was in der BRD selten genug ist:

- die Mitarbeiter haben feste Stellen und können von der Arbeit ihren Lebensunterhalt bestreiten;
- Análisis ist über die Jahre hinweg parteiunabhängig geblieben und hat es gelernt, mit einem Spektrum von Christdemokraten bis Kommunisten innerhalb einer Redaktion arbeitsfähig zu bleiben;
- auch heute ist Análisis nicht dem allgemeinen Demokratietaumel verfallen und bleibt der Aylwin-Regierung gegenüber kritisch bis fordernd.

Der Artikel suggeriert, Análisis sei auf dem Wege, sich von der Werbung kaufen zu lassen. Früher seien diese Werbeeinnahmen aus dem Ausland ersetzt worden. Meine Antwort schreibe ich als Vertreter der bundesdeutschen 'Projektgruppe Análisis':

Erstens haben Gelder aus dem Ausland nie die Werbung ersetzen können. Eine einzige regelmäßige mehrfarbige Anzeige bringt mehr in die Kasse.

Zweitens hat Análisis mit den Geldern etwa 500 Geschenkabos für Organisationen und Multiplikatoren eingerichtet; denn auch Análisis hat den notwendigerweise hohen Verkaufspreis als Problem erkannt.

Drittens, daß Análisis weiterhin Biß hat und Risiken eingeht, zeigt schon die erneute Verhaftung von Cárdenas vor wenigen Monaten - also zu "Demokratie"-Zeiten.

Was Deine Themenkritik angeht - "...für die Leserschaft im Land finden sich kaum neue Informationen..." - auf welche repräsentative Umfrage stützt sich Dein Urteil? Ich halte mich da lieber an die allwöchentliche Abstimmung, die an den Kiosken stattfindet: Análisis ist weiterhin das meistverkaufte politische Magazin und überrundet damit alle anderen vergleichbaren regierungs- oder parteiabhängigen Publikationen.

Martin Firgau
(Projektgruppe Análisis, Münster)

„Nicht ohne meine Tochter" — Ein Buch erobert das Herz der Deutschen
Seminar vom 15.-17.2. in Rheine.
Infos und Anmeldung: AKE-Bildungswerk, Horstweg 11, 4973 Rheine

---

Südostasiens Rolle als die Wachstumsregion der Zukunft und seine Rolle in der Dritte-Welt-Arbeit
Seminar vom 15.-17.2.
Infos und Anmeldung: AKE-Bildungswerk, Horstweg 11, 4973 Rheine

---

Töchter und Söhne der Wüste — Die Sahrauis
Seminar vom 1.3.-3.3.
Infos und Anmeldung: AKE-Bildungswerk, Horstweg 11, 4973 Rheine

---

Widerstände in der entwicklungsbezogenen Bildungsarbeit, Ursache-Wirkung
Seminar vom 8.3.-10.3. in Düsseldorf
Infos und Anmeldung: AKE-Bildungswerk, Horstweg 11, 4973 Rheine

---

Refuge in Europe — Different Approaches to Local Work
Kongreß vom 14.-17.März in Bonn.
Infos und Anmeldung: International Volunteers' Forum, p/a Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste e.V., Jebenstr. 12, 1000 Berlin 12, Tel.: 030/310261

Bundestreffen der Nicaraguagruppen
vom 1.-3.März in Frankfurt/Main
Infos und Anmeldung: Nica-Komitee Frankfurt, c/o Dritte Welt Haus, Friesengasse 13, 6000 Frankfurt/Main

---

Blumen aus der Dritten Welt
Vorbereitungsseminare zur Blumenkampagne 1991 am 9./10. 2. in Braunschweig und am 16./17. 2. in Nürnberg.
Infos und Anmeldung: FIAN, Overwegstr. 31, 4690 Herne 1, Tel. 02323/490099.

Regenwaldseminar
Möglichkeiten der Projekt- und Lobbyarbeit, kritische Untersuchung der „debt for nature swaps" und des Tropen-Forstwirtschaft-Aktionsplans, weltweite Vernetzung von Gruppen gegen die 500-Jahrfeiern und das Klimabündnis der Städte zum Erhalt der Erdatmosphäre sollen schwerpunktmäßig behandelt werden.
Seminar vom 22.-24. Februar 1991 in Walberberg.
Infos und Anmeldung: Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt e.V. (ASW), Hedemannstr. 14, 1000 Berlin 61, Tel.: 030/2510265

Namibia-Seminar
vom 15.2.-17.2. in Hamminkeln-Dingden.
Infos und Anmeldung: Akademie Klausenhof, Klausenhofstr. 100, 2436 Hamminkeln-Dingden, Tel.: 02852/89326

Ökologische Zerstörung in Afrika und alternative Strategien
Seminar vom 7.-9. März in Bremen.
Infos und Anmeldung: Informationszentrum Afrika e.V. (IZA), Friesenstr. 29, 2800 Bremen 1, Tel.: 0421/701240





Frauensolidarität Nr. 33 (Dezember '90)
Frauenbewegungen in der Dritten Welt, Südkorea zum Beispiel, Zur Lebenssituation von Türkinnen in Österreich, Ein Frauenflüchtlings- und -kulturhaus ensteht in der BRD, Indigene Bevölkerung auf den Philippinen, Projektdarstellung: Philippinische Nonnen gegen Heiratshandel, Sextourismus und Militär, Rassismus und Migration: Interview mit der schwarzen Schriftstellerin Buchi Emecheta, Lesbische Frauen in Afrika
Bezug: Frauensolidarität, Weyrgasse 5, A-1030 Wien, Österreich.
Einzelpreis: ÖS 50,- Im Abo (4 Hefte): ÖS 200,- Zahlungen aus dem Ausland bitte nur per Eurocheck oder Postanweisungen

Brasilien Rundbrief - Dezember 1990
Basso-Tribunal in Paris: Brasilien schuldig gesprochen, YANOMAMI: Interview mit Carlos Zacquini (K)eine Reaktion aus Bonn
Casa Amarela: Selbsthilfeprojekt in Recife
Landwirtschaft: Alternative Technologien
Hilferuf der Landlosen in Nordostbrasilien
Deutsch-Brasilianisches Seminar
Brief des Goldgräbers Adalberto da Silva Santos
Bezug: Brasilieninitiative Freiburg, In den Weihermatten 27, 7800 Freiburg,
Preis: 4,- DM (Einzelheft), 15,- DM Jahresabonnement (4 Ausgaben)

gen-ethischer Informationsdienst (GID) 61/90. Britische GenTech-Debatte: Die Begründung der Biotechnologie
Patentierungskampagne Teil III: Patente auf Mensch und Tier? (Bei uns gibts auch Material und Unterschriftenlisten zur Kampagne)
UND: Wir haben die Preise für zurückliegende Jahrgänge herabgesetzt: GID-Gesamtausgabe (0-30, Jan. 85-März 88) DM 100,- statt 150,- GID 31-39 (April-Dez. 88) 36,- / GID 40-50 (Jan.-Dez. 89) 44,-
Einzelpreis 5,- DM/Jahresabo 60,- DM.
GID, Winterfeldtstr. 3, 1000 Berlin 30

Korrespondenz der Christen für den Sozialismus, Nr. 68, Dezember 1990
Brasilien: „Sozialpolitisch im vorletzten Jahrhundert" Gespräch mit Prof. M. de Olivera
„Der Kapitalismus ist eine Gegenmacht zum Evangelium" Gespräch mit Helmut Frenz
Antikommunistische Weltliga" und „Westliche Zielsetzungen" Die internationale Rechte organisiert sich neu.
Bestellungen an: Christen für den Sozialismus, Kelternstr. 8, D-7400 Tübingen

Die Brücke Nr. 57
Schwerpunkt: Mulitkulturelle Gesellschaft.
Die Brücke erscheint sechsmal im Jahr und kostet im Jahresabo DM 30,-. Bezug: Riottestr. 16, 6600 Saarbrücken.

Lateinamerika Nachrichten 198, Dezember 1990, Schwerpunkt: Sozialismus
Fragen an Nicaragua, Kuba und die Sowjetunion. Auswirkungen des realsozialistischen Zusammenbruchs auf die Linke in Brasilien, Argentinien, Kolumbien und Uruguay. Außerdem: Länderberichte, die Kaffeekampagne und Rezensionen.

Lateinamerika Nachrichten 199, Januar 1991
Panama— ein Jahr nach der Invasion: Supermarktwirtschaft
Preis 5,- DM/Abo: 55,- DM
Bezug: LN-Vertrieb, Gneisenaustr. 2, im Mehringhof, 1000 Berlin 61

Bolivia Nr. 86, November/Dezember 1990
Schwerpunkt: Tieflandvölker in Bolivien
Bezug: Bolivia Sago Infozentrum e.V., Kottbusser Damm 101, W-1000 Berlin 61; Preis: Einzel DM 2.50, Jahresabo: DM 15,-, Förderabo: DM 25,- Ausland: DM 20,-

Solidarische Welt Nr. 132
Schwerpunkt: Umwelt, Armut, Gewalt-Widerstand in Brasilien und Tehri, Himalaya. Außerdem: Infos zum neuen Ausländergesetz, ASW-Seminare, Literaturhinweise.

Solidarische Welt Nr. 131
Schwerpunkt: Bauern und Staat in Westafrika, Beispiel Senegal Strukturanpassung/Selbsthilfegruppen/Medienarbeit
Einzelheft DM 3,-; Bezug: ASW e.V., Hedemannstr. 14, 1000 Berlin 61

Umweltzeitung: 8.(4). Dezember 1990:
Schwerpunkt/ Ökologie: Um Welt: Ökologie - Über Menschen und Ökosysteme -
Auf dem Hintergrund einer sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Katastrophe der Dritten Welt im allgemeinen und Afrika im ganz besonderen, wird der Frage nachgegangen: Was ist eigentlich Ökologie?
5,- DM pro Einzelheft; 20,- DM im Jahresabo (4 Hefte) 20,- + viele DM als Gönner-Abo Bezug: UWZ/VFLU Langgasse 24/H 6200 Wiesbaden 1, 0611/370371

Forum entwicklungspolitischer Aktionsgruppen Nr. 149, Dez. 90/Jan.91
Schwerpunkt Demokratisierung in Afrika: OAU-Gipfelkonferenz: Haben die Wölfe Kreide gefressen?/Demokratisierung ist unteilbar/ Schicksale des Sozialismus in Afrika/Interview: Vom KBW zum Zimbabwe-Netzwerk.
Bezug: Forum entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Buchtstr. 14/15, 2800 Bremen 1. Abo DM 36,- Einzelheft DM 4,-



Volker Perthes
Staat und Gesellschaft in Syrien 1970-1989
Deutsches Orient-Institut, Hamburg 1990
340 Seiten

Isolde Demele u.a.
Modernisierung oder Marginalisierung. Investierbarer Überschuß und kulturelle Transformation als Grundlage der Entwicklung
Brandes und Apsel, Frankfurt 1990
229 Seiten, 29.80 DM

Dietmar Dirmoser (Hrsg.)
Vom Elend der Metropolen. Lateinamerika. Analysen und Berichte 14.
Junius Verlag GmbH, Hamburg 1990
281 Seiten, 29.80 DM

Lisa Luger
Salud — Die demokratische Praxis in der sandinistischen Gesundheitsversorgung
Kassel 1990
Bezugsadresse: Gesamthochschulbibliothek, Mönchebergstraße 19, 3500 Kassel
145 Seiten

Manfred Max Neef, Antonio Elizalde, Martin Hopenhayn
Entwicklung nach menschlichem Maß
Kassel 1990
Bezugsadresse: Gesamthochschulbibliothek, Mönchebergstraße 19, 3500 Kassel
123 Seiten

Mostafa Arki
Iran — Irak. Acht Jahre Krieg im Nahen Osten
Verlag für Wissenschaft und Bildung, Berlin 1989
277 Seiten

Luis Vitale
Umwelt in Lateinamerika. Die Geschichte einer Zerstörung
ISP-Verlag, Frankfurt 1990
157 Seiten, 18.80 DM

Mostafa Arki
Das andere anders sein lassen — Bi-kulturelle Partnerschaft. Kritische Anmerkungen zu Betty Mahmoodys Buch
Hildesheim 1990
Bezugsadresse: Internationales Kulturwerk, Bahrfeldtstraße 1d, 3200 Hildesheim
72 Seiten

Buntstift e.V., Pestizid Aktions-Netzwerk (PAN) e.V. (Hrsg.)
Gefährliche Exporte. Eine Studie über den Pestizidvertrieb bundesrepublikanischer Firmen in der Dritten Welt im Jahre 1988
Hamburg 1990
Bezugsdadresse: Pestizid Aktions-Netzwerk (PAN), Gaußstraße 17, 2000 Hamburg 50
55 Seiten

Rainer Hörig
Selbst die Götter haben sie uns geraubt. Indiens Adivasi kämpfen ums Überleben
pogrom Taschenbücher, Göttingen 1990
Seiten 122

Klaus Leggewie
Multi Kulti. Spielregeln für die Vielvölkerrepublik
Rotbuch Verlag, Berlin 1990
166 Seiten, 14 DM

Mette Bovin, Leif Manger (Hrsg.)
Adaptive Strategies in African Arid Lands
Uppsala 1990
Bezugsadresse: The Scandinavian Institute of African Studies, P.O. Box 1703, S-Uppsala
181 Seiten, 140 SEK

Manfred Liebel
Mala Onda — Wir wollen nicht überleben, sondern leben. Jugend in Lateinamerika
Verlag für interkulturelle Kommunikation, Frankfurt 1990
224 Seiten, 28 DM

Luis Gomero O., Alexander von Hildebrand
Pestizide — Heilmittel, die töten. Kritische Studie über Pestizideinsatz in Peru
Lima 1990
Bezugsadresse: Schering-Aktions-Netzwerk, Grüninger Straße 15, 6301 Pohlheim 1
196 Seiten, 15.80

VzVuN (Verein zur Vertretung unterdrückter Nachrichten)
Drei zu Eins — Klassenwiderspruch, Rassismus und Sexismus.
Diskussionspapier
Bremen/Oldenburg 1990 Bezugsadresse: VzVuN, St. Paulistraße 10, 2800 Bremen 1
48 Seiten, 3 DM

Guatemala: Gesellschaftssystem im Umbruch
150 Seiten

Axel Schlarb (Hrsg.)
Die Bedeutung der Ordnungspolitik für den wirtschaftlichen Anpassungsprozeß in Entwicklungsländern. Beiträge einer DSE-Tagung
Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 1990
345 Seiten, 78 DM

Stiftung Entwicklung und Frieden (Hrsg.)
Frauen sichern die Ernährung der Welt
Bonn 1990
Bezugsadresse: Stiftung Entwicklung und Frieden, Gotenstraße 152, 5300 Bonn 2
64 Seiten, kostenlos

Redaktion Straßenmedizin
Schengener Vertrag. Dokumentation
Hamburg 1990
Bezugsadresse: Straßenmedizin — Mitteilungsblatt der Sanitätergruppen, c/o BI Umweltschutz Unterelbe, Hohenesch 63, Hinterhaus, 2000 Hamburg 50

Chiles Weg zur Demokratie
140 Seiten
Institut für Iberoamerikakunde, Hamburg 1990

Institut für Iberoamerikakunde (Hrsg.)
Uruguay — Land zwischen Kontinuität und Wandel. Eine Analyse der Wahlen vom November 1989 mit ausgewählten Dokumenten
91 Seiten

796/ 1/171/56412

ARCHIV für Soz-Beweg
Spechtpassage
Wilhelmstr. 15

D-7800 Freiburg

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
M 3477 F
iz3w
Postfach 5328
7800 Freiburg

ISSN 0933-7733

KRIEG UND FLUCHT IN KURDISTAN

TÜRKEI / IRAK

- 500 000 Menschen schon vor Beginn des Golfkrieges geflohen
- In den letzten Tagen flohen: 300 000 Menschen der Stadt Diyarbakir (600 000 Einwohner) und 3/4 der Bewohner der grenznahen Städte Cizre & Silopi
- Alle relevanten Hospitäler & Überlandbusse vom türkischen Militär beschlagnahmt
- Frauen & Kinder & alte Menschen existieren hilflos in Winterkälte entlang den großen Landstraßen in Erdlöchern, Viehställen & im Freien.
- Türkische Regierung verhindert jegliche Schutzmaßnahme & selbst die minimalste Versorgung der Betroffenen

Während die Regierung in Ankara die durchaus erwünschte Entvölkerung Kurdistans auch dadurch fördert, daß ihre Armee die Felder der Vertriebenen mit Flammenwerfern & Bulldozern dauerhaft vernichtet, fliegen die in diesem Land stationierten NATO-Kampfbomber ihre tödlichen Einsätze auf die nord-irakische Kurdenstadt Zakho. Um denen, die dort im Sommer 1988 die Giftgasangriffe Saddam Husseins überlebten, im „Namen der Freiheit" endgültig den Rest zu geben.

STOPPT DEN GOLFKRIEG - FRIEDEN JETZT - „NEIN" ZUR ZERSTÖRUNG KURDISTANS



Obermainanlage 7 · 6000 Frankfurt 1
Tel 069/4990041